

Die Obergrenze für Wörter

Der neue deutsche Glaubenskampf findet sein Opfer. In dieser Woche war es der Präsident des Zentralrats der Juden. Was Josef Schuster über Flüchtlinge gesagt hat und was behauptet wurde, dass er es gesagt habe – eine Klärung.

29.11.2015, von ANNA PRIZKAU



© DPA/Montags in Dresden: Die israelisch-deutsche Freundschaft, die sich so gut benutzen lässt für den Hass und die Hetze.

Es gibt einen Glaubenskampf in diesem Land. Nicht zwischen Juden, Christen und Muslimen. Sondern zwischen denen, die **Flüchtlinge** zu ihrem Satan oder ihrem Gott erklären. Die einen sagen, dass Flüchtlinge Deutschland nur Probleme bringen, die anderen leugnen, dass Flüchtlinge Deutschland auch Probleme bringen. Beides ist etwas einfach. Aber es geht sehr oft sehr einfach zu in dieser Zeit, ganz schwarz oder ganz weiß. So wie auch in der letzten Woche, als ein Portrait von Josef Schuster, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, **in der Zeitung „Die Welt“ erschien**. In einem Restaurant hat Schuster sehr gemütlich rumgesessen und erzählt – von sich, aber auch von den anderen. Und das ging so: **„Viele der Flüchtlinge fliehen vor dem Terror des ‚Islamischen Staates‘ und wollen in Frieden und Freiheit leben, gleichzeitig aber entstammen sie Kulturen, in denen der Hass auf Juden und die Intoleranz ein fester Bestandteil ist.“**

Wozu dieses Zitat eines Zitats? Muss man sich jetzt mit dem Judenhass in Syrien und im Irak beschäftigen? Eher nicht, da sonst Pegidaisten aus diesem Text zitieren könnten. Und dann der Image-Schaden! Irgendwie will man es aber wissen: Hat Josef Schuster recht? Vielleicht wäre die Lösung, irgendjemanden zu fragen, der den Wir-sind-das-Volk-Bewegten nicht ganz so gut gefallen würde. Doch im Moment gefallen diesen Typen alle, die sich für ihre Get-togethers gut benutzen lassen. Auch Josef Schuster, dessen Worte seit Montag auf der Facebook-Seite von **Pegida** leuchten. Deshalb Ratlosigkeit. Und trotzdem dann das Antwort-Suchen in einer Staats-Bibliothek.

Judenhass in Syrien aus Europa importiert

Im „Handbuch des Antisemitismus“ erfährt man über Syrien zum Beispiel, dass der wachsende Einfluss der europäischen Kolonialmächte die Verbreitung antijüdischer Polemiken beförderte. Und dass sich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts die wachsende Feindseligkeit den Juden gegenüber in der Veröffentlichung antisemitischer Pamphlete zeigte, „die von christlichen Autoren aus europäischen Sprachen ins Arabische übertragen wurden“. Aha, Judenhass in Syrien war auch ein europäischer Import, das würde Bachmann nicht gefallen.

So liest man fast erleichtert weiter, liest aber, dass es nach der Unabhängigkeit 1946 auch anders zugeht in dem Land. Und dann kam Israel und auch ein neuer, großer Hass. In Syrien lebt Antisemitismus bis heute noch im Alltag, in Medien, Schulbüchern, im Lehrplan. Zahlen über den Judenhass im Nahen Osten gibt es im Handbuch aber nicht, die gibt es nur in den Statistiken der Anti-Defamation League (ADL), einer jüdisch-amerikanischen Organisation, die gegen die Diskriminierungen von Juden eintritt und über die Diskriminierungen forscht. Weil diese Organisation nun amerikanisch ist, also auch ein Pegida-Feind, kann man die ADL-Forschung ohne Bedenken kurz erwähnen: Der größte Judenhass der Welt wohnt, irgendwie klar, im Gebiet Nahost-Nordafrika, 74 Prozent seien da Antisemiten.

Alles Unmögliche brach nieder über Schuster

So hatte Schuster also recht mit seinem Satz. Und in seinem Amt hatte er auch die Aufgabe, ihn dann genauso auszusprechen. Und dennoch musste man in dieser Woche denken: unglücklicher und armer Josef Schuster! Alles Unmögliche und Mögliche brach nieder über ihn: Rassist, Rassist, Rassist!, brüllte zuerst das Internet. Schuster sei voll Pegida! Schuster, der nächste Kandidat des Eurovision Song Contests! Oder noch nazihafter dann: „Die Vermittlung ‚unserer Werte‘ hat bei Schuster offensichtlich auch nicht geklappt“, schrieb ein Volontär der „Christ & Welt“ auf der Facebook-Seite von Özlem Topçu. Was hat der Christ-Welt-Kopf denn da gemeint? Dass Schuster, dessen Familie seit vielen Jahrhunderten in Deutschland lebt, die deutschen Werte lernen muss?


Ähnlich seltsam und noch viel lauter **brüllte es weiter auf „taz-online“ rum**. Genauer war es Armin Langer, Student des Potsdamer Rabbinerseminars, der nicht nur brüllte, sondern auch noch gleich vorgeschlagen hatte, dass der Zentralrat sich in einen „Zentralrat der rassistischen Juden“ umbenennen sollte. Einen anderen Vorschlag machte Langer dann auf **Facebook**, eine Veranstaltung, die „Nicht in unseren Namen – Juden gegen Rassismus“ hieß. Das hätte man sich gut entgehen lassen können, doch irgendwie auch nicht: Ungefähr sechzig Menschen standen da „gegen den Rassismus“ am Dienstagabend in Berlin, schräg gegenüber die Neue Synagoge, über ihr der Vollmond in einem Zuckerwattenebel. „Schuster is a big Schmock with a small Schmock“, sagte zu Anfang gleich Jasmin, eine Israeli, die seit fünf Jahren in Berlin lebt. Dann sagten auch noch viele andere etwas in einen Lautsprecher hinein, doch klar war da noch nicht, ob die das Portrait Josef Schusters überhaupt gelesen hatten.

In diesem Chor dann Armin Langer. Auch er hatte den Schuster-„Welt“-Text anscheinend nicht gelesen. Denn er behauptete, dass Schuster da behauptete, Antisemitismus sei ein ethnisches Problem. Doch Schusters Unglücks-Satz ging anders. In dem Artikel wurde der Präsident gefragt, ob er die Integration der früheren muslimischen Einwanderer in Deutschland für gelungen halte. Darauf dann Schuster: „Ist es wirklich eine Frage der Religion? Wenn ich mir die Orte und Länder in Europa anschau, in denen es die größten Probleme gibt, könnte man zu dem Schluss kommen, hier handele es sich nicht um ein religiöses Problem, sondern um ein ethnisches.“

Das Zauber- und das Totschlag-Wort „die Obergrenze“

Integration oder Antisemitismus? Ist absolut egal. Es geht um Flüchtlinge, da geht es nicht um die Details. Doch die Details sind oft fast spannend, zum Beispiel dieses: Schon vor sehr vielen Monaten und Wochen haben nicht nur Schuster, sondern auch andere prominente Juden in Medien gesagt, dass sie schon Sorgen hätten, weil viele Flüchtlinge mit Hass auf Israel und Juden aufgewachsen seien. Das alles ähnelte dem neuesten Schuster-Satz. Doch damals gab es kaum Reaktionen und keine große Diskussion. Denn für den Antisemitismus interessieren sich die meisten Deutschen einfach nicht. Es sei denn, es geht um den Antisemitismus der alten, toten Nazis. Oder um irgendeinen noch nicht toten Prominenten, dem man vorwerfen kann, Antisemit zu sein.



© DPA  Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden

Warum also die ganze Schuster-Hysterie in dieser Woche? Weil Josef Schuster ein Zauberwort benutzt hat: „die Obergrenze“. Und jeder, der nur einmal „Obergrenze“ sagt, verwandelt sich angeblich in eine Ausgeburt Pegidas oder Horst Seehofer persönlich. Wie kann nur „ausgerechnet“ Josef Schuster so was sagen? Und „gerade“ Josef Schuster müsste es ja besser wissen, hieß es in Online-Kommentaren. Warum aber wurden die Worte „ausgerechnet“ und „gerade“ in diesem Kontext so strebsam-sorgsam ausgeschrieben? War es vielleicht Rassismus, aber positiv: Juden müssen bessere Menschen sein als andere? Oder ging die Logik so: Weil Juden im Holocaust kein Asylrecht hatten, dürfen sie jetzt nichts Falsches gegen das Asylrecht sagen?

Dieser Artikel ist aus der **Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung**. Wenn Sie mehr davon lesen wollen, testen Sie die F.A.S. doch einfach als digitale Zeitung. Wie es geht, erfahren Sie hier ...

Nun muss man sich nicht in die Köpfe von Netzkommentatoren denken, die wird man eh niemals verstehen. Über den Glauben müsste man sich aber schon Gedanken machen. Diesen einen Glauben, der Flüchtlinge zu Göttern macht. Und auch den anderen, der sie zu Teufeln werden lässt. Jedes Gespräch um sie, die Menschen, die aus ihren Ländern fliehen müssen, wird aufgeladen mit religiöser, großer Propaganda. Die Kinder dieser Propagandasprache, so wie das Zauber- und das Totschlag-Wort „die Obergrenze“, Begriffe wie „Willkommenskultur“ und auch „Wir schaffen das“, die Quasi-Sozialisten-Losung, machen es immer schwieriger, unideologisch über Flüchtlinge zu sprechen. Die Worte gehen aus. Vielleicht wird man bald auch nicht mal „Antisemitismus“ sagen können. Denn Flüchtlingsfundamentalisten, die Schuster diese Woche mit ihren neu-erdichteten und kryptojudenfeindlichen Rassismus-Vorwürfen bewarfen, haben das Wort missbraucht. Die Buchstaben des Antisemitismus sind jetzt schon leicht verfärbt, fangen an, ihre Bedeutung zu verlieren.

Wer sind die Opfer in dem neuen Glaubenskampf?

Aber nicht nur die Sprache ist einer der Geprügelten im neuen Glaubenskampf, auch Flüchtlinge sind es. Denn wenn man über Flüchtlinge so redet, spricht man nicht über Menschen, denkt sie sich nicht als Menschen. Übergestalten spielen sie. Und so kann man an ihnen auch alles abarbeiten, was es abzuarbeiten gibt. Alle Probleme, Wünsche, Sorgen der Gesellschaft. Zum Beispiel den Rassismus. Die Furcht vor Kriminalität. Die Toleranz. Die Angst vorm Terrorismus. Und jetzt das scheinbar sehr geklärte deutsch-jüdische Verhältnis, was gar nicht so geklärt ist, wie diese Woche zeigte.

Und jetzt? Was ist die Lösung? Da es sehr einfach ist, in einem Text etwas zu fordern, könnte man einfach fordern, Flüchtlinge nur noch als Menschen zu verstehen. Und irgendwann vielleicht, wenn alles ausgesprochen ist, wird es so kommen. Vielleicht aber auch nicht. Sehr sicher wird es in diesem neuen deutschen Glaubenskampf weiter ein Opfer nach dem anderen geben. In dieser Woche war es Josef Schuster.

Selbst ein Sparbuch ist nicht sicher

Deutsche Sparer sollen bald für alle Sparer Europas haften. Dabei reicht schon die deutsche Einlagensicherung nicht besonders weit.

29.11.2015, von **LISA NIENHAUS**

Solange alles gut ist, kann man leicht Versprechungen abgeben. So lange eben, wie man sie nicht einlösen muss. Die deutsche Kreditwirtschaft etwa hat den Sparern, die bei ihr ihr Geld anlegen, schon vor vielen Jahren etwas versprochen. Euer Geld ist sicher, so lautete das Versprechen. Selbst wenn deine Bank pleitegehen sollte, stehen die anderen Banken und damit die anderen Sparer dafür ein. Dafür gibt es seit langem die sogenannte Einlagensicherung. Für jede Bank in Deutschland.

Das System ist kompliziert – bei den Sparkassen anders als bei den Privatbanken und wieder anders bei den Volksbanken – und undurchsichtig. Eines aber wird dem Sparer stets kommuniziert: Noch nie hat ein Kunde den Verlust seiner **Einlagen** erlitten. In einem Erklärvideo des Bankenverbandes kann man sehen, dass die Kunden Andrea und Michael sorglos ihrer Bank vertrauen können, denn ihre Ersparnisse sind ja „doppelt gesichert“.

Sieben Jahre ist es her, dass die Realität gezeigt hat, dass Versprechen nicht immer so gehalten werden wie ursprünglich gedacht. Damals brach die amerikanische Bank Lehman Brothers zusammen, mit ihr auch Lehman Brothers Deutschland. Viele Kleinsparer traf das nicht in Deutschland, aber Großanleger. Deshalb war die freiwillige Einlagensicherung der deutschen Banken gefordert, die auch höhere Beträge absichert.

Sie hatte damals schon einen Fonds, in den die Banken einzahlten (es gibt ihn immer noch). Keiner wusste, wie viel Geld darin lag (das weiß auch bis heute keiner). Offenbar reichte das Geld aber nicht. Der Fonds musste Geld am Kapitalmarkt besorgen, um seine Verpflichtungen zu decken – schlappe 6,7 Milliarden Euro, mitten in der Finanzkrise. Das ging selbstverständlich nicht ohne Hilfe des Staates. Der deutsche Bankenrettungsfonds musste Garantien aussprechen.

Keiner glaubte mehr, dass sein Geld sicher war

Wir halten fest: Die damalige Einlagensicherung konnte selbst eine relativ kleine Deutschland-Niederlassung einer amerikanischen Bank nur mit Hilfe des Staates auffangen. Dass es danach noch schlimmer kam, wissen alle. Keiner glaubte mehr, dass sein Spargeld auf der Bank sicher war. Bundeskanzlerin **Angela Merkel** und der damalige Finanzminister Peer Steinbrück mussten die Einlagen garantieren, der Staat musste ran.

Nachdem das durchgestanden war, gab es ein Ziel: Das System musste sicherer werden. Seither hat sich einiges getan. Leider nicht an der Übersichtlichkeit. Es existieren weiterhin zwei Systeme nebeneinander. Auf der einen Seite die gesetzliche Einlagensicherung. Sie garantiert heute, dass Spargelder von bis zu 100.000 Euro je Privatkunden sicher sind, wenn eine Bank pleitegeht. Auf der anderen Seite weitere Absicherungen für höhere Beträge und andere Kunden, die die Finanzinstitute privat regeln. Um es noch verwirrender zu machen, betreiben private Banken, Sparkassen und Landesbanken sowie Volksbanken jeweils getrennte Systeme. Das heißt, sowohl die gesetzliche Einlagensicherung als auch die zusätzliche private sind separat geregelt.

Das ist kompliziert für den Sparer, der doch eigentlich nur wissen will, wie sicher sein Geld ist. Immerhin gehorcht die gesetzliche Einlagensicherung dieser verschiedenen Finanzinstitute mittlerweile ähnlichen Regeln. Und mittlerweile ist die gesetzliche Einlagensicherung sogar ein wenig transparent.

Der Sicherungsfonds soll größer werden

So kann man auf den Seiten des Bundesfinanzministeriums nachlesen, wie viel Geld die privaten Banken in ihrer Entschädigungseinrichtung Ende 2014 angespart hatte: 1,1 Milliarden Euro. Mittlerweile dürfte es mehr sein. Die Sparkassen und Landesbanken sollen 1,6 Milliarden Euro haben. Die öffentlichen Banken hatten Ende 2014 65 Millionen Euro.

Wenn man überlegt, wie viel Geld die Sparer bei Deutschlands Banken liegen haben, dann sind diese Summen klein. Die **Europäische Kommission** hat ausgerechnet, dass im Jahr 2011 in allen Töpfen der deutschen Banken zur Absicherung der Sparer bis 100.000 Euro rund 3 Milliarden Euro lagen. Dieses Geld sicherte aber Spargelder in Höhe von 1,5 Billionen Euro ab. In den Fonds lagen also gerade einmal 0,2 Prozent der gesicherten Spargelder.

Das soll mehr werden. Ziel der Europäischen Union – und so steht es auch schon im deutschen Gesetz – sind 0,8 Prozent. Das wären dann bei gleicher Menge an Spargeldern 12,6 Milliarden Euro. 2024 soll dieses Ziel erreicht sein. Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Deshalb müssen die Banken derzeit jedes Jahr kräftig einzahlen. Die Beiträge richten sich nach zweierlei: Größe der Spargelder, die die Bank verwaltet, und Risiko.

Für deutsche Sparer würde es unsicherer

Die Milliarden, die jetzt schon in den Töpfen liegen, werden konservativ angelegt: Staatsanleihen, Pfandbriefe, auch Unternehmensanleihen mit gutem Rating, riskanter wird es nicht versichert beim Bankenverband. Diese Anlagen werfen aber natürlich auch nicht viel ab, so dass sich die Milliarden von allein kaum vermehren.

Für den Sparer soll das Geld natürlich eine Beruhigungspille sein – eine größere als bisher. Es reicht aber natürlich auch nicht für eine größere Pleite – zumal es sich in Deutschland auf verschiedene Töpfe verteilt, die im Fall einer Bankpleite nicht alle angezapft werden können. Dass aus diesen vielen kleineren ein großer gemeinsamer deutscher Topf wird, das haben die Banken in Deutschland bislang erfolgreich verhindert. Schließlich haben sie keine Lust, für die Konkurrenz einstehen zu müssen.

Kommt die europäische Einlagensicherung, **so wie sie sich die EU-Kommission vorstellt**, würde sich das radikal ändern. Die komplette gesetzliche Einlagensicherung nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas würde in einen Topf geworfen. Der Topf wäre dann zwar viel größer, befüllt mit vielen Milliarden. Doch für den deutschen Sparer würde die Lage dadurch unsicherer. Denn der Topf müsste für wesentlich mehr Risiken aufkommen. Geht man davon aus, dass es in Europa außerhalb Deutschlands noch einige marode Banken gibt – etwa in Griechenland oder Italien –, dann kann der Topf schnell leer werden.

Bislang war im Zweifel der Staat eingesprungen

Aus Sicht des Sparers ist es am Ende sowieso recht egal, wie viel Geld in der Einlagensicherung liegt. Denn bislang ist im Zweifel der Staat eingesprungen, um große Banken zu retten. Das Geld war nie weg. Die Einlagensicherung brauchte man traditionellerweise für kleine Fälle, etwa als im Jahr 2006 das kleine Singener Bankhaus Reithinger pleiteging. 7000 Kunden, zwei Filialen.

Dafür reicht allerdings ein kleiner Topf wie bislang. Ein Interesse an viel Einlagensicherung hat vor allem der Staat (und der Steuerzahler). Denn am Ende zahlt er für die großen Pleitebanken. Es ist eine Lehre aus der Finanzkrise, dass man das weiter hinauszögern, die Banken selbst stärker in die Pflicht nehmen will. Das ist vernünftig, setzt man damit doch Anreize für gutes Verhalten. Es wird aber umso ungerechter, je mehr Banken der Welt mitzahlen müssen. Wenn solide Banken mit konservativem Geschäftsmodell am Ende für riskante Zockerbanken mitbezahlen, kann das auch keine Lösung sein.

EU's Banking Union Shows That Weakness, not Power, Defines Bloc

Even the modest proposal of common deposit insurance may prove too difficult to push through, Simon Nixon writes

By **SIMON NIXON**

Nov. 29, 2015 1:23 p.m. ET

The European Union is widely blamed for many of the continent's current difficulties. Critics accuse Brussels bureaucrats of riding roughshod over national sovereignty, crushing economies with unworkable fiscal rules, stifling enterprise with red tape and tearing down national borders to expose EU members to unrestrained migration and a growing risk of terrorism. Euroskepticism now dominates the political agenda in countries as varied as the U.K., France, Poland and Italy.

But this narrative misses the point. Contrary to the lofty rhetoric of some federalist dreamers, **what marks the EU isn't its power but its weakness.** The European project has advanced over the years in response to crises, exactly as its founder Jean Monnet predicted. Its member states have consistently reached for common responses to common challenges. **But other than in the areas of trade and competition policy, real power continues to belong to national governments. If the European project now faces a real danger of collapse, the fault lies more with member states than Brussels.**

Take the case of the EU's banking union, the bloc's flagship response to the eurozone crisis. **Last week, the European Commission published new proposals to create a common European deposit-insurance system, which many economists argue is vital if the banking union is to succeed.** Indeed, the commission's decision to present this proposal followed a recommendation by the heads of the main EU institutions earlier this year in their so-called **Five Presidents Report, which concluded that common deposit insurance was an essential step to restore confidence in the long-term viability of the single currency.**

In many respects, the case for pushing ahead with common deposit insurance is impeccable. National governments have already given up responsibility for regulating banks and winding them up if they fail, **so it makes sense that the costs of bank failure should be borne at the European level too.** What is more, without common deposit insurance, Europe's banking union is likely to remain a banking union in name only: so long as the quality of the guarantee underpinning a bank's deposits is dependent on the country in which the bank is based, **a genuine cross-border banking market is likely to remain elusive. Conversely, the whole of the eurozone stands to benefit from the creation of a genuine cross-border market.**

Yet even this relatively modest proposal, chosen because pooling deposit guarantee funds is far less ambitious than some other ideas to increase eurozone risk-sharing, may prove too difficult. That is because the necessary trust among member states has evaporated, reflecting fears that some countries are either unable or unwilling to reduce the risks arising in their own jurisdictions.

Part of the problem lies in the failure of member states to implement even what has been agreed upon already, including the EU's new rules for "bailing in" creditors of failing banks and for winding up failed banks, even though those new rules are supposed to come into force Jan. 1. Only last week, **the Italian government** took the decision to bailout four small and systemically unimportant lenders which, while not yet illegal was certainly contrary to the spirit of agreed-upon EU rules. At the same time, **the EU's supposedly common banking rules remain full of national loopholes and exemptions** so **that there is no level playing field.**

But these problems should be easy to resolve compared with the much bigger risks arising from the actions of national governments. After all, only this month Greek banks were forced to raise €14 billion (\$14.8 billion) in new capital to plug holes arising from Athens's destructive, six-month standoff with its creditors over its bailout program. **Should depositors in the rest of the eurozone be forced to insure depositors in other countries against the consequences of the economically ruinous policies of their national governments?**

Similarly vast differences in national foreclosure rules and insolvency frameworks can have a material impact on bank solvency. **Greece**, for example, is to exempt a quarter of mortgage-holders from new foreclosure rules, while in **Italy** it can take up to 10 years for a bank to seize defaulted collateral. **Why should depositors in other countries be exposed to these risks?**

Brussels officials hope that their plan, which foresees only a gradual pooling of deposit guarantee funds, can be used to drive harmonization of legal and institutional standards. **But the wider political risks arising from national government policy choices can't be simply wished away—and these risks are rising along with the electoral fortunes of euroskeptic parties.** Only this week, a new minority **Portuguese government** took office backed by parliamentary support from the anti-EU Communist party.

Some argue that the best response to the euroskeptic challenge is to show that the EU can still deliver common solutions to common challenges **by pushing** ahead with projects such as common deposit insurance. **But if those common solutions depend on the willingness and capacity of national governments to deliver their side of the bargain, this may prove a leap of faith too far.**

Grexit, Brexit, Fixit

Ist die Euro-Krise vorbei? Nein. Griechenland schiebt Reformen auf die lange Bank, und Europa zahlt Milliarden. Aber in Finnland kommt der Euro-Austritt in Bewegung.

30.11.2015, von **HOLGER STELTZNER**

Ist die Euro-Krise vorbei? Nein, hier geht alles seinen gewohnten Gang, nachdem der „Grexit“ abgeblasen worden ist. Während der Kampf gegen den islamistischen Terror und die Bewältigung des Flüchtlingsstroms die Leute bewegen, schiebt in Griechenland die kürzlich neugewählte Regierung von Ministerpräsident **Alexis Tsipras** Reformen wie die Rente mit 67, höhere Steuern für Reeder und längst zugesagte Privatisierungen **weiter auf die lange Bank**.



Autor: Holger Steltzner, Herausgeber. Folgen:

Derweil fließen die Milliarden aus dem dritten Hilfspaket via Brüssel, Luxemburg und Frankfurt planmäßig nach Athen. Routiniert finanziert die Europäische Zentralbank wacklige Banken ebenso wie klamme Staaten. Zwar brachte die Flutung von Banken und Märkten mit Billionen die Eurozone wirtschaftlich kaum voran, doch bescherte sie Rekordkurse und eine Schrumpfung des Eurowerts.

Alles wie gehabt, könnte man meinen, gäbe es da nicht eine neue Nachricht aus Finnland. **Dort wurde die erste Hürde für eine Volksabstimmung über den Euro genommen.** Werden im kommenden Jahr folglich nicht nur die Briten mit einem drohenden „Brexit“ die EU beschäftigen, sondern obendrein die Finnen die Eurozone mit einem möglichen „Fixit“?

Europe Begg Erdogan's Favor

Brussels relies on a Turkish autocrat for help with refugees.

Nov. 30, 2015 7:24 p.m. ET

The European Union and Turkey reached an agreement Sunday aimed at stanching the flow of Middle East refugees arriving in Europe by the thousands daily. In exchange for 3 billion euros (\$3.18 billion) in aid, President Recep Tayyip Erdogan has graciously agreed to police his own borders.

In theory the agreement could help control the growing refugee problem, assuming Mr. Erdogan sticks to it. Turkish authorities have looked the other way as hundreds of thousands of people have slipped across its eastern borders and turned its western coast into a staging ground for dangerous journeys to Greece and beyond. Ankara now promises to step up its border policing to obstruct the flow.

Turkey also will accept more of the migrants whose asylum claims are rejected in Europe, since in many cases repatriation to countries of origin is neither practicable nor humane. European officials also discussed resettling refugees directly from the Middle East to reduce incentives for illegal and often deadly crossings through the Balkans. These steps are essential for restoring order to refugee processing in Europe and clearing the backlogs and bottlenecks that are overwhelming frontline states in the Balkan region.

At least some of the financial assistance might be fair, on the theory that Turkey can't afford to manage alone a mass migration encouraged in part by Europe's own confused somewhat-open-door policies. Turkey already hosts more than two million Syrian refugees.

But the EU has paid a high price for this cooperation. Already the two sides are haggling over whether the 3 billion euros is a one-time payment or, as Turkish Prime Minister Ahmet Davutoglu has suggested, an ongoing maintenance program. The EU will begin taking steps to grant visa-free travel to Turkish citizens and hold regular summits with Turkish leaders. Brussels is also offering to renew talks on Turkey's accession to the EU.

Those concessions offer a political boost to Mr. Erdogan's Justice and Development Party even as he increasingly shows his authoritarian streak. They will also play into the hands of the European nativist right, which is benefitting from the migration crisis.

That's a steep political cost for Europe for a deal that on its own won't fix the problem. Desperate people, aided by human traffickers, consistently confound efforts to close Europe's porous borders. The more of them who try to come through Turkey, the more leverage Mr. Erdogan will have to extract more concessions.

This crisis can't be addressed solely by disbursing cash and diplomatic favors, even if that's Brussels's preferred approach to most problems. Nor will the problem be solved with fences and border closures; Europe's borders, stretching from the Canary Islands to the Aegean Sea to Arctic crossings in Finland and Norway, are extraordinarily long and all-but impossible to police. There's always a way in.

That leaves the one serious option for the refugee crisis, which is the use of military force to establish no-fly and no-drive areas in Syria and Iraq, defeat Islamic State, and make it safe for people to live in their own countries. That will require a different kind of investment by Europe, one that it has been reluctant to make for decades. But it beats risking its security on the whims of a Turkish autocrat whose political interests and moral sense don't align with those of Europe.

Hollande's Hesitation on Muslim Integration

Air strikes in Syria, check. Domestic policing, check. Cultural change? Don't ask.

By

JOHN VINOCUR

Nov. 30, 2015 3:11 p.m. ET

On Jan. 17, 2015, roughly 10 days after the attacks by homegrown Islamic terrorists against Charlie Hebdo magazine and a kosher market, **Francois Hollande** went to Tulle, a town in central France, to talk to the folks. He told them, "Life goes on. The sales are on now, so go and buy. Nothing has to change."

The president chose the no-news-today approach because he saw no gain in addressing the question of Islam in France, an area where frankness and willingness to act have been virtual taboos for him and others for a decade.

Mr. Hollande did ask parliamentary leaders to look into "forms of engagement and the reinforcement of affiliation with the Republic." **That grotesque convulsion** was meant to mask an attempt at measuring where the country's Muslims stood in terms of respect for the supremacy of French law, and the national ethos of liberty, equality and brotherhood.

"Nobody knew what to do," Françoise Fressoz of Le Monde later wrote in describing the circumstances. **"Habits and conformity take over. It's a historic opportunity, but the country missed it."**

The same situation pertains now.

After the 130 murders committed in Paris last month by jihadists mostly with French backgrounds, Mr. **Hollande was able to declare war on Islamic State**, send an aircraft carrier to the Middle East to fight it, and order a three-month state of emergency in France, which accounted for 1,233 searches and 266 assignments to house arrest during its first 10 days -- while ignoring polling over the past three months that shows a clear majority of voters want to send French ground troops to Syria.

Strikingly, the president has turned away from another kind of determination at home. **He is showing no signs of listening to the large segments of French society -- 60% to 70% at intervals over the past five years -- that see French Islam as unwilling to commit to the rule of law and French Muslims as responsible for their own failed integration.**

The circumstances are more tortured now than ever. **The intelligent notion of a potential trade-off between France and its largely Arab Muslim population of five-plus million died with November's attacks.**

The idea was that France could offer an affirmative-action program of jobs, educational advantages and antidiscrimination measures to the Muslim community in exchange for its acceptance of an official charter for Islamic assimilation. **Former President Nicolas Sarkozy had once argued in that direction but abandoned the issue. Mr. Hollande has never touched it.**

Challenged as a wrong-minded giveaway, recommending a trade-off would be poison in the coming elections for the democratic right and left, and pure delight for Marine Le Pen's right-wing extremists of the National Front.

Prime Minister Manuel Valls now says Islam must "stand up" and "cut out all excuses" for jihadism and terror, but the president hasn't endorsed the statement. Mr. Hollande's silence also met Mr. Valls's remark, coming well before the recent terrorist attacks, that France faced "a war of civilization."

With a considerable slice of Muslim voters having backed him in the past, the president may be trying to avoid accusations of **Islamophobia**. His approach certainly isn't one that deals with what **Alain Minc, a French intellectual of stature, writes is an "Islam that resembles a subterranean territory within French society."**

How can Mr. Hollande and France deal with the problem at the lowest level of possible confrontation or conflict?

Mr. Minc and others (notably a high-level French civil servant writing under the pen-name of Camille Desmoulins about **French Islam's lack of responsible governance**) have talked of **the state consulting representative Muslims about granting Islam the unique status of a consistory or religious council. That would give Islam a binding, official role equal to that of French Roman Catholics, Protestants and Jews, while requiring its allegiance to the primacy of French law. For Islam in everyday French life, that signifies the Civil Code superseding the Koran.**

En route, in the manner of Napoleon in 1806 when he began a process extending official status to the Jews, the Muslims would likely be asked to affirm an obligation to defend France ahead of any other consideration. **Importantly, Islam's French representatives could be required to take responsibility for those misusing its name.** The obstacles are more than vast, but Mr. Minc says "the results of a delicate truth-operation are predictable": firm adherence among Muslims to the principles of the Republic.

Then there's reality.

Accused throughout his years in office of coming up short on authority, **a newly hang-out-more-flags Mr. Hollande, aiming at re-election in 2017, has recast himself as a war president battling Islamic State in the Middle East.**

And as a president of deconfliction at home? **On that front, Mr. Hollande has given no indication about when, or how hard, he is willing to fight.**

132,11

Ehrenmord-Urteil

Romeo und Julia?

Für den Mord an ihrer Tochter ist ein muslimisches Ehepaar zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Eine kulturelle Entschuldigung gibt es nicht.

01.12.2015, von JASPER VON ALTENBOCKUM

Wie sieht der „Glaskasten“ der Ahmadiyya-Gemeinde aus, in dem der Verteidiger im **Darmstädter Mordprozess** seinen Mandanten wähnt, den Vater, der zugegeben hat, seine Tochter im Schlaf erwürgt zu haben (die Mutter schaute zu)? Der Prozess hat gezeigt, wie schwer es ist, diesem Glaskasten zu entkommen.



Autor: Jasper von Altenbockum, Verantwortlicher Redakteur für Innenpolitik.

Der Islam schreibe vor, dass unverheiratete Männer und Frauen keinen Kontakt miteinander haben sollten, wurde der Tochter und ihrem Liebhaber aus der Ahmadiyya-Gemeinde eingeschärft. Vergeblich. Also ordnete der Londoner Kalif an, dass die beiden sofort heiraten sollten. Das wollte aber der Vater des Liebhabers nicht. Der Kalif drohte den beiden „Kindern“ daraufhin mit der Exkommunikation. Auch das war vergeblich. Vermittlungsbemühungen der Gemeinde halfen nicht, auch nicht, dass die Tochter Angst davor hatte, dass ihre Eltern sie umbringen könnten, und das auch offen sagte.

Viele Kinder redeten so über ihre Eltern daher, hieß es vor Gericht aus der Gemeinde. Niemand kam auf den Gedanken, dass vielleicht an diesem Glaskasten etwas nicht stimmen könnte. Der Richter beschrieb ihn mit „Romeo und Julia“. Aber Shakespeare wäre nicht auf den Gedanken gekommen, dass Eltern ihre eigenen Kinder töten.

133,12

Prozess in Darmstadt

Die Ehre der Familie sollte gewahrt werden

Das Urteil im Darmstädter Ehrenmord-Prozess ist gefallen. Die Richter mussten eine Frage von gesellschaftspolitischer Sprengkraft beantworten: Kann das Leben in einer Parallelgesellschaft eine Entschuldigung sein?

01.12.2015, von TIMO FRASCH, DARMSTADT

Dass es Mord war, über den die Schwurgerichtskammer des Landgerichts Darmstadt im Fall der Ende Januar getöteten Lareeb Khan zu urteilen hatte, war schon vor der Urteilsverkündung am Dienstag ziemlich klar: Erdrückend war die Beweislage, außerdem gab es ein Geständnis des aus Pakistan stammenden Vaters. Er hatte zugegeben, seine 19 Jahre alte Tochter erwürgt zu haben, weil sie eine von ihm und seiner ebenfalls aus Pakistan stammenden Frau nicht geduldete Beziehung zu einem mehrere Jahre älteren Studenten führte. Dass dieser wie die Familie Khan Mitglied in der muslimischen Ahmadiyya-Gemeinde war und ebenfalls pakistanische Wurzeln hatte, änderte daran nichts. Die Situation spitzte sich im Gegenteil zu, als die Eltern erfuhren, dass ihre Tochter Kondome gestohlen hatte – aus Scham, sie zu kaufen. Kurz darauf war sie tot.

Folgen:

Die eine Frage, die das Gericht zu klären hatte, war, ob sich die Mutter von Lareeb Khan ebenfalls des Mordes schuldig gemacht hat oder nur wegen Beihilfe zu belangen ist. Die andere Frage, von gesellschaftspolitischer Dimension und Sprengkraft: Kann die Abschottung der Familie Khan in ihrer muslimischen Gemeinde, für die vielfach das Wort „Parallelgesellschaft“ Verwendung fand, womöglich entlastend berücksichtigt werden? In diese Richtung hatte vor allem der Verteidiger von Herrn Khan argumentiert.

Bei der Beantwortung der ersten Frage ließ der Vorsitzende Richter keinerlei Zweifel: Die Tat war Ergebnis dezidierter Planung beider Ehepartner und auch in beider Interesse. Letzteres folgerte der Richter etwa aus Vernehmungen nach der Tat, in der die Frau – aus Sicht des Richters glaubwürdig – das Motiv benannt hatte: Sie habe schlicht Angst gehabt, dass die Ahmadiyya-Gemeinde Kenntnis vom vorehelichen Sex ihrer Tochter erlange und dass der Familie daher der Ausschluss aus ihrem – einzigen – privaten Umfeld drohe. Dass diese Gefahr tatsächlich real war, daran ließen Aussagen von Gemeindevertretern vor Gericht kaum Zweifel.

Tat konnte nur mit Hilfe der Frau ausgeführt werden

Der Anwalt von Frau Khan hatte in seinem Plädoyer ausgeführt, sie sei gemäß den Rollenvorstellungen in ihrer Gemeinde vom Mann bei der Planung der Tat nicht gefragt und bei deren Ausführung gewissermaßen als Instrument missbraucht worden. Gegen dieses Bild verwahrte sich der Richter. Er hob hervor, dass die Tat ohne ein aktives Mitwirken der Frau, etwa beim Transport des Leichnams zu einem Parkplatz, kaum auszuführen gewesen wäre. Außerdem sei die Frau auf einer Überwachungskamera des Wohnblocks in Darmstadt zu sehen, als ihr Mann am Nachmittag vor der Tat Camouflagetechniken erprobte. Schließlich wies der Richter darauf hin, dass das Verhalten von Frau Khan im Gerichtssaal – einmal hatte sie etwa ihren weinenden Mann angeherrscht – dem Bild einer unterwürfigen Person durchaus widersprach.

Sowohl Frau Khan als auch ihr Mann hatten ihre Versionen von der Tatnacht vor Gericht in veränderter Form präsentiert. Vater Khan revidierte die Darstellung, wonach er seine Tochter im Schlaf überrascht habe; vielmehr habe Lareeb die Hand gegen ihn erhoben, nachdem sie, so die Mutter in ihrer modifizierten Aussage, wegen der Kondome „zur Rede gestellt“ werden sollte. Der Richter erkannte darin bloße Schutzbehauptungen, mit denen das Mordmerkmal der Heimtücke aus der Welt geschafft werden sollte. Es sei nicht glaubhaft, dass Lareeb ihren Vater tötlich angriff, dagegen spreche auch die gutachterliche Stellungnahme.

Auch für die erschütternde Schilderung des Vaters, wie er mit seinen Knien die Arme der Tochter einzwängte und sie so verteidigungsunfähig machte, könne es keine andere Erklärung geben, als dass sie der Wahrheit entspreche. Schließlich lasse der Verlauf der Nacht – Lareeb schrieb um 1.20 Uhr ihrem Freund eine Nachricht, ohne einen Streit mit den Eltern zu erwähnen – ein geplantes Vorgehen als zwingend erscheinen. Zu schweigen von den Vorkehrungen am Nachmittag

und Abend – die kleinere Tochter wurde zum Beispiel zu Verwandten geschickt, ein Rollstuhl zum Transport der Todgeweihten wurde bereitgestellt.

Niedere Beweggründe

Auch das Mordmerkmal der niederen Beweggründe sah der Richter als gegeben an. Er folgte damit der jüngeren Rechtssprechung des Bundesgerichtshofs zu Fällen von sogenanntem Ehrenmord. Der Richter sagte mit Bezug auf den Anwalt von Vater Khan, der auch nach schuldhaftem Verhalten von Lareeb und ihrem Freund, etwa in der Angelegenheit vorehelicher Sex, gefragt hatte: Es wäre „ein Rückschritt“, wenn in unserer „kultivierten Gesellschaft“ der Kondom-Kauf einer 19 Jahre alten Frau als Tötungsgrund anerkannt würde. Er erkenne im Vorgehen der Eltern, die Angst hatten, ihr bisheriges Leben zu verlieren, durchaus niedrige Beweggründe.

Der Vorsitzende Richter machte immer mal wieder Anmerkungen, die weniger für die Prozessparteien als vielmehr für die Öffentlichkeit gedacht waren. Das galt besonders, als er zum Schluss zur Beurteilung einer möglichen besonderen Schwere der Schuld kam. Bei Vater Khan wertete der Richter das Geständnis als positiv. Bei beiden Angeklagten wies er darauf hin, dass Schuld immer unter dem Aspekt persönlicher Vorwerfbarkeit bewertet werden müsse. In „unserer kapitalistischen Gesellschaft“ hätten wir uns daran gewöhnt, „dass die Oma aus Habgier niedergemetzelt wird“. Kein Vergleich sei das zur allgemeinen Fassungslosigkeit, mit der nun der Fall Lareeb begleitet worden sei. Der Grund dafür sei, „dass wir in unserer Arroganz nicht einschätzen können“, was die Exkommunikation, also der Ausschluss aus der Glaubensgemeinde, für das Ehepaar Khan bedeutete. Dabei sei „nicht viel Unterschied“ zwischen diesem Motiv und etwa dem der Habgier. Dabei gehe es „nicht um Verständnis, sondern um Verstehen“.

Der Vorsitzende Richter hob hervor, es sei manchmal schon schwierig, in nur einem Wertesystem zu leben. Umso schwieriger sei es, wenn es zwei Systeme sind. „Die Eheleute Khan haben das nicht hinbekommen.“ Sie wurden jeweils wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Eine besondere Schwere der Schuld liege nicht vor.

Die Ahmadiyya, Reforme oder Häretiker?

Die Religionsgemeinschaft der Ahmadiyya versteht sich als Reformbewegung innerhalb des **Islams**. Das pakistanische Parlament hatte 1974 die Ahmadiyya aber aus der Gemeinschaft der Muslime ausgeschlossen. Seither ist sie in den meisten muslimischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens verboten. Gegründet wurde sie Ende des 19. Jahrhunderts in Britisch-Indien von Mirza Ghulam Ahmad (1835 bis 1908). Er behauptete, die Wiederkunft Jesu zu sein und der islamische Messias („Mahdi“). Ahmad forderte eine zeitgemäße Auslegung des Korans und lehnte den Dschihad gegen die britische Kolonialmacht ab. Er predigte, dass der Islam mit friedlichen Mitteln verbreitet werden dürfe. Das brachte die Ahmadiyya in einen Gegensatz zu der Deobandi-Bewegung. Diese ist eng am wahhabitischen Islam Saudi-Arabiens ausgerichtet, ihre Partei Dschamaat-i Islami wurde die treibende Kraft für die Islamisierung des 1947 gegründeten Staats Pakistans. Von 1953 an nahmen dort die Ausschreitungen gegen die Sekte zu. Die Mitglieder der Ahmadiyya sehen sich als die Elite der Muslime. Ihren Ausschluss aus der Gemeinschaft des Islams werten sie Beleg dafür, dass die anderen Muslime nicht länger gläubig seien. 1974 wanderten sie meist in die Länder aus, in denen sie Missionen aufgebaut hatten, vor allem Westafrika, auch Kanada. Nach der Teilung der Bewegung befindet sich das Zentrum des größeren Teils in London. Die Anhänger verehren ihr Oberhaupt als Kalifen. (Her.)

Quelle: F.A.Z.

133,15

Pour Pierre Gattaz, le FN, c'est "le programme commun de la gauche de 1981"

Le patron du Medef met en garde contre le programme économique du parti de Marine Le Pen. Philippot y voit une "médaille" pour le FN.

Publié le 01/12/2015 à 06:46 - Modifié le 01/12/2015 à 14:32 | Le Point.fr



Le patron du Medef compare le programme économique du FN à celui de la gauche de 1981. Image d'illustration. ©AFP/ERIC PIERMONT

Après la presse, c'est au tour du Medef de s'inquiéter de la montée du Front national. Son président, Pierre Gattaz, met en garde dans *Le Parisien* contre le programme économique du FN, qui est selon lui "l'inverse de ce qu'il faut faire". "Je ne m'exprime pas sur la politique mais sur le programme économique du Front national", précise d'entrée le patron du Medef. "Et là, je dis attention, car il me rappelle étrangement le programme commun de la gauche de 1981", poursuit-il.

Il détaille les mesures promises par le parti de Marine Le Pen : "retour de la retraite à 60 ans, augmentation de tous les salaires avec notamment une hausse du smic de 200 euros, retour au franc, augmentation des taxes d'importation..." Et de prévenir : "C'est exactement l'inverse de ce qu'il faut faire pour relancer la croissance économique du pays. L'économie a besoin de pragmatisme, de lucidité." "Ce n'est pas un programme économique responsable", poursuit le numéro un du Medef. "Il n'est tourné ni vers l'avenir, ni vers la compétitivité." Pour ce dernier, "on ne peut pas fermer les frontières. Le monde attend la France et ce n'est pas en nous recroquevillant sur nous-mêmes que nous allons y arriver. Il s'agit de ne pas confondre les problèmes sécuritaires avec les problèmes économiques."

"Une médaille" (Philippot)

Un programme du FN qui "ressemble à celui de l'extrême gauche" et "je ne suis pas d'accord", assène encore Pierre Gattaz pour qui "extrême droite, extrême gauche, c'est la même chose : Mélenchon-Le Pen, même combat. En 1981, ça nous a mis dans le mur pendant deux ans. Ne recommençons pas."

Florian Philippot a vivement réagi mardi à la mise en garde du président du Medef. "M. Gattaz est évidemment en campagne, qu'il ne soit pas d'accord avec nous, c'est plutôt une médaille", a lancé le numéro deux du Front national sur Europe 1. "M. Gattaz, c'est le Medef, c'est-à-dire que lui il aimerait pouvoir délocaliser à tour de bras, il aimerait pouvoir utiliser la directive détachement des travailleurs comme il l'entend, il aimerait que des milliers de migrants arrivent pour pouvoir les utiliser et mener une politique antisociale (...) parce qu'ils seraient corvéables à merci (...), c'est ça le rêve de cet hypercapitalisme, cet hyper libéralisme qu'incarne M. Gattaz", a réagi Florian Philippot. "On comprend bien qu'il a intérêt à ce que le PS ou l'UMP (Les Républicains) soient au pouvoir. Ce sont les amis et c'est la politique qu'il défend", a-t-il encore dit.

Le Front national est en mesure de remporter au moins deux régions lors du scrutin des élections régionales des 6 et 13 décembre selon une vague de sondages.

133,16

Geldpolitik in Europa

„EZB soll Anleihekäufe bremsen“

Wieder steht die Europäische Zentralbank wohl kurz davor, ihre Geldpolitik zu lockern. Der Wirtschaftsweiser Volker Wieland warnt und empfiehlt das Gegenteil.
02.12.2015, von PHILIP PLICKERT



© WOLFGANG EILMES Der Wirtschaftsweiser Volker Wieland ist Professor an der Goethe-Universität in Frankfurt.

Kurz vor der mit Spannung erwarteten Ratssitzung der **Europäischen Zentralbank** an diesem Donnerstag hat der deutsche Wirtschaftsweiser Volker Wieland der EZB empfohlen, ihre Geldpolitik nicht abermals zu lockern. „Die EZB sollte die Anleihekäufe nicht ausweiten“, forderte Wieland gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Sie sollte stattdessen eher darüber beraten, das Programm zu begrenzen oder früher als geplant auslaufen zu lassen“, sagte der Geldpolitik-Professor an der Universität Frankfurt, der Mitglied im Sachverständigenrat ist.

Der Rat der fünf „Wirtschaftsweisen“ hatte in seinem jüngsten Jahresgutachten die EZB vor einer weiteren Verschärfung ihres expansiven geldpolitischen Kurses gewarnt. Die Anleihekäufe sollten gebremst werden. Es drohten sonst wegen der Niedrigzinsen Gefahren für die Finanzstabilität. Ratsmitglied Peter Bofinger jedoch vertrat im Gutachten mit Blick auf das Inflationsziel der EZB von mittelfristig zwei Prozent eine andere Position als die vier anderen Ökonomen.

Der EZB-Rat wird nach Ansicht vieler Beobachter am Donnerstag eine geldpolitische Lockerung beschließen, auch wenn die Deutsche Bundesbank, die eine von 25 Stimmen im EZB-Rat hat, sowie einige weitere Ratsmitglieder dagegen votieren. Erwartet wird, dass die EZB das Anleihekaufprogramm von bisher monatlich 60 Milliarden Euro erhöht oder verlängert und zugleich den Einlagezins von derzeit minus 0,2 Prozent weiter senkt.

Begründet wird die Lockerung von ihren Befürwortern mit der niedrigen Inflationsrate. Diese könnte nach Schätzung von Bankökonomen im November leicht auf 0,2 Prozent gestiegen sein. Wieland verweist aber auf die Kernrate der Inflation. **„Die Kernrate, gemessen am BIP-Deflator, liegt bei gut einem Prozent und steigt“, sagte er. Die Gesamtrate werde durch die billigen Energiepreise verzerrt.**

Der Chefvolkswirt der staatlichen KfW-Bank, Jörg Zeuner, rief die EZB dazu auf, am Donnerstag nur einen „maßvollen Schritt“ zu gehen. **Andrew Bosomworth, Mitglied der Geschäftsführung des Anleiheinvestors Pimco, rief dagegen zu einem sehr kräftigen Stimulus auf.** Die EZB solle „glaubwürdig versichern, unverantwortlich zu handeln“, **und mit einer sehr starken Ausweitung der Anleihekäufe die Inflationserwartungen „schockartig nach oben“ ziehen.**

L'enquête sur le génocide rwandais pointe l'inertie de l'état-major français

Par [Eduard de Mareschal](#)

Mis à jour le 01/12/2015 à 23:00

○ Publié le 01/12/2015 à 18:55

L'état-major français est-il resté passif quatre jours durant, alors qu'il était informé des terribles massacres en cours à Bisesero, à l'ouest du Rwanda, du 27 au 30 juin 1994? L'enquête semble pencher en ce sens, dix ans après avoir été ouverte à Paris par une plainte de rescapés. Les juges d'instruction Claude Choquet et Emmanuelle Ducos doivent déterminer la responsabilité de l'armée française, chargée par l'ONU d'empêcher un génocide au Rwanda. Les documents versés au dossier d'instruction et [cités ce lundi par Mediapart](#) et France Inter l'attestent: plusieurs soldats français ont alerté leur hiérarchie de massacres tutsis perpétrés par des Hutus à Bisesero, du 27 au 30 juin 1994.

Parmi les documents cités par Mediapart, on trouve un fax envoyé au ministère de la Défense en date du 27 juin 1994, soit le jour même de la découverte par une patrouille française des massacres en cours à Bisesero. Envoyé à 14h38, le document émane du bureau de renseignements du poste de commandement interarmées de théâtre (PCIAT) de la mission française basé à Goma, au Congo. Il alerte l'état-major sur la gravité de la situation: dans ce coin escarpé de l'ouest du Rwanda, les Tutsis sont pourchassés, affamés et massacrés par des milices hutues depuis le mois d'avril. «Le 27, vers 11 heures, un élément fort d'une centaine de miliciens armés encadrés par des militaires a attaqué une colline dans la région de Gisovu (25 [km au] Sud Kivuyé)», rapporte le fax cité par le journal en ligne, précisant qu'il s'agit de la zone de Bisesero. «200 Tutsis, originaires de la commune, étaient regroupés dans le secteur et faisaient l'objet de menaces de la part des Hutus.»

Ce fax s'appuie sur des témoignages recueillis le jour même par des patrouilleurs français. Parmi eux, le lieutenant-colonel Jean-Rémy Duval. L'officier a expliqué aux juges qu'il a immédiatement alerté son supérieur, le colonel Jacques Rosier, patron du Commandement des opérations spéciales (COS). «Je rends compte à Rosier de ce qu'on a vu. Je lui dis verbalement ce que j'écris ensuite dans le fax. Je lui demande l'autorisation d'y retourner le lendemain avec un effectif supérieur et des renforts en hommes et en matériel, qu'il est censé me fournir. Il me répond non [...] Ça me semble urgent. Je suis revenu [de Bisesero - ndlr] un peu bouleversé et ému», détaille-t-il dans le procès verbal rapporté par Mediapart.

Des massacres perpétrés par l'appareil d'Etat rwandais

Dans un reportage publié le 29 juin 1994*, Patrick de Saint-Exupéry, alors journaliste au *Figaro*, rapporte en détail la patrouille menée par le lieutenant-colonel Duval. A peine débarqué sur le territoire rwandais, la patrouille, composée d'une quarantaine de soldats d'élite, découvre avec effarement l'ampleur des massacres en cours. «On a chassé tous les Tutsis du village», leur explique un policier de Nyagurati, un petit village de 600 habitants à l'époque des faits. «Mais on n'a pas pu les tuer tous. Ils se sont rassemblés là-haut, dans la forêt. Tous les soirs, ces malfaiteurs et les complices du FPR (*Front patriotique rwandais, parti d'opposition tutsi, NDLR*) reviennent nous attaquer. Ils n'ont rien à manger et veulent nous prendre de la nourriture. Nous, on se défend», poursuit le policier devant Patrick de Saint-Exupéry. «Nous avons tous alerté sur le génocide qui était en cours», raconte aujourd'hui le grand reporter, désormais rédacteur en chef de la revue *XXI*. «Dans plusieurs interview, le général Lafourcade, qui commandait l'opération Turquoise, a expliqué qu'il avait fait le choix de ne pas les sauver. Pourquoi? C'est à lui d'apporter la réponse.»

Plusieurs officiers dans le collimateur de la justice

Dans le fax qu'il a rédigé, le lieutenant-colonel Duval fait un compte-rendu très précis de la situation: «Dans le secteur de Bisesero, nous avons rencontré une centaine de Tutsis réfugiés dans la montagne [...] Ils seraient environ deux mille cachés dans les bois», détaille-t-il. Duval décrit des massacres directement perpétrés et encadrés par l'appareil d'Etat rwandais: citant des survivants, il décrit une «chasse aux Tutsis» quotidienne, «menée par des éléments de l'armée, gendarmerie, milice encadrant la population». L'officier décrit une situation extrêmement grave et évoque un risque d'extermination. «Ils sont dans un état de dénuement nutritionnel, sanitaire et médical extrême. [...] Ils espéraient notre protection immédiate ou leur transfert en un lieu protégé. Il y a là une situation d'urgence qui débouchera sur une extermination si une structure humanitaire n'est pas rapidement mise en place ou tout au moins des moyens pour arrêter ces chasses à l'homme.» Entre les mains du juge, le journal de marche du COS de l'opération Turquoise corrobore le témoignage du lieutenant-colonel.

«Il y a là une situation d'urgence qui débouchera sur une extermination si une structure humanitaire n'est pas rapidement mise en place ou tout au moins des moyens pour arrêter ces chasses à l'homme. »

Lieutenant-colonel Duval, dans un fax adressé à sa hiérarchie le 27 juin 1994

Aujourd'hui, deux officiers sont dans le collimateur de la justice. Le colonel Rosier, supérieur du lieutenant-colonel Duval, est placé sous le statut de témoin assisté. Le juge tente de comprendre pourquoi il n'a pas réagi aux alertes répétées de ses subordonnés. Une vidéo, tournée le 28 juin par l'armée, le montre en effet en train d'écouter le rapport d'un sergent-chef qui fait part de la découverte la veille de survivants tutsis de Bisesero, dont certains ont la chair pendante. Le capitaine de frégate Marin Gillier, commandant d'un second détachement du COS au Rwanda au moment des faits, est quant à lui soupçonné d'avoir été informé dès le 26 juin des massacres en cours, sans tenter de les stopper. Au moins deux journalistes - Vincent Hугeux de *l'Express* et Sam Kiley du *Times* - ont affirmé avoir alerté l'officier lorsqu'ils l'ont croisé dans la région, selon Mediapart. Le 24 novembre dernier, la Fédération internationale et la Ligue des droits de l'Homme (FIDH et LDH) et l'association Survie, parties civiles au procès, ont demandé la mise en examen de ces deux officiers pour complicité de génocide. Contacté, le ministère de la Défense n'a pas répondu à nos sollicitations.

Au vu de ces éléments, la justice pourrait estimer que la hiérarchie militaire française a été mise au courant dès le 27 juin des massacres en cours dans la région de Bisesero, et non le 30 comme l'a toujours affirmé l'état major français. Entre avril et juillet 1994, le génocide rwandais a fait 800.000 morts. A Bisesero, la chasse aux Tutsis a fait 50.000 victimes pendant cette période. Plus de mille Tutsis ont été massacrés pendant ces quatre jours qui intéressent l'enquête.

**La copie du reportage de Patrick de Saint-Exupéry publié dans le Figaro du 29 juin 1994 est accessible ci-dessous:*

Retraite : les Français partent trop tôt

Par Guillaume Guichard

Publié le 01/12/2015

Pour l'OCDE, l'âge légal de départ de 62 ans n'est pas soutenable à long terme.

Le message envoyé mardi par l'Organisation pour la coopération et le développement économique (OCDE), dans le cadre de son Panorama des pensions 2015, est clair et net : **les Français partent trop tôt à la retraite**. Résultat, la réforme de première priorité doit être un « recul de l'âge minimum ». La raison ? **Les retraites françaises ne sont pas sauvées. « La viabilité du système de retraite dépend d'hypothèses de performances d'emploi peu réalistes »**, note l'OCDE, **comme un taux de chômage de 4,5 % ces prochaines décennies (contre 10 % aujourd'hui).**

Dans son rapport 2015, l'organisation accumule les preuves à charge contre **le système français de retraite - en déficit - insoutenable en l'état**. D'abord, **la France figure parmi les quatre seuls pays de l'OCDE - avec la Slovénie, le Luxembourg et la Grèce - où un homme, entré sur le marché du travail à l'âge de 20 ans en 2014, pourra partir à la retraite avant 64 ans s'il a réalisé une carrière sans accroc. Dans la plupart des autres pays, il ne pourrait partir à la retraite qu'à 64 ans.**

Les Français et les Françaises sont ensuite ceux qui profitent le plus de la retraite. Les hommes y passent en moyenne 23 ans et les femmes 27,2 ans. Soit, dans les deux cas, **cinq ans de plus que dans les 34 pays de l'OCDE. Si les hommes français passent plus de temps à la retraite, c'est parce qu'ils partent plus tôt que les autres (59,4 ans en moyenne, contre 64,6 ans)**. Quant aux femmes, c'est parce qu'elles vivent plus longtemps (87,1 ans contre 85,4 ans).

Exception française

Dans ce contexte, les réformes des dix dernières années ne suffisent pas, juge l'organisation internationale. **Alors que l'espérance de vie devrait s'allonger de quatre ans et demi entre 2014 et 2050**, l'âge de départ effectif n'aura été repoussé à cette date que d'un an et demi par les réformes menées cette dernière décennie. **Bref, « vu l'espérance de vie projetée en 2050, la borne des 62 ans paraît très basse »**, martèle Hervé Boulhol, économiste à l'OCDE. **En d'autres termes, à moins que la France n'arrive à faire baisser durablement le taux de chômage sous les 5 %, d'autres réformes seront nécessaires d'ici au milieu du siècle.**

En réalité, si la France fait à ce point figure d'exception, c'est parce qu'un choix implicite y a été fait dès 1993 de sacrifier un peu du montant des pensions des générations futures pour sauvegarder un départ précoce à la retraite. Le gouvernement Balladur a en effet actionné un levier aussi discret que puissant à long terme : le mode de revalorisation des « salaires portés aux comptes ». Les salaires des 25 meilleures années de carrière des salariés pris en compte dans le calcul de leur pension sont depuis revalorisés en fonction de l'inflation et non plus de la hausse - plus prononcée - des salaires. En un mot, **le choix réalisé à l'époque, et jamais remis en cause depuis, peut être résumé ainsi : travailler moins longtemps et gagner moins une fois à la retraite, plutôt que travailler plus longtemps et gagner plus.**

133,20

World Leaders To Debate Role Of Nuclear Power At U.N. Climate Summit

Updated December 1, 2015 7:31 PM ET

Listen to the Story

All Things Considered
4:08

- [Playlist](#)
- [Download](#)
- [Embed](#)
- [Transcript](#)

NPR's Robert Siegel talks with Matthew Bunn, a nuclear and energy policy analyst and professor of practice at the Harvard Kennedy School, about the role nuclear power will play in the future. As world leaders meet in Paris for the U.N. climate summit, they discuss if countries are moving away or toward nuclear energy and given safety and budget concerns, whether atomic power makes sense anymore.

ROBERT SIEGEL, HOST:

The climate change talks have raised questions about France's main energy source. About three quarters of its electricity comes from nuclear power. France went nuclear in response to the 1973 oil crisis, and after four decades and after the Fukushima disaster, people ask, does atomic power make sense anymore? We're going to put that question to Harvard University's Matthew Bunn.

Welcome to the program Professor Bunn.

MATTHEW BUNN: Pleasure to be here.

SIEGEL: We hear a lot of advocacy of renewable energy, President Obama spoke specifically of solar energy. Is there any advocacy these days for nuclear power at, say, the talks in Paris?

BUNN: Oh, absolutely. Both the United States and quite a number of other countries are pushing nuclear hard as one of the clean energy options that are available. It doesn't - like wind or solar, it doesn't emit carbon and it also doesn't emit the local air pollution that can cause smoggy skies and deaths as you see in Beijing or New Delhi or the other cities of the developing world.

SIEGEL: In France, CO2 emissions per capita are significantly lower than ours - or Canada's, for that matter - and yet the French are trying to turn away a bit from nuclear power. Is that all about Fukushima?

BUNN: Not entirely. France is only turning away a little, but they're certainly not turning away on a large scale from nuclear power. There are countries that are. Germany has decided to phase out its nuclear power plants and a number of other - the smaller markets have done that as well. But after Fukushima, the big markets there are really building plants today - China, India, Russia, South Korea - took a pause, looked at their safety regulations, decided to strengthen them in a few places and then said, we're moving ahead.

SIEGEL: Even before the Fukushima accident, there were obviously concerns about disposing of nuclear waste. Has there been any progress over the past several decades about nuclear waste disposal?

BUNN: There has in other countries, not in the United States. In Finland, for example, they became the first country to cite a nuclear waste repository with the complete support of the community where it's going to be. In the United States, President Obama canceled the project for a nuclear waste repository in Nevada at a place called Yucca Mountain. He then appointed a commission to make recommendations about what we should do, and they came up with some very sensible ideas, including a more democratic process where you would not have a nuclear waste repository anywhere that didn't want it. But their recommendations require Congress to act, and Congress has not yet acted.

SIEGEL: How dependent on nuclear energy is the U.S.?

BUNN: The United States gets between 15 and 20 percent of its electricity from nuclear energy, and the world gets about 15 percent, on average, of its electricity from nuclear energy. The key question with respect to climate is can nuclear energy grow enough to be an important part of the answer to climate change? But I think we should be doing everything we can to find answers to cutting its cost, to better financing of nuclear plants, to ensuring safety and security and managing the nuclear waste so that it can be an expandable answer.

SIEGEL: It's public resistance that's the limitation here, it's not the industrial capacity to build those power plants?

BUNN: It's not the industrial capacity but it's cost, and one very substantial part.

SIEGEL: What is it about a nuclear power plant that's so expensive?

BUNN: Well, of course, you need to build in safety and make sure that this intensely radioactive material that you're producing as the plant operates isn't going to accidentally be spread over the surrounding countryside as it was in the Fukushima Daiichi accident in Japan or the Chernobyl accident in the Soviet Union. And many of the countries that are thinking of building their first nuclear power plant unfortunately rate pretty low in estimates of their regulatory effectiveness or their ability to control corruption, and that's a worry when it comes to something like a nuclear power plant.

SIEGEL: Well, Matthew Bunn, thanks for talking with us once again.

BUNN: Thank you.

SIEGEL: Matthew Bunn is nuclear and energy policy analyst and professor of practice at the Kennedy School at Harvard.

Copyright © 2015 NPR. All rights reserved. Visit our website [terms of use](#) and [permissions](#) pages at www.npr.org for further information.

NPR transcripts are created on a rush deadline by a contractor for NPR, and accuracy and availability may vary. This text may not be in its final form and may be updated or revised in the future. Please be aware that the authoritative record of NPR's programming is the audio.

133,21

• [GLOBAL VIEW](#)

Liberalism's Imaginary Enemies

In Paris, it's easier to battle a climate crisis than confront jihadists on the streets.

By [BRET STEPHENS](#)

Nov. 30, 2015 7:17 p.m. ET

Little children have imaginary friends. Modern liberalism has imaginary enemies.

Hunger in America is an imaginary enemy. Liberal advocacy groups routinely claim that one in seven Americans is hungry -- in a country where the poorest counties have the highest rates of obesity. The statistic is a preposterous extrapolation from a dubious Agriculture Department measure of "food insecurity." But the line gives those advocacy groups a reason to exist while feeding the liberal narrative of America as a savage society of haves and have nots.

The campus-rape epidemic -- in which one in five female college students is said to be the victim of sexual assault -- is an imaginary enemy. Never mind the debunked rape scandals at Duke and the University of Virginia, or the soon-to-be-debunked case at the heart of "The Hunting Ground," a documentary about an alleged sexual assault at Harvard Law School. The real question is: If modern campuses were really zones of mass predation -- Congo on the quad -- why would intelligent young women even think of attending a coeducational school? They do because there is no epidemic. But the campus-rape narrative sustains liberal fictions of a never-ending war on women.

Institutionalized racism is an imaginary enemy. Somehow we're supposed to believe that the same college administrators who have made a religion of diversity are really the second coming of Strom Thurmond. Somehow we're supposed to believe that twice electing a black president is evidence of our racial incorrigibility. We're supposed to believe this anyway because the future of liberal racialism -- from affirmative action to diversity quotas to slavery reparations -- requires periodic sightings of the ghosts of a racist past.

I mention these examples by way of preface to the climate-change summit that began this week in Paris. But first notice a pattern.

Dramatic crises -- for which evidence tends to be anecdotal, subjective, invisible, tendentious and sometimes fabricated -- are trumpeted on the basis of incompetently designed studies, poorly understood statistics or semantic legerdemain. Food insecurity is not remotely the same as hunger. An abusive cop does not equal a bigoted police department. An unwanted kiss or touch is not the same as sexual assault, at least if the word assault is to mean anything.

Yet bogus studies and statistics survive because the cottage industries of compassion need them to be believed, and because mindless repetition has a way of making things nearly true, and because dramatic crises require drastic and all-encompassing solutions. Besides, the thinking goes, falsehood and exaggeration can serve a purpose if it induces virtuous behavior. The more afraid we are of the shadow of racism, the more conscious we might become of our own unsuspected biases.

And so to Paris.

I'm not the first to notice the incongruity of this huge gathering of world leaders meeting to combat a notional enemy in the same place where a real enemy just inflicted so much mortal damage.

Then again, it's also appropriate, since reality-substitution is how modern liberalism conducts political business. What is the central liberal project of the 21st century, if not to persuade people that climate

change represents an infinitely greater threat to human civilization than the barbarians -- sorry, violent extremists -- of Mosul and Molenbeek? Why overreact to a few hundred deaths today when hundreds of thousands will be dead in a century or two if we fail to act now?

Here again the same dishonest pattern is at work. **The semantic trick in the phrase "climate change" -- allowing every climate anomaly to serve as further proof of the overall theory. The hysteria generated by an imperceptible temperature rise of 1.7 degrees Fahrenheit since 1880 -- as if the trend is bound to continue forever, or isn't a product of natural variation, or cannot be mitigated except by drastic policy interventions. The hyping of flimsy studies -- melting Himalayan glaciers; vanishing polar ice -- to press the political point. The job security and air of self-importance this provides the tens of thousands of people -- EPA bureaucrats, wind-turbine manufacturers, litigious climate scientists, NGO gnomes -- whose livelihoods depend on a climate crisis. The belief that even if the crisis isn't quite what it's cracked up to be, it does us all good to be more mindful about the environment.**

And, of course, the chance to switch the subject. If your enemy is global jihad, then to defeat it you need military wherewithal, martial talents and political will. If your enemy is the structure of an energy-intensive global economy, then you need a compelling justification to change it. Climate dystopia can work wonders, provided the jihadists don't interrupt too often.

Here's a climate prediction for the year 2115: Liberals will still be organizing campaigns against yet another mooted social or environmental crisis. Temperatures will be about the same.

A Nuclear Paradigm Shift?

U.S. regulators may radically revise safety assumptions about atomic radiation.

By HOLMAN W. JENKINS, JR.

Dec. 1, 2015 6:58 p.m. ET

Wade Allison, emeritus professor of physics at Oxford, has a more realistic idea for fighting global warming than any being promoted at this week's climate summit in Paris: Increase by 1,000-fold the allowable limits for radiation exposure to the public and workers from nuclear power plants.

Politicians in Paris might notice their host country ranks 20th in per capita income but 50th in greenhouse emissions. You know why: France gets 75% of its electricity from nuclear. France has waded forward even while, for reasons having to do with horror of nuclear war and atmospheric testing, the world has surrendered since the 1950s to an unfounded dogma that radiation exposure is always dangerous in direct proportion to dose.

This is roughly the equivalent of saying a bullet fired at one foot per second has 1/900th the chance of killing you as a bullet fired at 900 f.p.s. (the actual muzzle velocity of a .45 automatic). Known as the linear no-threshold model (LNT), it underlies predictions of thousands of cancer deaths from Chernobyl or Fukushima that have consistently failed to be borne out.

Sweden a few years ago finally acknowledged nearly a year's supply of reindeer meat was needlessly destroyed after Chernobyl. A Japanese survey in 2013 found 1,600 premature deaths from "evacuation stress" (including suicides and loss of access to critical health care) among those forcibly protected from Fukushima exposures that posed little or no threat and were less than residents of, say, Finland experience on a normal basis.

In 2001, America's then-chief nuclear regulator cautiously admitted that "excess cases of leukemia that can be attributed to Chernobyl have not been detected."

In the 1980s, 1,700 apartments in Taiwan were built from recycled steel contaminated with radioactive cobalt. In a 2006 study that found residents suffered unusually low cancer rates, the authors suggested that, by correcting our risk estimates, "many billions of dollars in nuclear reactor operation could be saved and expansion of nuclear electricity generation could be facilitated."

They were right: Exaggerated radiation fears have been crucial in driving up the safety, waste storage and licensing costs of nuclear power. But change may finally be coming—a paradigm shift in how we think about nuclear risk.

In June, the [U.S. Nuclear Regulatory Commission](#) began soliciting comments on whether to revise the safety standards in favor of a more sophisticated view, known as hormesis, which recognizes that organisms bathed in natural radiation have evolved cellular responses that protect against low-level radiation doses. The petitioners for this change include Dr. Carol S. Marcus, a professor of nuclear medicine at UCLA, who pointed to a lack of "scientifically valid support" for the LNT hypothesis and the "enormous" cost of "complying with LNT based regulations."

Kudos go to Mr. Allison and toxicologist Edward J. Calabrese of [UMass Amherst](#), who've fought this battle for decades. Prof. Calabrese's latest paper, published in October in the journal *Environmental Research*, traces how a cabal of radiation geneticists associated with the Manhattan Project in the 1950s promoted adoption of the LNT hypothesis to increase the prestige of their discipline.

By now hundreds of papers have added evidence against LNT. A study last year from Munich's Institute of Radiation Biology showed a specific mechanism by which low levels of radiation induce a nonlinear response in certain cell protection mechanisms.

The consequences have been incalculable. Not from any intrinsic cost, safety or efficiency advantage coal became the world's go-to electricity source in the early 21st century. China and India today would not be opting for coal. They would be choosing among an array of off-the-shelf, affordable, safe and clean nuclear reactors developed in the advanced industrial countries.

How foolish have we been? In a month, coal mining kills more people than all nuclear power industry accidents since the beginning of time. Though it opens a can of worms, by the standards of LNT, coal is also more dangerous than nuclear. The particulates, heavy metals and radioactive elements coal plants emit are estimated to cause 13,200 deaths a year, according to the American Lung Association.

Put also into the mix Al Gore. When climate change politics emerged in the 1980s under his leadership, it quickly became a psychodrama in which ideological solidarity required rejection of nuclear power—though nuclear power is the obvious, easiest solution to the alleged carbon problem.

At least the Obama administration is capable of cold reason when not under the microscope from its lefty friends. Undoubtedly a prayer goes up daily from the White House that the greenies won't notice its openness to revising the nuclear safety standards. Maybe the Keystone pipeline distraction was good for something after all.

Unfortunately, it probably would take only one noisy New York Times op-ed accusing him of green apostasy to cause the president to surrender one of his few useful gestures on the climate conundrum.

Sacrifices to the Savage God

In the Middle Ages, suicide was more wicked than murder. Today we judge it not morally but medically, as a byproduct of mental illness.

By JOANNA BOURKE

Nov. 30, 2015 7:08 p.m. ET

“Farewell to the World” By Marzio Barbagli (Polity, 408 pages, \$29.95)

On Feb. 11, 1963, the 30-year-old poet Sylvia Plath tiptoed into her children's room, left them some bread and milk, opened their window and sealed their door, then went into her kitchen and put her head in the gas oven. Later that morning, a visiting nurse discovered her body. It was not her first attempt at suicide, but it was successful. A few years earlier she had written about feeling "outcast on a cold star, unable to feel anything but an awful helpless numbness. I look down into the warm, earthy world. Into a nest of lovers' beds, baby cribs, meal tables, all the solid commerce of life in this earth, and feel apart, enclosed in a wall of glass."

Plath was one of many gifted 20th-century literary figures (including Virginia Woolf, Anne Sexton and Ernest Hemingway) to commit suicide. In 1972 Al Alvarez (poet, critic and friend of Plath) wrote "The Savage God" in an attempt to come to terms with her death.

"Suicide," he wrote, "has permeated Western culture like a dye that cannot be washed out." He lamented the mythologizing of Plath's suicide. The "myth of the poet as a sacrificial victim, offering herself up for the sake of her art," failed to do justice to either her life or her death. He was dismayed that there seemed to be only two ways of thinking about suicide. The first was religious, viewing it as a "horror," a sin that was more wicked than murder, since it destroyed the soul as well as the body. The second was scientific, venerating statistics and objective analyses over individual maladies or misery.

In "Farewell to the World," Marzio Barbagli, a professor of sociology at the University of Bologna, seeks to change how suicide is understood. He is not interested in why people like Plath kill themselves. Instead, he wants to explain "changes in the suicide rate over time and space" and "differences between historical periods, countries, and social groups." Mr. Alvarez might accuse him of reducing human despair to "the boniest statistics." That would be unfair.

Mr. Barbagli's ambitious book has one primary aim: to demolish the most influential way of thinking about suicide, that of the founding father of sociology, Emile Durkheim. In 1897 Durkheim argued that to understand trends in suicide you have only to look at regulation and social integration. Poorly regulated societies have elevated levels of suicide. Suicide rates are also high when individuals become isolated from their communities ("egotistical" suicide) or when their communities exert such power that individual egos can be sacrificed for the greater good ("altruistic" suicide). Durkheim believed the latter was common among "primitive peoples."

Mr. Barbagli devotes 400 pages to systematically undercutting these hypotheses. To do so he draws upon a vast range of research, including evidence from anthropology, biology, archaeology, psychology and sociology. He also interrogates suicide from the Middle Ages to the present and in Europe, America, China, India and the Middle East. He is as interested in Muslim and Hindu beliefs as in Christian ones; he contrasts sati in India with tat'ai in southeastern China, both of which involve the suicide of widows after their husbands' death, though in different ways.

The crucial thing that Mr. Barbagli seeks to explain is the rise in the number of voluntary deaths since the 17th century. Unlike Durkheim, he argues that the answer lies in cultural factors, or transformations in "moral evaluations." People changed their minds. No longer was suicide considered to be deserving of punishment, as in the medieval practice of insulting the lifeless bodies of suicides or giving them dishonorable burials. Instead,

compassion began to be expressed for the suffering that the person must have been experiencing in order to have committed the act. In the West, he observes, the medicalization of suicide has become important. A growing awareness of the correlation between suicide and psychiatric diseases has meant that physicians have played an increasing role in managing these vulnerable people.

In his book's most interesting chapter, Mr. Barbagli turns his acute intellect to the problem of suicide bombers. More than any other type of suicide, the suicide bomber cannot be reconciled with Durkheim's model. Compared with other people who commit self-murder, suicide bombers tend to be younger and have higher levels of education. They are also more likely to be employed and less likely to suffer from mood or personality disorders. Finally, contrary to what most expect, they are often motivated not by a desire for rewards in this life or the next but rather by a sense of revenge against a hated enemy.

Mr. Barbagli also investigates the important matter of the gender of suicide bombers. Many female Chechen and Tamil bombers had been raped and were seeking to regain their honor within a moral code that had excluded them (albeit through no fault of their own). He also claims that it is meaningful that at least half of the suicide missions carried out world-wide between 1983 and 2003 were launched by secular organizations. The obvious question is: Has this ratio changed in the past 12 years? This is one of those occasional, but annoying, instances when the richness of Mr. Barbagli's historical analysis is offset by a paucity of contemporary evidence.

Mr. Barbagli's book is not a light read, but it is a significant contribution to the field. "Farewell to the World" may not help us understand the despair that drove individuals like Plath to commit suicide. It will, however, focus attention on the vast range of motivations for suicide and the rapidity with which societal attitudes can change. Mr. Barbagli demolishes the Durkheimian view of suicide and rightly emphasizes beliefs, symbols and values, including the right to "choose when to bid farewell to the world." This was the right that Plath embraced.

Ms. Bourke is a professor of history at Birkbeck, University of London, and the author of "The Story of Pain: From Prayer to Painkillers."

Die Japanisierung der Eurozone

Von der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank profitieren Banken, Staaten und Reiche. Und was macht der Rest?

Ein Kommentar.

03.12.2015, von **HOLGER STELTZNER**

Die Notenbanken haben richtig auf die Weltfinanzkrise reagiert und ihre Geldschleusen weit geöffnet. Lob hierfür nehmen Zentralbanker gern entgegen. Dass zuvor ihre expansive **Geldpolitik** maßgeblich zum Kollaps beigetragen hatte, hören sie nur ungern. Auch mit den unangenehmen Folgen ihrer gegenwärtig ultralockeren Geldpolitik wollen sie nichts zu tun haben. Eine bessere Konjunktur oder Beschäftigung schreiben sie sich schon zu. Aber für geplatzte Pensionsträume oder Preisblasen an der Börse soll ihre Nullzinspolitik nicht verantwortlich sein. Nun kann niemand den Anteil der Geldpolitik am realwirtschaftlichen Erfolg oder am finanziellen Misserfolg genau beziffern. Doch darf man erinnern, dass in Zeiten, als das Kapital noch einen Preis hatte, die **Wirtschaft brummt**.



Autor: Holger Steltzner, Herausgeber. Folgen:

In den Krisenjahren wuchs der Irrglaube an die Allmacht der Notenbanker – vor allem unter Politikern in der Eurozone. Denn die **Europäische Zentralbank** war die einzige Institution, die den Worten ihres Präsidenten („whatever it takes“) wirksame Taten folgen lassen konnte. Mario Draghi übernahm die Rolle des Machers, der im Alleingang das Politikversagen überwand und die EZB umkremelte. Kluge Selbstbeschränkung auf Geldpolitik und schützende Distanz zur Politik war gestern, heute zählt der machtvolle Auftritt des politischen Akteurs, der Banken rettet und Staaten finanziert. Dabei wurde die EZB zur Gefangenen der Fiskalpolitik. Nun kann sie die Zinsen aus Rücksicht auf die Staatsschuldensünder nicht erhöhen, nun muss sie noch mehr Wertpapiere kaufen, damit die Börsenkurse nicht einbrechen, nun kann sie ihre Politik nicht ändern, ohne ihr Scheitern einzugestehen.

Auf ihrem Irrweg hat sich die EZB gegen die sachliche Auseinandersetzung mit ihrer Geldpolitik immunisiert. Am Donnerstag **überraschte Draghi die Märkte zwar, weil er weniger stark auf das Gaspedal trat als erwartet**. Doch kritische Fragen nach der Wirksamkeit der Käufe von Staatsanleihen oder dem Sinn von noch negativeren Zinsen ließ er abtropfen. Dabei hat die extreme Ausweitung der EZB-Bilanzsumme, die in ihrem Ausmaß nur noch von der zunehmend panisch agierenden Bank von Japan übertroffen wird, bislang nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Deshalb wird ja jetzt der Einsatz erhöht.

Die Billionen haben die Konjunktur kaum ins Laufen gebracht

Keiner weiß, wie die Eurozone ohne Draghis Billionen aussähe. Die Konjunktur aber haben sie kaum ins Laufen gebracht, keinen Schwung von Unternehmensinvestitionen ausgelöst, die Arbeitslosigkeit in den Krisenländern nicht gesenkt und die Inflation nicht auf 2 Prozent getrieben. Trotzdem wird in Frankfurt wie auch in Tokio ständig die Dosierung der Medizin erhöht anstatt zu fragen, ob die Diagnose stimmt. Bislang haben beide, EZB und Bank von Japan, mit der ultralockeren Politik vor allem die eigene Währung geschwächt, Wackelbanken gestützt und das Schuldenmachen erleichtert.

In Europa kommt das Geld zum Nulltarif in der Realwirtschaft nicht an, weil vor sieben Jahren eine riesige Schuldenblase platzte. Da viele Staaten, Banken und Unternehmen nach wie vor hoch verschuldet sind, ist die Kreditnachfrage der Wirtschaft gedämpft. Aber das akzeptiert die EZB nicht, auch nicht den nach Schuldenkrisen üblicherweise zähen Anstieg der Inflation. Sogar die positiven Prognosen aus den Euro-Notenbanken wischt sie beiseite, die wegen des niedrigen Ölpreises eine weiter zaghafte Erholung der Konjunktur und einen maßvollen Anstieg der Teuerung voraussagen. Obwohl die Kerninflation ohne Energie im Euroraum bei rund einem Prozent liegt, beklagt Draghi die angeblich zu niedrige Inflation unter Verweis auf das selbstgesteckte Ziel. Ursprünglich galt für die EZB wie für die Schweizer Notenbank eine Zielzone von null bis zwei Prozent, bevor daraus ein Punktziel von zwei Prozent wurde.

Bemerkenswert ist, dass die EZB die Ankündigung der amerikanischen Notenbank Fed ausblendet, **die noch vor Weihnachten den Fuß vom geldpolitischen Gaspedal nehmen will**. Der amerikanischen Zinswende werden andere Notenbanken folgen. Auch in der Eurozone sollte es so schnell wie möglich wieder einen Marktpreis für das Kreditrisiko geben, statt einem politischen Mondzins von weniger als null. Das Gewicht der europäischen Währungen ist schon schwindstüchtig genug, wie man gerade bei der Aufnahme des Yuan in den Club internationaler Reservewährungen sah, die auf Kosten Europas ging.

Die EZB sieht sich nicht in der Verantwortung für die Inflation an den Vermögensmärkten. Dabei treibt sie die Preise für Häuser, Anleihen und Aktien. Diese besitzen meist Wohlhabende, während das Sparbuch der Mittelschicht keinen Ertrag mehr abwirft. Diese Verteilungspolitik ist ebenso fragwürdig wie das Umverteilen der EZB von Krediten und Haftung zwischen Staaten. Außerdem lenkt ihr Nullzins Kapital in schlechte Verwendung, das senkt den Produktivitätsgewinn und damit den Spielraum für Lohnerhöhung. Man sieht auch in Japan, was auf Dauer daraus folgt. Dort verdoppelte sich im Lauf zweier Krisenjahrzehnte die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Das ficht Draghi nicht an. Er treibt die Japanisierung der Eurozone voran.

Quelle: F.A.Z.

133,28

• [OPINION](#)

• [COMMENTARY](#)

'Super Mario' Needs a Hand

Eurozone leaders have asked the central bank to do too much, and the strain is starting to show.

By MICHAEL HEISE

Dec. 3, 2015 4:18 p.m. ET

The European Central Bank on Thursday extended its bond-buying program and further cut interest rates for the eurozone. Since this comes against the backdrop of a European economy that is gathering steam, many analysts now fear that monetary policy will fuel dangerous asset bubbles and store up inflationary pressures for the future. More seriously, the extension of the bond purchases, or quantitative easing, illustrates that the eurozone is still plagued by imbalances and that European policy makers have offloaded too many tasks to the ECB.

The ECB currently faces difficult trade-offs as a result of its growing roles. The injection of huge amounts of liquidity in recent years to keep the eurozone financial system afloat has also exacerbated the "doom loop" between banks and governments.

Between the collapse of Lehman Brothers in 2008 and the start of the ECB's large-scale bond-buying program earlier this year, eurozone banks increased their holdings of domestic government bonds by a whopping €770 billion (\$816.82 billion), more than doubling their existing holdings. Among the most fervent buyers were Italian and Spanish banks, almost trebling and quadrupling their holdings and accounting for more than half of the total increase.

The reasons for this stampede into domestic government bonds are easy to spot: tighter bank regulation and a preferential treatment for government bonds when calculating capital requirements, combined with ample and cheap liquidity. The result is worrying. Any future sovereign-debt crisis risks taking down the entire banking system, while overindebted governments couldn't be expected to support wobbling banks.

To solve this problem, regulators will need to end the fiction that all government bonds are risk-free. There is widespread agreement that the introduction of more sophisticated risk-weighting of bank holdings of sovereign debt and specific caps on the holding of government bonds are inevitable. Managing the transition is a problem. How can banks offload large holdings of domestic government bonds without rattling markets? With insurers and pension funds wary of taking on even more low-yielding bonds, buyers are in short supply.

That leaves the ECB. Quantitative easing helps reduce the amount of government debt held by banks. For now the numbers are not large, but trend reversal is clear. Italian banks reduced their holdings of Italian sovereign debt by €24 billion between March and September. Spanish banks reduced their own government-debt holdings by €16 billion in the same period. This transfer of debt onto the ECB balance sheet might help the banks, but it also exposes taxpayers to greater sovereign risk. It also makes it easier for governments to issue new debt, thereby reducing the pressure to reform public finances.

A reduction of government borrowing costs is only one of the things that European leaders expect from the ECB. The central bank is also supposed to keep eurozone economies growing through more liquidity and easier bank lending; to counteract the fragmentation of eurozone financial markets by equalizing interest rates across borders; and to boost its balance sheet to anchor inflation expectations—all while safeguarding financial stability. These goals aren't always consistent with each other, and they will give rise to conflicts of interest.

It's time to take some weight off the ECB's shoulders and allow it to refocus on its main job of monetary policy. A first step should be to return to the EU's original plans for establishing an independent institution for banking supervision. The ECB assumed this role at the height of the crisis because the creation of a new institution would have required lengthy and cumbersome treaty changes. But now that the crisis has settled and European policy makers have begun to discuss what a viable long-term architecture of the eurozone would look like, the question should be taken up again.

Another element of this architecture is the European Stability Mechanism. The ESM should replace the ECB in providing bridge financing for countries facing liquidity constraints and help to restructure debt in the case of sovereign insolvency rather than acting as a pure bailout fund. Both the banking supervisor and the ESM would be more effective if the eurozone created clear rules for sovereign-debt restructuring.

To reflect the risk of sovereign default properly, the EU should over time introduce capital requirements for government debt. Such regulatory changes would also incentivize banks to offload some of their sovereign debt and instead to lend more to private borrowers, which in turn would relieve pressure on the ECB to keep the eurozone economy afloat in the face of sluggish investment.

Quantitative easing and negative rates are due to continue for some time. Unless European leaders start improving the institutional framework for the euro, the result could be a dangerous increase in systemic risk: governments that face less pressure to rein in spending and reform their economies; banks that pile into government debt without taking account of national default risk; and a central bank that vacuums up that debt from banks, exposing taxpayers to the risk of paying for the whole exercise. Policy makers should take back some of the responsibilities for tackling Europe's problems.

Mr. Heise is chief economist of Allianz SE.

133,30

Le taux de chômage en France au plus haut depuis... 1997

Par [Marc Landré](#)

Publié le 03/12/2015 à 09:24

VIDÉO - Le taux de chômage en France a bondi de 0,2 point au troisième trimestre 2015, pour atteindre 10,6% de la population active. Un niveau inégalé depuis la fin 1997. Les jeunes sont particulièrement touchés.

La promesse de François Hollande d'inverser durablement la courbe du chômage, condition qu'il a lui-même formulée pour pouvoir être candidat à sa propre succession lors de la présidentielle de 2017, semble avoir du plomb dans l'aile... Selon **les toutes dernières statistiques publiées par l'Insee**, le taux de chômage a encore bondi de 0,2 point au troisième trimestre 2015, pour atteindre 10,6 % de la population active en France entière (départements d'outre-mer compris) et 10,2 % dans la seule métropole. Soit les plus hauts niveaux atteints depuis... la fin 1997.

Depuis le début du quinquennat, la hausse du nombre de chômeurs est vertigineuse: elle se monte à 0,9 point, soit l'équivalent au sens du Bureau international du travail (BIT) de 300.000 demandeurs d'emploi de plus pour la métropole en un peu plus de trois ans (dont 75.000 au troisième trimestre 2015). En guise de comparaison, c'est comme si une grande ville comme Nantes était venue grossir les rangs des chômeurs depuis le début de mandat de François Hollande.

Le taux d'emploi des jeunes est tombé à 28% au troisième trimestre 2015, son plus bas niveau jamais enregistré

Au final, il y a désormais quelque 2,95 millions de demandeurs d'emploi en métropole, selon la définition du BIT plus restrictive que celle de Pôle emploi (il y a 800.000 chômeurs d'écart entre les deux comptabilisations). C'est le plus haut niveau jamais enregistré dans l'Hexagone.

La progression est même spectaculaire chez les 15-24 ans (+ 1 point en trois mois), dont le taux de chômage a de nouveau franchi la barre symbolique des 25 %, pour atteindre 25,3 %. Soit le troisième plus haut niveau enregistré dans l'histoire du chômage des jeunes actifs en France (après ceux de la fin 2012 et du début de 2013).

Cette mauvaise nouvelle ne pouvait pas plus mal tomber pour le président de la République. Elle intervient à trois jours du premier tour **des élections régionales** qui s'annoncent déjà apocalyptiques pour l'exécutif socialiste et une semaine tout juste après **la hausse de 42.000 chômeurs enregistrée en octobre à Pôle emploi**.

Plein-emploi en Allemagne

Elle a surtout lieu à un moment où la situation économique, après **les attentats du mois de novembre**, semble figée. Et ce, alors que le mouvement de reprise et surtout de baisse du chômage semble s'être amorcé un peu partout ailleurs en Europe.

Ainsi, le nombre de chômeurs en Allemagne a atteint en novembre son plus bas niveau depuis... 24 ans. En un an, il a diminué de 84.000. Même constat au Royaume-Uni où le taux de chômage tangente désormais les 5 % de la population active, son niveau de plein-emploi.

Même les pays qui ont le plus souffert de la crise des années 2008-2009 ont fini par se retourner. Après avoir fortement augmenté, le taux de chômage en Espagne a ainsi amorcé sa décrue en 2013 et fondu, malgré quelques à-coups, de plus de 5 points en deux ans pour se stabiliser en novembre au-dessus de 21 %. Idem en Grèce où, malgré les difficultés financières rencontrées par Athènes depuis le début de l'année, le nombre de demandeurs d'emploi a reflué de plus de 3 points sur la même période, pour redescendre enfin sous la barre des 25 %.

Den Krieg begründen

Auf welcher Grundlage? Die Regierung muss darlegen, dass der Kampfeinsatz deutscher Soldaten in Syrien dem nationalen Interesse, den eigenen Bürgern dient.

02.12.2015, von REINHARD MÜLLER

Es ist klar, dass Deutschland Frankreich helfen muss. Klar ist auch, dass wir ebenfalls vom IS bedroht werden und dass die kriegsrische Terrororganisation in ihrem Kernland bekämpft werden muss. Dennoch muss auch der Syrien-Einsatz der **Bundeswehr** gerechtfertigt werden – wie jeder Kampfeinsatz.



Autor: Reinhard Müller, In der politischen Redaktion verantwortlich für „Zeitgeschehen“ und für „Staat und Recht“.

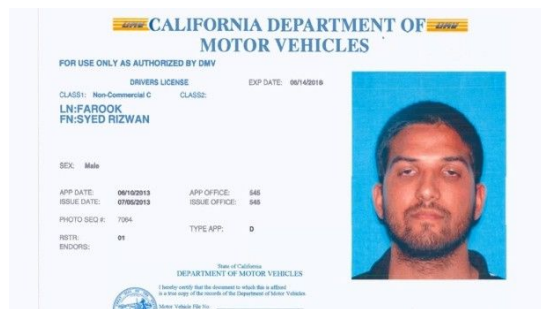
Dazu reicht eine Mehrheit im Bundestag nicht aus. Deutschland hat immer viel Wert auf eine unanfechtbare völkerrechtliche und verfassungsmäßige Grundlage gelegt – die es freilich im von Rot-Grün geführten Kosovo-Krieg auch nicht gab. Ein Sammelsurium von Gründen, die insgesamt schon irgendwie passen, hätte man jedenfalls einem George W. Bush nicht durchgehen lassen. Dem konnte das egal sein.

Aber die Suche nach einem juristischen Fundament schärft den Blick für Fragen, mit denen sich auch das britische Parlament lange beschäftigt hat: Drohen sich alte Fehler zu wiederholen? Ist sichergestellt, dass der Einsatz den eigenen strategischen Zielen wirklich dient? Kurz: Die Regierung muss darlegen, dass dieser Kriegseinsatz dem nationalen Interesse, den eigenen Bürgern dient.

Wer war Syed Farook?

Der mutmaßliche Todesschütze von San Bernardino hat laut Bekannten jeden Tag in der Moschee gebetet. Auffällig war er nicht. Doch vor wenigen Wochen änderte Farook sein Verhalten. Die tödliche Schießerei sei „eindeutig geplant“ worden, glauben die Ermittler.

04.12.2015



© REUTERS/Der Führerschein des Angreifers von San Bernadino, Syed Farook

Nach der **Schießerei (?)** mit 14 Toten in Kalifornien **rätselt das Umfeld des mutmaßlichen Schützen über das Motiv der Tat**. Wie die „New York Times“ berichtet, **hält das FBI einen terroristischen Hintergrund des Falls für möglich**. Die Ermittler stützen sich demnach auf das **umfangreiche Waffenarsenal** des von der Polizei getöteten Verdächtigen Syed Farook und seiner Ehefrau Tashfeen Malik, **ihre jüngsten Reisen in den Mittleren Osten** und die Tatsache, dass **einer von beiden Kontakt mit islamistischen Kreisen in Kontakt gewesen sei**. „Wir kennen das Motiv noch nicht, aber zum jetzigen Zeitpunkt können wir nichts ausschließen“, zitiert die Zeitung den verantwortlichen FBI-Ermittler David Bowdich. Die Tat sei eindeutig geplant worden, sagte Bowdich. **Die beiden hätten eine „Mission“ gehabt**. Auch sei das Paar zu weiteren Angriffen fähig und ausgerüstet gewesen, sagte der Polizeichef von San Bernadino, Jarrod Burguan.

Farook stand offenbar mit Terrorverdächtigen in Kontakt

Wie die „New York Times“ unter Berufung auf FBI-Kreise schreibt, **soll Farook zumindest vor ein paar Jahren Kontakt mit fünf Personen gehabt haben, die vom FBI wegen möglicher terroristischer Aktivitäten überwacht worden seien**. Eine Person soll demnach mit der Al-Shabaab-Miliz in Somalia in Verbindung stehen, eine andere mit der islamistischen Nusra-Front. In allen fünf Fällen seien die Untersuchungen allerdings ohne Anklagen abgeschlossen worden.

Zuvor hatte der Nachrichtensender CNN unter Berufung auf Ermittlerkreise ebenfalls berichtet, dass Farook telefonisch und über soziale Onlinenetzwerke **mit Terrorverdächtigen in Kontakt gestanden habe**.

Offenbar sei er „radikalisiert“ gewesen, **andere Motive wie Ärger im Job könnten aber auch zu der Tat beigetragen haben**.



© DPA  Diese Waffen verwendeten die mutmaßlichen Schützen

Die „New York Times“ schreibt weiter, FBI-Ermittler hätten bei der Untersuchung von Farooks elektronischen Geräten Belege dafür gefunden, **dass er am Tag vor dem Angriff in San Bernadino damit begonnen habe, Daten zu löschen, die auf einen geplanten Angriff hindeuten könnten**. „Es ist nicht so, dass er außer sich war und deswegen zurückkam und Daten gelöscht hat“, zitiert die Zeitung einen Ermittler.

Ein Imam in San Bernardino wies Berichte über einen religiösen Hintergrund der Tat hingegen zurück. „Wir haben keine Anzeichen einer Radikalisierung gesehen“, sagte Mahmood Nadvi von der Al-Uloom-Al-Islamiyah-Gemeinde über Farook.

Werkzeuge zum Bombenbau sichergestellt

Wie die Nachrichtenagentur AP berichtet, war Farook in seinem Umfeld bekannt **dafür, jeden Tag in der Moschee zu beten. Er habe den Koran auswendig gekonnt**. Bekannte berichteten, dass der mutmaßliche Täter nie über Politik oder Probleme bei der Arbeit gesprochen habe. Ein Gemeindemitglied beschrieb den mutmaßlichen Schützen als „ruhig, schüchtern und reserviert“. Er könne sich nicht vorstellen, dass er die Tat aus religiösen Motiven begangen habe, sagte Gasser Shehata. **Mehrere Menschen aus seinem Umfeld sagten jedoch aus, dass Farook zuletzt sein Verhalten geändert habe. Laut anderen Moscheebesuchern habe Farook seine Besuche in dem Gotteshaus vor rund drei Wochen abrupt eingestellt.**

Mehr zum Thema

Schießerei in Kalifornien: Todesschützen könnten Terroristen gewesen sein

Vereinigte Staaten: Tote und Verletzte durch Schusswaffen 2015

Kalifornien: Schießerei in San Bernardino

14 Tote bei Schießerei in Kalifornien

Der 28 Jahre alte städtische Angestellte, der bei der Gesundheitsbehörde von San Bernadino arbeitete, hatte am Mittwoch nach Polizeiangaben gemeinsam mit seiner 27 Jahre alten Ehefrau die Weihnachtsfeier seines Arbeitgebers gestürmt und 14 Menschen erschossen. **Wie die „New York Times“ berichtet, sei Farook zuvor allein bei der Feier erschienen und sehr aufgebracht gewesen. Dann habe er die Feier wieder verlassen und sei kurz darauf gemeinsam mit seiner Frau zurückgekehrt und habe zu feuern begonnen.**

Farook und seine Frau wurden später bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet. Laut Ermittlern führten Farook und seine Frau mehr als 1600 Schuss Munition mit sich. **Im Haus des Paares fanden die Ermittler rund 5000 weitere Schuss Munition und zwölf Rohrbomben. Außerdem wurden Werkzeuge zum Bombenbau sichergestellt.**

133,34

What ECB Stimulus Has Done

Infographic

In March the European Central Bank launched a quantitative easing, or QE, program, its latest effort to combat ultralow eurozone inflation. Such bond-buying stimulus tends to weaken the currency, boost stocks and lower financing costs.

By [Elliot Bentley](#), [Martin Burch](#), [Pat Minczeski](#) and [Christopher Whittall](#)

Updated Dec. 3, 2015 at 10:00 a.m. ET

ECB asset purchases

Current programs

Old programs

2014 2015 2016 000.10.20.30.40.50.60.70.80.9€1.0 trillion

How the ECB measures are playing out in the markets and the economy

[Eurozone consumer-price inflation](#)

2014 2015 2016 -1.0 -0.5 000.51.01.52.0% July 14

[How many dollars €1 buys](#)

Draghi Agonistes

Europe won't take the central banker's yes for an answer.

Dec. 3, 2015 7:20 p.m. ET

Mario Draghi disappointed markets Thursday when the European Central Bank didn't cut its deposit rate as deeply, or expand its asset purchases as much, as investors had hoped. **Fair enough, given that ECB board members did so much to stoke expectations before this week's meeting. But something is wrong when investors and politicians lose their capacity for being impressed by what Mr. Draghi is doing.**

The euro and stocks fluttered disapprovingly when the ECB announced it is **cutting the interest rate for deposits at the central bank to -0.3%** from -0.2%. Markets had hoped for -0.4%.

But any negative deposit rate, which amounts to a tax on cash balances, is an extraordinary measure traditionally reserved for emergencies. Mr. Draghi already has maintained a negative rate for 18 months, and this is the second cut since dipping below zero.

The same holds with the ECB's asset purchases, or quantitative easing. Mr. Draghi will extend the current QE program that **buys 60 billion euros (\$63.65 billion) of assets per month to March 2017, beyond the original September 2016 expiration date.**

The central bank has committed to maintaining its larger balance sheet by reinvesting maturing principal. **And the expansion of the list of assets it will buy, to include local-government debt, apparently is meant to reassure markets that it won't be diverted from its mission by a shortage of German bonds to buy under the proportional rules of the program.**

We still remember when QE was a crisis measure. Now it's not enough that the ECB will run its program for at least two years to a maximum **volume of more than 1.4 trillion euros, or roughly 15% of eurozone gross domestic product,** despite the absence of a financial emergency.

Markets wanted a higher monthly purchase amount, maybe 80 billion euros or more, to achieve a balance-sheet expansion akin to the 25% of GDP the Bank of England and U.S. Federal Reserve managed in their own QE programs.

The message is that Europe won't take yes for an answer. Mr. Draghi's policies -- combined with his promises of more to come -- already have pulled the euro down to a recent low of \$1.055 from a high of nearly \$1.39 in 2014. Government bond yields are at abnormally low levels, and the difference between yields on German bunds and the debts of fiscally profligate smaller states has narrowed considerably. Mr. Draghi's steady hand and memories of his 2012 pledge to do "whatever it takes" to save the euro helped soothe the markets through the summer's Greek crisis.

Mr. Draghi was wrong in thinking he could strike a grand bargain with Europe's political class in which he would trade monetary exertions for policy reforms that would boost productivity while reining in the costs of bloated and broken entitlement states. **The politicians have taken low borrowing costs as an excuse to avoid pushing politically difficult reforms, while markets have noticed that Mr. Draghi is the only policy maker prepared to act boldly for growth and now want him to do more and more.**

A better focus for discontent would be the **politicians, professional economists and pundits who play down the need for the reforms to entitlements and economic regulations for which Mr. Draghi begs in every press conference.** It's no use castigating the one man who has promised to do whatever it takes when everyone else is busy doing as little as they can.

133,36

• [OPINION](#)

• [REVIEW & OUTLOOK](#) EDITORIAL

The Motive in San Bernardino

Obama blames guns, but some evidence points to sudden jihad.

Dec. 3, 2015 7:30 p.m. ET

The killers in San Bernardino hadn't even been identified Wednesday before President Obama, Nancy Pelosi and the rest of Progressive America had blamed the murders on the lack of "common-sense gun safety laws." The motives of the shooters apparently didn't matter. But now that more details about the two killers are dribbling out, motive may turn out to be relevant in a way that Mr. Obama and the left won't find so politically congenial.

Law enforcement officials haven't made judgments about the motives of Syed Farook and his wife, Tashfeen Malik, for opening fire with semiautomatic weapons on a meeting of county employees. This restraint is more admirable than **Mr. Obama's rush to political judgment.** Perhaps Farook had long seethed with animosity toward his work colleagues, or he had some personal feud or mental illness.

But the couple had certainly prepared for more than a single act of revenge. They came armed with pipe bombs with a remote trigger, which didn't detonate, and thousands of rounds of ammunition. Police say they found 12 more "pipe bomb type devices" and material to produce IEDs at the couple's home. These are the tools of the modern jihadist.

By Thursday the FBI had taken over the case, and even **Mr. Obama** was at pains to say that terrorism couldn't be ruled out. **Farook was an American of Pakistani descent who had traveled to Saudi Arabia, returning with a new wife he met online. He was a devout Muslim, though he hadn't appeared to colleagues to be a fanatic.** Farook's brother-in-law expressed shock at his brutal turn, though **jihadists often hide their radicalization from relatives.**

We also know that sudden Islamist radicalization is possible even without direct contact with a jihadist network like Islamic State. Access to propaganda over the Internet can provide a religious trigger or justification for men or women with other simmering resentments. That was the case with Maj. Nidal Hasan, who killed 13 Americans at Fort Hood in 2009. These are the questions the FBI will be exploring as its probe continues. The implications for public policy will depend on what we learn.

As for the exploitative politics, Democrats were quick to use the 14 deaths to demand purely symbolic gun-control votes in the Senate. We say symbolic because measures like more background checks have no chance of passing, and in any event would not have stopped the San Bernardino shooting. **The four weapons used in the attack were purchased legally, and the two rifles are variants of the AR-15 that was legal (when not modified) even when the Clinton-era assault-weapons ban was in place.**

If **Democrats** are serious about gun control, why not have the courage of their convictions and call for an outright weapons ban? That would be unconstitutional, but at least it would be more than **a cynical gesture exploiting another mass murder.**

133,37

European Press Review of 04/12/2015

MAIN FOCUS

ECB extends bond-buying program

The ECB announced on Thursday that it would prolong its [controversial bond-buying programme](#) until March 2017. Because investors had expected an increase in the volume of monthly purchases, stock markets around the world slumped on Thursday. But the investors' disappointment is unjustified, commentators write, and doubt that Europe's economy can be saved with additional money.

La Repubblica - Italy

Not a lack of money that ails Europe's economy

The stock markets' reaction is inappropriate, writes the centre-left daily La Repubblica: "The lack of political decisions is inflating the bubble of expectations vis-a-vis the ECB, which people want to see painting a rosy picture of the continent's economy. ... We are looking here at a bubble which unfortunately is also being fed by the ECB bosses with their constant promises to do everything possible and impossible to get the ailing economy back on track. Could Mario Draghi have done more? Perhaps. But supposing he had extended the bond-buying programme by twelve instead of just six months and raised negative interest rates to 0.4 percent instead of 0.3 percent, would that have changed the outlook for the euro and the Eurozone? Those who believe in such measures are not only fuelling false hopes but also refusing to recognise that the problems of the Eurozone are not down to a lack of liquidity." (04/12/2015)

[» to the homepage \(La Repubblica\)](#)

More from the press review on the subject [» Financial Markets](#), [» Inflation](#), [» Economic situation](#), [» ECB](#), [» Europe](#)
All available articles from [» Massimo Riva](#)

Cinco Días - Spain

Draghi did his job

Draghi did a good job, the centre-left business daily Cinco Días writes in praise, and defends the ECB chief from disappointed reactions on the part of investors: "Although the investors don't like the restraint of the ECB's monetary policy, surveys reveal that the credit flow in Europe has improved tangibly in the last two years. The clouds Draghi is hoping to dispel from the Old Continent's skies are potential deflation and contagion from the turbulences in the emerging economies. ... As Draghi has repeated on many occasions, Europe cannot rely on the magic wand of the monetary authority for recovery but must reform its economic profile and prepare it for the future." (04/12/2015)

[» to the homepage \(Cinco Días\)](#)

More from the press review on the subject [» Fiscal Policy](#), [» Economic Policy](#), [» Banks](#), [» Currency](#), [» Europe](#)

De Volkskrant - Netherlands

Money printer must be stopped

Draghi's course is highly risky, the centre-left daily De Volkskrant comments in dismay: "He sees the risks the glut of money entails for the future, like hyperinflation and huge financial bubbles, as less threatening than the acute danger of economic stagnation. ... But Draghi and the ECB can't influence the basis of the real economy. By printing money all they can do is ensure that the banks have enough cash on hand when entrepreneurs or house-buyers come to them for a loan. There was a shortage of money during the credit crisis, but now it barely plays a role. While the ECB is speeding up the money printing machine the US Fed is heading in the opposite direction. ... This will widen the chasm between the Europe and the US and continue to put pressure on the euro exchange rate." (04/12/2015)

[» to the homepage \(De Volkskrant\)](#)

More from the press review on the subject [» Financial Markets](#), [» Banks](#), [» ECB](#), [» Europe](#)
All available articles from [» Xander van Uffelen](#)

Freiheit als Problem betrachtet

Selbstzufrieden blickt der Westen auf seine Werte. Das bekommt ihnen nicht und macht das Menschenbild immer flacher. Woher könnte heute Tiefe kommen? Von den Pessimisten und Tragikern!

04.12.2015, von EDO REENTS

Was sind das für westliche Werte, die andauernd beschworen werden? Christliche nicht, die haben hier nichts mehr verloren, nachdem alles Religiöse sowieso nur noch in homöopathischen Dosen geduldet beziehungsweise „zivilisiert“ wird, wie der Philosoph und ehemalige **Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin** in einem Beitrag für den „Tagesspiegel“ kürzlich meinte. Gedanklich verwaschen und in geradezu grotesker Unterschlagung historischer Entwicklungen heißt es dort: „Es ist die Leitkultur des Humanismus, der individuellen und kollektiven Selbstbestimmung, die der menschenverachtenden Vernichtung Andersgläubiger entgegengestellt werden muss.“ **Humanismus gleich Selbstbestimmung – ist das alles?** Doch jetzt kommt's erst: „Es darf nicht die christliche, katholische oder protestantische, auch nicht die jüdische Identität sein, die dem religiösen Fanatismus entgegengestellt wird.“



Autor: Edo Reents, Verantwortlicher Redakteur für das Feuilleton.

Wer den Westen bisher mit dem Abendland identifiziert hat und wem die Behauptung der „jüdisch-christlichen Tradition“ vielleicht noch in den Ohren klingt, der muss nun umdenken: Ein Menschenbild und ganz allgemein **Humanität gibt es offensichtlich nur noch in Form eines aseptischen Gebildes, das von allen religiösen, philosophischen und kulturellen Partikeln, die ja immer ein Amalgam ergeben, bereinigt ist**, ein eigenschaftsloses, aller weltanschaulicher, inhaltlich gerichteter Überzeugungen weitgehend verlustig gegangenes und **höchstens noch aufs Grundgesetz festzunagelndes, rein formales Etwas**, das man nicht mehr zu fassen kriegt - deswegen muss ja die ganze Zeit im Modus der Wertebeschwörung davon geredet werden.

Herumsitzen im Café ist noch keine Haltung

Man darf das nicht mit Neutralität verwechseln. Die weltanschauliche und die religiöse Neutralität des Staates sind etwas anderes als jene Keimfreiheit, die neuerdings nicht nur Intellektuellen wie Nida-Rümelin, sondern allen vorschwebt, denen es gar nicht genug „Identitäten“ geben kann und die gerne betonen, wie „aufgeklärt“ sie sind. **Gegen Aufklärung als die mit wissenschaftlicher Erkenntnis abgeglichene Gesamtheit von Weltbildern und (entsprechenden) Lebensweisen wäre nichts zu sagen.** Was heute aber nottäte, wäre wohl vor allem eine Aufklärung über eine geistige Situation, in der man triviale Lebensverrichtungen wie Essen und Trinken oder das Herumsitzen im Café zu einer „Haltung“, zum „Widerstand“ gegen etwas hochlügt, das als Gegner „unserer Lebensweise“ vermutlich unterschätzt ist.

„Der Nihilismus steht vor der Thür: Woher kommt uns dieser unheimlichste aller Gäste?“ Die IS-Halsabschneider laufen nicht mit dem „**Willen zur Macht**“ herum, **Nietzsches** berüchtigtem, ungut frisiertem Nachlass-Werk, das die „Heraufkunft des Nihilismus“ beschwört. Aber man kann daraus etwas über die Frontstellung des IS zum Westen lernen, die auch eine geistige ist. „Nihilismus“ ist hier nicht im platten Sinne einer allgemeinen Nichtsnutzigkeit und Respektlosigkeit zu verstehen, sondern als Folgeerscheinung politischer, religiöser und kultureller Phänomene, die Nietzsche als beständig im Fluss, als „zu schnell“ erlebte. Er war zwar als solcher eine der am tiefsten greifenden Moderne-Erfahrungen, die schon über die russische Roman-Literatur bald nach 1850 vermittelt wurde (Turgenjews „Väter und Söhne“ und Dostojewskijs „Dämonen“); nur fasste Nietzsche den Nihilismus als logische Folge oder vielmehr Endpunkt des Christentums so scharf ins Auge, dass er in suggestiver Formulierungskraft eine zwingende Gestalt annahm, die ihn jeden sozialen, humanitären Aspekt von sich abprallen ließ.

Der Prozess ist etwa zur Hälfte abgeschlossen

Nietzsche schrieb um 1885: „Ausgangspunkt: Es ist ein Irrthum, auf, sociale Nothstände‘ oder ‚physiologische Entartungen‘ oder gar auf Corruption hinzuweisen als Ursache des Nihilismus. Es ist die honnettteste, mitfühlendste Zeit. Noth, seelische, leibliche, intellektuelle Noth ist an sich durchaus nicht vermögend, Nihilismus (d. h. die radikale Ablehnung von Werth, Sinn, Wünschbarkeit) hervorzubringen. Diese Nöthe erlauben immer noch ganz verschiedene Ausdeutungen.“ Man wird von der vielfach korrumpierten Textgestalt absehen müssen; es kommt auf die Denkbewegungen dieses Diagnostikers an, der seiner Zeit eine geistige Ermüdung, eine Abnutzung aller „Werte“ attestierte, auf die nur deren Erneuerung in Form **einer** „Umwertung“ folgen könne.

Was hat das mit uns und dem „Islamischen Staat“ zu tun? Es geht nicht um plumpe Übertragbarkeit, sondern um Ähnlichkeiten geistiger Frontstellungen, um wiederkehrende Antagonismen. Das Christentum hatte in Nietzsche seinen militantesten Widersacher mit einem feinen Gespür für das Kommende: eine fortschreitende Schwächung der Kultur und der Religion, die zuletzt eben den Nihilismus hervorbringe – nach Nietzsches Voraussage ein Prozess, der heute ungefähr zur Hälfte abgeschlossen wäre.

Das Nihilismus-Problem ist schwer in den Griff zu bekommen

Vielleicht geht es aber auch schneller. Und der IS spürt das und hilft nach? Wer in die von Armin Geus herausgegebene **„Botschaft des Kalifen“ Abu Bakr al Baghdadi** hineinschaut (Basilisken-Presse 2015), **der die Richtlinien der IS-Politik bestimmt, wird in diesem mit unerbittlichen Gehorsamsbefehlen, jenseitigen Erlösungshoffnungen und reichlich Kriegsgeheul vermischten Gebräu eine absolut feindselige Entschlossenheit gegenüber dem gerade eben noch christlichen und nun ausdrücklich unter Nihilismus-Verdacht gestellten Westen herauslesen. Hier wird mit dem Hammer gepredigt, dass einem angst und bange wird: „Die Muslime haben heute eine laute, donnernde Botschaft, und sie tragen schwere Stiefel.“**

„Was ist wertvoller: Shakespeare oder ein Paar Stiefel?“. Mit dieser Frage ließ Dostojewskij in den „Dämonen“ das nihilistische Zeitalter des Materialismus und des Fortschritts einläuten. **Man sieht: Das Nihilismus-Problem ist schwer in den Griff zu bekommen, es schillert und ist eine Frage der Perspektive.** Auch dem IS wird man in seiner Rücksichtslosigkeit einen **nihilistischen Zug** kaum absprechen können, zumal der Kalif ja ausdrücklich sagt: **„Das irdische Leben ist nichts als Zeitvertreib und Spiel. Wahrlich, das Leben im Jenseits ist das eigentliche Leben.“** Es spielt für ihn aber gar keine Rolle, ob sich der Westen säkular aufgeklärt gibt oder noch traditionell christlich: Ungläubig oder nicht rechtgläubig erscheint er dem IS so oder so.

Es ist offensichtlich, dass, je mehr von christlichen „Werten“ die Rede ist, desto mehr davon stillschweigend entsorgt werden: **Friedfertigkeit, Barmherzigkeit, Nächstenliebe, Nüchternheit, Wachsamkeit, auch Bescheidenheit – alles Dinge, die merkwürdigerweise selbst in der Flüchtlingsdiskussion kaum zur Sprache kommen** oder als **„Gutmenschentum“** denunziert werden. **Übriggeblieben ist eigentlich nur noch die Freiheit - ein leeres Gefäß, das mit Inhalt zu füllen in den säkularen Staaten jedem Einzelnen überlassen ist.** Das Entmutigende des IS besteht darin, dass er auf diese Freiheit nicht den geringsten Wert legt. Kommt daher das Freiheitsgerede des Westens: aus lauter Angst?

Eine eigentümliche Leerstelle gibt der Westen frei, wenn man von der Freiheit absieht, die im Grunde nur ein Abwehrrecht ist – als Freiheit, von Unfreiheiten verschont zu bleiben. (???) Und der IS spürt das vermutlich und legt es als an nichts mehr glaubende Schwäche aus, als etwas, das nicht, wie Nietzsche sich das dachte, überwunden, sondern ganz einfach vernichtet werden muss. Das ist selbst für den Fall, dass militärische Maßnahmen dagegen greifen, keine gemüthliche Perspektive.

Der Montagety, optimistisch und flachsichtig

Eine Nihilismus-Diagnose, die, wie schon bei Turgenjew und Dostojewskij nachzulesen ist, heftigste Affekte auslösen kann, ist immer eine Verlustanzeige: **Man beklagt das Schwinden von Transzendenz und Spiritualität. Empfehlungen, den Weihnachtsmarkt zu besuchen, dürften dafür kaum Ersatz bieten. Für ein Leben in Wohlstand und Sicherheit, abgezirkelt vom Menschenrechtsuniversalismus, hatten die pessimistischen Tragiker unter den Dichtern und Denkern immer nur Verachtung.**

Gottfried Benn schleudert in seiner so programmatischen wie problematischen Schrift „**Nach dem Nihilismus**“ der durch Darwinismus und Naturwissenschaft vollends aufgeklärten Zeit giftige Blitze der Verdammung entgegen. Sein Schreckensbild ist der „neue menschliche Typ, der materialistisch organisierte Gebrauchstyp, der Montagetyt, optimistisch und flachsichtig, jeder Vorstellung einer menschlichen Schicksalhaftigkeit cynisch entwachsen, möglichst wenig Leid für den einzelnen und möglichst viel Behaglichkeit für alle“.

Der „Islamische Staat“ denkt darüber wohl nicht nach

Fortschritt als Zynismus, der von Leiden und Tod nichts mehr wissen will, beides aber, als Kollateralschäden, laufend verursacht – damit hätten wir eine für die westlichen Gesellschaften vielleicht brauchbare Formel. Es ist wahrscheinlich ganz gut, dass sie sich auf irgendeine Form von **Heroismus** nicht mehr einlassen (müssen) und niemand dazu gezwungen werden kann, für sein Handy zu sterben, wie es sich der Franzose **Michel Onfray** wünscht.

Aber dass sich die Suche nach Sinn und Erfüllung heute oft nur in einem übertriebenen Gesundheitsbewusstsein, in Yoga und Wellness äußert, spricht Bände. Deshalb, als Kritik an Konsum und Hedonismus, ist es von **Michel Houellebecq** auch so **klug, dass er seinen Helden in „Unterwerfung“ sich so viel mit Huysmans befassen lässt, einem Kultautor der décadence, der dann aber katholisch wird: Er ist die Kontrastfolie, vor welcher der hier die Macht auffällig geräuschlos übernehmende Islam verständlich, ja, geradezu plausibel wird.**

Über diese Dinge wird man im „Islamischen Staat“ wahrscheinlich gar nicht nachdenken. Aber wir sollten es tun, wenn wir auch nur ein wenig begreifen wollen, was man dort eigentlich gegen uns hat. **Bornierter Trotz und das Loblied auf Freiheit und Menschenrechte helfen auf die Dauer nicht weiter.**

133,41

Charlemagne

A continent like Belgium

The country is politically splintered and vulnerable to terrorism. So is Europe

Nov 28th 2015 | From the print edition



BRUSSELS, wrote Tony Judt, is “a metaphor for all that can go wrong in a modern city”. The late historian, writing in 1999, was referring to the civic neglect that has left much of the Belgian capital, home to most institutions of the European Union, an unsightly mess of concrete and roadworks with the worst traffic in Europe. But his words could just as well apply to the string of terrorist plots and attacks that has provided Brussels, and some other Belgian cities, with a scabrous reputation as an incubator of *ijihadi* ideology and a paragon of law-enforcement incompetence.

Belgium has long been the butt of European jokes, thanks in large part to its dysfunctional politics. In 2010-11 squabbles over the rights of Flemish-speakers on the outskirts of Brussels held up the formation of a government for 589 days, a world record. But the terror threat has exposed the darker side of Belgium’s maladministration, in the form of uncoordinated security services and neglected areas like Molenbeek, a down-at-heel Muslim-majority *commune* in west Brussels. After the Paris attacks, French officials sniped at their Belgian counterparts on learning that several of the perpetrators had hatched their schemes in Brussels. Two had been questioned by Belgian police earlier this year. One of them, Salah Abdeslam, fled to Brussels after having driven three of the Paris suicide-bombers to their destination.

Now Brussels is enduring its own threat. On November 21st Belgian officials raised the terror alert in the capital to its highest level, citing fears of multiple Paris-style attacks. The “lockdown” was not the near-curfew portrayed in some foreign media. Yet schools, shops and underground transport were closed for several days, concerts and sporting events were cancelled and armed troops patrolled the streets. It is hard to think of a European precedent for such a suspension of civic life, and it is not over. A series of police raids failed to net Mr Abdeslam, and Brussels will remain on high alert at least until November 30th.

National unity is rarely esteemed by Belgium’s fractious politicians, even in times of crisis, and so it proved this week. A Flemish-nationalist MP accused French-speaking Socialists of allowing “Islamic barbarity” to take hold in Brussels. Local politicians, including the mayor of Brussels, slammed the federal government for imposing such strict measures on the capital. Foreigners, too, have engaged in what the local press terms *le Belgium-bashing*. Belgium used to be a state without a nation, quipped *Le Monde*. Now it is becoming a nation without a state.

Some of the barbs are overdone. Belgian police and intelligence agencies have not always worked in harmony, but that is true everywhere. Recent legislative changes have improved co-operation. At the European level, Belgium has enthusiastically pushed for intelligence-sharing; it is countries with heftier secret services, such as

Britain and France, that have been reluctant to share information, though that too is changing. As for the lockdown, without access to the intelligence that spurred Belgian officials to place Brussels on high alert, it is hard to assess their decision. But less than a fortnight after 130 people were murdered in Paris, most Bruxellois will surely be in a forgiving mood.

For years outsiders have seen Belgium as a microcosm of Europe: first, in its expression of the dream that domestic differences can be dissolved in a federalist soup; subsequently as an example of north-south mistrust. Recent events provide a third prism: like other European countries, Belgium is floundering in the face of a domestic terror threat. Here, as elsewhere, budget cuts have left police and intelligence services short of resources, including Arabic-speakers. Security officials have a watch-list of some 800 potential or actual foreign fighters, but, like their counterparts in Britain and France, do not have anything like the manpower needed to monitor them all. More funds have lately been devoted to watching people returning from Syria, but at the expense of other intelligence concerns, such as counter-espionage.

Meanwhile, Belgium is dealing with the legacy of its failure to integrate large parts of its Muslim minority. Fairly or otherwise, Molenbeek has become a global byword for jihadism, but similar problems exist throughout the country: a clownish (and now defunct) Antwerp-based group called Sharia4Belgium inspired dozens of young Belgians to leave for Syria. Immigrants and their immediate descendants are far more likely to be unemployed than non-migrant Belgians; their children perform poorly at school. A higher share of the Belgian population has left to join the fight in Syria or Iraq than from any other EU country.

We are all Belgians now

Yet no European country with a large Muslim minority has solved the problem of integration. Britain and France take different approaches, but each has seen scores killed in “home-grown” terrorist attacks. In Sweden, towns like Gothenburg are partially segregated; this week the government executed a screeching U-turn on its asylum policy. Even Germany, which is embarking on its own experiment in integration after having welcomed hundreds of thousands of Syrian refugees, has struggled to accept that it is a land of immigration rather than of *Gastarbeiter* (“guest-workers”). In each of these countries and others, anti-immigration parties are climbing in the polls; in some, they top them.

Twenty years ago the main terrorist threat in Europe came from regional separatists. Ten years ago it was spectacular attacks by al-Qaeda, or groups inspired by it. It is now evolving into something messier, directed against softer targets, organised across borders and linked to gangland crime and weapons-trafficking. (Olivier Roy, a French expert on extremism, speaks of “the Islamicisation of radicalism”.) This raises urgent questions for officials across Europe, not least over how far they are willing to share intelligence and data with their counterparts elsewhere, whether within the EU or in other formats. It is time to stop bashing Belgium. Much of Europe is in the same boat.

133,43

Flüchtlings-Krise

Die Integrationsfalle

Die neuen Daten der Arbeitsagenturen zeigen deutlich: Zuwanderung verläuft ganz und gar nicht ungeordnet, sondern folgt Regeln. Ihren eigenen.

04.12.2015, von SVEN ASTHEIMER

Die neuen Daten der Arbeitsagenturen zeigen es deutlich: Zuwanderung verläuft ganz und gar nicht ungeordnet, sondern folgt Regeln. Diese Regeln stellen aber nicht die Politiker in Berlin oder in den Bundesländern auf, sondern die Migranten selbst. Es ist ja auch keine wirklich neue Erkenntnis, dass Netzwerke eine Schlüsselrolle für diesen Prozess spielen. Doch die Eindeutigkeit, mit der die Herkunft über die Anziehungskraft von Orten entscheidet, überrascht.



Autor: Sven Astheimer, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Beruf und Chance“. Folgen:

Betroffen vom hohen Zuzug sind vor allem Großstädte und Ballungsgebiete. Wo sich schon zahlreiche Menschen aus dem eigenen Land niedergelassen haben, zieht es auch die Neuankömmlinge hin. Denn von Freunden oder Verwandten, Behördengängen bis zu eigenen Supermärkten und Restaurants bieten diese Strukturen den Neuankömmlingen ein - oft gar nicht so kleines - Stück Heimat in der Fremde. Dass es sich in solchen Milieus auch Jahre und sogar Jahrzehnte gut leben lässt, ohne vernünftig die Landessprache zu lernen oder sich mit der Kultur der neuen Heimat auseinanderzusetzen, zeigen die Erfahrungen in Frankreich, Großbritannien oder auch mit hiesigen Gastarbeitern. Die Folgen sind heute spürbar.

Damit offenbart sich das Dilemma der Integrationspolitik. Angesichts der Höhe der aktuellen Flüchtlingswelle wäre es eigentlich erforderlich, dass jede Kommune in Deutschland einen gewissen Anteil an Flüchtlingen aufnimmt. Doch diese Art von Integration am Reißbrett erweist sich rasch als praxisuntauglich, wenn Flüchtlinge partout nicht in die Uckermark oder in die Eifel wollen, sondern nur in bestimmte, meist urbane Zielregionen ihrer Wahl streben. Selbst durch behördliche Anordnung werden Migranten schwerlich gegen ihren Willen im ländlichen Raum zu halten sein, zumal die Beschäftigungsmöglichkeiten dort manchmal begrenzt sind. Es droht das Abtauchen in Illegalität und Schwarzarbeit.

Das hieße in der Konsequenz also, Flüchtlinge dorthin zu bringen, wo die Nachfrage nach Arbeit hoch ist; etwa nach Bayern und Baden-Württemberg, auch Hessen und Hamburg böten sich an. Damit konzentrierte sich die Integrationsaufgabe lediglich auf bestimmte Regionen, anstatt von allen solidarisch geschultert zu werden. Die Rufe nach Obergrenzen von denen, die die Hauptlast zu tragen haben, dürften schnell noch lauter werden. Zumal wenn die Migranten im kommenden Jahr die Arbeitslosenzahlen und Sozialausgaben in die Höhe treiben werden. Die Politik muss sich fragen, wie sie dieser Integrationsfalle entkommen will.

Quelle: F.A.Z.

Milliardenkosten durch Sozialhilfe für EU-Ausländer?

Städte und Kreise fürchten Belastung durch das Urteil des Bundessozialgerichts. Denn während der Bund für die Hartz-IV-Zahlungen aufkommt, zahlen Kommunen die Sozialhilfe allein.

04.12.2015, von JAN HAUSER, JOACHIM JAHN, BERLIN



© DPA Bundessozialgericht: Existenzminimum der EU-Ausländer muss durch Sozialhilfe gesichert sein.

Städte und Kreise fürchten Milliardenkosten durch #Sozialhilfe für EU-Ausländer.

Das Bundessozialgericht hat EU-Ausländern in Deutschland den Weg geebnet, Sozialhilfe zu bekommen. Das Urteil versetzt allerdings Städte und Kreise in Alarmstimmung: Ihnen drohen dadurch Kosten von mehr als einer halben Milliarde Euro im Jahr. Denn die Leistungen der Sozialhilfe zahlen die Landkreise und kreisfreien Städte. „Das Urteil birgt Sprengstoff“, sagt Felix Schwenke, Sozialdezernent der Stadt Offenbach. „Wir müssen genau beobachten, was im Detail dort drinsteht.“ Er warnt: Das Urteil könnte den Willen des Gesetzgebers konterkarieren, eine Einwanderung in die Sozialsysteme der Bundesrepublik zu verhindern. Der **Bundestag** müsse durch Klarstellungen reagieren: „Sonst entstehen neue soziale Verschiebebahnhöfe auf Kosten der Kommunen.“ Er erwartet, dass jede Großstadt mindestens eine sechsstellige Summe zahlen wird.

Nach Einschätzung des Landessozialgerichts Essen könnte das Urteil etwa 130.000 Menschen vor allem aus Bulgarien und Rumänien betreffen, die nun Sozialhilfe erhalten. Der Regelsatz für Alleinstehende der Sozialhilfe steigt zum Jahreswechsel um 5 Euro auf 404 Euro im Monat. Das würde Kosten für die Kommunen von 630 Millionen Euro im Jahr bedeuten, sofern 130.000 Alleinstehende Sozialhilfe erhalten, die vorher keine Leistungen bekamen.

Zusätzlich kommen Kosten für Unterkunft und Heizung hinzu. Dadurch könnten die Belastung insgesamt fast 1 Milliarde Euro betragen – abhängig davon, wie viele EU-Ausländer tatsächlich Leistungen erhalten. Damit handelt es sich schnell um Dimensionen, die an den zehnstelligen Bereich heranreichen, befürchtet der Landkreistag. Der Verband erwähnt aufgrund erster Berechnungen Mehrkosten von 800 Millionen Euro. „Das ist kein Pappenstil!“, sagt Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Henneke. Dafür müsse zügig eine Lösung gefunden werden.

Bund zahlt Hartz IV, Kommunen die Sozialhilfe

Das Bundessozialgericht hatte entschieden, dass Jobcenter arbeitslosen Ausländern aus anderen EU-Staaten zwar **unter bestimmten Voraussetzungen die Zahlung der Grundsicherung („Hartz IV“) verweigern dürfen**. Zugleich urteilten die obersten Sozialrichter jedoch, dass ihnen in vielen Fällen **statt dessen die klassische Sozialhilfe gezahlt werden müsse**. In den ersten sechs Monaten stehe die Entscheidung darüber im „pflichtgemäßen Ermessen“ der Sozialämter; anschließend reduziere sich dieses „auf Null“, weil sich der Aufenthalt dann „verfestigt“ habe.

Die Kasseler Richter beriefen sich dabei auf ein Urteil des **Bundesverfassungsgerichts**, das Flüchtlingen und Asylbewerbern das Existenzminimum zugesprochen hatte. Der Landkreistag hält es für inkonsistent: „So wird das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom September unterlaufen“, sagt ein Sprecher. „Der EuGH hatte ja den Leistungsausschluss gerade bestätigt. Wenn nun die Leistung zwar nicht über Hartz IV, aber über die Sozialhilfe erfolgen muss, ist das die Gewährung von Sozialleistungen durch die Hintertür.“ Während der Bund die Hartz-IV-Kosten überwiegend übernimmt, zahlen die Kommunen für die Sozialhilfe vollständig.

Der Städtetag erwartet eine neue spürbare Belastung der kommunalen Haushalte. Helmut Dedy, stellvertretender Hauptgeschäftsführer, stellt heraus, dass die Sozialhilfe sich eigentlich an nicht erwerbsfähige Menschen richtet. Es

müsse ernsthaft geprüft werden, ob die Rechtslage so bleiben könne, wie sie durch die Urteile ausgelegt wird. Einerseits regelt das Sozialhilferecht, dass Ausländer, die eingereist sind, um Sozialhilfe zu erlangen, oder die sich zur Arbeitssuche hier aufhalten, keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Andererseits stellt das Gericht fest, dass bei einem Aufenthalt von mehr als 6 Monaten Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt besteht, obwohl die Anspruchsteller erwerbsfähig sind. „Das ist schwer zu verstehen und kann erst endgültig bewertet werden, wenn die Urteilsbegründung bekannt ist.“ Das Bundesarbeitsministerium teilt mit, die schriftlichen Urteilsgründe abzuwarten.

Die Rechtslage war bis zum Urteil am Donnerstag umstritten. Die Landessozialgerichte von Niedersachsen-Bremen und von Berlin-Brandenburg hatten die Ansicht vertreten, wer nur zur Arbeitssuche herkomme und hier keine Stelle bekomme, befinde sich in keiner echten Notlage. Vielmehr könne er in sein Heimatland zurückkehren und dort Sozialleistungen beziehen.

So befanden Richter aus Niedersachsen und Bremen, das vom Bundesverfassungsgerichts aufgestellte „Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums“ sei zwar unverfügbar – auch bei ausländischen Staatsangehörigen. Doch beschränke sich dies auf Leistungen, die nach den Umständen des Einzelfalls „unabweisbar geboten“ seien. Bei einer zumutbaren Rückkehr ins Heimatland komme in der Regel lediglich die Übernahme der Kosten für die Rückreise und des bis dahin erforderlichen Aufenthalts in Betracht (Az.: **L 15 AS 365/13 B ER**; **L 13 AS 363/13 B ER**). Das Berlin-Brandenburgische Landessozialgericht ergänzte, sonst drohten eine „Zuwanderung unter Ausnutzung des Sozialhilfesystems“ und eine Förderung des „Sozialtourismus“ in der **EU** (Az.: **L 29 AS 1628/12 B ER**).

Heimliches Gelddrucken in Rom und Paris

Nationale Notenbanken haben ein Geheimabkommen für Anleihekäufe über 500 Milliarden Euro genutzt. Auf Nachfragen reagiert EZB-Chef Draghi gereizt und verweist auf die einzelnen Zentralbanken. Kritiker sprechen von „Gelddrucken im Keller“.

07.12.2015, von PHILIP PLICKERT

Neben dem Billionen-Staatsanleihekaufprogramm der **Europäischen Zentralbank** gibt es seit der Krise weitere Käufe durch nationale Notenbanken, die bislang im Dunkeln blieben. Das ganze Ausmaß der Käufe ist erst jetzt ans Licht gekommen. Zwischen dem Jahr 2006, also vor Ausbruch der Finanzkrise, und 2012, dem Höhepunkt der Euro-Krise, hat eine Handvoll Notenbanken für rund 510 Milliarden Euro Wertpapiere aufgekauft und im Gegenzug frisches Geld in die Märkte gepumpt. Bis Ende 2014 stiegen die Wertpapierkäufe sogar auf mehr als 720 Milliarden Euro.



Autor: Philip Plickert, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

Neuere Zahlen liegen noch nicht vor. Besonders die Banca d'Italia und die Banque de France waren sehr aktiv. Die Käufe finden in einer Grauzone statt, dem vertraulichen, nicht-öffentlichen Anfa-Abkommen (Agreement on net-financial assets). Das Abkommen regelt die Spielräume, die nationale Notenbanken für „nichtgeldpolitische“ Anlagen haben.

Vergangene Woche wurde EZB-Chef **Mario Draghi** in der Pressekonferenz von dieser Zeitung direkt auf Anfa und die hohen Wertpapierkäufe angesprochen. Er reagierte ausgesprochen gereizt. Die Kaufstrategien der nationalen Notenbanken seien „schwer zu verstehen“, gab er zu. Doch könne er „ausschließen, dass es sich um monetäre (Staats-)Finanzierung handelt“. Weitere Details könne er nicht nennen. Man solle die nationalen Notenbanken fragen. Draghis Antwort wirkte auf einige Beobachter, als habe er etwas zu verbergen.

Draghis aggressive Reaktion überrascht

„Draghis Antwort zu Anfa ist nicht überzeugend“, twitterte Francesco Papadia noch während der Pressekonferenz. Papadia ist nicht irgendwer. Bis Ende 2012 war er Chef der Generaldirektion Marktoperationen der EZB. Seitdem unterrichtet er an verschiedenen Universitäten. „Die EZB sollte voll informiert werden über die Aktionen der nationalen Notenbanken, um sicher zu sein, dass es keine Auswirkungen auf die Geldpolitik gibt“, schrieb er. Offenbar weiß die Zentrale nicht genau, in welchem Maß die nationalen Notenbanken ihre Spielräume nutzen oder auch überziehen.

Die Enthüllungen über die Anfa-Käufe und Draghis Antwort haben auch in Deutschland eine Debatte ausgelöst. „Die Notenbanken im Europäischen System der Zentralbanken müssen dringend offenlegen, wie weit sie bereits mit ihren Anleihekäufen gegangen sind. Es ist ein Skandal, dass die EZB darüber unzureichend informiert ist“, sagte der Finanzwissenschaftler Lars Feld, ein Mitglied des Rats der Wirtschaftsweisen, dieser Zeitung. Auch die nationalen Notenbanken unterlägen dem Verbot der monetären Staatsfinanzierung. Die EZB müsse sicherstellen, dass dies „nicht durch die Hintertür umgangen wird“. Der Makroökonom Ansgar Belke zeigte sich überrascht über Draghis aggressive Reaktion in der Pressekonferenz: „Es verfestigt sich leider der Eindruck einer Vernebelungstaktik.“ Der EZB-Chef habe die kritischen Punkte in keiner Weise geklärt.

Das Anfa-Abkommen wird geheim gehalten, selbst in den Zentralbanken haben nur wenige hochrangige Personen Zugang zu dem Dokument. Im Zuge der Griechenland-Krise wurde die Existenz des Anfa-Abkommens in Briefen der EZB zum ersten Mal thematisiert.

Finanzanlagen von 12,4 Milliarden Euro

Erstmals detailliert untersucht hat die Anfa-Käufe eine kürzlich veröffentlichte Studie des Berliner Finanzwissenschaftlers Daniel Hoffmann. Nach seinen Berechnungen könnte die italienische Notenbank dabei für 108 Milliarden Euro Staatsanleihen gekauft haben. Die französische habe ähnlich hohe Beträge für staatliche Papiere ausgegeben, schätzt Hoffmann. Auch in Irland und Belgien sowie in Griechenland haben die Notenbanken erstaunlich hohe Positionen angekauft, hat Hoffmann in seiner Dissertation „Die EZB in der Krise“ ausgeführt. Die Notenbanken verwischen dabei aber die Spuren der Käufe. Sie werden in den Bilanzen und Geschäftsberichten der meisten Notenbanken nicht klar ausgewiesen, sondern in Sammelpositionen unter dem Namen „sonstige Wertpapiere“ versteckt. Hoffmann war aufgefallen, dass diese Positionen im Zuge der Krise explosionsartig gestiegen waren.

Besonders kritisch sieht **Hans-Werner Sinn**, der Chef des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, die Enthüllungen, dass die nationalen Notenbanken in großem Stil und in Eigenregie private und staatliche Wertpapiere kaufen und dafür „Zusatzgeld“ schaffen. Er sieht die Anfa-Käufe im Zusammenhang mit den problematischen Target-Salden, die Notenbank-Schulden im Eurosystem anzeigen, und den Ela-Notkrediten für angeschlagene Banken. „Das Schöne am Euro ist, dass man sich im eigenen Keller Geld drucken kann, das in anderen Ländern als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt ist“, ätzte der Euro-Kritiker. Draghi hatte die Möglichkeit genannt, dass Zentralbanken die Spielräume von Anfa nutzen, um Wertpapierinvestitionen zur Deckung künftiger Pensionsverpflichtungen zu tätigen. Das tut beispielsweise die Bundesbank. Laut ihrem Geschäftsbericht hat sie Finanzanlagen von 12,4 Milliarden Euro. Diese bestehen tatsächlich größtenteils aus Anlagen des Grundkapitals, Wagnisrückstellungen und Vorsorge für die Pensionskosten. Die Summe von 12,4 Milliarden Euro erscheint maßvoll.

„Es gibt keine Grenze“

Bei den Anleihekäufen der Banca d'Italia und der Banque de France, die um rund den Faktor zehn größer sind, liegt der Verdacht nahe, dass sie auch der Stützung der angespannten Staatskasse dienen. Die zusätzliche Nachfrage der Notenbank reduziert den Zins, den der Finanzminister zahlen muss. Der Bonner Geldpolitik-Professor Manfred Neumann spricht von einer „nicht legitimen Staatsfinanzierung über die Notenbank“.

Dem Vernehmen nach kann der EZB-Rat nationale Notenbanken bremsen, wenn deren Käufe die Quoten im Rahmen des Anfa-Abkommens überschreiten. Mit Zweidrittelmehrheit kann der EZB-Rat Wertpapiergeschäfte stoppen, wenn sie die allgemeine Geldpolitik beeinträchtigen. Die explosionsartige Ausweitung der Käufe einiger Notenbanken in der Krise soll im EZB-Rat verschiedentlich kritisch zur Sprache gekommen sein. Doch auf die Aufforderung, die Eigenportfolios zurückzufahren, reagierten die angesprochenen Notenbanken nur äußerst zögerlich. Selbst unter erfahrenen Zentralbankern gilt das intransparente Anfa-Abkommen als ein Mysterium, das schwer zu rechtfertigen sei.

EZB-Präsident Mario Draghi hat unterdessen am Wochenende bei einer Veranstaltung in New York gesagt, dass die angekündigten Staatsanleihekäufe von 1,5 Billionen Euro der Zentralbanken nicht das oberste Ende der Fahnenstange sind. Um die Inflationsrate wieder in Richtung des gewünschten Zielwertes zu haben, sei prinzipiell noch eine größere Geldflut vorstellbar. **Draghi sagte wörtlich: „Es gibt keine Grenze.“**

Ohne Kontrolle

Das „Anfa“-Abkommen war bislang nur wenigen Spezialisten ein Begriff, dabei geht es um Großes. Doch warum veröffentlichen die Notenbanken nicht, was sie kaufen?

07.12.2015, von PHILIP PLICKERT

Das „Anfa“-Abkommen zwischen der **Europäischen Zentralbank** (EZB) und den nationalen Zentralbanken war bislang nur wenigen Spezialisten ein Begriff. **Der Inhalt ist strikt vertraulich. Was sich dahinter genau verbirgt, weiß außerhalb der Zentralbankspitzen niemand. ???**



Autor: Philip Plickert, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

Offenbar aber Großes: Es geht um Spielräume für „Eigenanlagen“ der nationalen Notenbanken. Sie können damit auf eigene Rechnung Wertpapiere kaufen. Praktischerweise können sie diese mit eigener Geldschöpfung finanzieren. Einige Notenbanken haben ihre Portfolios enorm ausgeweitet. **Für mehrere hundert Milliarden Euro haben die italienische, die französische und andere Zentralbanken Papiere gekauft. Auch Staatsanleihen wurden in großem Stil gekauft. EZB-Chef Draghi sagt selbst, das alles sei „schwer zu verstehen“. Aber es geht bestimmt nicht um monetäre Staatsfinanzierung.**

Wirklich? Warum veröffentlichen die Notenbanken nicht, was sie kaufen? Warum verstecken sie die Geschäfte in undurchsichtigen Sammelposten der Bilanzen? Jede Bank in Europa muss sich einer einheitlichen Aufsicht unterwerfen. **Nur die Notenbanken erlauben sich, ein großes Rad weitgehend ohne Kontrolle zu drehen.**

Quelle: F.A.Z.

Ein Versagen der politischen Eliten

Seit Jahren hat es in Frankreich keine Regierung mit dem Willen zu ernsthaften Reformen gegeben. Die Bürger fühlen sich ohnmächtig und wandern nach rechts. Der Sieg des Front National bei den Regionalwahlen könnte nur der Anfang sein. Ein Kommentar.

07.12.2015, von MICHAELA WIEGEL



© AFP/Noch ist es nicht so weit, aber die FN-Vorsitzende Marine Le Pen schaut schon in die Zukunft.

In einem Manuskript mit dem Titel „Die merkwürdige Niederlage“ hat der Historiker Marc Bloch die Kapitulation der französischen Eliten angeprangert. „Wir haben unsere Seele verkauft... Wir haben versagt“, schrieb er. Die Analyse Blochs stammt aus dem Jahr 1940. Aber sie liest sich in weiten Teilen, als sei sie gerade erst verfasst worden.



Autorin: Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris. Folgen:

Der Siegeszug des Front National(FN) in den Regionen ist vor allem eine Niederlage der etablierten Parteien. Das Versagen der politischen Eliten kann nicht länger geleugnet werden. **Jetzt rächt sich, dass keine Regierung während des vergangenen Jahrzehnts den Mut zu ernsthaften Reformen aufbrachte. Missstände wurden verschleppt oder schöneredet. Die Franzosen sehen sich gezwungen, sich mit Massenerbeitslosigkeit und dem Niedergang der Industrie abzufinden, mit dem Scheitern der Integrationspolitik und dem Leistungsschwund an den staatlichen Schulen. Sie müssen hinnehmen, dass ihre Steuerlast beständig steigt, obwohl Frankreich die europäischen Defizitregeln nicht einhält und weit von einer Sanierung des Staatshaushalts entfernt ist.**

Die Ohnmacht der Bürger angesichts dieser Entwicklungen ist durch die Terroranschläge noch verstärkt worden. **Die islamistischen Mörder haben das Land daran erinnert, dass in den Vorstädten der großen Metropolen eine arabischstämmige Jugend in völliger Perspektivlosigkeit heranwächst. Die Gettos in der Banlieue beunruhigen die Franzosen.**

Aber es wäre eine zu bequeme Erklärung, den Erfolg des FN allein auf die islamistischen Attacken zurückzuführen. **Frankreich krankt seit langem an dem fortgesetzten Verrat an seinen Werten. Die Kluft zwischen dem Selbstbild des Landes als der „Wiege der Menschenrechte“ mit universaler Mission und der Realität des Niedergangs war noch nie so groß.** Das befördert **die nationale Identitätskrise**, in der die Partei Le Pens simple Antworten bereithält. Wer sich und seinen Politikern nichts mehr zutraut, der zieht sich zurück und schottet sich ab.

Die Abneigung gegen Europa hat sich verstärkt

Noch ist nicht sicher, wie viele Regionen in der zweiten Runde am kommenden Sonntag dem FN zufallen werden. **Aber die Tatsache, dass die Partei zur stärksten Kraft aufsteigen konnte, zeugt von einem tiefen Vertrauensverlust. Seit den Anfängen der V. Republik hatte ein Zwei-Lager-System das politische Leben bestimmt.** Doch weder das linke noch das rechte Lager genießt noch das Vertrauen einer Mehrheit der Franzosen. Nur gut jeder zweite Wahlberechtigte hat überhaupt seine Stimme abgegeben. Allenthalben ist Resignation zu spüren. **Die Siegesperspektive des FN wird hingenommen.** Die „republikanische Front“, der Zusammenschluss der etablierten Parteien gegen den FN, bleibt aus. Sozialistenchef Jean-Christophe Cambadélis gab zwar die Rückzugsorder aus, doch findet er damit nicht bei allen sozialistischen Kandidaten Gehör. **Nicolas Sarkozy**, der Chef der „Republikaner“, will sich auf eine Strategie zur Verhinderung des FN gar nicht erst einlassen.

Vor zehn Jahren haben die Franzosen im Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag erstmals deutlich Nein zur EU gesagt. Seither hat sich die Abneigung gegen die europäischen Entscheidungsprozesse verstärkt. Hierin liegt ein weiterer Schlüssel zum Erfolg des FN. Marine Le Pen hat frühzeitig Missstände bei der Kontrolle der EU-Grenzen angeprangert. Ihrer Kritik an der Funktionsweise des Schengen-Raums hat sich Präsident Hollande unter dem Eindruck der Terroranschläge angeschlossen. Oppositionsführer Sarkozy hatte schon zuvor die Thesen Le Pens bestätigt. **Auch angesichts der europäischen Flüchtlingskrise treibt Le Pen die etablierten Parteien vor sich her. Die Regierung erscheint hilf- und ratlos. Als erschreckendes Beispiel hierfür muss die Hafenstadt Calais herhalten. Mehr als 5000 Flüchtlinge hausen dort seit Monaten im Schlamm, ohne dass Paris handelt.** In Calais erhielt Marine Le Pen jetzt mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen.

Eine willkürliche Grenzziehung

Am diesem Beispiel ist gut zu erkennen, dass die Franzosen bei ihrer Wahlentscheidung alles Mögliche im Sinn hatten, nur nicht die politischen Befugnisse des Regionalrats. Die Regionen haben in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik so gut wie keine Kompetenzen. Sie sind für die Wirtschaftsförderung und die Raumplanung, die berufliche Bildung, die Verwaltung der Oberschulen und den öffentlichen Nahverkehr zuständig.

Aber es ist den Franzosen nicht anzulasten, dass sie sich über die Befugnisse der dreizehn neuen Großregionen nicht im Klaren sind. **Die Regierung hat die Regionen in einem autoritären Akt neu bestimmt. Die Willkür ging so weit, dass Grenzen in einer nächtlichen Sitzung vom Präsidenten eigenhändig neu gezogen wurden.** Das eigentliche Ziel der Reform, das Ende des Kompetenzgerangels zwischen Regionen und Départements, wurde darüber still und leise aufgegeben. **Die Unfähigkeit wechselnder Regierungen, den Staatsapparat und die Verwaltungsstrukturen zu modernisieren, treibt dem FN immer neue Wähler zu.** Es sieht ganz danach aus, als solle Frankreich dauerhaft nach rechts rücken. Der Vormarsch des FN in den Regionen könnte nur eine weitere Etappe auf dem Weg der Partei an die Macht darstellen.

The Terror This Time

The FBI confirms what President Obama refuses to admit.

Updated Dec. 6, 2015 11:11 a.m. ET

President Obama entered the White House believing that the “war on terror” was a misguided overreaction driven by political fear, and his government even stopped using the term. Seven years later Mr. Obama is presiding over a global jihadist revival that now threatens the American homeland more than at any time since the attacks of September 11, 2001.

That's the distressing lesson of the recent spate of terror attacks that this week arrived at a center for the disabled in San Bernardino, California. **FBI Director James Comey said Friday that his agency is now investigating Wednesday's massacre of 14 people as an act of terrorism and that the two Muslim killers showed “indications of radicalization.”**

Mr. Comey added that while there is no evidence so far that the killers were part of a larger terror cell or plot, there are some indications of potential foreign terror “inspiration.” The latter would have to mean Islamic State or al Qaeda, perhaps through the Internet.

The FBI director said more than once that the investigation is in the early stages, but he deserves support for speaking frankly about the evidence and dangers. **Every instinct of this Administration, starting with the President, has been to minimize the terror risk on U.S. soil—perhaps because it contradicts Mr. Obama's political belief that all we have to fear is fear of terrorism itself.**

The President made this explicit in his May 23, 2013 speech at National Defense University in which he said Americans should move past the country's post-9/11 war footing and compared the Islamist terror threat to “many forms of violent extremism in our history.” Few speeches in presidential history have been repudiated so quickly by events.

San Bernardino is an example of the domestic terror nightmare that Mr. Comey has been warning against as he's told Congress about the thousands of Americans who are now Islamic State sympathizers. That neither Pakistani-American Syed Farook, born in Illinois, nor Tashfeen Malik, his wife by way of Saudi Arabia, was on the FBI's watch list is all the more worrisome. Their quiet stockpiling of guns, ammo and bomb-making material even as they led seemingly average lives shows that the U.S. may have a larger problem of homegrown terrorism than the government has wanted to admit.

Americans have tended to think they are safer than Europeans and their Muslim immigrant enclaves of Saint-Denis, Molenbeek and Birmingham. But by the account of his friends and even his family, Farook gave no hint of radical conversion until he mowed down the same colleagues who had thrown his wife a baby shower. **He shows that jihad is possible even among native-born Americans who give every sign of abiding by U.S. norms.**

San Bernardino also shows that the consequences can be as murderous from a jihadist who is “inspired” by Islamic State as one directed by it. U.S. officials said Tashfeen Malik had pledged her allegiance to Islamic State in a Facebook post the day of the attack. **If ISIS was her inspiration, this demonstrates that the caliphate doesn't need a network of agents to spread terror. Its perverse Internet-age genius is to claim to speak for all Sunni Muslims anywhere who can inflict pain on infidels and apostates.**

President Obama's failure to respond forcefully enough, or even seemingly to understand the threat, has allowed this evil inspiration to spread as Islamic State claims to be the vanguard of Islamist history. In the last several weeks the caliphate's agents or its distant acolytes have committed deadly terror acts in Sinai against a Russian jet, Beirut, Paris and now, it appears, in San Bernardino.

In the wake of the Paris murders, we wrote an editorial urging Mr. Obama to “wake up” to the growing terror threat. **America shouldn't have to endure more San Bernardinos before Mr. Obama faces up to the jihadist storm that has gathered on his watch.**

Merkel: Arbeit bleibt die beste Integration

Sechzig Jahre Anwerbung von Gastarbeitern: Bundeskanzlerin Merkel lobt die Mitarbeit von Italienern, Griechen, Türken am deutschen Wirtschaftswunder – und die kulturelle Bereicherung. Doch es gibt auch kritische Töne.

07.12.2015

Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) (CDU) hat zum 60. Jahrestag des ersten Anwerbeabkommens von Gastarbeitern den gegenseitigen Gewinn beider Seiten gewürdigt. Die Deutschen müssten lernen, dass Offenheit und Neugierde die eigene Identität und Kultur nicht beschneide, sondern bereichere, mahnte Merkel bei der Veranstaltung „60 Jahre Gastarbeiter in Deutschland“ am Montag im Bundeskanzleramt. Es schade nichts, wenn „man mal wieder in die Bibel gucken muss, wenn man mit jemandem über den Koran spricht“, regte die Kanzlerin an. „Niemand muss seine Wurzeln in irgendeiner Weise vergessen.“

Merkel bedankte sich bei den Millionen Gastarbeitern, die damals unter schwierigen Integrationsvoraussetzungen nach Deutschland gekommen seien. „Sie haben Deutschland mit seinem Wirtschaftswunder nicht nur geholfen, sie haben daran mitgearbeitet“, sagte die CDU-Politikerin. Arbeit bleibe die beste Integrationsform, die man sich denken könne. Dabei sei es gar nicht einfach, „in die deutsche Gesellschaft hineinzuwachsen“, fügte Merkel hinzu. „Sie sind hier herzlich willkommen, und Sie sind Teil von uns“, sagte sie an die eingeladenen Gastarbeiter gerichtet. Zugleich sei es „ein unheimliches Plus“, in zwei Ländern ein bisschen zu Hause zu sein.

Özoguz: Alte Fehler nicht wiederholen

Die Integrationsbeauftragte der [Bundesregierung](#), Aydan Özoguz (SPD), warnte davor, die Fehler bei der Integration von damals zu wiederholen. Zwar seien von 14 Millionen Gastarbeitern 11 Millionen wieder in die Heimat zurückgekehrt – viele seien aber auch geblieben. Es sei ein grundsätzlicher Denkfehler gewesen, davon auszugehen, dass die Menschen wieder zurückkehrten. „Eins der größten Versäumnisse der Nachkriegsgeschichte war, dass wir nicht auf Sprachkurse gesetzt haben, nicht auf Integrationskurse“, sagte Özoguz, die 1967 als Kind türkischer Kaufleute in Hamburg geboren wurde.

Aus diesen Fehlern von damals müssten heute Lehren gezogen werden. Flüchtlinge benötigten möglichst schnell Integrations- und Deutschkurse. „Keiner bestreitet mehr die Notwendigkeit, dass die Menschen, die bei uns leben, in unsere Gesellschaft eingebunden werden müssen“, sagte Özoguz. Heute müsse klar sein, dass Herkunft kein Schicksal sei, erst recht nicht in der dritten und vierten Generation.

Im Dezember 1955 hatte die Bundesrepublik mit Italien das erste Anwerbeabkommen geschlossen. Es folgten Verträge mit Griechenland, Spanien, Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien. In der DDR wurden Vertragsarbeiter seit den 1960er Jahren aus Polen, Ungarn, später dann aus Vietnam, Kuba, Angola oder Mosambik angeworben. 1973 wurde infolge der Ölkrise ein Anwerbestopp verhängt. Mit der Veranstaltung „60 Jahre Gastarbeiter in Deutschland“ ehrt die Bundesregierung die Verdienste der Einwanderer von damals.

133,51

Elections régionales : comment en est-on arrivé là ?

LE MONDE | 07.12.2015 à 10h48 • Mis à jour le 07.12.2015 à 17h51

Editorial du « Monde ».

Après sa percée aux élections européennes de 2014 (25 % des voix), confirmée aux départementales de mars 2015, le Front national poursuit donc sa marche en avant. Au premier tour des régionales, dimanche 6 décembre, le parti d'extrême droite a réalisé une performance totalement inédite. Non seulement il a recueilli 27,83 % des suffrages sur le plan national et devancé à la fois l'union des droites Républicains-UDI-MoDem (27,33 %) et les listes socialistes (23,26 %), mais il arrive en tête dans six des treize grandes régions métropolitaines et se trouve en position de force pour l'emporter en Nord-Pas-de-Calais-Picardie, en Provence-Alpes-Côte d'Azur, voire en Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine.

Cette vague « bleu Marine », ou plus exactement brune, a beau avoir été annoncée depuis des semaines et anticipée par les sondages, elle n'en reste pas moins saisissante. Et particulièrement inquiétante, à dix-huit mois de la prochaine élection présidentielle. Comment en est-on arrivé là ? Comment un parti réactionnaire et xénophobe, animé, quoi qu'il en dise, par une idéologie contraire aux valeurs de la République, et porteur de propositions aussi démagogiques que dangereuses, peut-il apparaître comme un recours à plus d'un électeur sur quatre ? Comment comprendre qu'il soit en mesure de présider, seul, aux destinées de près du quart de la population française, s'il l'emporte le 13 décembre dans le Nord, en Provence et dans l'Est ?

Tempêtes de l'automne

Depuis des semaines, les tempêtes de l'automne ont, hélas, apporté de l'eau au moulin du Front national. L'afflux massif de réfugiés du Proche-Orient, chassés par la guerre en Syrie et en Irak, aux portes de l'Europe, puis les attentats djihadistes du 13 novembre à Paris lui ont permis de faire, plus que jamais, l'amalgame entre l'immigration de toujours, la crise migratoire actuelle, la présence en France de la plus forte communauté musulmane d'Europe et la menace terroriste. Dans un pays déboussolé et anxieux, chez des Français à cran, cette équation de la peur fait indéniablement des ravages. Déjà sensible au début de l'automne, encore plus nette depuis le 13 novembre, la dynamique avérée en faveur du parti de M^{me} Le Pen en témoigne.

Mais le mal est beaucoup plus profond. Il ne fait pas de doute, en effet, que la responsabilité des partis qui gouvernent la France depuis des lustres est lourdement engagée. Ils en subissent, aujourd'hui, la sanction. Les uns et les autres ont échoué à sortir le pays du marasme où il se débat. Les uns et les autres n'ont pas su lui proposer un projet de société capable de lui redonner foi en ses atouts, en sa cohésion et en son avenir collectif.

C'est vrai de la gauche depuis trois ans et de son impuissance à endiguer la crue sans fin du chômage, en dépit de promesses répétées : avec quelque 700 000 chômeurs de plus depuis mai 2012, et encore 40 000 supplémentaires au mois d'octobre, elle porte le poids de cet échec. Mais la droite au pouvoir durant les dix années précédentes, après l'avertissement sans frais du 21 avril 2002, n'est pas davantage à l'abri des responsabilités. Passé l'illusion de l'élection présidentielle de 2007, elle n'a pas su soigner les maux dont nous souffrons. Qu'il s'agisse de l'insécurité économique d'un pays privé, ou presque, de croissance, de l'insécurité sociale qui frappe des millions de ménages en galère, de l'insécurité « culturelle » d'une nation qui doute d'elle-même ou de l'insécurité vitale attisée par le terrorisme, gauche et droite peuvent bien se renvoyer la balle. L'évidence est qu'elles ont été, l'une et l'autre, incapables d'apporter des réponses à la hauteur des enjeux et des dangers.

Autant de questions existentielles qu'elles devront aborder de front si elles veulent faire refluer la vague du Front national. Dans l'immédiat, elles ne peuvent faire mieux que limiter les dégâts d'ici au 13 décembre. Cela suppose de mobiliser les électeurs, dont la moitié n'ont pas jugé utile de participer au premier tour. Cela implique, pour la gauche, de se rassembler et de surmonter ses vieilles querelles nationales. Cela impose à la droite de ne pas sacrifier l'essentiel – faire barrage au Front national – à l'accessoire – faire chuter la gauche. Maïssauer les meubles ne suffira pas. C'est une reconstruction en profondeur qui s'impose.

Was der Islam mit dem Islam zu tun hat

Auch nach dem Anschlägen von Paris hieß es wieder reflexartig: Das habe nichts mit dem Islam zu tun. Doch muslimische Verbände müssen sich fragen, wieso ihre Religion so viele Terroristen hervorbringt. Und was sie tun können.

10.01.2015, von MICHAEL MARTENS

Das Muster ist bekannt: Wenn irgendwo auf der Welt mit der Begründung, Allah sei groß, Köpfe abgeschnitten oder Frauen vergewaltigt werden, wenn Selbstmörder sich und andere zum Ruhme dieser Größe in Fetzen sprengen, dauert es nicht lange, bis jemand sagt, all das habe nichts mit dem **Islam** zu tun. Recep Tayyip Erdogan, der türkische Staatspräsident, könnte ein ganzes Poesiealbum mit solchen Aussagen füllen.



Autor: Michael Martens, Korrespondent für südosteuropäische Länder mit Sitz in Athen. Folgen:

Vor einigen Monaten ereiferte er sich darüber, dass Menschen Menschen massakrieren, nachdem sie „Allahu Akbar“ gerufen haben: „Das passt nicht zur wahren Identität des Islam... Das hat keinen Platz, niemals, in unserer Religion.“ Bei anderer Gelegenheit beklagte er die wachsende Islamophobie der westlichen Welt, den Rassismus und die Vorurteile gegen Muslime. Terrororganisationen wie der „Islamische Staat“ oder „Boko Haram“ missbrauchten den Islam, so Erdogan.

Als Papst Franziskus jüngst die Türkei besuchte, verkündete Mehmet Görmez, Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, der Islam sei eine Religion des Friedens, Terrorismus dagegen ein Aufstand gegen Gott: „Als Muslime lehnen wir Extremismus und Blutvergießen ab.“ Das türkische Außenministerium hat das Massaker von Paris nun auf ähnliche Weise verurteilt: „Die Täter haben die Zivilisation, der sie anzugehören behaupten (lies: den Islam), aufs Größte verraten. Es ist offensichtlich, dass dieser brutale Angriff keinem anderen Zweck dienen wird, als islamfeindlichen, rassistischen und xenophoben Kreisen den Boden zu bereiten.“ Und der Zentralrat der Muslime in Deutschland teilte mit: „Durch diese Tat wurde nicht unser Prophet gerächt, sondern unser Glaube wurde verraten und unsere muslimischen Prinzipien in den Dreck gezogen.“ Deutschlands Innenminister Thomas de Maizière schließlich sagte der „Süddeutschen Zeitung“ kurz nach dem Massaker: „Terroristische Anschläge haben nichts mit dem Islam zu tun.“

Die Inquisition hatte auch etwas mit dem Christentum zu tun

Recht hat der Minister, wenn er davor warnt, Muslime unter Generalverdacht zu stellen. Terroristen stehen so wenig allein für den Islam wie Dresdens Nörgelsachsen mit ihrem schwarzrotgoldenen Montagabendchristentum für deutschen Patriotismus. Die große Mehrheit der Muslime ist nicht radikal und schon gar nicht terroristisch. Fast alle Muslime sind unbescholtene Bürger, ehrliche Steuerzahler, liebevolle Eltern, treusorgende Gatten, und der Islam ist eine Religion der Liebe. Amen.

Nur: Genauso, wie die Verbrechen der Kreuzfahrer, die spanische Inquisition, die Grausamkeiten der Täufer in Münster, die Menschenvernichtung der Konquistadoren in Südamerika, die Pogrome im russischen Zarenreich und all die vielen anderen Untaten aus dem Pitaval des Abendlandes durchaus etwas mit dem Christentum zu tun hatten – indem sie dessen hässlichstes, grausamstes, dümmstes Gesicht zeigten –, so haben selbstverständlich auch Verbrechen wie jenes von Paris etwas mit dem Islam zu tun.

Wie das Geschriebene interpretiert wird – und vom wem

Das wird in der muslimischen Welt (und um der lieben Friedhofsruhe willen auch im Westen) aber allzu oft unter den Gebetsteppich gekehrt. Die meisten der Männer, die in Allahs Namen morden, haben in Moscheen gebetet und lesen aus dem Koran die Rechtfertigung ihres Tuns heraus. Dass muslimische Verbände die Untaten verurteilen, ist eine Selbstverständlichkeit, so wie man „Gesundheit“ sagt, wenn jemand niest. Statt aber nach Attentaten reflexhaft zu sagen, Terroristen missbrauchten den Islam, müssten Imame, muslimische Funktionäre und die Führer islamisch geprägter Staaten danach fragen, woher dieser Missbrauch kommt. Die Behauptung, das Massaker von Paris habe nichts mit dem Islam zu tun, hat die Qualität der Feststellung, der Archipel Gulag habe nichts mit dem Stalinismus zu tun, da Stalin die Befreiung, nicht die Einsperrung der Arbeiterklasse propagiert habe. Denn der Stalinismus war eine Ideologie der Liebe – lässt sich mit Stalin-Zitaten belegen. Und christliche Koran-Verbrenner in Amerika haben nichts mit dem Christentum zu tun, weil die Bibel sie nicht erwähnt. So abgeschirmt gegen die Wirklichkeit wird im Ozeanien von George Orwell geredet: Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei, und der Islam hat nichts mit dem Islam zu tun.

Jenseits von Ozeanien aber gilt, dass sich die Perversion einer Ideologie nicht einfach von dieser Ideologie trennen lässt. Im Koran finden sich Belege für Menschenliebe und Menschenhass, weshalb niemand die Zitatschlachten von Jubelsuren gegen Sudelsuren gewinnen kann. Es kommt nicht darauf an, was im Koran steht. Sondern darauf, wie das Geschriebene interpretiert wird. Wer Rang und Namen hat als Muslim, müsste daher tagtäglich mahnen: Einige, die unseren Glauben im Munde führen, haben die moralische Pest – und wir können nur unseren Frieden finden, wenn wir jeden Tag, den Allah werden lässt, darüber sprechen, dass wir sie heilen müssen. Solange sich all die Imame und Scheichs nicht fragen, warum ihre Religion so viele Perverse hervorbringt und warum die Lehren ihres Propheten so viele Menschen gebären, die sich mordend auf ihn berufen, solange werden sich Verbrechen wie das von Paris wiederholen – einmal auch in unserer Nähe.

Zwei Wege für den Islam

Wer den integrierten Muslimen in Deutschland eine Stimme geben will, muss den Islam beim Namen nennen. Ein Kommentar.

07.12.2015, von **JASPER VON ALTENBOCKUM**

Damit der **Islam** ein „guter“ Islam ist, wird in Deutschland gerne alles Böse damit erklärt, dass es nichts mit dem Islam zu tun habe. Der „Islamische Staat“? Hat nichts mit dem Islam zu tun. Der Terror der Dschihadisten? Hat nichts mit dem Islam zu tun. Der „Ehrenmord“ am eigenen Kind? Hat nichts mit dem Islam zu tun. Unterdrückung der Frau? Hat nichts mit dem Islam zu tun. Burka? Hat nichts mit dem Islam zu tun. Und überhaupt: der Islamismus? Hat nichts mit dem Islam zu tun.



Autor: Jasper von Altenbockum, Verantwortlicher Redakteur für Innenpolitik. Folgen:

Müsste es dann nicht auch heißen, dass auch der Salafismus nichts mit dem Islam zu tun habe und auch der Wahhabismus nicht? Spätestens hier wird deutlich, wie absurd es ist, so zu tun, als habe das alles nichts mit Religion, sondern allenfalls mit Tradition zu tun.

Es war ein Irrtum mit Folgen, so zu argumentieren. Weder schärfte es den politischen Blick für den islamistischen (und islamfeindlichen) Radikalismus, der sich innerhalb kurzer Zeit in der deutschen Gesellschaft verbreiten konnte; noch verlangte es den muslimischen Gemeinden ab, ihr Glaubensbekenntnis und ihre danach orientierte Lebenswelt dahin gehend abzufragen, ob sie sich mit den Grundsätzen des Staates vertragen, in dem sie beheimatet sind. Denn wenn alles, das sich radikal gegen diesen Staat und seine Gesellschaft richtet, nichts mit dem Islam zu tun hat, warum sollten sich Muslime und ihre Moscheegemeinden dann ernsthaft damit beschäftigen?

Es gibt zwei Wege, um den für westliche Maßstäbe offenen Islam zu fördern. Der eine Weg geht über klare Grenzen. **Sigmar Gabriel hat recht**, wenn er extremistischen Predigern, die Hassausbrüche provozieren, das Handwerk legen will. Ist es nicht grotesk, dass in Deutschland jede Hakenkreuz-Schmiererei verfolgt wird, Tausende aber ungestraft auf die Straße gehen und „Juden ins Gas“ skandieren durften? **Gabriels** Vorstoß richtet sich gegen Saudi-Arabien. Dabei wird es aber nicht bleiben können. Der andere Weg zur Integration des Islams muss von den deutschen Muslimen selbst beschritten werden.

Darauf zielen **die Grünen** und die Formel vom Islam, der institutionell „eingebürgert“ werden müsse. Das richtet sich nicht nur gegen Saudi-Arabien, sondern auch gegen den türkischen und orthodoxen Einfluss auf deutsche **Muslimverbände**, denen es bislang nicht gelungen ist, ihr Paralleluniversum zu verlassen. Das ist angesichts der Flüchtlingswelle umso bedauerlicher. Denn es gibt genug **Muslime in Deutschland**, die längst „eingebürgert“ sind, aber als Gemeinschaft keine Stimme haben.

Quelle: F.A.Z.

http://www.nytimes.com/2015/12/08/opinion/in-france-the-political-fruits-of-fear.html?action=click&pgtype=Homepage&clickSource=story-heading&module=opinion-c-col-left-region®ion=opinion-c-col-left-region&WT.nav=opinion-c-col-left-region&_r=0

133,54

The Opinion Pages | EDITORIAL

In France, the Political Fruits of Fear

By THE EDITORIAL BOARD DEC. 7, 2015

The stunning gains made by France's far-right National Front party in the [first round of voting](#) in regional elections on Sunday were clearly bolstered by fears arising from the Nov. 13 terrorist attacks in Paris, and **from months of relentless news of the waves of foreigners arriving in Europe. (???, but not in France!!!)**

Still, they are a humiliating rebuke to the Socialist party and the government of President François Hollande, as well as to the center-right Les Republicains party and its leader, former President Nicolas Sarkozy. **For the first time, the National Front pulled ahead of France's mainstream parties, winning about 28 percent of the vote nationally,** and taking the lead in six out of 13 French regions.

Marine Le Pen, the party's leader, boasts that the National Front is now "without contest the first party of France." If her party consolidates its gains in next Sunday's runoff elections, **it will have a credible shot at taking power at the national level when a presidential election is held in 2017.** That would be ominous for France and Europe, where populist parties are on the rise as fearful and economically distressed citizens revolt against governments and a European Union they feel have failed them.

Mr. Hollande's popularity jumped after his government took extraordinary steps after the Nov. 13 attacks, including declaring a national state of emergency. **But many of the new security measures — tightening border controls, rounding up terrorist suspects, closing radical mosques — had been advocated by the National Front for years.** And Mr. Hollande's revived stature did not translate into gains for the Socialist party at the regional level. Meanwhile, Mr. Sarkozy's party failed to convince enough voters it was a viable alternative.

Mr. Hollande's new popularity could not compensate for his greatest weakness, namely his failure to deliver on the economic front. French joblessness soared in October to 10.6 percent, the highest rate in 18 years. The Nord-Pas-de-Calais-Picardie region, where Ms. Le Pen herself ran, raking in more than 41 percent of the vote, is one of the poorest in France.

But French voters who hope the National Front will do better are dangerously misguided. In addition to its alarmingly xenophobic message, **the National Front's prescription to reboot France's economy by bringing back the French franc and setting the retirement age at 60 would, in fact, do much to kill the patient. (??? pretty much the same as PS though...)**

France's two mainstream parties must put aside their bitter differences and unite to defeat the National Front in as many regions as possible in the runoff next Sunday. But looking further ahead, the National Front's disturbing rise is likely to continue, threatening France and Europe, unless Mr. Hollande's government creates jobs, restores faith in a more robust economic future and heals deep social divisions, and Mr. Sarkozy can persuade voters that his party represents a serious option.

• [HTTP://WWW.WSJ.COM/ARTICLES/MARIO-DRAGHI-S-MIXED-MESSAGES-1449513891](http://www.wsj.com/articles/mario-draghi-s-mixed-messages-1449513891)

• 133,55

• [OPINION](#)

• [COMMENTARY](#)

Mario Draghi's Mixed Messages

Europe's central banker doesn't need to always placate investors, but he can better clue them in.

By RICHARD BARWELL

Dec. 7, 2015 1:44 p.m. ET

The European Central Bank's policy decision last week took financial markets by surprise. The cut in the already negative deposit rate and extension of its asset-purchase program to 2017 would normally have been understood as a stimulus. However, investors had expected deeper rate cuts and bigger monthly asset purchases. As investors abandoned those expectations, market interest rates rose and the euro appreciated. The ECB effectively tightened financial conditions despite announcing an easing package.

Investors blamed the ECB for this misunderstanding. That's unfair. People like me are employed to listen to what central banks say and forecast what they will do. We take the credit when we get it right, so we must take the blame when we get it wrong. In retrospect, we clearly misinterpreted the signals the ECB had sent about its assessment of the economy and its appetite for taking decisive action to restore price stability.

Comments by ECB President Mario Draghi and Chief Economist Peter Praet and the official account of the October policy meeting led many investors to conclude that the ECB was concerned about the inflation outlook. Mr. Praet recently described the risk of a possible deanchoring of inflation expectations in an economy in which there is still considerable slack as a "dangerous cocktail."

Policy makers appeared to believe that the much-anticipated recovery in inflation would be further postponed and they no longer seemed willing to dismiss the possibility of full-blown deflation. When Mr. Draghi said that the ECB wouldn't "ignore the fact that inflation has already been low for some time" and wanted to feel "suitably confident" that inflation will "stabilize around levels close to 2%" and that "we will do what we must to raise inflation as quickly as possible" in a recent speech, many ECB watchers concluded the central bank was shifting into risk-management mode. The policy board would err on the side of doing too much and overshooting its inflation target rather than doing too little and allowing deflation to take hold.

We in the markets were wrong. The ECB is still in business-as-usual mode. We were looking for a policy response you could legitimately describe as decisive. Instead, what we got was described by Mr. Draghi as "adequate." With the benefit of hindsight it appears we put too much faith in Mr. Draghi's powers of persuasion, in his ability to convince a sufficient number of his colleagues that the only safe plan for the ECB was the brave plan.

That said, while investors learn lessons about how to interpret the ECB, the ECB has lessons to learn about communicating with markets. The last thing the ECB needs right now is for the market to misunderstand its motives. If investors start questioning whether the ECB can do enough -- fast enough -- should the situation deteriorate, then financial conditions could tighten, complicating the pursuit of price stability. If investors erred in reading too much into central bankers' statements, the central bank erred in leaving too much ambiguity.

The ECB needs to do a better job matching words and deeds. The ECB isn't obliged to validate market expectations. It must do what it thinks is right. If policy decisions shock and surprise investors, so be it. However, the ECB should avoid encouraging investors to expect one thing if it intends to deliver another.

If you don't plan on raising inflation as quickly as possible, then don't suggest that you are required to do precisely that. If you don't plan on increasing the pace of bond purchases except under dire circumstances, then don't suggest that you are contemplating upping the pace.

One way to do this would be to publish a detailed road map of how the ECB expects the future to unfold. The ECB's governing council, which sets rates and approves other measures, should publish a plan each quarter describing how it expects the economy to evolve and how it plans to adjust the stance of monetary policy in response.

The current plan would describe the expected size, composition and duration of its asset-purchase program, known as quantitative easing, and when interest rates are expected to rise. The road map should also describe why, when and how the plan could change. For example, the council could describe some circumstances under which it would consider increasing the pace of asset purchases or cutting rates further.

Policy makers at the ECB also need to be more mindful of speaking with one voice. There is clearly a debate on the governing council about the appropriate conduct of policy. Mr. Draghi appears to be trying to influence that debate by making the case in public for his preferred policy options. The market understands this and puts its faith in Mr. Draghi's message on the assumption that he gets what he wants.

That rule of thumb failed this month. Next time, perhaps Mr. Draghi and his lieutenants on the Executive Board would be better served by first winning the internal battle among members of the council before publicly signalling a likely change in monetary strategy. It would be best if we could hear the full range of views on the council. However, it might not be wise for council members to openly debate whether the ECB's remit really requires them to do whatever it takes to raise inflation as quickly as possible, or to expose the limits of Mr. Draghi's power of persuasion, so long as inflation expectations remain fragile.

Central bankers have struggled for much of the past decade to find better ways to communicate with markets, as with various experiments in so-called forward guidance and the like. Last week showed how much room the ECB has for improvement. No one should expect, or even necessarily desire, that investors and central bankers will always be perfectly attuned to each other. But nor is it healthy for the ECB to allow such a wide divergence to develop between what markets think it will do and what it's prepared to announce.

Mr. Barwell is a senior economist at BNP Paribas Investment Partners.

French Political Establishment Struggles to Derail National Front

Marine Le Pen's anti-immigration party wins first round of regional elections, setting stage for a real three-way race
By WILLIAM HOROBIN And STACY MEICHTRY

Updated Dec. 7, 2015 5:12 p.m. ET

PARIS--The National Front's victory in a first round of regional elections left France's mainstream parties struggling to define a strategy to keep Marine Le Pen's anti-immigration party from winning control of several of the country's regions.

The week heading into a second round of voting is traditionally a time for France's mainstream political parties--President François Hollande's Socialists and former President Nicolas Sarkozy's center-right forces, now known as Les Républicains--to brush off smaller third-party challengers and focus on their own rivalry.

But Ms. Le Pen's National Front, having taken pole position in six of 13 regions, has transformed the second round of regional elections this coming Sunday into a real three-way race. The far-right party's surge has caught France's traditional political elites off-guard, unleashing a torrent of acrimony and outright confusion.

The Socialist party has appealed to the center-right Les Républicains to forge a bipartisan alliance capable of outflanking Ms. Le Pen, but Mr. Sarkozy opposes such a truce.

Mr. Sarkozy's rebuff forced the Socialists to take the unusual step of asking their candidates to voluntarily withdraw from some of the regional races in the hope that enough of their supporters will back Les Républicains to defeat the National Front. If the Socialists employ the strategy, it would deprive them of any representation in assemblies across some of France's biggest regions.

The disarray shows how the National Front, once a niggling voice in French politics, has evolved into to a well-oiled machine determined to govern at all levels. Ms. Le Pen views the regional elections as a key steppingstone in her bid to challenge Mr. Hollande in presidential elections in 2017.

"A victory for Ms. Le Pen in 2017 elections remains improbable, but it's no longer political fiction," said Jean-Yves Camus, political analyst at French research institute IRIS.

Ms. Le Pen is tapping into French voters' frustration with the European Union and its cornerstones: A single currency and a border system that makes it possible to travel across much of the continent without passport checks. Europe's debt crisis, the surge in refugees and the Nov. 13 terror attacks on Paris have crystallized those anxieties.

Ms. Le Pen heads the National Front ticket that won 40.64% of Sunday's first-round vote in Nord-Pas-de-Calais-Picardie--a region in northern France that has become a way station for thousands of migrants seeking to get to the U.K. The center-right ticket there took 24.97% of the vote while the Socialists garnered 18.12%.

The winner of the second-round vote Sunday gets a 25% bonus of seats, guaranteeing control of a regional assembly. That positions Ms. Le Pen as a front-runner to become president of Nord-Pas-de-Calais-Picardie.

Control of regional assemblies wouldn't allow the National Front to change French policies on security, the euro and immigration--areas that are the purview of the central government in Paris.

But running regional governments would give the National Front a platform to criticize Paris and burnish its experience in local government ahead of the 2017 national elections.

On Monday, some Socialist candidates who scored poorly in the first round refused party demands to withdraw and throw their support behind Les Républicains.

"It's a question of never giving up," said Jean-Pierre Masseret, head of the Socialist ticket in the Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine region. His list of candidates came in third with 16.11%, behind the Les Républicains on 25.83% and the National Front on 36.06%.

Socialist Prime Minister Manuel Valls told Mr. Masseret to give up and called on leftist voters to back the Les Républicains ticket in the region in order to block the National Front.

"When the Republic is at stake, you shouldn't cling to your post," Mr. Valls said in a television interview.

In some regions, the National Front's lead is so large that any withdrawal by Socialists wouldn't guarantee victory for Les Républicains.

In Provence Alpes-Côte d'Azur, the center-right list came in over 14 points behind the list of Ms. Le Pen's niece Marion Maréchal Le Pen, who took 40.55% of the first-round vote. The gap is all the more surprising as the southeastern region has traditionally been a stronghold for Mr. Sarkozy, said Joël Gombin, a member of ORAP, a group of researchers that monitors radical politics at the left-leaning Jean Jaurés foundation.

"We are seeing a realignment of the right-wing electorate," said Mr. Gombin. "The National Front will become the party of the right that is the most credible and the closest to people's concerns."

Mr. Sarkozy is also facing dissent among party mandarins who insist center-right candidates should also be willing to step aside to prevent the National Front from winning.

"We must rebuild the Republic. The Republic is collapsing, breaking apart everything," said Jean-Pierre Raffarin, a former center-right prime minister, told French radio.

Ms. Le Pen criticized the maneuvering, accusing the political establishment of undermining the democratic process.

"You can't twist democracy forever," she said.

The Fed's Faustian Bargain

Excessive credit growth and bubbles—the consequence of over-easy monetary policies—are more dangerous than the threat of deflation.

Edward Chancellor

Dec. 6, 2015 6:40 p.m. ET

Between Debt and the Devil

By Adair Turner

(Princeton, 302 pages, \$29.95)

The financial crisis in 2008 caught most policy makers and economists by surprise. Before the eruption of subprime problems, they were remarkably complacent, variously maintaining that the cycle of booms and busts had come to an end; that innovation was making the financial system more robust; and that strong credit growth was nothing to worry about. The theories of orthodox economics held that, because speculative bubbles were difficult to identify, they were best left to grow unchecked. Monetary policy could always be directed at dealing with the bubble's aftermath.

Adair Turner, a former U.K. financial regulator and member of Britain's House of Lords, admits that he used to hold such views. His new book, "Between Debt and the Devil," shows how much conventional wisdom about finance has changed since the crisis. Yet his account provides only a partial explanation of what went wrong in the run-up to the credit crunch, and his proposed fixes -- more money printing and the state direction of credit -- are alarming. It would seem that once-sober policy makers, having failed dismally to anticipate financial armageddon, are morphing into monetary cranks.

The early chapters of this extensively researched and well-written book explain how, prior to Lehman's demise, credit-risk models were flawed, financial regulation was inadequate and much new lending was unproductive. The removal of rules restricting capital flows had led to trillions of dollars sloshing around the world in search of higher returns. Too much credit had caused a debt overhang -- Mr. Turner believes that this excess debt continues to blight our economic prospects. Such views are not original; nor, in the post-Lehman world, are they controversial.

Mr. Turner blames excessive debt issuance, then and now, on the increasing portion of bank assets tied up in real estate. He blames as well rising inequality and gaping current-account imbalances, both of which, he believes, have led people into borrowing too much. Yet property bubbles, inequality and huge capital flows are best viewed as manifestations of the credit boom that took off after the Fed, led by Alan Greenspan, slashed interest rates in the wake of the dot-com bust in 2000.

This is not to say that Mr. Turner doesn't recognize that the policy of the [Federal Reserve](#) has had some ill effects. He acknowledges that low interest rates have encouraged speculation, while quantitative easing -- the Fed's policy of printing money to buy financial securities -- has exacerbated inequality by boosting asset prices. "As a cure for the debt hangover," Mr. Turner dryly notes, "ultra-easy monetary policy is essentially a stiff drink." Still, he concludes, this policy was "better than nothing," since the alternative would have been a deeper recession and full-blown deflation.

Mr. Turner holds the conventional view, expressed often and forcefully by former Fed chief [Ben Bernanke](#), that deflation -- a fall in the general price level -- is to be avoided at all costs. Yet recent research from the [Bank for International Settlements](#) finds no statistical link between historical episodes of deflation and weak economic growth.

Rather, the researchers conclude, it is excessive credit growth and real-estate bubbles -- which are the almost inevitable consequence of over-easy monetary policies -- that pose a significant danger to our economic health.

An unwarranted fear of deflation leads Mr. Turner to rule out interest-rate hikes to prevent excessive credit growth, since he fears that the higher cost of money would tip the economy into deflation. In any case, he says, credit is too important a matter to be left to the bankers. The state should have a role in determining how it is allocated, and central bankers should push their current unorthodox policies even further. For instance, they could print money to fund government deficits. The debt overhang could be addressed, in his view, by central banks canceling the government bonds they have acquired with freshly minted money.

Mr. Turner acknowledges that such unconventional measures, once embarked upon, would be difficult to stop. Not long ago, the head of [Germany's Bundesbank](#) delivered a warning by citing a scene from Goethe's "Faust": An emperor is tempted by the devil to print paper to pay off his debts -- a story inspired in real life by John Law's introduction of paper money into France in the early 18th century. After initial success, the emperor's money printing creates an inflation that eventually destroys the monetary system. Mr. Turner believes that his own proposals for money printing could be better controlled. Goethe and millennia of monetary history suggest otherwise.

Among the many economists cited in "Between Debt and the Devil" is Friedrich Hayek, who, according to Mr. Turner, believed that "private credit creation is inherently unstable." This misrepresents the Austrian-born economist's position. Hayek held that credit inflations occur when the central bank sets interest rates too low -- the great error of the [Federal Reserve](#) both before and after the financial crisis.

Hayek would have been surprised by Mr. Turner's suggestion that money printing can provide a permanent economic stimulus, since he believed that inflation was only a "temporary fillip." Inflation acts like a drug, Hayek observed. The first pleasant stimulus soon wears off. Over time, larger and larger doses are needed to work the same effect. Under inflationary conditions, the economy becomes progressively sicker, and wealth is randomly distributed between inflation's winners and losers. We learned these painful lessons in the 1970s.

The fact that thoughtful policy makers like Mr. Turner are proposing old inflationary cures under the guise of new economic thinking augurs ill for the future direction of economic policy. The failure of one unorthodox monetary measure begets yet another.

Mr. Chancellor is the author of "Devil Take the Hindmost: A History of Financial Speculation."

Government Debt Is Not Like Private Debt

DECEMBER 8, 2015 — [Simon Wilson](#)

As the Labour Party fights with Tories over the need to slightly rein in government spending in the UK, opponents of even the slightest bit of austerity have turned out to claim that there is no virtue in “living within your means.”

In a [recent article](#) in *The Guardian*, Ha-Joon Chang, attacked even the Tory government’s timid claim that it wasn’t a great idea to spend more than the government collects in tax revenues. But for the new radical left Labour Party on whose behalf Chang’s article was written, this notion is as quaint as it is “simply wrong.”

For Chang, whether it derives from political expedience or a deeper philosophical current, a claim that one should live “within your means” is wrong because it assumes that our means are and always will be a fixed quantity. In fact, we can determine what our future means will be with actions we take in the present. Chang writes,

If you borrow money to do a degree or get a technical qualification, you will be spending beyond your means today. But your new qualification will increase your future earning power. Your future means will be greater than they would have been if you hadn’t taken out the loan. In this case, living beyond your means is the right thing to do.

Well, that’s that then. In one fell swoop, Chang thinks he demolishes the “homespun philosophies” of fiscal conservatism and “austerity” politics. Of course borrowing is good, Chang tells us. What economic illiteracy it is to suggest otherwise!

The problem for Chang here, however, is that he is really attacking a straw man.

Borrowing Is Not Inherently Good or Bad

All he has stated is the obvious truth that investing in the present is likely to yield greater returns in the future — and this is good.

However, the source of an investment could just as well come from saving as from borrowing. The student in Chang’s example could, instead of taking out a loan, restrict his consumption (undergoing his own “mini recession”) in the years prior to study and pay his college fees outright so he can enjoy increased future returns all without the burden of interest. Wouldn’t this prove the inherent virtue of saving over borrowing?

In reality, neither borrowing nor saving is inherently good or bad. At least in the private sector. Whether one chooses to save or borrow to finance a project depends upon a subjective assessment of the relative trade-offs.

Is It Voluntary?

It’s another matter entirely, though, when we’re talking about the government sector. Chang attempts to dismiss arguments for living within one’s means by comparing private-sector borrowing to government borrowing. But, the two are not comparable.

For example, when Lenin requisitioned grain from the peasants in the Russian countryside to feed workers in the cities, he too was “living beyond his means” in the present to create an industrial base that would provide for greater means in the future. We could say that Lenin was borrowing or maybe “bailing in” the peasants or we could say that the requisitions were a tax forming the “savings” necessary to realize the future socialist paradise.

The problem here is not that wealth was transferred from farmers to city dwellers. Farmers could have, of course, voluntarily lent their wealth to city dwellers had they wanted to. The problem is that their wealth was transferred *against their will and without their consent*. Lenin was living beyond his means, and others paid the price.

It is unlikely that Chang sees himself as advocating violent transfers of property, however. When he encourages governments to live beyond their means, he may just think he means creating something from nothing, and “borrowing” from the central bank by creating money that will be spent into the economy. According to Chang, this is a recipe for success:

If enough businesses and consumers form positive expectations as a result, they will invest and spend more. Increased investment and consumption then generate higher incomes and higher tax revenues. If the tax take increases sufficiently, the government deficit may be eliminated, which means that the government had the money that it spent after all.

Sadly the difference between Leninist primitive accumulation and modern Keynesianism easy-money policies are only one of degree. Credit expansion deflates the value of the currency, imposing a hidden tax on all to who hold it. It also confers an unparalleled privilege upon all those nearest to where the credit enters the economy (the state, the banking system, and connected business elites). Of course one can always justify this, like Lenin, to the individuals affected by telling them they will be compensated in the form of a boost to economic growth resulting in improved standards of living in the future.

With Government, “Living Beyond Your Means” Is a Moral Problem

The problem is when you throw out morality, you also throw out economy. When the Soviets abolished private property, they removed the ability of individuals to exchange property at a price of their choosing, measure profits, or make economic calculations as to where productive resources should be allocated. With price signals gone, the soviets had to rely on guess work leading to large vanity projects being built which didn't serve anyone.

The same is true of Keynesian-style money printing and borrowing. Government spending takes resources serving individual's ends and diverts them to government-chosen ends, thus creating an artificial demand in those sectors of the economy where the money is spent. Without a market in public goods to indicate which are most valuable to consumers, governments essentially are driving blind, trying to pick winners and hoping for the best. You might not get empty missile silos, but you will get chronic debt and a squandering of resources that could otherwise have been more efficiently used by individuals.

Contra Chang, to not “live beyond your means” where government is concerned, is no mere mantra. It is a moral injunction to refrain from violence.

133,63

Front National

Die eierlegende Wollmilchpartei

Auf der Suche nach Veränderung wendet sich Frankreichs Jugend dem Front National zu. Den etablierten Parteien hingegen laufen die jungen Leute weg. 08.12.2015, von MICHAELA WIEGEL, PARIS

Was ist mit Frankreichs junger Generation los? 64 Prozent der wahlberechtigten Franzosen unter 30 Jahren sind bei der Regionalwahl nicht an die Urnen gegangen. 34 Prozent der Altersgruppe zwischen 18 und 30 Jahren haben für den rechtsextremen **Front National** (FN) gestimmt. Den etablierten Parteien hingegen laufen die jungen Leute weg. Diese Zahlen haben gleich zwei Meinungsforschungsinstitute, Harris Interactive und Ipsos, ermittelt. Gaetan Dussausaye glaubt zu wissen, warum seine Altersgenossen zwischen Politikverdrossenheit und FN schwanken. Der 21 Jahre alte Mann leitet seit gut einem Jahr die Jugendorganisation „Front National Jeunesse“ (FNJ).



Autorin: Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris. Folgen:

Mit 25.000 Mitgliedern ist FNJ die größte Nachwuchsorganisation politischer Parteien in Frankreich. „Die Jungen wünschen sich mehr Frankreich“, sagt Dussausaye. „Sie suchen nach einer politischen Alternative, um die Dinge in ihrem Land zu verändern und wollen nicht in die Sackgasse der Linken oder der Rechten geraten“, sagt er. Der hohe Stimmenanteil für seine Partei unter den jungen Franzosen habe ihn nicht erstaunt. Der FN stehe dafür, die verkrusteten

Dussausaye ist noch nicht besonders lange beim FN. Der hochgewachsene, dunkelhaarige Mann wuchs in einem Vorort von Paris in einer bürgerlichen Familie auf. Seine Eltern, hat er in Interviews bekundet, seien Wechselwähler gewesen, mal links, mal rechts, nie FN. In seiner Freizeit hörte er AC/DC und spielte als Gitarrist in einer Rockband namens „Bursting Creepy“. Das linke Magazin „Les Inrocks“ hat Fotos aus der Zeit veröffentlicht, Dussausaye sieht ziemlich wild darauf aus. Mit dem Baccalauréat, dem französischen Pendant zum Abitur, änderte sich seine Perspektive, bekundete Dussausaye. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Massenuniversitäten mit ihren schlechten Studienbedingungen, all das habe ihn angetrieben, nach einer politischen Kraft der Veränderung zu suchen. Sein Aufstieg an die Spitze des FNJ vollzog sich blitzartig. So schnell wäre er in einer anderen Partei nie an einen verantwortungsvollen Posten gelangt, sagt Dussausaye.

Sein Studium hat er erst ein Mal ruhen lassen. **Die meisten der jungen FN-Anhänger (75 Prozent) haben ohnehin keine Hochschulausbildung absolviert. Aber die Partei zieht inzwischen auch junge Leute an, die sich eigentlich keine Sorgen um ihre berufliche Zukunft machen müssen. Seit September ist der FN am renommierten Institut d'Etudes Politiques de Paris (Sciences Po) vertreten – zum ersten Mal seit gut 20 Jahren.** „Wir verkörpern die Hoffnung der französischen Jugend“, sagte der FN-Vereinsvorsitzende am Sciences Po, Thomas Laval, der Zeitungsbeilage „Figaro Etudiant“ jetzt. Der Wahlerfolg mache ihn glücklich. „Ich sehe bei den Jungen ein echtes Engagement für die Werte des FN. Sie wollen Veränderung, wir bringen sie ihnen“, sagte Laval.

Souveränität und Identität sind die beiden Schlüsselbegriffe im nationalen Programm des FN, ergänzt durch den Schwerpunkt Sicherheit. Marine Le Pen plädiert für einen „starken Staat“, von der Dezentralisierung hält sie nicht viel. In ihrem Präsidentschaftsprogramm verlangte sie, die finanzielle Zuwendung für die Regionen um 20 Prozent zu senken. Die ohnehin geringen Kompetenzen der Regionen will sie weiter beschneiden. Sie versprach, die Wirtschaftsförderung und den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr zurück in den Kompetenzbereich des Zentralstaates zu führen. **Im Regionalwahlkampf**

jedoch konzentrierte sie sich auf nationale Themen wie Terrorismus, Flüchtlingskrise und Einwanderung und erwähnte ihr Projekt einer Re-Zentralisierung nicht.

Das Programm des FN gleicht ohnehin einem Katalog, aus dem sich jeder heraussuchen kann, was ihm gerade gefällt. Im Norden des Landes, in der vom industriellen Niedergang geprägten Region Nord-Pas-de-Calais-Picardie, sind es vor allem **die antiliberalen Verheißungen, welche die Wählerschaft – Arbeiter und untere Mittelschicht – anziehen.** Marine Le Pen tritt als **Wortführerin der Globalisierungsverlierer** auf und verspricht eine **protektionistische Zollpolitik** und einen **ausgehandelten Rückzug aus der EU.** In einem **Referendum sollen die Franzosen über den Ausstieg aus der EU entscheiden.** **Den Schengen-Vertrag über Freizügigkeit verspricht Marine Le Pen ohne Volksbefragung aufzukündigen.**

Die radikalen Forderungen schrecken immer weniger Wähler ab

Sie greift dabei genau die Argumente der linken Globalisierungsgegner auf, welche die EU als Teil des globalisierten Wettbewerbssystems für Delokalisierung, Arbeitslosigkeit und industriellen Niedergang verantwortlich machen. Im Süden hingegen, in der Mittelmeerregion Paca, spricht Marion Maréchal Le Pen eher die Abtrünnigen der bürgerlichen Rechten an, die größtenteils der Mittelklasse und freien Berufen angehören und **wirtschaftlich liberaler denken.** Deshalb betont die 25 Jahre alte Abgeordnete Identitätsfragen, schürt Misstrauen gegenüber der muslimischen Minderheit und **hat die Regionalwahl zu einer Art Referendum gegen Einwanderung und Islam erhoben.**

Die radikalen Forderungen des FN-Programms – Ende des Freihandels, Abschied vom Euro, Wiedereinführung der Todesstrafe – schrecken dabei immer weniger Wähler ab. Die Versprechen, zur **Rente mit 60 Jahren** zurückzukehren, **den Mindestlohn um 200 Euro anzuheben,** kleine und mittelständische Unternehmen besonders zu fördern und über einen „**Minister für Souveränität und Einwanderung**“ den Zustrom von Ausländern zu unterbinden, **werden von den Anhängern nicht auf ihre Finanzierbarkeit hinterfragt.** „Der FN weckt keine Ängste mehr“, sagte der Meinungsforscher Jérôme Sainte-Marie am Dienstag. Er glaube, dass die Partei im zweiten Wahlgang noch mehr Stimmen erhalten werde.

(ganz wie bei den Wahlprogrammen der Linken...)

Politiker wollen Geheimabkommen der EZB offenlegen

Zwischen der EZB und den nationalen Notenbanken gibt es eine vertrauliche Vereinbarung darüber, wie viele Wertpapiere sie auf eigene Rechnung kaufen dürfen. Die Rufe nach Transparenz werden lauter.

09.12.2015, von PHILIP PLICKERT

Mehrere Regierungspolitiker haben die **Europäische Zentralbank (EZB)** zur Veröffentlichung des bislang geheimen Anfa-Abkommens mit den nationalen Notenbanken aufgefordert, nachdem die Frankfurter Allgemeine Zeitung an diesem Montag darüber berichtet hatte. **Das Anfa-Abkommen (Agreement on net-financial assets) regelt die Spielräume, die Notenbanken des Euroraums für Käufe von Wertpapieren und auch Staatsanleihen auf eigene Rechnung haben. Vor allem die Banca d'Italia sowie die Banque de France haben in dreistelliger Milliardenhöhe Papiere gekauft.** In den Krisenjahren haben sich die Anfa-Käufe auf **weit über 500 Milliarden Euro verdoppelt**. Nach aktuellen EZB-Zahlen soll das Volumen nun bei **565 Milliarden Euro liegen**, erfuhr Frankfurter Allgemeine Zeitung aus Zentralbankkreisen. **Im Raum steht auch der Verdacht einer monetären Staatsfinanzierung**. Die EZB weigert sich bislang, den Inhalt des zuletzt im vergangenen Jahr aktualisierten Abkommens öffentlich zu machen.



Autor: Philip Plickert, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

Der CDU-Fraktionsvize **Michael Fuchs** forderte nun mehr Transparenz. „Die EZB sollte offenlegen, in welchem Maß nationale Notenbanken im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) Aufkäufe von Staatsanleihen getätigt haben“, sagte Fuchs am Dienstag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Auch die nationalen Notenbanken unterliegen dem Verbot der monetären Staatsfinanzierung. EZB und ESZB müssen sich strikt an ihr Mandat halten“, forderte Fuchs.

Der SPD-Fraktionsvize und Finanzpolitiker **Carsten Schneider** erklärte: „Die Notenbanken sind unter dem Druck der Finanzkrise zu einem bedeutenderem Akteur geworden. Da sie aber keiner demokratischen Kontrolle unterworfen sind, erwächst aus dieser Rolle auch eine stärkere Verpflichtung zu mehr Transparenz. Die nationalen Notenbanken müssen das Abkommen deshalb veröffentlichen.“ Scharfe Kritik äußerte der Ko-Vorsitzender der AfD, Jörg Meuthen: Aus seiner Sicht ist es offensichtlich, dass die EZB wie auch einige nationale Notenbanken durch ihre Staatsanleihekäufe eine monetäre Staatsfinanzierung betrieben. Es seien mittlerweile „alle Dämme gebrochen“, sagte der Eurokritiker. Die Bundesbank sei nur noch ein „Feigenblatt“ für den gewagten Kurs der EZB und anderer Notenbanken.

Unter deutschen Volkswirten haben die jüngsten Veröffentlichungen über das Ausmaß der Anfa-Käufe abermals eine Debatte über die europäische Geldpolitik ausgelöst. Die Mainzer Finanzökonomin Isabel Schnabel, Mitglied des Rats der Wirtschaftsweisen, kritisierte gegenüber dieser Zeitung: „Das Anfa-Programm untergräbt aufgrund seiner Intransparenz die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik. Es ist beunruhigend, wenn das Programm selbst für Herrn Draghi sehr schwer zu verstehen ist, wie er letzte Woche bei der Pressekonferenz sagte.“ EZB-Chef Mario Draghi hatte auf Nachfrage gesagt, dass es „sehr schwer zu verstehen“ sei, warum die nationalen Notenbanken bestimmte Anleihen kauften. Was sie kauften, liege aber gänzlich in ihrer Autonomie. Er wolle keine Angaben dazu machen. **Der Chefvolkswirt der DZ Bank, Stefan Bielmeier, schrieb daraufhin, die EZB schade mit der Geheimniskrämerei um das Anfa-Abkommen ihrer Glaubwürdigkeit.**

Draghi erwähnte die Möglichkeit, dass die nationalen Notenbanken Anfa-Käufe zu Anlagezwecken für Pensionen tätigten. Die **Bundesbank** investiert einen moderaten Betrag von gut 12 Milliarden Euro, worunter sich Anlagen des Eigenkapitals, der Wagnisrückstellungen und von Pensionsgeldern befinden. **Die Banca d'Italia und die Banque de France hingegen haben für mehr als das Zehnfache dieser Summe Wertpapiere und Staatsanleihen gekauft.** Einige Ökonomen vermuten, dass dies eine versteckte Form monetärer Staatsfinanzierung darstelle. Durch ihre Käufe erhöhen die Notenbanken die Nachfrage nach den Papieren und senken die Zinsen, die die Finanzminister zahlen müssen. EZB-Chef Draghi hatte diesen Verdacht vehement zurückgewiesen. „Ich kann komplett ausschließen, dass es irgendwelche monetäre Finanzierung gibt“, sagte er.

Der Chef des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, glaubt Draghis Beteuerungen nicht. „Die größten Rettungsaktionen während der Krise wurden nicht von den Parlamenten beschlossen, sondern vom EZB-Rat

und von den nationalen Zentralbanken der Krisenländer. Letztere haben in riesigem Umfang neues Geld geschaffen, mit dem die nationale Wirtschaft gestützt und die jeweiligen Nationalstaaten finanziert wurden“, sagte er der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. **„Das Volumen der Sondergeldschöpfung, die sich die Krisenländer Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und Zypern genehmigt haben, lag in der Spitze bei über 1000 Milliarden Euro.“** Hinzu kamen von der EZB koordinierte Wertpapierkäufe sowie in Eigenregie vergebene Notfallkredite (Emergency Liquidity Assistance). **„Wie jetzt bekannt wurde, haben die nationalen Notenbanken das selbst geschaffene Zusatzgeld aber auch benutzt, um im Rahmen von Anfa nationale private und staatliche Wertpapiere zu erwerben.“ Dies zeige, dass das EZB-System „zu einem Selbstbedienungsladen verkommen ist“, kritisierte Sinn.**

133,67

Ces promesses pour nos régions que le Front national ne pourra pas tenir

Par [Géraldine Russell](#) Publié le 09/12/2015 à 06:00

Dimanche, le **Front national** est arrivé en tête dans six régions à l'issue du premier tour des élections. Au cœur du programme, plusieurs mesures économiques, en accord avec les principales compétences des nouvelles régions: le développement économique, l'emploi et les transports.

Pour se démarquer de ses principaux concurrents et séduire les électeurs, le parti de **Marine Le Pen** n'hésite pas à **faire des promesses** qu'il lui sera pourtant difficile de tenir s'il obtenait la présidence d'une ou plusieurs régions. En effet, certaines de ses mesures se heurtent à des obstacles légaux ou réglementaires, nationaux ou européens. *Le Figaro* détaille trois propositions régionales emblématiques du parti.

«Nous donnerons un accès prioritaire aux entreprises locales dans les marchés publics régionaux»

Florian Philippot

Ce que veut faire le Front national : comme **Florian Philippot**, d'autres candidats Front national en régions promettent de privilégier les entreprises locales dans les marchés publics passés par la région. Cela pour faire preuve de «patriotisme économique» au niveau local. Marine Le Pen explique que pour y parvenir, elle utilisera «les clauses sociales et environnementales» des marchés publics.

Pourquoi ce n'est pas si simple: pour choisir entre plusieurs candidats à un contrat, la région peut se fonder soit sur l'unique critère du prix, soit sur «une pluralité de critères non discriminatoires et liés à l'objet du marché, notamment la qualité, le prix, la valeur technique, le caractère esthétique et fonctionnel, les performances en matière de protection de l'environnement, les performances en matière de développement des approvisionnements directs de produits de l'agriculture, les performances en matière d'insertion professionnelle des publics en difficulté, le coût global d'utilisation, les coûts tout au long du cycle de vie, la rentabilité, le caractère innovant, le service après-vente et l'assistance technique, la date de livraison, le délai de livraison ou d'exécution, la sécurité d'approvisionnement, l'interopérabilité et les caractéristiques opérationnelles». Or, la proximité géographique est un critère jugé discriminant qui ne peut pas être pris en compte dans le choix.

Voilà pourquoi Marine Le Pen mise sur «les clauses sociales et environnementales» pour espérer contourner la réglementation et privilégier les entreprises locales. Mais, pour cela, il faut qu'à prix égal, les entreprises locales présentent de meilleures caractéristiques «sociales et environnementales» que leurs concurrentes. Il faut donc d'abord qu'elles puissent s'aligner sur l'offre la moins-disante pour avoir leurs chances, ce qui n'est absolument pas garanti.

Si le Front national est élu, il peut imposer le choix d'entreprises locales comme seuls prestataires de services au niveau régional. Mais si un concurrent oppose un recours, les élus qui s'y seront risqués peuvent être condamnés, comme cela a été le cas **début 2014 à Lyon**, où un élu a dû verser 2000 euros d'amende pour «atteinte à la liberté d'accès ou à l'égalité des candidats dans les marchés publics». En outre, ces choix se feraient sur un critère politique et non économique, ce qui ne garantit pas à la région de conclure des contrats au meilleur prix. Une telle politique risque donc de doper encore les dépenses régionales, plutôt que de les réduire...

«Nous exigeons le remboursement des aides publiques aux entreprises qui délocalisent, licencient ou embauchent des travailleurs détachés»

Florian Philippot

Ce que veut faire le Front national : Florian Philippot promet d'imposer aux entreprises de la région Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine de rester sur le territoire si elles ne veulent pas s'acquitter du remboursement de toutes les aides qui leur auront été versées par la région. «Toutes les aides financières aux entreprises devront inclure des engagements de maintien de l'activité sur place», souhaite ainsi le candidat.

Pourquoi ce n'est pas si simple: Florian Philippot peut remercier... le gouvernement! Depuis la loi «visant à reconquérir l'économie réelle», dite loi Florange, du 29 mars 2014, les collectivités sont en effet en droit d'exiger le remboursement d'aides publiques allouées à une entreprise qui délocaliserait son activité avec des licenciements à la clé. Un décret en ce sens a été publié le 30 octobre dernier.

Néanmoins, le préfet du département dans lequel est implanté l'entreprise concernée est le seul habilité à demander le remboursement... Le président de région n'a donc aucun pouvoir en la matière. De plus, le remboursement des seules aides allouées au cours des deux années précédant la fermeture peut être exigé. Enfin, si la loi prévoit bien cette disposition pour les fermetures d'entreprises, il n'en est rien pour celles qui «embauchent des travailleurs détachés», une disposition parfaitement légale en dépit des nombreux abus.

«Nous taxerons les poids-lourds étrangers pour qu'ils contribuent à l'entretien de nos routes»

Florian Philippot

Ce que veut faire le Front national: Florian Philippot veut pouvoir faire peser le coût de l'entretien du réseau routier régional aux camions étrangers, nombreux sur le territoire Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine, frontalier de l'Allemagne, la Suisse, le Luxembourg et la Belgique.

Pourquoi ce n'est pas si simple: si la proposition de Florian Philippot avait été possible, elle aurait déjà été mise en place par... Ségolène Royal, qui a défendu une telle mesure à plusieurs reprises en 2015. Elle avait alors été sévèrement recadrée par Michel Sapin, ministre des Finances, et Bruxelles. En effet, impossible pour les régions comme pour l'Etat d'imposer une telle taxe, qu'elle s'applique aux frontières régionales ou à celles de la France, tant que le pays fait partie de l'espace Schengen. Le principe de libre circulation à l'intérieur des frontières européennes interdit de discriminer les véhicules en fonction de leur provenance. Taxer un poids-lourd allemand, tout en exonérant un poids-lourd français, constituerait une distorsion de concurrence parfaitement illégale au sein de l'Union. Seul recours pour Florian Philippot: la directive dite «eurovignette», datant de 1999, qui autorise un État membre «à maintenir des exonérations ou des réductions supplémentaires» pour les véhicules nationaux, à condition qu'il ait l'aval de la Commission européenne et de tous les autres États membres, ce qui est loin d'être évident. De plus, le texte ne mentionne cette possibilité que pour le territoire national et non pour une région spécifique...

Néanmoins, rien n'interdit à Florian Philippot de mettre en place une taxe sur les poids-lourds... sans distinction d'origine. Dans ce cas, cela reviendrait à ressusciter l'écotaxe, mise en place par la droite sous Nicolas Sarkozy puis supprimée par la gauche. Le candidat Front national ne serait pas le premier à imaginer un tel système: Frédéric Cuvillier, ancien ministre socialiste des Transports, s'y disait favorable pour la région Nord-Pas-de-Calais-Picardie. Peu de chances, cependant: le Front national a toujours milité pour «la suppression pure et simple» de l'écotaxe... du moins pour les camions français.

REVIEW & OUTLOOK (Editorial)

Draghi's Better 'Guidance'

9 décembre 2015

Only a day after markets jeered him for delivering a new round of monetary stimulus they deemed insufficient, European Central Bank President Mario Draghi resumed his open-mouth monetary operations. Old habits die hard.

"There is no particular limit to how we can deploy any of our tools," Mr. Draghi said Friday at the Economic Club of New York. This is meant to reassure investors and Europe's political class that Thursday's word on policy isn't necessarily final, after markets felt misled when the ECB didn't produce the fireworks they thought they'd been led to expect.

Mr. Draghi's problem is that as a debate grows over his level of monetary conviction and credibility, **more important elements of his message are being ignored. At the same New York event Mr. Draghi offered some insights on tax policy that are worth quoting at length:**

"I think this is a key issue in Europe because in many countries the level of government expenditure and taxation is way above 50%. So we often speak about growth-friendly fiscal consolidation. That means basically we are in favor of lower budget deficits, but not in the way that was actually achieved during the crisis by some governments that, pressed by markets to consolidate their budget deficits, simply raised taxes like crazy. And that, of course, worsened the recession in which these economies were, and in some cases actually increased the deficit."

Mr. Draghi pointed to this taxing disorder as a prime cause of Europe's economic malaise: "Just put yourself in the shoes of a very young entrepreneur. For him his credit would be freedom, but it takes nine months for him to get a permit to start his new business. And as soon as he gets the permit, he has to pay high tax. So he has no incentive to go to the bank and borrow money. That's another example of lacking structural reforms that could hamper the transmission of our monetary policy to the real economy."

This is a rebuke to both sides of Europe's current fiscal fault line. Austerity hawks obsess over budget balance no matter the means. This yields results such as Greece's latest bailout that increases the number of goods and services subject to the full 23% consumption tax and raises the corporate income-tax rate to 28% from 26% in the middle of a depression.

On the other side, lazy Keynesian pundits and politicians fall back on calls for more government spending from fiscally prudent countries such as Germany to goose demand on the theory that Berlin can weave long enough fiscal coattails to drag the rest of Europe along.

The better course, as Mr. Draghi suggests, would be to restore fiscal balance by cutting both spending and taxes so as to encourage private entrepreneurship. Britain has achieved some of Europe's highest growth rates by slowing the increase in government spending and cutting corporate taxes to 20% from 28%.

Maybe one day politicians will finally listen. **But until that day arrives, Mr. Draghi, unwilling to take the fall for the failure of other politicians to heed his reform warnings, will apparently keep promising markets as much monetary stimulus as they want.**

(nether full blown austerity nor lazy Keynesianism)

- [HTTP://WWW.WSJ.COM/ARTICLES/BRING-BACK-POINDEXTERS-BABY-1449618816](http://www.wsj.com/articles/bring-back-poindexters-baby-1449618816)
- 133,70
- [OPINION](#)
- [COLUMNISTS](#)

Bring Back Poindexter's Baby

Total Information Awareness is our best bet for dealing with a domestic threat.

By HOLMAN W. JENKINS, JR.

Dec. 8, 2015 6:53 p.m. ET



For now, Americans are still more at risk from the burrito bowl at Chipotle. **The dystopian world of an omnipresent terrorist threat, the reality of Israel's daily existence, is not yet our lot.**

But plans being talked about by Homeland Security Chief Jeh Johnson and President Obama are not very promising if this is to become our fate. More agents at airports. Tighter visa rules. Developing friendly informants in the Muslim community.

If 9/11 is any indication, political necessity and political permissibility will require **many efforts that are not effective and certainly not cost effective.** If we are to avoid the TSA-ization of America, **Total Information Awareness (TIA) is the only approach out there.**

This was the program conceived after 9/11 by Adm. John Poindexter and the Pentagon's Advanced Research Projects Agency, then buried under a hail of privacy invective. It also happens to be the **one solution that bridges the divide between those who want to treat the problem as guns and those who see the problem as Islamic radicalism.**

Syed Rizwan Farook and Tashfeen Malik gave off no warning signs, neighbors and family members say (dubiously in the latter case). They weren't on government's radar.

Retrospect is likely to find these claims unimpressive. **Malik, it increasingly seems, plotted her advent to America in order to do harm.** In the short 16 months between her arrival on July 27 last year and last week's San Bernardino massacre, the couple mastered firearms, accumulated large quantities of ammunition, and studied how to make pipe bombs, including hooking three to a toy-based remote control device.

They were in touch via the Internet with known al Qaeda affiliates. They had a copy of al Qaeda's magazine. His mother had received a commendation from a militant Islamic group. They rented a large black SUV and parked it in front of their home (i.e., didn't take a trip) for three days before the attack.

By background, she was a Pakistani who had spent formative years in Saudi Arabia, wellspring of Wahhabism and home of 15 of the 9/11 suicide hijackers. Forget Mr. Obama's reluctance to use the term Islamic terrorism. A problem since before 9/11 has been the U.S. government's reluctance to recognize that states that we consider allies (Pakistan, Saudi Arabia) are prime enablers of radicalism.

Just one of these data pairs -- a newly arrived Saudi immigrant was stockpiling large amounts of ammunition -- if known to police would have set off alarm bells.

The vision behind TIA is that algorithms, not armies of nosy bureaucrats, are sniffing through governmental and, crucially, private databases that record the transactions of daily life, from visa applications to airline reservations to online and offline purchases to E-ZPass transactions to the GPS and metadata records spawned by cellphones and connected vehicles, etc.

This is not about the U.S. becoming Russia. Vladimir Putin racks up 80%-plus approval ratings partly because polls are conducted over the phone. Nobody in Russia is so silly to imagine their phone conversations are private.

Surveillance in the Russian mode actually represents a premillenarian form, one that knows who it's targeting and why. San Bernardino should reawaken our postmillenarian **hopes for a different kind of surveillance, one that alerts us to the intentions of people who aren't on any list.** A recruiting ad for Palantir, the secretive intelligence company launched by Silicon Valley entrepreneur Peter Thiel, says, "You have a deeply held belief that a revolution in intelligence affairs is not only possible, it is imminent."

The risk of abuse always exists, but the risk lies not in the information or the algorithms, but in who sees the red flags they surface and what legal oversight applies. **Our politics can manage the privacy risk. The real challenge is whether TIA is even doable with today's technology.** Can we aggregate the necessary data in something resembling real time? Can we sort through it fast enough? Can we get the algorithms right so they aren't wasting our time with false leads? One complaint by official agencies using Palantir's software is that it increasingly takes too long to yield answers as the volume of data grows.

Electronic surveillance is a reality of our world and our future. Nothing is stopping your local supermarket today from putting face recognition cameras in its parking lot, matching their output with your Facebook posts and reams of readily purchasable consumer data.

Total Information Awareness, or some variant, is our best bet to deal with the domestic terrorist threat without becoming a police state -- without treating every Muslim citizen as a potential terrorist, or imposing a special duty on Muslim Americans to prove their loyalty, an oppressive idea that Donald Trump can be expected to propose at any minute.

133,72

Attentats du 13 novembre : le troisième kamikaze du Bataclan identifié

Le Monde.fr avec AFP | 09.12.2015 à 08h43 • Mis à jour le 09.12.2015 à 09h38

Un Strasbourgeois de 23 ans, Foued Mohamed Aggad, qui était parti en Syrie à la fin de 2013, a été identifié comme étant le troisième kamikaze du Bataclan, où 90 personnes sont mortes lors des attentats du 13 novembre, ont indiqué mercredi 9 décembre des sources concordantes. Il a été identifié en fin de semaine dernière, grâce à la comparaison de son ADN avec ceux de certains membres de sa famille.

Ce djihadiste originaire du quartier de la Meinau à Strasbourg était parti en Syrie avec son frère et un groupe d'amis, qui sont, pour la plupart, rentrés et ont été interpellés au printemps 2014 en France alors qu'il était resté sur place, a précisé une source policière, confirmant une information du Parisien.

Renvoi en correctionnelle de sept Strasbourgeois

Ces jeunes avaient été recrutés par Mourad Farès, qui fut, via les réseaux sociaux, un des principaux rabatteurs de djihadistes français, notamment ceux partis de Lunel. Ils ont été mis en examen pour « association de malfaiteurs en lien avec une entreprise terroriste » et placés en détention provisoire. Le parquet de Paris a demandé le 9 octobre leur renvoi en correctionnelle.

Durant l'enquête, ils ont affirmé être partis en Syrie dans un « *but humanitaire* ». Ils ont aussi expliqué être tombés de haut face aux horreurs qu'ils ont pu découvrir dans ce pays et sont revenus en France de manière échelonnée à partir de février 2014.

Les deux autres assaillants de la salle de spectacle parisienne ont déjà été identifiés : Omar Ismaïl Mostefai, un Français de 29 ans né dans l'Essonne, et Samy Amimour, 28 ans, originaire de Seine-Saint-Denis, s'étaient également rendus en Syrie.

133,73

International

Syrie : toujours plus de djihadistes étrangers

Malgré les frappes de la coalition internationale, leur nombre est passé en un an de 12 000 à plus de 27 000 avec un afflux en provenance d'Europe occidentale. Un tiers des arrivants sont francophones.

Malbrunot, Georges

MOYEN-ORIENT « *Le phénomène (...) est véritablement mondial* », avertit le think-tank américain Soufan Group. Venus d'au moins 86 pays, les **djihadistes étrangers** présents en Syrie et en Irak ont vu leur nombre passer de 12 000 en juin 2014 à 27 000, voire 31 000, cet automne. Il a **plus** que doublé « *malgré les efforts internationaux pour contenir le groupe État islamique et réduire le flot de militants voyageant vers la Syrie* », précise le dernier rapport de ce centre proche du renseignement, fondé par Ali Soufan, un ancien interrogateur du FBI.

C'est d'Europe occidentale et de Russie que les nouveaux **djihadistes** ont afflué en **plus** grand nombre au cours des dix-huit derniers mois. Daech compte maintenant 5 000 recrues européennes. Ils n'étaient que 2 500 en juin 2014. Les Français pèsent pour un tiers avec 1 700 volontaires. Viennent ensuite les Britanniques et les Allemands - 760 - et les Belges - 470. Difficile de dire quel sera l'impact sur les départs au djihad des frappes françaises contre Daech en Syrie, relève toutefois Soufan Group.

Le nombre de combattants venus de Russie et d'Asie centrale a également explosé, de près de 300 %, à 4 700, dont 2 400 Russes. Leur traque est l'une des raisons avancées par Vladimir Poutine pour intervenir militairement en Syrie aux côtés du régime de Bachar el-Assad, Moscou craignant le retour d'un certain nombre d'entre eux, aguerris par des années de violences terroristes. Ils sont justement entre 20 et 30 %, selon le rapport, à rentrer dans leur pays. 250 Français sont ainsi revenus dans l'Hexagone, à l'image de Samy Amimour, l'un des auteurs des attentats meurtriers de Paris, le mois dernier.

6 000 Tunisiens

Par pays, c'est la Tunisie qui fournit - et de loin - le contingent le **plus** nombreux de **djihadistes** : 6 000, selon le chiffre officiel (7 000, selon d'autres sources). L'Arabie saoudite (2 500) est en deuxième position, suivie de la Jordanie (2 000). En dix-huit mois, les volontaires tunisiens ont doublé leur nombre, tandis que **plus de 600** sont rentrés au pays. Une mauvaise nouvelle pour les autorités tunisiennes **toujours** incapables de juguler la menace posée par ces retours.

Les Turcs sont, eux aussi, de **plus** en **plus** nombreux à rallier le djihad chez leurs voisins syrien et irakien : entre 2 000 et 2 200, contre 400 seulement il y a dix-huit mois. Cette forte augmentation contredit l'affirmation selon laquelle Ankara a efficacement renforcé le contrôle des infiltrations à partir de son territoire. D'où les pressions exercées par les États-Unis pour fermer la frontière turco-syrienne par où transite la très grande majorité des **djihadistes étrangers**. Au total, 86 pays envoient des **djihadistes** combattre essentiellement auprès de Daech en Syrie et en Irak. Des villes sont sureprésentées comme Bizerte et Ben Gardane en Tunisie, Derna en Libye, et Molenbeek en Belgique, d'où étaient originaires certains auteurs des attentats de Paris. Le nombre des **djihadistes** originaires de pays francophones atteint désormais près de 10 000, c'est-à-dire le tiers de la totalité de cette « légion étrangère » prête à en découdre pour établir un califat mondial.

Note(s) :

133,74

Malika Sorel : que reste-t-il de la laïcité ?

Par [Malika Sorel-Sutter](#)

Publié le 09/12/2015 à 10:54



FIGAROVOX/OPINION - Malika Sorel, auteur de *Décomposition française*, regrette que depuis 1989 et l'affaire du foulard de Creil, l'État sacrifie la laïcité au profit des accommodements.

Malika
SOREL-SUTTER

**DÉCOMPOSITION
FRANÇAISE**
COMMENT EN EST-ON
ARRIVÉ LÀ ?



Malika Sorel-Sutter est ancien membre du collège du Haut Conseil à l'Intégration et de sa mission Laïcité. Son dernier livre, vient de paraître chez Fayard.

On n'a jamais tant parlé de laïcité que depuis qu'elle s'enfuit à grands pas, de même que l'on n'a jamais tant parlé de vivre-ensemble que depuis que ce dernier est malmené, se traduisant par un fort désir d'évitement. Ces deux volets ne sont d'ailleurs pas sans rapport, loin s'en faut. Ils sont même étroitement liés car, au fil du temps, la laïcité est devenue pour une majorité de Français un "plébiscite de tous les jours", pour reprendre l'expression associée au sentiment d'appartenance à la nation telle que pensée et posée par Ernest Renan. Une nation fondée, si l'on y regarde de près, sur la culture, et non sur la génétique comme tel a pu être le cas pour d'autres nations, y compris en Europe.

La laïcité apparaît de plus en plus comme un élément central de l'identité du peuple français. En décembre 2014, une étude menée par l'institut Sociovision mettait en évidence le fait qu'une très large majorité des Français souhaitaient «la discrétion des affirmations religieuses», voire la neutralité des espaces de vie en commun, à savoir la rue, l'école, le lieu de travail.

L'enquête «Les Français et la laïcité», menée début 2015 par l'IFOP pour Sud-Ouest dimanche, a montré quant à elle que les Français plaçaient la laïcité en tête des grands principes républicains (pour 46% des sondés), devant même le suffrage universel (36%), loin devant la liberté d'association (8%), la libre constitution des partis politiques (5%) ou la liberté syndicale (5%).

La main de la France a toujours su rester ouverte et tendue pour accueillir en son sein tous ceux qui acceptaient de se soumettre aux conditions essentielles énoncées par Ernest Renan, au nombre desquelles on compte la volonté de continuer à faire valoir l'héritage qu'on a reçu indivis ; et assurément, la laïcité en est partie intégrante. Ceux qui résument la laïcité à la loi de séparation des Églises et de l'État de 1905 oublient l'essentiel,

qui est resté gravé dans l'inconscient collectif des Français: trois décennies de guerre civile qui les ont opposés entre eux et ont abouti, le 30 avril 1598, à la signature de L'Édit de Nantes par Henri IV, qui l'évoquera comme «établissement d'une bonne paix et tranquille repos». Que de larmes et de sang versés pour que le peuple français puisse vivre un jour son idéal de liberté, d'égalité et de fraternité!

« Le principe de laïcité, auquel votre pays est très attaché, s'il est bien compris, appartient aussi à la Doctrine sociale de l'Église. Il rappelle la nécessité d'une juste séparation des pouvoirs qui fait écho à l'invitation du Christ à ses disciples : "Rendez à César ce qui est à César, et à Dieu ce qui est à Dieu". »

Le pape Jean-Paul II dans sa lettre du 11 février 2005 à l'archevêque de Bordeaux et président de la Conférence des évêques de France

Aujourd'hui que la digue qui protégeait la France est sur le point de céder, il est important de rappeler aux apprentis-sorciers qui ont joué les idiots utiles en collaborant aux offensives menées contre la laïcité, que ses racines plongent plus loin encore dans leur propre histoire, comme l'avait rappelé le pape Jean-Paul II dans sa lettre du 11 février 2005 à l'archevêque de Bordeaux et président de la Conférence des évêques de France, Jean-Pierre Ricard: «Le principe de laïcité, auquel votre pays est très attaché, s'il est bien compris, appartient aussi à la Doctrine sociale de l'Église. Il rappelle la nécessité d'une juste séparation des pouvoirs qui fait écho à l'invitation du Christ à ses disciples: "Rendez à César ce qui est à César, et à Dieu ce qui est à Dieu".» De même, comme l'avait rappelé le Concile œcuménique Vatican II, l'Église n'a pas vocation à gérer le temporel, car «en raison de sa charge et de sa compétence, elle ne se confond d'aucune manière avec la communauté politique et n'est liée à aucun système politique». Les Coptes et les Chrétiens d'orient n'avaient pas de laïcité pour les protéger.

Les Français d'aujourd'hui, comme le reste du monde, observent en temps réel les drames provoqués par l'absence de séparation entre les Églises et l'État, et surtout par l'absence de prééminence du politique sur le religieux, qui est une dimension fondamentale de la laïcité pourtant le plus souvent passée sous silence. Dans une société laïque, c'est en effet au politique que revient la responsabilité de gérer la cité, et il est reconnu aux hommes le droit d'édicter les lois qui vont régir cette cité dans laquelle ils sont amenés à évoluer ensemble.

Face à la difficulté rencontrée par une partie de l'immigration en provenance de sociétés dans lesquelles la religion est un principe organisateur de la cité, la classe politique, oubliant les leçons de l'histoire, a préféré verser dans les accommodements et sacrifier la laïcité. De nombreux exemples pourraient être cités, en voici quelques-uns.

François Baroin, qui deviendra président de l'Association des Maires de France, explique sans aucun complexe au micro de Jean-Jacques Bourdin comment les élus, sur le terrain, peuvent contourner la laïcité pour financer les lieux de culte : « On peut proposer des baux amphythéotiques. On peut proposer des accompagnements de financement dans des associations culturelles. »

En 1989, lors de l'affaire de Creil, dite du foulard, Lionel Jospin, alors ministre de l'Éducation nationale, aurait dû rappeler que la laïcité existait bien avant l'arrivée des flux migratoires extra-européens, qu'elle n'avait pas été édictée à leur intention mais par l'histoire du peuple français. Il aurait dû s'en tenir à réaffirmer le principe de laïcité, ce qui aurait calmé le jeu. Mais il se tourna vers le Conseil d'État, qui mit le feu aux poudres avec la décision que nous connaissons. S'en suivirent quinze années de débats houleux, dont beaucoup d'enfants de l'immigration ne comprirent ni les termes ni le sens vu que la laïcité ne faisait pas partie de leur héritage culturel. Cela fit naître frustration, peine et aussi ressentiment, sentiments qui eurent tôt fait d'être exploités par les uns et les autres. Ces quinze ans ne furent pas seulement des années perdues ; c'est au cours de cette période que s'est joué en grande part le sort de l'intégration culturelle et du vivre-ensemble.

François Baroin, qui deviendra président de l'Association des Maires de France, explique sans aucun complexe au micro de Jean-Jacques Bourdin comment les élus, sur le terrain, peuvent contourner la laïcité pour financer les lieux de culte: «On peut proposer des baux amphythéotiques. On peut proposer des accompagnements de financement dans des associations culturelles.» Ce qu'un certain nombre d'élus ont effectivement fait depuis des années.

En janvier 2015, la ministre de l'Éducation nationale Najat Vallaud-Belkacem signe de sa main une lettre qu'elle adresse aux Recteurs et Rectrices dans laquelle elle leur demande de «favoriser les interventions», au sein des «Écoles et Établissements Locaux d'Enseignement», d'une femme voilée - donc arborant un signe religieux ostentatoire au regard de la loi de 2004 -, pour y assurer la «promotion des principes de laïcité, de citoyenneté et de paix»!

Mai 2015, Marine Le Pen se rend en Égypte et elle y multiplie, selon la presse, «les rencontres avec d'importantes figures religieuses locales». Elle entame d'ailleurs son voyage par «un entretien au Caire avec l'imam Mohammed el-Tayeb, de la mosquée al-Azhar, principale autorité sunnite du pays». En décembre 2014, Le Point révélera les dessous d'une subvention de 90 000 euros accordée à l'Union des familles musulmanes des Bouches-du-Rhône, grâce à l'abstention du Front National lors du vote au conseil régional Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA). Très rares sont aujourd'hui les hommes et femmes politiques français capables de résister à la tentation du marketing politique. Tous les partis, sans exception aucune, se sont arrangés avec le principe de laïcité lorsqu'ils pensaient pouvoir y trouver intérêt.

Comment ne pas citer ici le sort qui a été fait à la crèche Baby Loup? Après cinq années de procédure judiciaire, et bien qu'elle ait gagné le procès, la crèche a dû quitter le territoire de Chanteloup-les-Vignes où elle était implantée depuis plus de vingt ans, car la vie lui avait été rendue impossible. Elle s'est installée à Conflans-Sainte-Honorine et son financement, devenu de plus en plus précaire, fait chaque jour peser sur ses employés la menace d'une fermeture et de la fin d'un noble projet qui avait pour ambition de venir en aide aux parents travaillant à horaires décalés de pouvoir confier leurs enfants à toute heure du jour et de la nuit.

Au fil des ans, des rencontres et des réunions, j'ai pu observer à quel point il devenait difficile de défendre la laïcité en invoquant la défense des seuls Français et de la République. Pour défendre la laïcité en France, des collègues du Haut Conseil à l'Intégration se sentaient même de plus en plus obligés de s'appuyer sur le fait que la laïcité était également réclamée de l'autre côté de la Méditerranée ; que des Tunisiens, des Algériens, des Marocains, des Égyptiens évoquaient eux aussi la laïcité comme un moyen de protéger leurs sociétés et leur garantir un espace de liberté.

Par la faute des hommes qui ont oublié les enseignements de l'Histoire, la France se retrouve de nouveau prise au piège. Lorsque la digue cédera, qu'il soit sécularisé ou pas, qu'il soit français ou non, chacun saisira alors pleinement le rôle protecteur qui était celui de la laïcité.

"Gott zahlt die Schulden nicht"

Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn tritt im März ab. Heimlich, still und leise wird Deutschlands bekanntester und lautester Ökonom nicht Abschied nehmen. Das hat er spätestens jetzt klargemacht.

Von [Tobias Kaiser](#) Wirtschaftsredakteur



Die Zuwanderung wird der deutschen Wirtschaft laut Ifo-Institut einen Wachstumsschub beschern. Was die Münchner Forscher außerdem noch für 2016 prognostizieren, erläutert Präsident Hans-Werner Sinn. Quelle: Die Welt

Eigentlich sollte es eine Stunde lang um die deutsche Konjunktur gehen – aber wen interessiert auf einer Abschiedsfeier schon die Entwicklung der Wirtschaft? In der Berliner Bundespressekonferenz präsentierte das Münchner Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo) am Mittwoch seinen Konjunkturausblick auf das kommende Jahr.

Mit dabei: Institutspräsident Hans-Werner Sinn, der zum letzten Mal an der Präsentation teilnahm. Vor allem seinetwegen waren die Journalisten gekommen.

Der 67-Jährige wird im März kommenden Jahres in Rente gehen und das Ifo verlassen. Bis dahin allerdings wird noch viel von Sinn zu hören sein; sein Abschied wird ein lauter sein; das machte Sinn auf dieser Pressekonferenz deutlich. Kurz soll er ohnehin nicht werden, darauf achten Sinn und das von ihm geführte Institut.

Die Teilnahme Sinns an der Präsentation des Konjunkturberichts war angekündigt, und auch seine Abschiedsvorlesung am Montag findet in großem Rahmen statt. Einige Nachrichtenseiten haben gar vor, einen Livestream der Vorlesung aus der Großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität zu übertragen.

Da kommt es gerade recht, dass der Hochschulverband Sinn zu Beginn der Woche zum "Hochschullehrer des Jahres" gekürt hat. Es dürfte nicht die letzte Ehrung dieser Art gewesen sein, bevor sich der Ökonom von der Spitze des Instituts verabschiedet.

Sinn: "Mir hat das großen Spaß gemacht"

Und so geht es denn auch bei der Präsentation des Konjunkturausblicks, ganze vier Monate vor dem geplanten Abschied vom Ifo, bereits schon um die Bilanz des Ifo-Präsidenten. Als er vor 17 Jahren zum Institut gewechselt sei, sei ihn schon mulmig gewesen, gibt Sinn zu. "Ich wusste damals, dass es die Abkehr von der akademischen Forschung sein würde", sagte der Wirtschaftswissenschaftler mit dem markanten Abraham-Lincoln-Bart. "Die war bisher mein Lebenselixier gewesen."

Überrascht sei er gewesen, wie sehr es ihn befriedigt habe, sich in die aktuelle Debatte einzumischen, erinnert sich der Ökonom. "In den zeitgebundenen Fragen ist es leichter, der Erste zu sein", strahlt Sinn. In der Wissenschaft, wo schon weite Teile des Feldes abgegrast seien, sei das ungleich schwerer.

"Mir hat das großen Spaß gemacht, ich will es auch nicht aufgeben", sagt Sinn noch. In den großen Talkshows dürfte er also weiterhin auftauchen, um sich zu den Themen der Stunde zu äußern – sei es die Flüchtlingskrise oder die Schuldenkrise in der Euro-Zone.

Es war vor allem die Rettungspolitik in der Euro-Zone, die der geborene Westfale in den vergangenen Jahren wieder und immer wieder kritisierte – zuletzt [in einem mehr als ein Kilo schweren Buch über die Gemeinschaftswährung](#).

Dabei hat der streitbare Finanzökonom immer wieder auch Beharrungsvermögen bewiesen; etwa als seine Thesen zur verdeckten Finanzierung der Krisenländer durch die Zentralbanken öffentlich in Zweifel gezogen wurden.

Harte Kritik an EZB-Chef Draghi

Umso genussvoller greift Sinn heute die Rettungspolitik der Europäischen Zentralbank an, zu der ultraniedrige Zinsen und der Aufkauf von Staatsschulden gehören. "Im Ganzen geht es Europa besser", diagnostiziert der Ökonom, aber warum [Mario Draghi](#) den Aufkauf von Staatsanleihen noch einmal ausgeweitet habe, das verstehe er nicht.

"Das ist eine verdrehte und verkehrte Welt", warnt Sinn. "Die [Niedrigzinsen](#) sorgen dafür, dass Schuldner wie Italien und Frankreich jede Disziplin verlieren. Dadurch werden Blasen aufrechterhalten, und die Krise wird für den Moment vermieden, aber nicht dauerhaft."

An einer Stelle musste gar Gregor Mayntz, der Vorsitzende der Bundespressekonferenz, Sinn ermahnen, nachdem der Starökonom lange seine Sicht der [Euro-Krise](#) dargelegt hatte. Ob es nicht an der Zeit sei, Timo Wollmershäuser, den jüngeren Leiter der Ifo-Konjunkturabteilung, ans Mikro zu lassen, um die Konjunkturprognose zu präsentieren?

Allerdings war wohl auch Wollmershäuser klar, dass der scheidende Institutspräsident mehr Interesse weckte als der Konjunkturausblick – bewegt sich die deutsche Wirtschaft doch gerade in relativ ruhigem Fahrwasser. Getragen von einem Immobilienboom und der weiterhin außergewöhnlich hohen Bereitschaft der hiesigen Verbraucher, Geld auszugeben, wächst die Wirtschaftsleistung sehr solide um voraussichtlich 1,5 Prozent in diesem Jahr.

Deutsche Wirtschaft wächst noch schneller

In den kommenden Monaten soll sich das Wachstum sogar auf ein überdurchschnittlich hohes Tempo beschleunigen: Um 1,9 Prozent soll die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr zulegen. "Das Wachstum beschleunigt sich, weil die Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, zusätzliche Nachfrage schaffen", erklärte Wollmershäuser.

Zum einen steigen die Ausgaben des Staates, weil Bund, Länder und Gemeinden zusätzliches Geld in die Hand nehmen, um die nötige Infrastruktur für die Neuankömmlinge zu schaffen. Hinzu kommen die Transfers, die die Flüchtlinge erhalten und wiederum in ihren eigenen Konsum stecken.

Wollmershäuser gab allerdings zu bedenken, dass alle Berechnungen zu den konjunkturellen Auswirkungen der Flüchtlingskrise mit extremen Unsicherheiten behaftet sind. "Es ist schwer, konkrete Zahlen zu diesem Thema zu bekommen", klagt der Ökonom. "Wir wissen ja noch nicht einmal, wie viele Flüchtlinge überhaupt da sind."

Die einzig konkreten Zahlen könne man zu den Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf die Staatsfinanzen machen, weil die entsprechenden Haushalte bereits geplant seien. Der Überschuss, den Finanzminister Schäuble und seine Kollegen in vielen Ländern und Gemeinden erzielen, werde im kommenden Jahr durch die zusätzliche Belastung um rund 20 Milliarden Euro geringer ausfallen als bisher prognostiziert.

"Gott zahlt aber die Schulden nicht"

Während der Gesamtstaat im laufenden Jahr noch einen Überschuss von rund 31 Milliarden Euro erzielt, der etwa einem Prozent der Wirtschaftsleistung entspricht, werden es im kommenden Jahr wegen der zusätzlichen Ausgaben für die Neuankömmlinge nur noch zwölf Milliarden sein – und damit nur noch 0,4 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Im Jahr 2017 dürften die öffentlichen Kassenwächter demnach gerade noch einen ausgeglichenen Haushalt erzielen und keine Überschüsse mehr. Die Staatsverschuldung werde unter diesen Bedingungen weiter sinken – von gegenwärtig rund 71 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf nur noch 66 Prozent am Ende des Jahres 2017; ein Wert, der allerdings immer noch über dem Grenzwert liegt, den der Maastricht-Vertrag vorschreibt.

An dieser Stelle musste Hans-Werner Sinn noch einmal ans Mikrofon: Diese 20 Milliarden würden die Konjunktur nur kurzfristig aufpolieren, weil sie aus zusätzlichen Staatsschulden finanziert seien, stellte der Ökonom klar. "Zu einem späteren Zeitpunkt werden sich diese Ausgaben negativ auf die Konjunktur auswirken. Gott zahlt aber die [Schulden](#) nicht", warnte Sinn. Nein, ein leiser Abschied wird es wohl wirklich nicht werden.

133,79

Neue Regierung

Portugals Linksruck

In Portugal steht die neue Linksregierung. Der Wahlverlierer Costa hat es geschafft, ein Bündnis zu schmieden, welches seinesgleichen sucht. Das Regieren wird ihm aber gleich aus mehreren Gründen nicht leichtfallen.

10.12.2015, von LEO WIELAND, LISSABON

In Portugal steht die neue Linksregierung.

Der Wahlverlierer Costa hat es geschafft ein Bündnis zu schmieden, welches seinesgleichen sucht.

Es hat eine Weile gedauert. Aber nun hat Portugal eine Linksregierung, die sich die Wähler bei ihrer Entscheidung am 4. Oktober nicht erträumt hätten. **Der Verlierer, der sozialistische Spitzenkandidat António Costa, hat es geschafft, durch ein politisches Powerplay ohnegleichen an die Macht zu gelangen. In einem Bündnis wider die Natur – das heißt gegen alle Traditionen seit der „Nelkenrevolution“ und nach vierzigjähriger Intimfeindschaft – stützt sich der neue Ministerpräsident nun auf gleich zwei kommunistische Krücken. Die altstalinistische und mit den Grünen verbandelte CDU und der von dieser einst abgespaltene Linksblock (BE) sind zwar nicht direkt an der sozialistischen Minderheitsregierung beteiligt. Sie haben aber versprochen, sie eine ganze Legislaturperiode lang zu halten.** Gemeinsam verfügen sie dafür über jene absolute Mehrheit, welche die konservative Koalition unter Costas Vorgänger Pedro Passos Coelho trotz guten Abschneidens als stärkste politische Kraft im Parlament verlor.

Das Regieren wird dem ehemaligen Bürgermeister von Lissabon, der mit jovialem Lächeln eiserne Zähne zu zeigen vermag, dennoch nicht leichtfallen. Die EU-Kommission will angeblich mit Argusaugen kontrollieren, ob das südwesteuropäische „Programmland“, welches Costas sozialistischer Vorgänger José Sócrates 2011 in die Pleite gesteuert hatte, weiterhin seine Stabilitätsauflagen erfüllt. Im Lissabonner Parlament sieht er sich einer starken Opposition unter der Führung der ausmanövrierten **Konservativen gegenüber, die in vier harten Jahren Portugals Wirtschaft wieder vom Kopf auf die Füße gestellt hatten. Seinen kommunistischen Partnern wird Costa es, wie erste Warnungen zeigen, nie wirklich recht machen können. Sie werden bei den Staatsausgaben, beim Mindestlohn, den Sozialleistungen und der Rückgängigmachung von Privatisierungen immer mehr verlangen.** Es ist also nicht ausgeschlossen, dass der Pakt schon im nächsten Jahr ausfranst und ein neuer portugiesischer Staatspräsident – er wird am 24. Januar gewählt – sein Privileg in Anspruch nimmt und wegen nationaler Instabilitäten Neuwahlen ansetzt.

Doch noch ist es nicht so weit. In seinem Regierungsprogramm hat Costa die Quadratur des Kreises versprochen. Die Zeit der Sparpolitik sei vorbei. Nun beginne unter seiner Führung ein neuer, vom Staat alimentierter Konjunkturzyklus mit mehr Wachstum und Beschäftigung. Die geplanten Erhöhungen von Renten und Gehältern der Staatsdiener, die selektiven Steuersenkungen und die Rücknahme von Reformen seien „defizitneutral“, weil durch neue „Reichensteuern“ gedeckt. Das klingt phantastisch. Der Härtetest wird schon bei der Vorlage des Staatshaushalts für das Jahr 2016 kommen. Der Haushalt ist seit zwei Monaten überfällig. Costa versprach, ihn nun bis spätestens im Januar in Brüssel zu präsentieren. Dort stellte sich gerade sein neuer Finanzminister Mario Centeno im Kreis der Eurogruppe vor. **In bester Tsipras-Manier sagte derweil in Lissabon sein Regierungschef, dass man mit vielen der EU-Vorschriften zwar „nicht einverstanden“ sei, sie aber dennoch einhalten werde, „solange sie gelten“.**

Beunruhigendes Signal nach Spanien

Das ist bewusst ambivalent, weil Costa, der das Haushaltsdefizit im kommenden Jahr wieder bis an die Drei-Prozent-Grenze ausreizen möchte, insgeheim offenbar schon auf Aufweichungserscheinungen anderswo setzt. **Sollten etwa Deutschland und Frankreich, so wie vor einem Jahrzehnt schon einmal geschehen, die Maastricht-**

Latte reißen – die Deutschen diesmal wegen der Flüchtlinge, die Franzosen wegen des Terrorismus (???) –, dann gäbe es auch im Süden kein Halten mehr. **Warum sollten die Griechen, Italiener, Spanier oder eben die Portugiesen sich weiter in das Korsett der vereinbarten Ausgabendisziplin zwingen lassen?**

Der von Costa durch ein Misstrauensvotum nach nur elf Tagen seiner zweiten Amtszeit gestürzte Passos Coelho hatte nicht nur ein ererbtes zweistelliges Defizit konsequent um mehr als die Hälfte reduziert. Er wollte auch die Neuverschuldung Portugals, das einen Altschuldenberg von rund 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor sich herschiebt, unter zwei Prozent drücken, um mit dem allmählichen Abbau der Verbindlichkeiten zu beginnen. Davon will Costa nichts wissen. **Vieles spricht im Gegenteil dafür, dass er nach dem Vorbild von Sócrates wieder einige Milliarden in nutzlose Konjunkturprogramme stecken wird.** Dafür sind ihm der Dank seiner linken Verbündeten und der Beifall des mächtigen kommunistischen Gewerkschaftsverbandes sicher.

Die portugiesische Kehrtwende sendet derweil auch ein beunruhigendes Signal nach Spanien, wo am 20. Dezember ein neues Parlament gewählt wird. Die dortigen Linksparteien, Podemos und die Sozialisten, haben mit Wohlgefallen beobachtet, wie Costa erfolgreich mit Parteien paktierte, die im Prinzip gegen alles sind: die EU, den Euro, die Nato und den Kapitalismus schlechthin. Es reichte, um die konservativen Sanierer zu verdrängen. Anders als die portugiesischen Wähler könnten die spanischen aber nicht sagen, sie hätten es vorher nicht gewusst.

Quelle: F.A.Z.

Die Le Pens nehmen die Kultur in die Zange

Schon die Kulturpolitik von Marine Le Pen ist von Einflussnahme und gezielten Kürzungen geprägt. Doch ihre Nichte Marion führt einen ideologischen Kulturkampf, in dem sie tatsächlich von „entarteter Kunst“ schwadroniert.

10.12.2015, von JÜRIG ALTWEGG, GENÈVE

Wird das Festival von Cannes im kommenden Mai in Anwesenheit der sechszwanzig Jahre alten Marion Maréchal-Le Pen eröffnet? Nur zu gerne wird sie sich den roten Teppich ausrollen lassen. Kaum vorstellbar ist dagegen, dass sie sich im Sommer in Avignon zu den aufmüpfigen und protestfreudigen Theaterschaffenden gesellen möchte. Mehr als vierzig Prozent der Stimmen hat die Enkelin von Jean-Marie Le Pen in der Region Provence-Alpes Côte-d'Azur bekommen. Dass ihr bestplazierter Widersacher von den Republikanern unvermittelt auf „entartete Kunst“ zu sprechen kam, hat die Zuschauer und Wähler wohl gleichermaßen überrascht.



Autor: Jürg Altwegg, Kulturkorrespondent mit Sitz in Genf.Folgen:

Zwei Tage vor der Wahl protestierten deutsch-französische Historiker (unter ihnen Etienne François, Peter Schöttler, Michael Werner und Johann Chapoutot) in einer bislang nicht veröffentlichten Stellungnahme für den „Figaro“ gegen Maréchal-Le Pens Verfälschung und Instrumentalisierung eines Zitats von Marc Bloch. Dessen Beschreibung patriotischer Gefühle - angesichts der Salbung der französischen Könige in Reims und des revolutionären Föderationenfests auf dem Marsfeld - hatte sie aus dem Zusammenhang gelöst und skrupellos mit „chauvinistischen und islamfeindlichen Aussagen“ (so die Stellungnahme) vermischt. „Schon Sarkozy hatte es versucht, als er Kandidat war“, erinnern sich die Historiker. Das missbrauchte Zitat des von den Nationalsozialisten erschossenen Juden Marc Bloch stammt ausgerechnet aus dem Essay „Die seltsame Niederlage“, den er 1940 nach dem Zusammenbruch des Landes geschrieben hatte. Die faschistischen Rechtsextremisten hatten sie herbeigesehnt, sie ermöglichte ihre spätere Machtübernahme in Vichy, als deren Erbe man den Front National trotz aller Vorbehalte und historischen Unterschiede bezeichnen muss.

Pragmatische Annäherung an die Kulturszene

Von den drei Generationen der Familie hat sich Marine Le Pen seit kurzem als Einzige von den antisemitischen Provokationen zu distanzieren versucht. Sie hat im Norden des Landes ein genauso gutes Resultat wie ihre Nichte im Süden erreicht. Wenige Tage vor der Wahl schrieb die Frau, die 2017 französische Präsidentin werden will, einen offenen Brief an die Kulturschaffenden und forderte sie zur Zusammenarbeit - „Collaboration“ - auf. Sehr geschickt hielt sie sich zurück, als Intellektuelle wie Michel Onfray und Alain Finkielkraut oder der Schriftsteller Michel Houellebecq als Wegbereiter ihrer braunen Bewegung dargestellt wurden; solche reflexhafte Kritik auf Seiten der Linken kam ihr zupass.

Die Bemühungen der Parteiführerin um eine pragmatische Annäherung an die Kulturszene sind Teil ihres Programms der „Normalisierung“ und der Kandidatur für die Präsidentschaft. Man solle es einfach einmal vorurteilslos miteinander versuchen, schlug sie vor und versprach, dass es keinerlei Hexenprozesse und Eingriffe in die Programme geben werde. Als dann aber „La Voix du Nord“ vor ihrem möglichen Sieg warnte, kündigte sie umgehend die Streichung der Subventionen für den regionalen Fernsehkanal der Zeitung an.

Große Befürchtungen im Süden Frankreichs

In einundzwanzig der bisher zweiundzwanzig Regionen regierten die Sozialisten. Deren Zahl wurde durch Fusionen auf dreizehn reduziert: In sechs Regionen steht nun der Front National an der Spitze, in allen hat er den Einzug in den zweiten Wahlgang erreicht. Angesichts der Sparmaßnahmen in Paris - die Linke hat den staatlichen Kulturhaushalt um mehrere Prozente gekürzt - sind die Regionen für die Kultur immer wichtiger geworden, nicht zuletzt wegen des Tourismus. Die Budgets sind jährlich um zehn Prozent gewachsen, insgesamt belaufen sich die Aufwendungen der Regionen im Bereich der Kultur auf eine Milliarde Euro. Zwei Regionen haben sich auf die Filmförderung konzentriert und bemühen sich um Dreharbeiten. Im Bereich der Bibliotheken, deren Beschaffungspolitik stets eine ideologische Versuchung darstellt, sind alle aktiv. Am meisten Geld fließt in die Festivals sowie die Unterstützung von Truppen und Tournée.

Kürzungen und eine andere Ausrichtung der Kulturpolitik sind im Programm des Front National festgeschrieben. Es wird Konflikte geben, denn meist hat auch der Staat ein Wort mitzureden. Am größten sind die Befürchtungen im Süden. Marion Maréchal-Le Pen bleibt von ideologischen Berührungsängsten unberührt. Sie ist mit neofaschistischen Sekten verbandelt und steht fundamentalistischen katholischen Kreisen nahe. Sie verfälscht nicht nur Marc Bloch, sie hat sich regelmäßig auch auf die Verschwörungstheorie der „Großen Umvolkung“ von Renaud Camus bezogen, die ihre Tante ablehnt.

Marine Le Pen bekennt sich zur Louvre-Zweigstelle in Lens, ihre Nichte Marion schwadroniert tatsächlich von „entarteter Kunst“. Sie führt einen Kulturkampf, der die ideologischen Altlasten des Großvaters nicht verleugnet und mit den Positionen der Neuen Rechten versöhnt. Das alles ist weder der Öffentlichkeit noch den Wählern des Front National wirklich bewusst. Für sie beschränkt sich die Unterstützung des Front National aus den Kreisen der Intellektuellen und der Kultur auf politisch doch eher harmlose Figuren wie Brigitte Bardot und Alain Delon.

133,82

Pour Bruxelles, les réformes de la France «manquent d'ambition»

Par [Marie Visot](#)

Publié le 10/12/2015 à 06:00

La Commission européenne a rendu son rapport sur l'état d'avancement sur les réformes menées par la France. Son avis? Des efforts ont été faits, mais il faudrait aller bien plus loin.

Sous le coup d'une procédure européenne pour déséquilibres macroéconomiques, la France fait l'objet d'une surveillance particulière de [Bruxelles](#). Depuis les recommandations de la Commission en 2015, cette dernière scrute donc la mise en œuvre de réformes structurelles destinées à redonner de la compétitivité et libérer de la croissance. Dans un rapport sur l'état d'avancement de ces réformes structurelles en France, qui vient d'être publié, Bruxelles dresse un bilan encore en demi-teinte. Dans certains domaines, des progrès notables ont été faits, mais «la mise en œuvre de réformes décisives» reste la clé pour obtenir les résultats escomptés.

En outre, «si les choses vont dans la bonne direction, la stratégie de réformes du gouvernement français apparaît morcelée, et certaines actions manquent d'ambition». Quant à leur concrétisation, elle «n'est pas assurée dans tous les cas». Du coup, déplore Bruxelles, «cela donne un sentiment général de réformes permanentes avec des résultats tangibles limités». La Commission cite ainsi la [loi Macron](#), qui a le mérite de lever des obstacles réglementaires, mais remarque que «les décrets n'ont pas tous été publiés» et que certains aspects primordiaux de la réforme sont en suspens.

Bruxelles salue la baisse de charges pour les entreprises

Côté bon point: le document relève l'accord récent entre les partenaires sociaux pour assurer «la pérennité du système des retraites complémentaires, tout en encourageant à travailler plus longtemps» ; il souligne également la mise en œuvre de la deuxième partie du pacte de responsabilité, qui va baisser les charges des entreprises en 2016.

Côté peut mieux faire: Bruxelles souligne le «petit effort» fait pour simplifier le [système fiscal](#), regrettant le manque de clarté et de prévisibilité sur les impôts. Elle salue la création de la revue des dépenses publiques, regrettant néanmoins que ce travail n'ait permis de dégager qu'un montant «limité» d'économies.

Côté mauvais point: la Commission note que la France n'envisage pas de réforme du calcul du salaire minimum, réforme qui serait nécessaire pour «un meilleur alignement des salaires avec la productivité». Elle conseille aussi de réduire la segmentation du [marché du travail](#), de réformer le système d'allocation chômage, ou encore d'augmenter l'efficacité du système fiscal.

Bref, l'impact des réformes récentes sur l'activité -qui devrait progressivement repartir- «pourrait être amplifié par d'autres réformes», note la Commission européenne.

133,83

Christophe Guilluy : «Le FN est le baromètre de l'inaction des partis au pouvoir»

Par Alexandre Devecchio , Eléonore de Vulpillières

Publié le 09/12/2015 à 20:21

LE FIGARO. - Quelle est votre lecture du scrutin ?

Christophe GUILLUY. - D'élection en élection, on s'aperçoit que la France périphérique (celle des petites villes, des villes moyennes et des zones rurales) est un phénomène réel, qui se cristallise. Cette grille de lecture sociale et spatiale explique la recomposition politique à laquelle on assiste depuis deux décennies. La carte politique traditionnelle s'efface au profit d'une dichotomie entre la France périphérique où vit 60 % de la population et la France des métropoles, qui se renforce dans toutes les régions, y compris celles où le FN a fait un score plus faible. Par exemple, en Bretagne, où le parti de Marine Le Pen a fait 18 % : un score modeste par rapport à la moyenne nationale, mais très important pour le FN dans cette région.

Existe-t-il désormais deux France ?

La dynamique provient des zones rurales, des petites villes et des agglomérations de taille moyenne, où se concentre la grande majorité des classes populaires et situées à l'écart des métropoles mondialisées. Le FN, à lui seul, capte près des trois quarts des votes des classes populaires. Il est logiquement surreprésenté sur ces territoires. Les logiques économiques accentuent cette rupture entre ces deux France puisque désormais l'essentiel des créations d'emplois se concentrent dans les grandes villes, et qu'au contraire l'emploi se désertifie dans la France périphérique. Ainsi, pour la première fois dans l'histoire, les catégories populaires ne vivent pas là où se crée l'emploi. Cette situation se renforce au rythme de l'évolution du prix du foncier, ce qui contribue à ce que les grandes métropoles, et les gagnants de la mondialisation, s'enferment, telles des citadelles médiévales, derrière le mur invisible de l'argent.

Peut-on parler d'une fracture générationnelle ?

56 % des moins de 35 ans ont voté pour les listes de droite ou du FN. Chez les 18-24 ans, la droite et le FN atteignent même 61 % des suffrages ! En fait, nous le disions avec le sociologue Serge Guérin depuis des années, le vieillissement de la population est le rempart au vote « populiste ». Un sondage Ipsos réalisé après les attentats montre que les plus de 60 ans sont deux fois moins tentés par le vote FN en raison des attentats que les plus jeunes : 5,7 % contre 10,6 % chez les 35-59 ans. Une partie d'entre eux sont effrayés par les propositions économiques du FN, notamment la sortie de l'euro. **Il y a une vraie cohérence de classe dans le vote de la jeunesse. Les jeunes de la France périphérique touchés par le chômage, la précarité et la fin de l'ascension sociale ne votent pas comme les jeunes de la bourgeoisie urbaine mondialisée. Cependant, il existe deux jeunesses populaires, celle des banlieues et celle des territoires ruraux et périurbains. La réislamisation de la jeunesse de banlieue est parallèle au réveil identitaire des jeunes de milieux populaires de la France périphérique.** Le vecteur n'est pas la religion mais le vote FN, car cette France est largement déchristianisée.

C'est le fameux clivage culturel...

Les classes populaires se déplacent d'abord pour protester contre l'immigration. Si leur premier ressort était la question sociale, ils voteraient pour le Front de gauche. Les catégories modestes s'inquiètent de la montée du chômage et de la dégradation du modèle social, mais également de l'insécurité culturelle, conséquence d'une instabilité démographique liée à l'intensification des flux migratoires. **Nous assistons en fait au retour**

du conflit social et du conflit culturel. Le rêve de la mondialisation heureuse et d'un « peuple Benetton » a échoué ; cet échec est en train de revenir à la face des partis traditionnels avec une force sans précédent. Des attentats au vote FN, c'est la fin du rêve d'une société mondialisée et apaisée.

Croyez-vous à « un réveil citoyen » ?

Le fameux « réveil citoyen des abstentionnistes » qui iraient à mains nues faire barrage au FN fait partie de la pensée magique des partis de gouvernement et plus généralement des classes dominantes. La réalité, c'est que le profil sociologique de l'abstentionniste est le même que celui de l'électeur du FN. Legros bataillon des votants de LR (retraités et bourgeoisie traditionnelle) ou du PS (fonctionnaires et bourgeois urbains) sont des couches qui ont toujours voté. S'il y a une réserve de voix chez les abstentionnistes, elle se trouve du côté du FN.

Le FN est un baromètre, qui mesure l'inaction des partis au pouvoir.

Il est la conséquence de l'amplification de la fracture sociale, spatiale et identitaire. En estimant que le vote FN est impulsif, l'expression d'une colère irréfléchie, on dénie aux classes populaires le droit de faire leur propre diagnostic. En faisant intervenir Pierre Gattaz, Laurence Parisot, BHL ou Dany Boon pour dire que le FN n'est pas républicain, économiquement nul ou crypto-fasciste, on fait progresser une défiance qui s'étend aussi aux médias et aux élites.

Va-t-on vers une recomposition politique ?

Le vote FN devrait continuer à progresser. À terme, cela provoquera soit l'implosion des partis traditionnels, soit leur recomposition interne. Sur le terrain, on observe que les élus locaux sont conscients des réalités, ils ne sont pas déconnectés des problèmes des gens comme peuvent l'être les caciques des partis. Pourquoi, dès lors, les habitants n'ont-ils pas voté pour eux ces dernières élections ? Parce qu'ils ont compris que ces élus n'avaient aucun pouvoir au sein de leur propre parti et que les décisions étaient prises par les ténors qui sont élus dans les grandes métropoles. S'ils ne veulent pas être balayés par le FN, les élus de la France périphérique devront porter le fer à l'intérieur de leur appareil et faire naître des consensus au-delà des frontières partisans... Si le PS et les Républicains assument leur statut de parti des grandes métropoles, il y a des places pour d'autres partis à côté du FN pour représenter la France périphérique. La consolidation d'un parti musulman en banlieue n'est pas à exclure non plus. On note que l'Union des démocrates musulmans français a réalisé une percée dans certaines villes de Seine-Saint-Denis ou des Yvelines.

How to Make 'You Ain't No Muslim, Bruv' Stick

Those words of a witness to a London terror attack encapsulate a need for Muslims to reclaim their religion from radicals.

By

SYED KAMALL

Dec. 9, 2015 4:17 p.m. ET

For years, politicians have sought to highlight how terrorism and Islam aren't inherently linked. Many have dedicated speeches, essays and books to the matter. Yet none of us have come close to the words of the bystander who, witnessing Saturday's stabbing at a London Underground station, told the attacker, **"You ain't no Muslim, bruv."**

One of the terrorists involved in last month's Paris attacks was known to spend his days drinking alcohol and smoking cannabis, both habits forbidden to the observant Muslim. Another never went to the mosque. Two would-be British terrorists needed a copy of "Islam for Dummies" before leaving for Syria last year.

Clearly these people aren't practicing Muslims. Yet they are prepared to kill in the name of Islam. Had they known anything about the religion, they would have realized that jihad is as much about the internal struggle to live a good life. **Violence is only justified for self-defense.**

The majority of Muslims -- as shocked by these recent attacks as their non-Muslim neighbors have been -- now wonder how they can reclaim their religion as one that isn't at odds with modern Western living. These are law-abiding members of their communities who want to live in peace with their fellow citizens, regardless of religion.
(but serparated / segregated from them?)

For many radicalized young men and women, it may be too late. They have chosen their path and sided with people who mean our civilization harm, who throw gay men off buildings and brutalize women and people of other faiths. **The right response to them comes through our law-enforcement powers at home and through our military abroad.**

Yet there are many more young men and women that so-called Islamic State would have in their sights. Both Muslim and non-Muslim communities alike need to move fast to prevent these people from falling into the spiral of radicalization.

Identity is a major factor to consider. People who don't feel that they fit in with a community are always going to be easy prey for gangs. Once someone starts down that path, supplanting one type of criminal behavior for another then becomes comparatively easy. Which is why prisons are such a fertile ground for radicalization.

But what about those young people who have never committed a crime, but who still have questions about where they belong? When I was younger, my parents always told me that I should be proud to be British, and I was. But when racists shouted "go back to your country," it made me feel I didn't belong in Britain. It was confusing.

And this is why all of us in the West -- individuals as well as governments -- should think about our reaction to the rise of Islamic State, also known as ISIS, and the terror it spreads. Stigmatizing or fearing young Muslims, singling them out based on their religion, is exactly what Islamic State wants, because it sows the seeds of an identity crisis that can then be exploited. **(???)**

More important is the role that members of the Muslim community can play in offering spiritual and social guidance. **Quite often, young people needn't even leave their homes to be radicalized. They need only the Internet and social media. They are shown images of what are claimed to be Western attacks on Muslims and told they can never live a life worthy of Paradise so long as they are surrounded by such Western decadence and temptation. They are offered a shortcut, by committing an act of violence or murder supposedly in the name of Islam.**

Some of these youngsters in their confusion may turn to a mosque for help. Imagine then that they arrive to a service conducted only in Arabic or the language of the immigrant community that founded the mosque. Outside, the worshipper is invited to a study group. **Most will teach Islam as a religion of peace. But not all of them.**

If mosques were to teach in the local language, they could be made accessible to the whole community. Surely their first duty should be to **ensure that the true teachings of the Quran** (*what is this about???*) are widely conveyed.

Beyond the mosque, local projects that help to promote a sense of belonging and integration are also essential. In my own London constituency, we have The Unity of Faiths Foundation (TUFF) FC, a football club that not only teaches athletic skills but also a respect for rules and boundaries, discipline and teamwork. These are British values, but they are also values taught by Islam. **The role that sport can play in integration shouldn't be underestimated.**

Muslim communities must do more to tackle radicalization. But other communities have their roles to play too. By appreciating that Islam's followers aren't all terrorists but citizens who just want the same things as the rest of us, we can all unite to tell those who are thinking of turning to terrorism that "You ain't no Muslim, bruv," before it's too late.

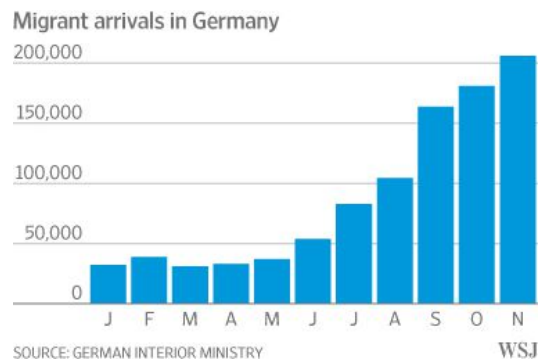
Mr. Kamall is a member of the European Parliament and the leader of the European Conservatives and Reformists (ECR) group.

133,87

Behind Angela Merkel's Open Door for Migrants

Backlash against German chancellor's pro-refugee policy mounts despite months of diplomatic arm-twisting
By **MARCUS WALKER** and **ANTON TROIANOVSKI**

Dec. 9, 2015 8:48 p.m. ET



Summer's surge Backlash at home

BERLIN—Angela Merkel had just returned to her apartment here after meeting critics of her policy of welcoming Middle East refugees, when aides phoned her with news of terrorist attacks in Paris.

The German chancellor's open door for people fleeing war in Syria, Iraq and elsewhere had already weakened her once-unassailable popularity. She knew, says a person familiar with her thinking, that immigration opponents in Germany and Europe would want to link the Islamist terrorist threat with refugees trekking to Europe and would demand a clampdown on the mainly Muslim migrants.

Ms. Merkel's response: to double down on her migrant policy. She emphatically reiterated her refugee-friendly stance, amping up the moral rhetoric that is infuriating many supporters and politicians of her conservative party.

"We live based on shared humanity, on charity," she told Germans the next morning. "We believe in...every individual's right to pursue happiness," she said, "and in tolerance." Catching the terrorists is Europe's duty "also to the innocent refugees who are fleeing from war and terror," she said at a world leaders' summit in Turkey that weekend.

Ms. Merkel's insistence that Europe can absorb potentially millions of new residents is vexing her country and continent. Germans are questioning her judgment and her grip on power. Some other European countries bridle at Germany's leadership, raising fears the crisis could cripple the European Union.

Germany seeks to impose "moral imperialism," says a senior official from Hungary, one of the EU countries critical of Ms. Merkel's course. "The Germans think they're the Americans of Europe."

The backlash against Ms. Merkel's pro-refugee policy has become the biggest-yet test of her political skills and of Germany's leadership in Europe.

Interviews with more than 20 senior officials in Germany and around Europe give an inside look at how Ms. Merkel arrived at this conundrum in handling the crisis, pressing other leaders during recent months to buy into her approach in closed-door meetings, tense phone calls and diplomatic arm-twisting—only to be blindsided by the Nov. 13 Paris attacks that have made her policy an even harder sell. She declined to be interviewed for this article.

At home, Ms. Merkel's defenders say she has shown mettle in insisting on a common European solution. "This is real leadership—to have the confidence to say, 'We can do this,' " says Jürgen Hardt, a foreign-policy specialist in her conservative parliamentary group. "It's a sign of political strength to be able to hold one's own despite populist pressure."

Her open-door policy has won U.S. praise. Secretary of State John Kerry said in Berlin this fall: "Germany has set a remarkable example for its willingness to step up and deal with this challenge."

EU countries such as France, Spain and the Netherlands have gone along with Germany's proposals. But they've done so with little enthusiasm. Other European governments are fighting to halt her strategy of spreading the refugees around Europe through national quotas.

At a European summit on Dec. 17, Ms. Merkel is set to press again for at least some other European countries to help Germany take in Syrian refugees from Turkish camps, a proposal aimed at replacing migrants' dangerous trek to Europe with controlled, legal transit. So far, she has little support.

In Germany, her approval ratings have dropped in recent months, although the latest polls suggest she may have halted the decline. "She has decided for personal reasons that she wants a different Germany," Bavarian state premier Horst Seehofer said on a call this fall with senior conservatives in his state, according to a participant.

The backlash is forcing Ms. Merkel to offer concessions. She is trying to slow the immigrant flow into Europe without reversing her openness message, which polls show has divided German opinion. She is determined to prevent closure of Europe's borders by barbed-wire fences and the danger, she believes, of violent conflict.

"Either we get this under control," says a German official close to her, "or Europe explodes."

Ms. Merkel, a 61-year-old former physicist who became chancellor 10 years ago, owes much of her political success to a hard-learned lesson: Don't challenge Germans with radical change.

Yet she has also long believed Germany can't cocoon itself. Crises abroad, from the eurozone's near-collapse to the Ukraine-Russia conflict, have led her to embrace greater German leadership in Europe despite compatriots' misgivings. Now the formerly calming figure nicknamed "Mutti," or "Mom," is exhorting her reluctant nation to absorb much of the greatest migration wave in Europe since World War II.

Her aides say cold reality is dictating her steps. This summer, the sheer numbers crossing into Europe were undermining a rule that refugees must seek asylum in the first EU country they reach. Italy and Greece, where most landed, couldn't absorb the numbers. The rest of Europe offered little help. Encouraged by Ms. Merkel, the EU Commission, the bloc's executive arm, proposed spreading 40,000 refugees around the region.

But EU leaders could only agree to collect voluntary offers to take people from Italy and Greece. Generosity proved limited. Hungary's offer was zero.

Ms. Merkel's stance was evolving when she took questions at a televised July forum. A 14-year-old Palestinian from Lebanon, living in Germany, told the chancellor of her dream of finishing her German education and of the fear of deportation while her family's asylum claim was processed. Ms. Merkel replied that she was working to speed up the bureaucracy but that sometimes the decision would be "no."

"You know, there are thousands and thousands in the Palestinian refugee camps in Lebanon," Ms. Merkel said. "And if we say 'you can all come,' and 'you can all come from Africa,' " she said, "we cannot handle that." The girl began crying. The chancellor froze midsentence. Her awkward attempt to comfort the girl went viral.

Her tone would soon change. In the chancellery, worries were growing about Germany's media image. Ordinary Germans were helping refugees, but extremists were setting fire to housing for asylum-seekers. When Ms. Merkel visited one home for refugees in August, protesters called her a traitor to the fatherland.

At a news conference days later, she expressed pride that Syrians and others wanted into Germany. "The world sees Germany as a land of hope and of opportunities," she said, and the numbers shouldn't frighten Germans: "We can handle this."

Her handling of an emergency days later became a watershed.

In early September, thousands of migrants were stuck in Hungary, whose government had stopped them from boarding trains to Austria. Hungary's premier, Viktor Orban, saw them as illegal immigrants and their odyssey as a national-security problem, aides say.

Austrian Chancellor Werner Faymann was upset by Hungary's rough police treatment of the refugees, Austrian officials say, and appalled when Hungary misled refugees onto a train to a detention camp. Such tactics "awaken memories of the darkest times of our continent," Mr. Faymann told a German magazine. Mr. Orban protested publicly at being compared with the Austrian-born Hitler. Both leaders declined to be interviewed.

When refugees marched from Budapest Sept. 4, paralyzing Hungary's main highway to Austria, Mr. Orban phoned Vienna. Mr. Faymann wouldn't take his calls, aides to each say. Mr. Orban convened his national-security cabinet and decided to bus the migrants to the border. "If Austria wants them, they can have them," Mr. Orban said, according to a person present.

Hungary's foreign minister told his shocked Austrian counterpart the news at an EU meeting that day. Austrian officials, unprepared for mass arrivals, urgently sought German help.

The emergency caught Ms. Merkel on a day of party events in Essen and Cologne. In a volley of phone calls, she and Mr. Faymann shared a calculus, say aides to each: Only force could halt the migrants at the border; inaction could result in exhausted refugees dying on the highway.

Ms. Merkel made a snap decision that sent shock waves around Europe: Throw Germany's doors open. Bypassing Europe's asylum rules and skeptical members of her government, she ordered trains to carry the migrants to Munich.

Her aides couldn't reach her coalition partner, Bavaria's premier Mr. Seehofer. He, like Mr. Orban, wanted to stop the migrants; the two men became Ms. Merkel's most outspoken adversaries. Mr. Seehofer declined to be interviewed.

As Germans greeted refugees in Munich with sweets, toys and hugs, Mr. Orban told Ms. Merkel by phone her decision undermined the fight against illegal immigration and lured migrants to Europe, aides to each say. He lambasted German and Austrian volunteers who drove into Hungary to give Syrians a lift: "Legally they are human traffickers. Is that what you want?"

He told her Hungary was fencing off its southern border. If all EU countries did the same, he said, the crisis would end. "The Hungarian solution," he said, "is the only solution."

Ms. Merkel replied that if Europe wanted a wall, it would have to be high and defended with violence against civilians, and Greece could hardly wall the Aegean Sea. A fence might work for Hungary, she told Mr. Orban, but she sought answers for all Europe.

Following lobbying by Ms. Merkel, the EU Commission announced it wanted 160,000 refugees distributed around Europe by mandatory quotas. Hungary and other eastern countries were opposed. Hungarian, Slovakian and Romanian officials publicly or privately said they had failed to integrate Roma minorities for centuries and that Muslim immigrants would be comparably hard to absorb. Slovakia said it would accept only Christians.

EU authorities further angered eastern countries by switching the quota debate from leaders' summits, where decisions require unanimity, to a meeting of interior ministers who imposed quotas by majority vote. On paper, Germany had won, but other countries are doing little to implement the unpopular agreement.

Backlash built against Ms. Merkel at home, where pro-refugee euphoria faded while as many as 10,000 arrived daily. Local governments struggled to house and feed them. In overstretched Bavaria, Mr. Seehofer threatened to sue the federal government unless Ms. Merkel set a cap on arrivals.

She dismissed the demand. "If we have to start apologizing now for showing a friendly face in emergencies," she told reporters, "then this is not my country."

She knew she had to convince voters the situation wasn't out of control. Immersing herself in the logistics of accommodating migrants, she learned details about heated tents and housing containers. She tightened rules on asylum-seekers' benefits. She pushed for EU migrant-processing centers in Greece and Italy to block bogus asylum claimants.

She courted Turkish President Recep Tayyip Erdogan, whom she had long mistrusted but whose help she needed to reduce the migrant flow. Mr. Erdogan's demands, EU officials say, included money for refugee camps, visa-free European travel for Turks, revitalizing stalled talks on EU membership and regular summits with EU leaders.

Visiting Istanbul in October, Ms. Merkel told him she was willing to talk about everything. One problem: Her party opposes Turkey's joining the EU.

A spokesman for Mr. Erdogan didn't respond to inquiries. "We evaluated burden-sharing," Mr. Erdogan said after meeting the chancellor.

Meanwhile, Balkan countries struggled with the buildup of migrants south of Hungary, whose anti-migrant fence created bottlenecks elsewhere. And many governments criticized Greece for waving migrants through.

At a summit of countries along the Balkan migration trail, called at Ms. Merkel's behest, leaders warned they would build fences if Germany closed its border. Ms. Merkel said that, having grown up in communist East Germany, she opposed walling off countries but that there might be no alternative unless Greece and others helped manage the flow.

Under German pressure, the Balkan countries agreed to put up 100,000 people until the EU could find long-term homes. By November, far more were entering Europe. Germany alone expects to receive a million asylum-seekers this year.

The Paris attacks have made Ms. Merkel's remedies harder to sell. Eastern European leaders are still balking at taking Muslim refugees, although the EU quota decision is binding. Mr. Orban blames Germany's open-door policy for admitting terrorists. "We are monitoring every Muslim in our territory," Slovakian Prime Minister Robert Fico said publicly after visiting the French embassy there following the Paris attacks. He declined to comment.

In Germany, pressure on the chancellor is mounting inside her coalition. At their Nov. 19 party congress, Mr. Seehofer's Bavarian conservatives voted to cap migration. Ms. Merkel told the congress turning refugees away was unworkable: "Isolation is not a solution in the 21st century." Applause was sparse.

"You know we're unrelenting," Mr. Seehofer replied. "You haven't heard the last of this." He earned a thunderous ovation.

Greece Braces for New Year Drama

Economic outlook looks good on paper, but many hurdles remain

By [SIMON NIXON](#)

Updated Dec. 9, 2015 5:00 p.m. ET

In theory, the outlook for Greece is better than anyone dared hope just a few months ago. Despite the trauma of the standoff between Athens and its creditors in the first half of the year, which culminated in the imposition of capital controls and the government's 11th-hour acceptance of a new bailout, it now looks as though the economy will have flatlined in 2015, defying recent predictions of a 2.3% slump. Athens forecasts that the economy will shrink by just 0.7% next year and that growth will return in the second half of the year.

Similarly, the damage to the banking system was assessed by the European Central Bank to be just €14 billion (\$15.4 billion) rather than the €25 billion originally feared and most of this capital has been raised from the private sector and should lead to an easing of capital controls next year. Meanwhile, the government is only slightly behind schedule with the implementation of its bailout program: Since September's snap elections, it has agreed two substantial sets of "milestones," paving the way for a program review in January that should open the door to debt relief.

But in practice, there may be trouble ahead. Athens is already gearing up for fights with its creditors over many of the details of the deal that it agreed to in August, including changes to the unsustainable pension system, liberalization of the labor and energy markets, the creation of a new privatization fund and an overhaul of the taxation of farmers, whose remarkably generous arrangements are widely abused.

Athens is also challenging the involvement of the International Monetary Fund, which government officials accuse of pursuing an ideological agenda, not least with its demands that savings in the pension system be achieved through cuts to the most generous payouts rather than imposing more taxes on the beleaguered private sector and younger generations. This is an argument that Athens seems certain to lose since the IMF's involvement is both a political necessity for many eurozone countries and a legal requirement under the terms of the eurozone's bailout fund.

The stage therefore looks set for a difficult start to the new year: The European Commission is braced for delays, drama and arguments. Whether this triggers a fresh standoff or political crisis depends primarily on whether Prime Minister Alexis Tsipras can keep his party and coalition together. His majority has already fallen from five to three since the election. There is speculation that he might expand his coalition to include a small centrist party with nine parliamentarians, but some ministers fear that this would simply give nine in his own camp an excuse to rebel.

As things stand, both sides say they are confident that compromises will be found to avoid any repeat of this summer's drama. Indeed, Greece's creditors have already backed down on some of their earlier demands: For example, they have allowed Athens to pass a law that effectively guarantees that 60% of mortgage holders cannot be evicted from their houses, thereby potentially severely hampering efforts to clean up bank balance sheets. If Greece can indeed navigate the difficult weeks ahead, the expectation is that calmer waters await: The rest of the three-year program is much less onerous and the government's financing needs will be minimal, potentially paving the way for a period of stability.

But Greece's long-term prospects depend on far more than simply reaching a deal with its creditors: Athens needs to lure back the capital and talent that fled Greece during the crisis. To do that, it needs to prove that it can execute the required overhauls and provide effective government.

So far, there is little evidence that the left-wing Syriza-led government is rising to this challenge. That may reflect its inexperience as well as the daunting scale of the task in trying to overturn the legacy of decades of

corruption, clientelism and dysfunctional public administration. It is striking that after six years of crisis, Greece still has no national land register; entire towns have been built illegally in areas still officially designated as forest, making it hard even to enforce basic property rights.

But Mr. Tsipras shows little sign of urgency in overhauling the public administration. Rather than promoting meritocracy and introducing rigorous and transparent competition for top jobs, Syriza has spent the past year purging public bodies from education and health boards to the director of the tax administration and installing their own party loyalists and even family members, perpetuating the very clientelism that it had promised to end. At the same time, senior officials show scant interest in the private sector, giving the impression that far from recognizing firms as the only possible source of growth and jobs, they see them primarily as a source of revenue to fund a redistributive agenda.

This would matter less if Mr. Tsipras faced a credible opposition, able to hold Syriza to account and to present a viable alternative government. Instead, the opposition is in disarray, thoroughly discredited and deeply divided. Unless and until Greece's pro-free market forces can present an effective political challenge, Greek capital and talent may continue to vote with its feet.

Comment l'Arabie saoudite a répandu l'islam rigoriste dans le monde

Propos recueillis par Armin Arefi

INTERVIEW. L'expert Jonathan Benthall décrit comment les ONG caritatives saoudiennes combinent depuis 30 ans engagement humanitaire et diffusion du wahhabisme.

GRAPHIQUE Jonathan Benthall, expert en charité islamique. © DR

Que cachent réellement les organisations caritatives saoudiennes ? Au-delà de l'aide humanitaire aux plus démunis, ces ONG qui ont proliféré au début des années 1980 sont accusées de répandre une version ultra-conservatrice de l'islam dans le monde entier, mais aussi d'avoir financé certains groupes djihadistes en zone de guerre. Grand spécialiste mondial de la charité islamique dans le Golfe, Jonathan Benthall*, chercheur honoraire au département d'anthropologie de l'University College de Londres, analyse l'opaque secteur de l'humanitaire en Arabie saoudite.

Le Point.fr : Les ONG caritatives saoudiennes ont-elles réellement servi à répandre l'idéologie wahhabite dans le monde ?

Jonathan Benthall : L'Arabie saoudite s'est servi d'organisations caritatives saoudiennes telles que l'International Islamic Relief Organisation (IIRO) et Al-Haramain pour diffuser le wahhabisme, une version très rigoriste de l'islam.

Pourquoi ce prosélytisme ?

L'un des buts était d'allier aide humanitaire et diffusion du wahhabisme, afin de reconstituer la foi musulmane dans les anciennes Républiques soviétiques et ainsi restaurer l'unité du monde islamique en ré-islamisant ces régions divisées et sécularisées, selon eux, par le communisme. Mais il est important de rappeler que l'Arabie saoudite a également appuyé autrefois tous les mouvements islamiques compatibles avec le wahhabisme, comme le Front islamique du salut (FIS) en Algérie, avant la guerre civile des années 1990, ou les Frères musulmans en Égypte. Le but des Saoud était de soutenir toute sorte d'islam conservateur à l'étranger afin de satisfaire les religieux wahhabites en Arabie saoudite, de sorte probablement à s'éviter toute opposition en interne. Cela est également passé par la construction de mosquées et par la diffusion de textes religieux dans de nombreux pays européens.

Ces organisations sont-elles uniquement islamiques ?

Il est intéressant de noter que les organisations caritatives oeuvrant à l'intérieur du royaume sont dans l'ensemble laïques et se cantonnent strictement à l'humanitaire, en venant notamment en aide aux plus pauvres, aux personnes âgées ou aux enfants handicapés. C'est à l'étranger que les Saoudiens allient religion et humanitaire, ce qui peut d'ailleurs être comparé à l'activité des organisations caritatives évangéliques originaires des États du sud-est des États-Unis.

En répandant l'islam wahhabite, l'Arabie saoudite n'a-t-elle pas d'une certaine manière contribué à l'essor du djihadisme ?

L'idéologie wahhabite ne mène pas forcément à la violence et donc au djihadisme - au contraire, elle soutient la monarchie du royaume saoud -, mais en appelant à une condamnation des chiïtes et des chrétiens, elle peut avoir de dangereuses conséquences. Le problème est que cette idéologie peut se muter en quelque chose de plus actif et extrême, notamment lorsqu'elle est mélangée avec les idées révolutionnaires de l'Égyptien Sayyid Qutb (idéologue radical issu des Frères musulmans, qui s'en sont ensuite démarqués, NDLR). Ceci est notamment dû au manque de flexibilité dans la doctrine salafite originelle.

En quoi la guerre d'Afghanistan a-t-elle tout déclenché ?

L'Afghanistan est la racine principale de la crise. En effet, les organisations caritatives saoudiennes ont été très actives dans ce pays dans les années 1980, d'autant qu'elles bénéficiaient du soutien total des États-Unis. À cette époque, les Américains étaient déterminés à débarrasser l'Afghanistan de l'influence soviétique. Aussi, toutes les méthodes étaient bonnes pour soutenir les moudjahidines (combattants islamistes, NDLR) afin qu'ils arrivent au pouvoir. Mais ce qui est moins connu, c'est que les États-Unis ont utilisé leurs propres structures juridiques en ce qui concerne les oeuvres caritatives, pour soutenir ces combattants islamistes. Par exemple, une ONG américaine, American Friends of Afghanistan, en fait dirigée par le gouvernement américain, a subventionné un magazine appelé *Afghan Jihad*.

Les ONG saoudiennes ont-elles financé les djihadistes ?

Il est plus ou moins établi que le Croissant-Rouge saoudien a été utilisé pour envoyer des cargaisons d'armes en Afghanistan, contrairement aux règles strictes du Mouvement International de la Croix-Rouge et du Croissant-Rouge. À cette époque, les activités caritatives étaient profondément confondues avec le travail politique et les activités militaires.

Et qu'en est-il du 11 Septembre ?

L'International Islamic Relief Organisation (IIRO) et la World Assembly of Muslim Youth (WAMY) ont été poursuivies aux États-Unis pour des liens avec des activités terroristes, ce qu'elles nient farouchement. Deux branches de l'IIRO aux Philippines et en Indonésie ont été placées sur la liste noire des États-Unis. Une autre ONG saoudienne, Al Haramain, a vu plusieurs de ses cadres reconnus coupables d'association avec le terrorisme, et a été fermée.

Ces organisations financent-elles toujours le terrorisme ?

Il n'existe pas de preuve que de tels liens ont existé après le 11 septembre 2001. Depuis cette date, on assiste à un bouleversement du secteur de la charité islamique saoudienne, dont les activités ont été considérablement réduites, notamment l'IIRO et la WAMY, qui sont désormais soumises à un strict contrôle gouvernemental. Or, ces deux organisations effectuaient sur le terrain un travail humanitaire nécessaire, notamment en s'occupant des orphelins, une obligation très importante dans la culture islamique. Avec la réduction drastique de leurs budgets, ces deux ONG ont dû diminuer leurs services vis-à-vis des orphelins. D'ailleurs, elles n'apportent aujourd'hui qu'une très maigre contribution au secours porté aux réfugiés syriens.

Ces ONG saoudiennes sont-elles présentes aujourd'hui en Syrie ?

Les Saoudiens n'ont encouragé aucune ONG privée à travailler en Syrie. Ils se sont contentés de donner de l'argent à des organisations internationales. Et l'activité d'organisations comme l'IIRO a été considérablement restreinte pour ne pas alimenter de controverse politique en raison des suspicions qui pèsent sur elle.

Ces organisations financent-elles des groupes djihadistes en Syrie ?

Le contrôle des organisations caritatives saoudiennes est aujourd'hui tel que je ne pense pas que ces ONG puissent financer de telles organisations. Le coût politique serait trop élevé pour l'Arabie saoudite vis-à-vis de son allié américain, très suspicieux quant au secteur caritatif saoudien. À mon sens, tout financement serait davantage le fait de personnalités saoudiennes privées levant des fonds sous couvert de l'aide humanitaire.

En quoi la « zakat » (l'aumône légale) favorise-t-elle les dons humanitaires ?

La zakat est une donation charitable profondément ancrée dans la foi musulmane. Obligatoire, au moins en théorie, elle est collectée en Arabie saoudite par l'État et par des organisations de charité semi-officielles. Tout musulman est tenu de s'en acquitter chaque année, proportionnellement à sa richesse. Quiconque ne s'y plie pas verra ses prières être refusées. Il existe donc une forte pression religieuse pour que les musulmans s'y soumettent.

Quelles mesures l'Arabie saoudite a-t-elle prises pour empêcher les abus ?

Depuis le 11 Septembre, il est désormais illégal en Arabie saoudite de lever des fonds dans les mosquées pour financer les secours en cas d'urgence, car il est impossible pour le gouvernement de tracer l'origine des fonds en cash. On peut dire qu'il est donc extrêmement difficile pour les organisations caritatives saoudiennes de travailler à l'étranger, en raison de la controverse qui pèse sur le secteur en Arabie saoudite.

Pourquoi le haut comité saoudien de surveillance des ONG, annoncé en 2004, n'a-t-il jamais vu le jour ?

Il est indispensable à mon avis d'uniformiser les normes de responsabilité et de transparence entre les ONG européennes et saoudiennes. Le problème est que la publication de rapports complets ne fait pas partie de la culture saoudienne, très peu soucieuse de la transparence; et de plus, il est beaucoup plus valorisant sur le plan religieux pour un musulman d'effectuer ses dons dans le secret.

Cela n'ouvre-t-il pas justement la voie à des abus ?

Cela favorise les abus, en effet, mais il est nécessaire de rappeler que ces organisations ont subi de tels contrôles depuis le 11 Septembre qu'elles font très attention dans leurs financements. En outre, je pense que les spécialistes de contreterrorisme occidentaux sont trop focalisés sur l'humanitaire, et que cela a beaucoup nui au secteur, alors qu'il existe tellement d'autres moyens de financer des groupes djihadistes, comme le transfert de cash de personne à personne, ou de fonds d'une compagnie à une autre, l'extorsion, la contrebande, etc. Ainsi, de telles attaques contre le secteur de la charité islamique ont eu pour conséquence de réduire considérablement leur véritable activité humanitaire. Et l'absence de ce type d'ONG en zone de guerre a créé un espace dont s'est emparé le groupe État islamique qui, avec son fort potentiel financier, a organisé ses propres structures sociales et lève lui-même sa « zakat ».

133,95

Interview mit Julia Klöckner

„Wer das durchgehen lässt, ist nicht tolerant, sondern ignorant“

Im Gespräch: Julia Klöckner, Vorsitzende und Spitzenkandidatin der CDU in Rheinland-Pfalz, über Integration und Werte

10.12.2015, von JASPER VON ALTENBOCKUM UND TIMO FRASCH



© PATRICIA KÜHFUSS Julia Klöckner - Die Vorsitzende der CDU in Rheinland-Pfalz im Interview in Mainz vor dem CDU-Parteitag, unter anderem zum Thema Integration

Frau Klöckner, auf dem CDU-Parteitag werden Sie für ein „Integrationspflichtgesetz“ werben. Kann man Menschen zur Integration verpflichten?



Autor: Jasper von Altenbockum, Verantwortlicher Redakteur für Innenpolitik. Folgen: Saarland mit Sitz in Wiesbaden. Folgen:



Autor: Timo Frasch, Politischer Korrespondent für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland mit Sitz in Wiesbaden. Folgen:

Wir dürfen jedenfalls nicht zulassen, dass Einwanderer unvorbereitet in unsere Gesellschaft stolpern. Integration darf kein Zufall sein. Das Gesetz soll aber auch uns zur Selbstvergewisserung dienen: Wer sind wir, welche sind unsere unverrückbaren Werte?

Wie lässt sich diese Pflicht durchsetzen? Was passiert, wenn sie verletzt wird?

Mir ist klar, dass man niemanden in den Bürgerkrieg zurückschicken kann, wenn er seinen Sprachkurs nicht besucht hat. Was aber sehr wohl geht: dass man analog zur Eingliederungsvereinbarung bei Langzeitarbeitslosen staatliche Leistungen kürzt. Sprach- und Integrationskurse dürfen kein Angebot zur Güte sein. Sie werden aber zum Teil als solche angesehen: Manche kommen zu spät, andere gar nicht, manche Frauen dürfen nicht teilnehmen, weil sie angeblich auf die Kinder aufpassen müssen. Wir müssen klarmachen: In Deutschland können auch Männer auf die Kinder aufpassen. Klar ist auch: Es muss mehr Integrationskurse geben.

Udo Di Fabio hat ein solches Gesetz kritisiert. Er sagt, unsere Schwäche sei, dass wir zu wenig Zutrauen in die Stärke unserer Werte hätten.

Mir ist das zu riskant. Wir haben damit ja schon unsere schwierigen Erfahrungen gemacht, Stichwort Gastarbeiter. Da war die Haltung: Die sind ja nur kurz da, die finden schon ihren Weg. Das hat auch zu Parallelgesellschaften geführt.

Die Grünen, mit denen Sie vielleicht bald in Rheinland-Pfalz regieren werden, neigen zu der Ansicht, man könne die Einwanderer von heute nicht vergleichen mit denen vor 50 Jahren. Da seien viele hochmotivierte Leute dabei.

Es kommen keine Heiligen zu uns, es kommen Menschen. Und das wissen wir doch von uns selbst: Wenn ich ohne Leistung etwas bekomme, warum soll ich diese Leistung dann erbringen? Wenn ich hier weiterleben kann wie in meiner Heimat, mit der Ausnahme, dass ich in Sicherheit bin und regelmäßig Geld überwiesen bekomme, warum soll ich dann meine bisherigen Haltungen, etwa gegenüber Frauen, überdenken?

Man kann in der Integration auch einen wechselseitigen Prozess sehen, in dem es darum geht, die Grundlagen des Zusammenlebens miteinander auszuhandeln.

Es gibt Werte, die gelten, das sind unsere tragenden Säulen, über die müssen wir nicht verhandeln. Errungenschaften wie die Gleichberechtigung oder Meinungsfreiheit stehen nicht zur Disposition.

Besteht unter den Deutschen noch ein Konsens, welches diese Werte sind?

Heute ist es sicher schwieriger als früher, eine Werteübereinkunft mit einer größeren Zahl von Menschen hinzubekommen. Was sind westliche Werte? Küssen in der Öffentlichkeit und Schinkensandwiches, wie Salman Rushdie gesagt hat? Pünktlichkeit? Der Respekt vor dem Nächsten? Früher gab es Autoritäten, den Lehrer, den Pfarrer, den Arzt. Die gaben Halt, verbreiteten aber auch Angst. An ihre Stelle ist heute die Reflexion getreten. Wir sind dadurch freier geworden, es ist aber herausfordernder, mit Argumenten zu überzeugen und Einsichten in gemeinsame Verbindlichkeiten zu erreichen. Die Flüchtlingsdebatte zeigt, dass einige es nicht mehr gewohnt sind, sich Gedanken zu machen, eine Haltung zu entwickeln.

Die Welt ist so komplex, dass manchmal selbst Politiker sie nicht mehr verstehen. Trotzdem müssen sie Handlungsfähigkeit simulieren und sagen: „Wir schaffen das.“ Ist das nicht Autosuggestion?

Dann müsste ich jetzt sagen: Ich höre auf...

Das Interview nähme eine ungeahnte Wendung.

Aber Sie müssten Ihren Beruf ebenso aufgeben. Sie bringen ja auch jeden Tag eine neue Zeitung auf den Markt, selbst wenn es schwierig und komplex ist. Weder weiß ich als Politikerin alles, noch kann ich alles. Aber ich bin Optimistin, schaue nach vorne. Wir leben alles in allem auf der Sonnenseite der Erde. Wenn gerade wir die Flinte ins Korn werfen, glauben Sie, andere würden es für uns richten, zum Besseren?

Viele in Deutschland sehen das inzwischen anders. Sie wenden sich ab. Nehmen Sie in Kauf, dass sich ein Teil der Bevölkerung verabschiedet?

Verabschiedet? Ein kleiner Teil der Bevölkerung war vielleicht noch nie angemeldet. Es ist ja nicht so, dass es unter den Deutschen nur Demokraten par excellence gäbe. Man muss aber sehr vorsichtig sein, die Leute immer gleich in die rechte Ecke zu stellen. Das ist die Moralkeule, die auch ich schon übergezogen bekam von **Rot-Grün**. Als ich die konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber verlangte, hieß es, ich würde zündeln. Jetzt ist es Regierungsposition bei uns in Rheinland-Pfalz.

Ein Imam wollte Ihnen in einer Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Idar-Oberstein nicht die Hand geben. Ihnen wurde vorgeworfen, die Szene aufgebauscht zu haben.

Dem widerspreche ich ganz entschieden. Der Imam hat mir beim Besuch der Unterkunft ausrichten lassen, er werde mir die Hand nicht geben, wenn wir uns begegnen – weil ich eine Frau bin. Das konnte ich natürlich nicht akzeptieren. Ich habe dann eben auf die Begegnung verzichtet. Eine Journalistin hat das zufällig mitbekommen und wenig später darüber berichtet.

Wie waren die Reaktionen?

Gerade von Frauen habe ich enorme Unterstützung erfahren. Interessant aber, dass einige männliche Journalisten kommentiert haben: Die Klöckner soll sich mal nicht so haben. Mein Gedanke: Jungs, vielleicht seid Ihr noch nicht ganz so weit. In Deutschland wird für Frauenquoten oder gendergerechte Sprache gekämpft, aber wenn Frauen als minderwertig behandelt werden, dann soll das Ausdruck kultureller Vielfalt sein? Der Imam ist als Vorbeter ein Vorbild gerade für die jungen Flüchtlinge, die nicht aus Rechtsstaaten kommen, die Frauen nicht als Lehrerinnen oder Chefinnen akzeptieren. Mit einer solchen Haltung wird die Integration nicht gelingen. In den vielen Zuschriften, die ich bekam, wurden ähnliche Vorkommnisse geschildert: Der Schuldirektor, der für den Elternsprechtag einen männlichen Lehrer statt der Klassenlehrerin parat halten sollte, weil der streng muslimische Vater mit Lehrerinnen nicht spricht. Der Apotheker, der aus demselben Grund Männer einstellen musste. Das mögen Ausnahmen, Einzelbeispiele sein, ja. Wer das aber durchgehen lässt, ist nicht tolerant, sondern ignorant.

Gibt es da auch Nachholbedarf im Judentum oder in der katholischen Kirche?

Auch in der katholischen Kirche ist Luft nach oben bei der Gleichberechtigung. Aber dort kann ich Lektorin sein, ich gelte als Frau nicht als unrein, man gibt einer Frau die Hand, und die Kirche verlangt auch keinen geschlechtergetrennten Unterricht. Also bitte: Äpfel mit Äpfeln vergleichen. Und was orthodoxe Juden betrifft, die Frauen auch nicht die Hand geben: Damit habe ich genauso ein Problem. Eine solche Haltung passt nicht in unsere aufgeklärte Gesellschaft.

Ist der Antrag für ein Integrationspflichtgesetz ein Mittel, die Obergrenzen-Debatte zu entschärfen?

Das eine hat mit dem anderen nur bedingt zu tun. Klar ist, dass Integration Ziel, Zeit, Zustimmung und Ressourcen braucht. Wir müssen den Zustrom drosseln, damit wir mit der Integration auch nachhaltig nachkommen.

Sie haben einmal gesagt, es gebe faktische Grenzen. Was meinen Sie damit?

Es gibt eine faktische Belastungsgrenze. Das hat mit der Unterbringung zu tun, mit verfügbaren Wohnungen, mit den Sprachlehrern, mit den Standards, die wir jetzt schon senken müssen, aber nicht unendlich senken können, weil es bei uns menschenwürdig zugehen soll. Es gibt einfach eine faktische Machbarkeitsgrenze. Wir alle wissen, dass es so nicht weitergehen kann, nicht mit dieser Dynamik.

Also doch eine Obergrenze?

Was heißt „Obergrenze“? Die ist doch abhängig von Ort und Zeit. Vor einem Jahr hätte man die „Obergrenze“ wahrscheinlich viel niedriger gezogen als heute, da wir uns auf die Situation eingestellt haben. Wenn abgelehnte Antragsteller schneller abgeschoben werden, ist die Obergrenze auch wieder eine andere. Eine Obergrenze in Stein zu meißeln bedeutet doch außerdem, sie mit allen Mitteln, auch mit Gewalt, einzuhalten. Das wollen wir nicht. Aber klar ist: Der Zustrom muss gedrosselt werden.

Sind Kontingente dafür das Zaubermittel?

Kontingente, die der Türkei abgenommen werden, um sie auf die EU zu verteilen, oder Kontingente aus den Hotspots in Italien und Griechenland, die in der EU verteilt werden, das halte ich durchaus für den richtigen Weg. Es wird aber nicht die ganze Lösung sein. Kontingente werden eine Art atmenden Deckel haben. Dafür müssen sich aber alle in Europa daran beteiligen. Wenn Deutschland allein steht, dann ist tatsächlich irgendwann eine Grenze erreicht, wenn auch nicht in Form einer absoluten Zahl.

Anders würde sich die Flüchtlingspolitik Merkels in der CDU wohl auch nicht mehr durchsetzen lassen, oder?

Es ist die Politik von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat. Leider stand Rot-Grün zu lange auf der Bremse, vieles hätte schon früher geklärt sein können.

Müssen wir dafür der Türkei den EU-Beitritt versprechen?

Das bleibt ein ergebnisoffener Prozess. Es gibt keine Zusage.

Aber um andere Zusagen werden Deutschland und die EU nicht herumkommen.

Wir müssen abwägen. Wollen wir zusätzlich zwei Millionen Flüchtlinge? Oder wollen wir mit der Türkei reden? Hehre Ziele brechen sich manchmal an der Wirklichkeit.

Im März treten Sie als Spitzenkandidatin zur Landtagswahl an. Wenn die AfD ins Parlament kommt, ist die Chance groß, dass Sie Ministerpräsidentin werden. Wie gehen Sie damit um?

Ich baue meine Politik nicht auf der AfD auf.

Gabriel hat die Landtagswahl zur „Mutter aller Schlachten“ erklärt. Ist das so?

Wer das sagt, gibt viel preis über seinen Gemütszustand: Panik.

Aber wenn es nicht die Mutter aller Schlachten ist für Sie, dann aber doch eine Schlacht für Mutti, oder?

(lacht) Es ist ein demokratischer Wettbewerb für eine bessere Zukunft von Rheinland-Pfalz.

Sie haben auf die Frage, was Sie an der Politik nerve, mal gesagt: „Wenn Journalisten Fragen stellen, auf die ich nicht antworten will.“ Was wäre so eine Frage?

Die letzten beiden.

Die Fragen stellten Jasper von Altenbockum und Timo Frasch.

133,97

Robert Redeker : les antifascistes de confort et les «salauds de pauvres»

HOME FIGARO VOX VOX POLITIQUE

Par Robert Redeker

Mis à jour le 10/12/2015 à 19:56

Le philosophe* appelle **les** politiques à dépasser **les** postures et à entendre

la voix du peuple qui souffre. Entre deux dimanches électoraux, à la faveur d'une lame **de** fond populaire propulsant le Front national aux portes du pouvoir, l'antifascisme **de confort** est **de** retour. Il l'est dans **les** médias, il l'est sur **les** réseaux sociaux, il ne l'est pas au café du coin. Il l'est dans des groupes humains bien intégrés, bien protégés. Il ne l'est pas dans **les** classes populaires qui fournirent jadis l'essentiel des troupes **de** l'antifascisme, quand la chose était dangereuse. Il l'est du côté des éternels donneurs **de** leçons à la vie facile, il ne l'est pas du côté **de** ceux qui souffrent. La force du FN tient à avoir réussi à se faire passer pour la voix **de** ceux qui souffrent, la voix vivante du peuple.

Un post revient **de** façon récurrente sur Facebook et Twitter insistant sur le faible niveau **de** diplôme des électeurs du FN. Ce courrier, présenté sous la forme d'un tableau statistique, complète cette information par la ventilation des électeurs selon **les** catégories socio-professionnelle (**les** CSP). Le but **de** cette opération **de** discrédit est **de** délégitimer le vote FN en renvoyant ses électeurs dans une sorte d'infrahumanité peuplée par des citoyens **de** seconde zone. Ce ne sont que des « beaufs ». Ce ne sont que des bacs moins quelque chose. Ce ne sont que des pue-la-sueur. Et en plus ils votent FN. Quand on sait que **les** hyper-diplômés admiraient en leur temps Staline, Mao et Pol Pot, le communisme sanguinaire, **les** totalitarismes rouges, qu'ils voyaient dans l'arrivée **de** De Gaulle au pouvoir en 1958 l'entrée dans le fascisme, qu'ils s'opposèrent au Général sous la bannière **de** l'antifascisme, pareille raillerie prête à sourire. Ce mot que l'on croyait être le cri **de** ralliement **de** la bourgeoisie du XIXe siècle apeurée par **les** partageux est maintenant celui **de** la gauche, celui des consciences morales, celui des **antifascistes : salauds de pauvres ! Salauds de pauvres**, ces enfants irresponsables dont il ne faudrait comptabiliser **les** suffrages que quand ils votent à gauche. Ce n'est plus la bourgeoisie, c'est la gauche désormais qui tremble devant **les** pauvres, devant le peuple, c'est la gauche qui panique devant **les** classes dangereuses.

En agitant **de** façon outrancière l'épouvantail du Front national - alors, qu'objectivement, aucun danger fasciste ne menace notre pays et que ce parti, nonobstant ses réels défauts, n'est pas, comme le montre Pierre-André Taguieff, un parti fasciste -, la France qui, entre deux élections, en temps ordinaire, monopolise le droit à la parole joue à se faire peur. Elle s'amuse à la pantomime **de** l'antifascisme - sans adversaire, sans qu'il y ait **de** fascisme en face d'elle. Pour preuve : Valls reprend des idées qui étaient réputées infréquentables, « *nauséabondes* », il y a encore six mois parce que énoncées alors par le FN. Prise au jeu **de** son antifascisme d'opérette, cette France-là brandit le spectre d'un fascisme en carton-pâte pour réduire au silence la France muette, celle qui ne parle que par le bulletin **de** vote. Son suffrage est FN aujourd'hui comme il fut PCF quelques décennies durant. Cet antifascisme **de confort**, véritable et puéril antifascisme **de** posture, est une formidable campagne **de** communication gratuite pour le FN puisqu'elle le transforme fantastiquement en une entité extérieure au système, bref en véritable alternative. Tout se passe comme si **les** pétitionnaires anti-FN, **les** spécialistes du front républicain, **les** ténors **de** la morale, avaient été stipendiés par le parti honni pour lui assurer sa promotion publicitaire.

Le FN, le diable ! Marine Le Pen, le diable. Marion Le Pen, la beauté du diable. Exorcisme, l'antifascisme **de confort** petit-bourgeois qui diabolise le FN, se déploie selon **les** voies **de** la pensée magique. Il

cherche à se rassurer sur la localisation du Mal. Celui-ci doit habiter **les** entrailles **de** l'Occident, « ventre encore fécond » , grandir tel un ver solitaire dans **les** intestins du peuple autochtone, ce ramassis **de** Dupont-la-Joie. Cette diabolisation doit rassurer après **les** attentats du 13 novembre. À la suite **de** ces crimes, la France des « *assis* » (pour reprendre Rimbaud), la France petite-bourgeoise, la France **de** l'antifascisme **de confort**, avait besoin **de** haïr - mais qui ? Le résultat des élections tombe à pic ! Ouf, nous voilà rassurés : le Mal absolu est localisé. Cette France ressort du grenier le discours sur l'ennemi intérieur. Et, oh merveille, cet ennemi n'est pas une cinquième colonne - il est 30 à 40 % **de** l'électorat « bien **de** chez nous » . La rhétorique **de** l'ennemi intérieur s'est remise en place, alors qu'elle était interdite d'énonciation lors des attentats islamistes. Divine surprise pour la Gauche divine : cet ennemi intérieur, c'est le petit peuple. **Les** petites gens **de** France.

Le retour **de** cet antifascisme est le retour d'un soulagement : « Nous **les** bons, eux **les** méchants. » Nous, autrement dit la morale, la vertu, **les** diplômés et l'intelligence, la perspicacité et la culture. Eux, c'est-à-dire **les** classes populaires. Au soir du 6 décembre, des tweets disaient : « *La bête immonde est **de** retour.* » Le FN et ses idées sont peut-être condamnables. Il reste dans ce parti des gens peu recommandables, justement épinglés par la presse. Pourtant **les** nostalgiques des années 30, **de** l'Occupation et du pétainisme, **les** partisans d'un régime autoritaire, voire d'un coup d'État militaire, qui se réclament **de** lui, mais qui en sont la honte, n'en sont plus la vérité profonde. C'est cependant, avec l'inefficacité que l'on sait, ce résidu folklorique d'un fascisme passé **de** saison, que combat depuis des lustres la caste moralisatrice, l'antifascisme **de confort**.

* Dernier ouvrage : « Bienheureuse Vieillesse » , Éditions du Rocher, octobre 2015.

«Race blanche» : Claude Bartolone attaqué de toutes parts

HOME LE SCAN LES VERBATIMS

Par Tristan Quinault Maupoil

Publié le 10/12/2015 à 08:58

LE SCAN POLITIQUE/VIDÉO

- Le chef de file socialiste pour les régionales en Île-de-France dépeint sa rivale de droite comme la candidate de Neuilly-sur-Seine et «de la race blanche» qui voudrait poser «un serre-tête» sur la région. Les réactions négatives se multiplient. Valérie Pécresse a annoncé le dépôt d'une plainte.

C'est une interview choc de Claude Bartolone publiée mercredi dans L'Obs qui provoque un «haut-le-cœur» de Valérie Pécresse. Le candidat socialiste à la région Île-de-France y dépeint sa rivale des Républicains comme une candidate qui «défend en creux Versailles, Neuilly et la race blanche». «Elle tient les mêmes propos que le FN, elle utilise une image subliminale pour faire peur», jure le président de l'Assemblée nationale dans l'hebdomadaire. Le soir même, Claude Bartolone tenait son dernier meeting à Créteil (Val-de-Marne): «Notre région, ils veulent la mettre en rang, en uniforme, un serre-tête sur les cheveux», a-t-il encore lâché. En novembre dernier, il critiquait déjà le fief de Valérie Pécresse, élue des Yvelines: «Écoutez-la, La Versaillaise, dénigrer systématiquement la Seine-Saint-Denis», un des départements les plus pauvres de France».

«C'est abject. J'ai honte pour la politique. Si la fin justifie les moyens, je pense que les Franciliens la sanctionneront», a répondu Valérie Pécresse sur LCI et Radio classique. Pour l'ex-ministre, «ces déclarations qui m'accusent de racisme provoquent un haut-le-cœur en chaîne. Je viens de recevoir un coup de fil de Calixthe Beyala, la fondatrice des Africains de France (et romancière, ndlr), qui me soutient», a déclaré Valérie Pécresse sur LCI et Radio classique. Et Calixthe Beyala de confirmer: «Je trouve ça aberrant, malhonnête, c'est de la calomnie». Ce jeudi, dans la soirée, l'entourage de Valérie Pécresse a annoncé que la candidate LR «a décidé de porter plainte pour injure aggravée».

Lagarde (UDI) demande des excuses

Plus tôt dans la journée, les réactions à droite s'étaient multipliées. François Fillon a réagi dans un communiqué: «Il bascule dans l'infamie», avance l'ancien premier ministre, qualifiant la petite phrase du socialiste de «lourd dérapage (...) inadmissible». «Il manifeste une intolérance venimeuse et blessante pour tous les Français (...) à travers une forme de discrimination antifrançaise».

Pour Geoffroy Didier, «Non seulement Claude Bartolone ne doit pas devenir président de région mais il n'est plus digne de rester président de l'Assemblée nationale». «Il s'adonne à des attaques qui suintent la haine», déclare au Scan le porte-parole de Valérie Pécresse. Quant à Christian Jacob, le président du groupe LR à l'Assemblée nationale, il conjure sur LCP le président de l'Assemblée nationale de «quitter le caniveau et de remonter au Perchoir».

Sur Europe 1, le président de l'UDI, Jean-Christophe Lagarde a lui jugé que «Claude Bartolone est en surchauffe». «Il appelle à voter pour Xavier Bertrand (en Nord-Pas-de-Calais-Picardie) et Christian Estrosi (en Paca) pour faire barrage à l'extrême droite. Il explique que la droite et l'extrême droite ce n'est pas la même chose. Et en Île-de-France, il veut faire croire que Valérie Pécresse est l'enfant naturel de Mussolini et d'Eva Braun? Je lui demande de s'excuser et de retirer ce qu'il vient de dire», a-t-il encore martelé.

Même le candidat frontiste en Île-de-France, Wallerand de Saint-Just, est monté au créneau pour dénoncer «des accusations exagérées et puéres de la part de Monsieur Bartolone». «Personne ne parle de race dans cette campagne», rapporte BFMTV.com. Enfin, le président de Debout la France éliminé au premier tour, Nicolas Dupont-Aignan juge lui aussi qu'un «président de l'Assemblée nationale qui représente tous les députés ne peut pas se laisser aller à de telles attaques politiciennes».

Invité sur I-Télé ce jeudi soir, Manuel Valls a refusé de prendre position dans cette polémique, jugeant simplement que le président de l'Assemblée nationale ferait un bon candidat: «Claude Bartolone est un grand républicain, c'est un homme d'Etat qui a décidé de s'engager pour cette région. Sortons de ces polémiques», a déclaré le premier ministre.

133,100

• [OPINION](#)

• [COMMENTARY](#)

Call Islamic Terrorism by Its Name

Why ignoring the religious beliefs behind the threat is foolish—and dangerous.
By RUDOLPH W. GIULIANI

Dec. 10, 2015 7:09 p.m. ET

In 1983 when I was the U.S. attorney in New York, I used the word “Mafia” in describing some people we arrested or indicted. The Italian American Civil Rights League—which was founded by Joe Colombo, one of the heads of New York's notorious five families—and some other similar groups complained that I was defaming all Italians by using that term. **In fact, I had violated a Justice Department rule prohibiting U.S. attorneys from employing the term Mafia.** The little-known rule had been inserted by Attorney General John Mitchell in the early 1970s at the behest of Mario Biaggi, a congressman from New York.

I had a different view of using the term Mafia. It reflected the truth. The Mafia existed, and denying what people oppressed by those criminals knew to be true only gave the Mafia more power. This hesitancy to identify the enemy accurately and honestly—“Mafia” was how members described themselves and kept its identity Italian or Italian-American—created the impression that the government was incapable of combating them because it was unable even to describe the enemy correctly.

Similarly, you may hear about ISIS or ISIL or Daesh, but make no mistake: The terrorists refer to themselves as members of Islamic State. Just as it would have been foolish to fail to use the word Mafia or admit its Italian identity, **it is foolish to refuse to call these Islamic terrorists by the name they give themselves or to refuse to acknowledge their overriding religious rationale.**

Yes, it is essential to emphasize to the public the distinction between Islam and Islamic terrorists. That education has been in progress in the U.S. at **least since 9/11.** I recall that during my last press briefing on that horrific day, **I urged New Yorkers not use the barbaric attacks to attach group blame—for doing so would mirror the sort of thinking that inspired the terrorists.** President George W. Bush and New York Gov. George Pataki made similar appeals, and the American people overwhelmingly took that idea to heart, and still do. **They knew that the attacks were the actions of people with a warped, evil interpretation of the Islamic religion.**

Yet it is also essential to acknowledge that there are portions of the Islamic texts that are used by these terrorists to justify mass murder in the name and for the propagation of their faith. Unfortunately, **this confusion between the religion and those who pervert its meaning is exacerbated by the Obama administration** and others in prominent leadership positions who engage in euphemisms or misdirection regarding Islamic terrorism. **They make it seem that they see no connection between the acts of terror and the terrorists' interpretation of Islamic teaching and Shariah law.**

For example: It was and is ludicrous for the administration to describe Nidal Hasan's attack at the Fort Hood Army base in Texas in 2009 as **“workplace violence”**, particularly since **as he was committing the murders he was yelling “Allahu akbar”—Allah is great.** **The administration was similarly reluctant to describe the San Bernardino attacks last week as terrorism, much less as Islamic terrorism, even as evidence mounted making clear the nature of the attack.** (!!!!!!!!!!!!!!!)

The failure to speak bluntly about Islamic terrorism opens the door to the vast generalizations that can steer the debate in a totally counterproductive direction. The idea of excluding all Muslims is unworkable

and legally dubious. It will soon disappear. **But it is clear that the Obama administration's refusal to face up to the nature of Islamic terrorism is never going to change. That is more than foolish. It is also dangerous.**

Investigating large multifaceted criminal organizations like the Mafia or making war against similarly complex terrorist organizations requires properly identifying the organizational rationale. **Making it politically incorrect to use the proper designation also makes it much harder to see the connections that enable these groups to flourish.**

The refusal to acknowledge the Islamic link to terror also can contribute to making mistakes. Nidal Hasan kept being promoted, all the way to major, by superiors who overlooked evidence that he was turning into an Islamic radical—they feared being accused of discrimination if they did otherwise. Last week, news reports emerged from San Bernardino **that a neighbor of the terrorist couple had observed, in the days before the attack, suspicious behavior but didn't report it for fear of being accused of bigotry.**

We are paying a big price in safety and security by worshiping at the altar of political correctness. Large bureaucracies are often strongly influenced by the signals given by their leaders; the current refusal to identify the enemy accurately impedes the ability of law enforcement to properly categorize and investigate suspicious behavior. The sooner we discuss Islamic terrorism honestly, the faster we will detect these terrorists.

Here is the reality. There are radicalized groups of Muslims that pick and choose portions of the Quran and Hadiths religious texts, interpreting them as instructions to pursue jihad and impose their religion on the whole world. Infidels, they believe, have three alternatives: conversion to Islam, submission (the payment of tribute) or death. Killing of infidels is to these extremists a religious obligation that will gain them entry to a sensuous and rewarding life in paradise.

To deal with this, we must strengthen our surveillance capabilities by restoring the portions of the Patriot Act that Congress removed in June. We must establish a no-fly zone in Syria so that the refugees remain there and aren't brought to the United States. **Our ineffective vetting of Tashfeen Malik, one of the killers in San Bernardino, when she came to America is an example of why the process must be overhauled and made much more expansive.** Finally, we must recognize and acknowledge that there is an Islamic terrorist war against us, and we must respond appropriately.

The overwhelming majority of Muslims don't hold these beliefs. Like members of other religions with ancient roots, these Muslims ignore the barbaric portions of their books and history. **Judaism long ago read out of the Old Testament the stoning of women for adultery. Christians long ago abandoned crusades, inquisitions and pogroms. We must encourage Muslim leaders to show the world that Islamic terrorists represent an antiquated and inhumane interpretation of Islam. These leaders need to loudly and dramatically speak for the hundreds of millions of Muslims who worship a peaceful, merciful and loving God.** All Americans, in particular those in the media, can do their part by encouraging those Muslim leaders who come forward with a positive message about modern Islam.

Mr. Giuliani is the former mayor of New York.

„Vorne ist ziemlich viel Nebel“

Mit 36 wurde Hans-Werner Sinn Professor, später rettete er das Ifo-Institut: Er gilt als einer der führenden Ökonomen des Landes. Jetzt hat er sich mit einer großen Vorlesung in den Ruhestand verabschiedet.

14.12.2015



© FRANK RÖTH/Hans Werner Sinn: Talkshow-Gast, Bestseller-Autor und populärer Wissenschaftler.

Drei Monate vor seiner Pensionierung hat Ifo-Chef [Hans-Werner Sinn](#) seine Abschiedsvorlesung an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) gehalten. „Ich möchte Ihnen heute einen Rückblick geben, denn nach vorne ist ziemlich viel Nebel“, sagte Sinn zu Beginn seines knapp 90-minütigen Vortrags. Vor gut 800 Gästen gab der 67-Jährige am Montagabend einen Überblick über ein halbes Jahrhundert Wirtschaftsgeschichte - vom Wettbewerb der Systeme über den Ausbau des Sozialstaats bis zum Euro.

Seinen Rückblick verknüpfte Sinn mit Momenten aus dem eigenen Leben - etwa als er an den Beginn seiner Studienzeit erinnerte oder ein Foto seiner Frau an der Berliner Mauer aus dem Januar 1990 zeigte. Ende März geht Sinn in den Ruhestand, wird bis dahin aber weiter Vorlesungen an der [LMU](#) halten und öffentlich auftreten. Sein Nachfolger an der Spitze des Ifo Instituts wird der Mannheimer Wirtschaftsprofessor Clemens Fuest.

Sinn wurde mit 36 Jahren Professor in München. 1999 wurde er als Retter an die Spitze des Ifo Instituts gerufen und führte es in die Liga der Top-Institute. Heute gehört er zu den bekanntesten Ökonomen des Landes. Gerade erst wurde er vom Deutschen Hochschulverband zum „Hochschullehrer des Jahres“ gekürt.

- [HTTP://WWW.WSJ.COM/ARTICLES/A-SECOND-SARKOZY-CHANCE-1450140068](http://www.wsj.com/articles/a-second-sarkozy-chance-1450140068)
- 133,103
- [OPINION](#)
- [REVIEW & OUTLOOK](#)

A Second Sarkozy Chance

Voters save, for now, sputtering center-left and center-right parties.

Dec. 14, 2015 7:41 p.m. ET

Editorial

Much of France breathed a sigh of relief after Sunday's second round of regional elections, as voters turned away from the xenophobic National Front that had dominated the polls in the first round. **Now it's up to Nicolas Sarkozy's Republicans to prove that a center-right party can deliver better governance lest the French give in to the far-right extreme.**

Mr. Sarkozy's party won seven of 13 regional elections, while the center-left Socialists took five. (A regional party was the winner on Corsica.) **In two of the regions -- Provence-Alpes-Cote d'Azur and Pas-de-Calais-Picardie -- the Republican triumph came only after the Socialists withdrew their candidates and asked supporters to throw their votes to the Republicans to deny the Front a victory.**

Cooperation between the center-right and center-left is common in France as a way to deny the far-right a chance to govern, and it's lucky for Socialist President Francois Hollande and Mr. Sarkozy that voters still are wary enough of the National Front to oblige. **Don't count on that to last forever. Such tacit alliances allow the National Front to frame the contest as one between a united front of "globalists" and true "patriots," as party leader Marine Le Pen did Sunday night.**

Mainstream politicians might keep themselves from falling into jams such as last week's alliance-assembling scramble if they were better at offering plausible solutions of their own to the concerns that vex voters. Today those anxieties mainly concern the terror threat underscored by last month's Islamic State attacks in Paris. After the jihadist carnage in November, Mr. Hollande swiftly imposed emergency law and began bombing Islamic State positions in Syria. **Yet the Socialists have largely failed to tackle the larger challenge of assimilating the country's five million Muslims.**

The Socialists also haven't managed to cure France's chronic economic malaise. The party's hard-left wing has attempted to block even modest pro-growth measures pressed by its reform wing, led by Prime Minister Manuel Valls. In the third quarter of 2015 the unemployment rate was 10.6%, and the economy grew 0.3%.

Not that Mr. Sarkozy is offering much of an alternative. Since returning to the national scene last year, **he has tried to present his party as a National Front-Lite, offering a familiar mixture of economic protectionism and opposition to immigration and the European Union. Mostly Mr. Sarkozy's agenda is himself. His pitch is that he will solve France's crises through the sheer force of his personality. It didn't work the last time he was President.**

Meanwhile, in each election growing numbers of voters seem to find the National Front's appeal more plausible and conclude voting for the party has become socially acceptable. Some **6.8 million already have taken the plunge,** to judge from Sunday's result where, despite losing, **the party scored 800,000 more votes than its record-breaking first-round result. Mainstream French politicians can't count on voters forever banding together to save them from their own policy and political failings.**

- [HTTP://WWW.WSJ.COM/ARTICLES/PARIS-CLIMATE-OF-CONFORMITY-1450048095](http://www.wsj.com/articles/paris-climate-of-conformity-1450048095)
- 133,104
- [OPINION](#)
- [REVIEW & OUTLOOK](#)

Paris Climate of Conformity

It pays to be skeptical of politicians who claim to be saving the planet.

Dec. 13, 2015 6:08 p.m. ET

Editorial

The moment to be wariest of political enthusiasms is precisely when elite opinion is all lined up on one side. So it is with the weekend agreement out of Paris on climate policy, which President **Obama declared with his familiar modesty** "can be a turning point for the world" and is "the best chance we have to save the one planet that we've got."

Forgive us for looking through the legacy smoke, but if climate change really does imperil the Earth, and we doubt it does, nothing coming out of a gaggle of governments and the United Nations will save it. What will help is human invention and the entrepreneurial spirit. To the extent the **Paris accord** increases political control over human and natural resources, it **will make the world poorer and technological progress less likely.**

The climate confab's self-described political success is rooted in a conceit and a bribe. The conceit is that the terms of the agreement will have some tangible impact on global temperatures. **The big breakthrough is supposed to be that for the first time developing and developed countries have committed to reducing carbon emissions. But the commitments by these nations are voluntary with no enforcement mechanism.**

China (the No. 1 CO2 emitter) and India (No. 3 after the U.S.) have made commitments that they may or may not honor, depending on whether they can meet them without interfering with economic growth. If the choice is lifting millions out of poverty or reducing CO2, poverty reduction will prevail -- as it should.

No less than the **supposedly true global-warming believers of Europe are also happy about voluntary commitments because Paris liberates them from the binding targets of the Kyoto Protocol of 1997.** Germany's high energy costs in particular have been driving companies offshore thanks to its renewable energy costs and mandates.

But no one is happier than President Obama, who would have to submit a binding treaty to the Senate for ratification. As we have learned from the Iran nuclear deal and so much else, **Mr. Obama is not into winning democratic consent for his policy dreams.** Mr. Obama plans to use Paris as a stick to beat Republicans even as he ducks a vote in Congress. We doubt the Paris climate deal would get 40 Senate votes once Democrats in Colorado, North Dakota or Ohio were forced to debate the costs.

Mr. Obama's U.S. CO2-reduction targets are fanciful in any case, short of a major technological breakthrough. The President promises that by 2025 the U.S. will reduce carbon emissions by 26% to 28% from 2005 levels, but the specific means he has proposed to get there would only yield about half that. And that's assuming none of Mr. Obama's unilateral regulatory policies are declared illegal by U.S. courts.

As for the bribe, rich countries in Paris bought the cooperation of the developing world by promising to send \$100 billion a year in climate aid. So the governments of the West are now going to dun their taxpayers to transfer money to the clean and green governments run by the likes of Zimbabwe's Robert Mugabe. We can't wait to see New York's Chuck Schumer make the case on the Senate floor for American aid to China so it can become more energy efficient and economically competitive.

Even if a Democratic Congress made these bribes politically possible, they would do little to ease the consequences of climate change. **The world's poor can best cope with climate harm if they are richer, which requires faster economic growth.** Yet everything we know about economic development is that foreign aid retards growth when it expands the reach of Third World governments. **Poor countries won't be helped by subsidies for solar cells delivered through the World Bank.**

The same lesson goes for the developed world, by the way. We still recall the George W. Bush economic adviser who told us in 2006 that subsidies for cellulosic ethanol were justified because a breakthrough was "just around the corner." He said the problem was that Congress's research grants were distorted by political earmarks.

Of course they were. Congress took Mr. Bush's invitation and force-fed ethanol mandates into law despite the lack of available technology to meet them. A decade later cellulosic ethanol is still around the corner.

Which brings us to the development on the fringes of Paris that might do some good. **Bill Gates is hitting up his fellow billionaires to pay for research into energy alternatives to fossil fuels.** This is a tacit admission that the technology doesn't exist to make alternatives cost-effective no matter how many subsidies governments offer. If carbon energy's efficiency and wealth creation are going to be displaced, the world will need advances in battery storage and nuclear energy, among other things.

The grandiose claims of triumph in Paris represent the self-interest of a political elite that wants more control over the private economy in the U.S. and around the world. These are the last people who will save the planet.

Gilles Kepel

«L'objectif de l'État islamique ? Déclencher une guerre civile en France»

Par Marie-Amélie Lombard

Publié le 14/12/2015 à 18:03

LE FIGARO. - La progression continue du vote Front national, encore constatée lors des régionales, concerne-t-elle l'électorat musulman ?

Gilles KEPEL. - Dès 2012, aux législatives, on a vu un petit nombre de candidats musulmans au Front national, ou proches de celui-ci, pour des raisons qui tenaient à un sentiment d'exclusion qu'ils partageaient avec l'idéologie frontiste, bien que le FN soit hostile à « l'islamisation de la France » et à « l'invasion migratoire ». Ce phénomène, resté limité, montre comment l'extrême droite, d'un côté, et l'islam « intégral », de l'autre, peuvent se rejoindre dans une certaine rupture avec une élite politique dont ils ont le sentiment qu'elle les exclut.

Comment a évolué le « vote musulman » au cours de la décennie 2005-2015 ?

En 2007, les banlieues votent en masse pour Ségolène Royal. En 2012, à 80 % ou 90 % pour François Hollande, cette fois non par adhésion mais par anti-sarkozysme. Aujourd'hui, ce vote est plus éclaté. L'opposition d'une partie des musulmans au mariage homosexuel montre que ces citoyens ne se déterminent plus exclusivement en fonction de critères sociaux (le vote à gauche d'une population dont le niveau social est faible ou moyen) mais prend aussi en compte des critères moraux.

Les émeutes de 2005 ont-elles marqué un tournant dans l'engagement politique de la population issue de l'immigration musulmane ?

Elles ont accouché de la « troisième génération » de l'islam de France. Après 2005, beaucoup de jeunes adultes issus de l'immigration, s'impliquent politiquement. Ils s'inscrivent sur les listes, se présentent aux législatives de 2007. Ils veulent, en quelque sorte, venger l'instrumentalisation de la « marche des Beurs » par François Mitterrand, qui avait récupéré le mouvement de 1983 pour préparer sa réélection. Une autre partie constitue ce que j'appelle « les entrepreneurs du halal », qui tirent parti du « business » autour de la religion, et sont plutôt conservateurs sur le plan politique. On les retrouvera dans les rangs des manifestants contre le mariage pour tous ou actifs lors des « journées de retrait de l'école » qui dénoncent « l'introduction de la théorie du genre à l'école ». Enfin, on assiste à l'émergence du mouvement salafiste, prônant un retour à l'islam fondamental, qui réussit à installer ses enclaves dans les quartiers populaires. Ces enclaves, dans l'esprit des djihadistes, devraient servir de terreau au passage à la violence armée.

Le principal sujet de votre livre est la genèse du djihad français. Peut-on dire que l'essentiel s'est joué dans la période 2005-2015 ?

C'est une période cruciale si on veut comprendre ce qui se passe aujourd'hui. En janvier 2005, un fait, passé inaperçu, sera déterminant. Un ingénieur syrien naturalisé espagnol, Abu Musab al-Suri, met en ligne son « appel à la résistance islamique mondiale ». Quelque 1 600 pages qui deviennent une encyclopédie militante et un mode d'emploi du djihad contemporain, post Ben Laden. Via les réseaux sociaux, l'« oeuvre » de Abu

Musab al-Suri va inspirer toute la génération actuelle des djihadistes. Al-Suri estime que le 11 Septembre, puis les attentats de Madrid ou Londres, n'ont pas permis une mobilisation populaire. Il prône donc un système terroriste « en réseau », pénétrant par la base et non plus par le sommet, les sociétés ennemies à abattre.

Les Merah, Kouachi, Coulibaly et les auteurs des attentats du 13 novembre dernier sont les instruments de cette stratégie ?

Même s'ils n'avaient sans doute pas lu al-Suri, c'est effectivement leur logiciel. Celui de ce djihadisme de « troisième génération », après celui des guérillas en Afghanistan, Bosnie, Algérie et celui de Ben Laden. La doctrine d'al-Suri se résume en une formule quasi post-soixante-huitarde : « *Nizam, la tanzim* » (un système, non une organisation). End'autres termes, plus de hiérarchie pyramidale, mais des individus qui agissent de façon autonome ou se regroupent en « essaim », comme on l'a vu lors des attentats de novembre ou de janvier. L'endoctrinement ne passe plus par des imams fondamentalistes et des prêches dans les mosquées, mais par Internet et les réseaux sociaux. Ce djihadisme en réseau est, au début, totalement passé sous les écrans radars des services de renseignement... Son objectif est bien de dresser les communautés les unes contre les autres et de déclencher une guerre civile qui fera implorer la société française.

Quels sont les autres « germes » perceptibles dès 2005 ?

Ce que j'appelle l' « incubateur carcéral » qui favorise ou accélère la radicalisation. En 2005 est démantelée la filière dite « des Buttes-Chaumont » qui envoyait des candidats au djihad en Syrie. Plusieurs de ses protagonistes se retrouvent incarcérés à Fleury-Mérogis. C'est là que Djamel Beghal, un ancien d'Afghanistan devenu cadre d'al-Qaida en France, en principe mis à l'isolement, entre en contact avec Chérif Kouachi, membre de cette filière, comme avec Amédy Coulibaly, petit délinquant qui va se jeter dans l'islam radical. Tout cela alors que l'administration pénitentiaire, censée contrôler cette population, laisse s'installer un caïdat islamiste en prison.

On évoque souvent le chiffre des jeunes Français « impliqués » dans le djihad - autour de 1 700 selon le ministère de l'Intérieur - mais peut-on évaluer le « vivier » dont ils sont issus ?

Autour de 7 000 profils « préoccupants » ont été identifiés par l'antiterrorisme. Plusieurs milliers de signalements ont été faits auprès du numéro vert destiné aux familles qui s'inquiètent de la radicalisation d'un proche. Après janvier, il y a eu des milliers de « Je ne suis pas Charlie », ce qui ne signifie pas une adhésion au terrorisme. Ces chiffres sont difficiles à interpréter. L'aura des auteurs des attentats reste très faible. Leur objectif - sidérer l'adversaire et construire une mobilisation autour de leur « cause » parmi les musulmans ou convertis - est loin d'être atteint. Parmi ceux qu'ils espéraient rallier, le rejet peut être total. En 1997, c'est une société algérienne écoeurée par l'hyperviolence qui dit stop au GIA. Auparavant, en France, ce sont les immigrés de la première génération qui ont collaboré avec la police pour démanteler le réseau de Khaled Kelkal.

Au sein même de la sphère djihadiste, l'unanimité n'est-elle pas totale pour approuver les attentats ?

Non, des fissures se manifestent. Notamment parmi les djihadistes incarcérés, certains estimant qu'ils n'ont « rien à voir » avec les terroristes du 13 novembre. Ils les accusent d'avoir lancé des attaques indiscriminées, contrairement aux attentats ciblés de janvier, et d'avoir agi sans se préoccuper de mobiliser des soutiens. Et, en Syrie, l'État islamique paraît trouver l'élan que devaient susciter les attentats un peu tiède. Ainsi, dans la vidéo qui a suivi la revendication officielle des attaques, les deux djihadistes français qui s'expriment semblent vouloir « réveiller » les troupes. Comme déçus, ils disent en substance : « Rejoignez-nous ! Qu'est-ce que vous attendez ? » Le tout sur fond d'images d'une tour Eiffel qui se fracasse sur le sol parisien...

* **Professeur à l'Institut d'études politiques.**

Gilles Kepel : "La France entre la kalach et Charles Martel"

Exclusif. Le chercheur publie "Terreur dans l'Hexagone" (Gallimard). Pour "Le Point", il explique comment prospère le djihad français.

PROPOS RECUEILLIS PAR FRANÇOIS MALYE

Publié le 15/12/2015 à 09:26 | Le Point

Pourquoi la violence djihadiste s'est-elle déchaînée à Paris ? Pour le comprendre, il faut lire *Terreur dans l'Hexagone. Genèse du djihad français* (avec Antoine Jardin, Gallimard), le dernier ouvrage du politologue Gilles Kepel.

Spécialiste de l'islam et du monde arabe contemporain, l'auteur y déroule d'abord la filiation de cette « troisième génération » de djihadistes avec les précédentes, celle qui entama le combat en Afghanistan pour chasser l'envahisseur soviétique, et la suivante, celle d'Al-Qaïda, qui foudroya New York le 11 septembre 2001. Mais les stratèges de l'État islamique ont abandonné ces opérations de grande ampleur pour donner à leurs hommes de main l'ordre de frapper la France, leur premier ennemi, par petits groupes et lors d'opérations autonomes jetant l'effroi. But avoué : faire se soulever « le monde des cités reléguées, foyer des guerres civiles ». Gilles Kepel évoque la responsabilité de « l'incubateur carcéral », car c'est en prison que s'est fait le lien entre les différentes générations du djihad français, mais surtout de la révolution numérique. C'est avec YouTube, Facebook ou Twitter que les islamistes ont alimenté le prêt-à-penser de jeunes desperados qui se radicalisent en chambre plutôt que dans les mosquées. Mais l'ouvrage est aussi une plongée au sein de notre société, et surtout dans nos cités, où les marqueurs de l'islamisation, sur fond d'un ressentiment « rétro-colonial », sont aujourd'hui prégnants. Quant à la crise économique, elle achève de nourrir aussi bien l'extrémisme islamiste que les succès du Front national. Seule consolation, la cohésion dans la dignité de la société française face aux ravages de ces hordes sauvages

Le Point : Dans votre livre, vous évoquez un lien entre le succès du Front national au premier tour des élections régionales et les attentats du 13 novembre.

Gilles Kepel : Ces deux phénomènes sont l'expression extrême, exacerbée, d'un profond malaise social. Aujourd'hui, en France, l'organisation du travail, le blocage social font qu'on n'embauche plus, que les jeunes s'expatrient, rejettent la société. Cet abandon économique et le désenchantement de la politique contribuent autant à l'exacerbation islamiste qu'au succès rencontré par le Front national, ce dernier se nourrissant de la peur des terroristes pour alimenter ses thèses. Sans oublier que le vote FN n'est pas seulement celui de l'extrême droite traditionnelle. Il concerne aussi un certain nombre d'électeurs de culture musulmane qui sont les premières victimes de la violence et du salafisme.

Comment en est-on arrivé aux attaques terroristes qui ont endeuillé Paris cette année ?

Pour résumer ce qui a mené aux attentats de 2015, il faut comprendre qu'il y a trois générations de djihadistes. La première, c'est celle d'Afghanistan, financée par les pays du Golfe et l'Amérique pour faire tomber l'Armée rouge et, à terme, le régime de Moscou. L'Afghanistan est aussi une alternative à l'Iran comme territoire d'un mouvement islamique révolutionnaire qui va attirer de nombreux djihadistes d'autres pays, qu'on laisse partir là-bas en se disant qu'ils s'y feront sûrement tuer. Dans les années 90, il y a des effets secondaires en Algérie, en Égypte et en Bosnie, mais ce sera l'échec car ces groupes vont basculer dans l'hyperviolence et se couper de la population. Le terrorisme a deux objectifs : la sidération et la mobilisation de soutiens. La violence doit être

ciblée. À mon sens, ce qui s'est passé le 13 novembre à Paris est d'ailleurs contre-productif pour nos adversaires. Après ce premier échec des années 90, incapables de s'arroger un territoire, les djihadistes de la deuxième génération vont choisir de frapper ceux de leur ennemi lointain. Ce sera le 11 septembre 2001, qui est organisé par Ben Laden jusqu'au moindre détail. C'est un système de commandement pyramidal, léniniste, qui planifie une opération comme le font les services secrets. Et justement, leurs adversaires parviendront à percer leurs réseaux parce que cela leur ressemble. Mais le 11 Septembre, c'est aussi l'acmé d'Al-Qaïda, qui déclinera ensuite. Vient enfin la création de l'État islamique et cette troisième génération de terroristes.

Quand apparaît leur nouvelle stratégie ?

En 2005. Abou Moussab al-Souri, un Syrien naturalisé espagnol, conseiller de Ben Laden, met en ligne un énorme volume de 1 600 pages intitulé « Appel à la résistance islamique mondiale ». Il y critique la stratégie d'Al-Qaïda et explique que, l'Amérique étant trop forte, il faut créer un djihadisme « en essais » fait de petits groupes autonomes, s'appuyant sur la jeunesse immigrée vivant en Occident qui, selon sa théorie, n'arrivera pas à s'intégrer, est discriminée, n'a pas d'emploi et serait donc mûre pour passer à l'action. Il faut créer un djihad de proximité, viser des cibles symboliques mais peu complexes à atteindre et notamment les intellectuels, les juifs et les apostats, c'est-à-dire les traîtres, ceux qui se sont intégrés au point de porter l'uniforme de la police et de l'armée. Il faut favoriser une rupture de la société en deux groupes. D'un côté, les musulmans qui seraient victimes de l'islamophobie, de l'autre l'extrême droite. En espérant que l'ensemble des musulmans se rassemble derrière les plus radicaux, ce qui entraînera une guerre d'enclaves à partir des quartiers. Le tout aboutissant à une guerre civile qui fera imploser la société.

Pourquoi les services de renseignements n'ont-ils pu empêcher ces djihadistes de frapper la France ?

Le premier ratage des services remonte en fait à Mohammed Merah, le tueur de Toulouse et de Montauban, en 2012. C'est la première rupture. Auparavant, nous avons connu seize ans de quasi-sanctuarisation du territoire français, les derniers attentats étant ceux commis par Khaled Kelkal, islamiste abattu par les gendarmes dans les monts du Lyonnais en 1995. En fait, dans les années 90, les services français, contraints de lutter contre le débordement en France de la guerre civile algérienne, se sont adaptés. Cela correspond également à un moment où les russophones des services partent à la retraite - le mur de Berlin est tombé - et sont remplacés par des arabisants. Ils vont arriver à pénétrer le milieu djihadiste, comprendre comment fonctionnent ses réseaux, identifier les mosquées, procéder à des arrestations. Cette première génération de djihadistes ne parvient pas à se développer également parce que les familles d'origine algérienne en France, les « darons », ne leur permettent pas d'évoluer comme des poissons dans l'eau.

Selon vous, les services n'auraient pas pris au sérieux la nouvelle stratégie de Daech ?

Ils n'ont pas cru à ce djihadisme « réticulaire », c'est-à-dire par le bas, organisé sur le terrain en petits réseaux opérationnels, qui frappent comme peuvent le faire des essaims d'abeilles, dont nous avons eu la démonstration avec *Charlie* et l'Hyper Cacher de la porte de Vincennes, et ensuite avec les événements du 13 novembre. Ils n'ont pas vu que c'en était fini, sur le terrain, des opérations menées selon le dirigisme d'Al-Qaïda.

Vous évoquez, comme première cause de l'échec, celui des prisons.

C'est ce que j'appelle l'« incubateur » carcéral, un problème que rencontrent tous les pays. Les différentes générations de terroristes vont s'y mêler. Le plus extraordinaire, c'est le lien qui se crée entre Djamel Beghal, ancien du GIA devenu l'un des plus hauts gradés d'Al-Qaïda en France, et Chérif Kouachi et Amedy Coulibaly, les auteurs des tueries de *Charlie* et de l'Hyper Cacher de Vincennes. Il continuera même à les endoctriner quand il est ensuite en résidence surveillée à Murat. Entre les générations, le lien est fait.

L'autre événement de l'année 2005, c'est le début de la révolution numérique.

Le 14 février 2005, YouTube est enregistré dans un tribunal de commerce californien. Cela va changer la donne. Le premier djihad, c'était le fax; avec Ben Laden, c'était la télévision par satellite - pas d'Al-Qaïda sans Al-Jazeera - et, aujourd'hui, c'est d'abord YouTube, avec ses moocs (cours en ligne ouverts aux masses) de djihadisme, et les réseaux sociaux, principalement Facebook et Twitter, qui font proliférer ses théories. Les services n'ont pas vu la connexion entre la révolution numérique et la théorie d'Abou Moussab al-Souri. Bien sûr, les services l'ont vu apparaître, les Américains ont fait traduire son texte mais ils ont plutôt pensé qu'un tel mode d'organisation, à terme incontrôlable, pouvait faire imploser la machine djihadiste. Toujours est-il que le nouveau logiciel est disponible. Les différents terroristes français, après s'être rencontrés en prison, vont se former sur Internet et dans des communautés comme Artigat, où sont passés tous les djihadistes du Sud-Ouest. J'en profite pour dire que notre haute fonction publique n'a que mépris pour l'université, qui l'avait prévenue de tout cela.

Et les attentats de 2012 et de 2015 vont se dérouler exactement selon la méthode de Souri.

Tout à fait. Cette nouvelle tactique a une certaine efficacité, mais aussi des limites. Efficacité, car les terroristes disparaissent des radars puis reviennent. Ils sont identifiés mais plus difficiles à détecter que les agents d'une organisation. En revanche, le problème de cette méthode, on l'a vu tout au long de l'année 2015, c'est que les individus qui passent à l'action sont assez peu formés. Abaaoud, l'organisateur du 13 novembre, après une errance de plusieurs jours, finit traqué dans une cache misérable, un squat sordide. On est dans un truc d'amateurs qui utilisent les méthodes du milieu, la plupart ayant d'ailleurs une carrière criminelle derrière eux. Mehdi Nemmouche, après la tuerie du Musée juif de Bruxelles, fait quelque chose d'impensable, prendre l'« autocar du shit », celui qui relie Amsterdam, Bruxelles et Marseille, où le moindre douanier stagiaire fera une palpation parce qu'il sait qu'il y trouvera quelque chose. Bien sûr, il y a eu 130 morts, on peut penser que c'est un grand succès, mais en fait, non. Car cela ne prend pas.

Vous évoquez une situation en partie liée à notre passé colonial.

Le jour où ce terrorisme de troisième génération prend son essor, c'est celui où Mohammed Merah commet sa tuerie à l'école juive Ozar Hatorah de Toulouse. Ce jour, c'est le 19 mars 2012, cinquante ans jour pour jour après la mise en oeuvre du cessez-le-feu en Algérie. On ne saura jamais s'il savait ce que signifiait cette date, mais le symbole a son importance. Ça m'a mis sur la piste de ce que j'appelle une situation rétrocoloniale. En France, il y a des centaines de rues portant cette date que certains maires Front national débaptisent parce que c'est le symbole de la trahison de l'Algérie française. De son côté, Merah a été élevé dans une famille qui haïssait la France. Cette haine est encore nourrie en Algérie par certains cercles qui font passer l'occupation des nazis en France pour une promenade de santé à côté de ce que leur ont fait subir les Français durant la colonisation. « Bien fait ! », « Mettre la France à genoux », c'était la volonté d'un Merah. Cela fait partie d'un ensemble qui s'inscrit rétrospectivement dans un retour du refoulé colonial sur notre territoire. C'est une histoire qui n'a pas été complètement réglée. On a cru qu'on pouvait oublier. Jusqu'à cet été, la majorité des terroristes étaient des Français d'origine algérienne, mais le 13 novembre a marqué un changement avec l'implication de Berbères du Maroc passant par la Belgique. Mais il faut se pencher sur ce qui reste de ce ressentiment par rapport à la période coloniale, car la France est le premier exportateur en nombre absolu de djihadistes.

Une guerre d'enclaves est-elle possible en France ?

D'abord, les djihadistes ne sont qu'une minorité, il faut le rappeler. Mais cette guerre ne pourrait pas exister s'il n'y avait pas d'enclaves. Or, aujourd'hui, il y en a. **Ce que j'appelle des marqueurs de l'islamisation des quartiers existe.** Il y a trente ans, des endroits où on ne pouvait pas manger en public pendant le ramadan, on n'en voyait pas. Mais le premier marqueur, c'est le **salafisme**, qui prône le retour à l'islam des origines, et cela pose des questions fondamentales à la République. **Le salafisme n'est pas dominant en France parmi les musulmans, mais il a une hégémonie sur le discours et en empêche d'autres d'émerger.** Les salafistes ne s'intéressent pas à la société réelle, ils veulent la tordre, la plier aux injonctions littérales du texte sacré.

Mais nos sociétés occidentales ont-elles un discours à opposer ?

À part le consumérisme, pas grand-chose, et c'est le problème. En France, on est passé de la présidence hystérique de Sarkozy à la présidence normale de Hollande, qui donne le sentiment d'une certaine vacuité à la tête de l'État. Tout cela affaiblit la figure de l'autorité. Ajoutez à cela que les valeurs de l'école, dont la laïcité est la plus visible, ne peuvent fonctionner que si effectivement il y a un job à la sortie. Si l'école fournit des savoirs qui ne mènent à rien, ce sont toutes les valeurs transmises - dont la laïcité - qui ne sont plus crédibles. C'est là-dessus que fleurissent le salafisme, le djihadisme, mais aussi le Front national. Mais attention, aujourd'hui, le dernier rempart que constituent les professeurs menace de s'effondrer, d'autant plus que Daech vient de les désigner comme des cibles privilégiées.

Pourquoi pensez-vous que le 13 novembre, côté terroriste, est un échec ?

Parce que l'hyperviolence qui s'y est manifestée va rendre plus difficile la mobilisation en faveur de ces groupes. Autant des gens disaient « Je ne suis pas Charlie » après le 7 janvier, là non. Et lors de la réunion des autorités musulmanes à l'Institut du monde arabe, le 29 novembre, celles-ci ont été unanimes, pour une fois, à condamner les attentats. La question à se poser est : le 13 novembre n'est-il pas comme le 11 Septembre pour Al-Qaïda, c'est-à-dire le pas de trop ? Un certain nombre de gens de Daech emprisonnés font savoir que cette manière de faire est contre-productive en matière de mobilisation. Ils voient les auteurs des attentats comme des « zélotes » qui en font trop et fragilisent la communauté elle-même.

Fallait-il aller en Syrie ?

Ce n'est pas la question, car je suis persuadé que les djihadistes auraient, de toute façon, trouvé un prétexte. Il y a deux réalités. Si la guerre au Levant, avec toute la difficulté qu'il y a à bâtir une coalition, aboutit à la destruction des structures de l'État islamique, cela aura un effet important, car cela ferait disparaître ce côté Robin des bois, David contre Goliath. Cette image romantique de Daech, ce facteur d'identification n'existerait plus. En revanche, en France, il s'agit d'abord d'enjeux policiers. Il faut repenser le renseignement, car il y a eu un ratage. Mais cela ne concerne pas que les services. Il y a aussi ce terreau qui est un problème d'ingénierie sociale, et surtout le déni des politiques face à la situation actuelle. Cette année 2015 qui aura commencé par le massacre de Charlie finit par une victoire majeure du Front national. Mais les politiques sont déconnectés. Il faut refonder nos institutions, car les partis sont morts.

Comment jugez-vous la réaction des Français ?

La société a réagi avec beaucoup de dignité. Je la trouve formidable, il n'y a pas eu de rupture. Je suis pessimiste non pas sur la société, mais sur les élites politiques.

Der Glaube an Draghis Zauberkräfte schwindet

Während Amerika die Zinswende vorbereitet, setzt die Europäische Zentralbank weiter auf Lockerung. Doch selbst in Führungskreisen verliert EZB-Präsident Mario Draghi nun an Rückhalt. Das zeigt das F.A.Z.-Elite-Panel.

16.12.2015, von HEIKE GÖBEL



© DPA/Verliert das Zutrauen der Eliten: EZB-Präsident Mario Draghi

Mit dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, **Mario Draghi**, sind die deutschen Eliten immer weniger zufrieden. Nur noch knapp die Hälfte bescheinigt ihm „gute Arbeit“, im Sommer betrug die Zustimmung noch 57 Prozent. In dem Urteil spiegelt sich der wachsende Vertrauensverlust in die von Draghi maßgeblich gesteuerte, extrem lockere Geldpolitik. **52 Prozent der Entscheider halten den Niedrigzins-Kurs mittlerweile für falsch, 74 Prozent lehnen die umfangreichen Käufe von Staatsanleihen finanzschwacher Euroländer durch die EZB ab.**



Autorin: Heike Göbel, Verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik, zuständig für „Die Ordnung der Wirtschaft“. Folgen:

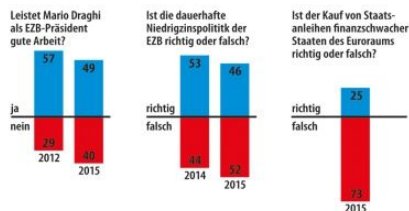
Diese Einschätzungen sind Ergebnis einer repräsentativen Umfrage unter mehr als 500 **Führungskräften** aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, die das Meinungsforschungsinstitut Allensbach im Auftrag der F.A.Z. und des Magazins „Capital“ veranstaltet hat. **Zugleich nimmt unter den Eliten die Skepsis leicht zu, dass die Eurozone nach sechs Krisenjahren das Schlimmste hinter sich habe. 60 Prozent glauben das nicht.** Vermutlich wirken hier die scharfen Auseinandersetzungen der europäischen Geldgeber mit der griechischen Politik nach, die immer wieder die Konditionen der Hilfe in Frage stellt.

Sorgen über Linksrutsch in Portugal

Die mit Abstand größten Risiken für die wirtschaftliche Stabilität der Währungsunion werden allerdings nicht in Griechenland vermutet, sondern unverändert in Frankreich, das seit Jahren mehr Schulden macht als vereinbart. 52 Prozent der Befragten setzten Frankreich auf den ersten Platz, 41 Prozent nennen Griechenland, der dritte unsichere Kandidat ist Italien. Dieses Urteil wird maßgeblich geprägt vom Misstrauen der Spitzenmanger und Unternehmer, die Entscheider aus Politik und Verwaltung sehen die größten Gefahren in Griechenland.

Mit einiger Sorge wird der Linksruck in Portugal verfolgt. 57 Prozent werten die neue linke Regierung als Anzeichen eines erstarkenden Widerstands in Südeuropa gegen die Spar- und Reformpolitik, deren Sinn es ist, die Währungsunion zusammenzuhalten. Klar sprechen sich die Führungskräfte deshalb gegen eine weitere Lockerung des Stabilitätspakts aus, wie sie EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker jenen Ländern in Aussicht gestellt hat, die nun hohe Kosten durch die Flüchtlinge zu tragen haben.

Spitzenkräfte sehen die Geldpolitik kritisch



Rest zu 100 Prozent; unentschieden.
Quelle: F.A.Z.-Capital-Elite-Panel,
Institut für Demoskopie Allensbach
F.A.Z.-Grafik Brocker

© F.A.Z.

Eher entspannt verfolgen die deutschen Eliten bisher die Debatte über ein Ausscheiden Großbritanniens aus der Europäischen Union. Über den „Brexit“ will die Regierung Cameron die Bürger demnächst abstimmen lassen. Doch nur ein Fünftel der Befragten hält es für „eher wahrscheinlich“, dass die Briten tatsächlich mit Nein stimmen, 70 Prozent halten es für eher unwahrscheinlich. Die deutschen Entscheider würden die Briten auf jeden Fall gerne in der EU halten, 80 Prozent ist dies wichtig oder sehr wichtig.

Zweifel an Gabriels Führungsqualitäten

Über die Arbeit der großen Koalition zeigt sich vor allem die Wirtschaft zur Halbzeit weiterhin unzufrieden: 53 Prozent sagen, sie seien enttäuscht. Überwiegend zufrieden sind die Spitzen aus Politik (57) und Verwaltung (60). Die Enttäuschung macht sich mit weitem Abstand an einem neuen Thema fest: der Flüchtlings- und Asylpolitik. Zudem hadern die Vertreter der Unternehmen mit der Wirtschaftspolitik und der Energiepolitik. Überwiegend einverstanden ist man mit der Klimaschutzpolitik. 60 Prozent der Befragten unterstützen die Klimapolitik der Koalition. Sie bescheinigten ihr – schon vor der Klimakonferenz in Paris – das „Richtige“ zu tun.

Flüchtlingspolitik hin oder her, die Bundeskanzlerin kommt nach zehn Jahren im Amt im Urteil der Eliten äußerst gut weg. Insgesamt drei Viertel bewerten die Arbeit von **Angela Merkel** nach zehn Jahren als gut (60) oder sehr gut (knapp 20), nur 3 Prozent bezeichnen sie als „schlecht“. Hohe Zustimmungsraten hat Merkel dabei auch unter den Anhängern anderer Parteien: Zwei Drittel der SPD-Anhänger loben sie, sowie knapp 60 Prozent derjenigen, die sich Grünen und FDP zugehörig fühlen. Durch die Flüchtlingskrise hat Merkel sogar an Glaubwürdigkeit gewonnen: Merkel stehe zu ihren Aussagen, bescheinigen ihr nun 73 Prozent

der Befragten, im Juli waren es nur 50 Prozent. Sichtbar werden aber auch Zweifel, ob sich Merkel in der Partei durchsetzen kann: Sagten im Sommer noch 79 Prozent, Merkel bestimme den Kurs der Union, glauben dies nun nur noch 64 Prozent.

Der SPD-Vorsitzende, Vizekanzler und Wirtschaftsminister **Sigmar Gabriel** hat sein schwaches Eigenschaftsprofil hingegen nicht verbessern können. Zwar wird ihm nun ein etwas größeres Problembewusstsein attestiert, doch glauben nur noch 29 Prozent, dass Gabriel den Kurs seiner Partei bestimmt. Im Sommer hatten ihm das 50 Prozent zugetraut, vor einem guten Jahr sogar 74 Prozent. Hohes Durchsetzungsvermögen bescheinigen ihm nur noch 25 Prozent, im Sommer waren es noch 42 Prozent. In puncto Sachkenntnis liegt er mit 23 Prozent weit abgeschlagen hinter Merkels 67 Prozent. Als klugen Strategen würden ihn nur 29 Prozent bezeichnen, die Kanzlerin kommt auf mehr als doppelt so hohe 67 Prozent.

Beeinträchtigung für ganze Automobilindustrie erwartet

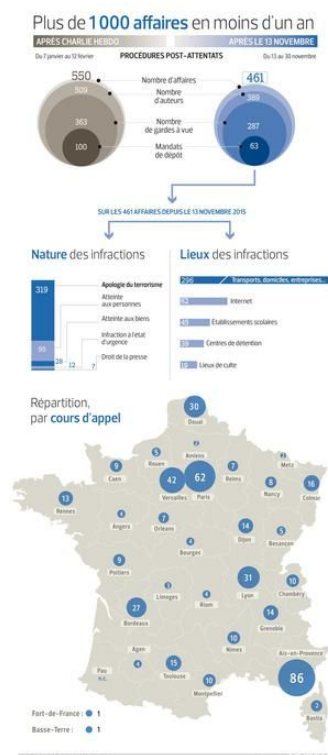
Ein wenig pessimistischer zeigt sich die Wirtschaft mit Blick auf die Konjunktur. 13 Prozent der Unternehmer und Manager erwarten, dass sich die Lage verschlechtert, im Sommer glaubten das nur 10 Prozent. Die Fortsetzung des Aufschwungs sehen aber immerhin noch 43 Prozent (51), Stagnation erwarten 44 Prozent. Die Auftragslage des eigenen Unternehmens wird weit überwiegend als gut eingestuft. Die Abschwächung des Wachstums in China beunruhigt kaum. Die Einschätzungen, wie sehr der VW-Diesel-Skandal dem Ansehen deutscher Produkte insgesamt schadet, gehen auseinander. Einen starken oder sehr starken negativen Einfluss befürchten 47 Prozent, 53 Prozent sehen nur einen schwachen oder gar keinen nachteiligen Einfluss. Hingegen sind 70 Prozent überzeugt, die Manipulation der Abgaswerte werde die gesamte Autoindustrie in Mitleidenschaft ziehen und neue gesetzliche Auflagen bringen.

Das sind die ersten Ergebnisse des neuen Entscheider-Panels. Wie die deutschen Eliten die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms bewerten und welche Chancen und Risiken sie in den Zuwanderern sehen, wird an diesem Mittwoch in Berlin veröffentlicht. Das seit 1987 erhobene Panel ist Europas exklusivste Umfrage. Rund 350 Teilnehmer kommen aus der Wirtschaft; zwei Drittel sind Geschäftsführer, Inhaber, Vorstände und Direktoren von Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten. Aus der Politik werden mehr als 100 Minister- und Parlamentspräsidenten, Minister, Staatssekretäre und Fraktions- sowie Parteispitzen befragt; aus der Verwaltung die Leiter großer Bundes- und Landesbehörden. Die Umfrage erfolgte zwischen Mitte November und Anfang Dezember.

Les tribunaux confrontés à l'islamisme «ordinaire»

Par 3 auteurs Publié le 15/12/2015 à 20:37

INFO LE FIGARO - Apologies du terrorisme, violences, outrages aux forces de l'ordre... Les attentats de janvier et de novembre ont déclenché une vague de délinquance relevant de la justice du quotidien et révélant les fractures de la société française.



[Cliquez ici pour agrandir l'infographie](#)

- Un bilan confidentiel du ministère de la Justice, auquel a eu accès *Le Figaro*, établit que, depuis l'attentat contre Charlie Hebdo, le 7 janvier 2015, plus d'un millier d'affaires et 650 gardes à vue ont été traitées par la justice concernant **des faits «périphériques» (apologies du terrorisme, outrages aux forces de l'ordre...)**, distincts des enquêtes sur les terroristes proprement dits, mais étant quand même «liés» à la séquence des attentats de janvier et de novembre. Riche en tableaux, graphiques, encadrés, ce document décrit tout ce qui a pu remonter des tribunaux sur l'ensemble du territoire.
- Les chiffres du ministère de la Justice démontrent que la réponse pénale a été rapide et ferme (66 % de condamnation à la prison ferme pour les affaires jugées).
- **Ils révèlent également les fractures cachées de la société française au delà de l'esprit du 11 janvier et de l'unité nationale.**
- La place Vendôme détaille également les chiffres de l'état d'urgence et le nombre de perquisitions effectuées dans le cadre de ce dispositif utile pour les forces de l'ordre mais dont l'efficacité décline à mesure que le temps passe.
- Pascal Gastineau, le nouveau président de l'Association française des magistrats instructeurs, propose quant à lui une nouvelle juridiction nationale compétente en matière de terrorisme et de criminalité organisée, unissant le pôle antiterroriste et les Juridictions interrégionales spécialisées.

133,115

En France, la fonction publique embauche et l'industrie licencie

Par [Guillaume Errard](#)

Mis à jour le 16/12/2015 à 08:09

LE SCAN ÉCO/INFOGRAPHIES - Le nombre de fonctionnaires a grimpé de plus de 40.000 en 2014 tandis que le nombre d'emplois marchands s'est réduit de 63.000. Une tendance qui dure depuis le début de la crise. Explications.

Incapable de créer des emplois, la France continue d'augmenter la taille de l'État et des collectivités. En

2014, la France a embauché plus de 40.000 employés de la fonction publique - dont plus de 200.000 contrats aidés - et supprimé 74.000 postes dans le secteur privé. Un paradoxe quant on sait que notre situation économique n'est guère reluisante et suppose qu'on diminue le nombre de fonctionnaires, comme dans la plupart des autres pays européens: la croissance a atteint cette année là 0,4%, le taux de chômage a frôlé les 10% et la dette a dépassé la barre fatidique des 2000 milliards d'euros. **Et ce n'est pas 2015 qui va voir la tendance s'inverser.** A titre de comparaison, l'Allemagne a créé 129.000 emplois salariés en 2014 et affiche une bien meilleure santé économique que la France. «La France est le seul pays en Europe qui embauche des fonctionnaires alors qu'il est censé redresser ses finances publiques, affirme Bertrand Martinot, économiste. A terme, l'embauche de fonctionnaires détruit des emplois dans le secteur privé. Et en cela, les contrats aidés sont un triste exemple. Le nombre de ceux qui en bénéficient sont quantifiables. Mais la hausse de prélèvements permettant de les financer risque de provoquer une destruction d'emploi dans le secteur privé qui, elle, ne se voit pas».

Depuis la crise financière, les fonctionnaires ont également bénéficié d'augmentations salariales. Pour le vérifier, observons l'évolution de la valeur ajoutée des administrations publiques, qui désigne sa masse salariale. En 2014, elle représentait, **selon l'Insee**, 360 milliards d'euros et 317 milliards en 2008, soit une progression de près de 12%. A titre de comparaison, la valeur ajoutée du secteur de l'industrie - masse salariale ajoutée à l'excédent brute d'exploitation - pesait 1073 milliards d'euros en 2014, contre 1025 milliards d'euros en 2008, soit une augmentation d'un peu plus de 4%. Sur la même période, **le taux d'absence des agents de la fonction publique aurait progressé de 19% entre 2007 et 2014.** Dans le détail, les salariés qualifiés du public sont payés en-dessous de ceux du privé. Un cadre est rémunéré en moyenne 3054 euros nets dans la fonction publique d'État contre 4033 euros dans le privé. En revanche, un ouvrier ou un employé est légèrement mieux payé dans la fonction publique territoriale (1634 euros net) que dans le privé (1619 euros).

Il y a un peu plus de trois ans, François Hollande avait pourtant promis «une stabilité des effectifs de la fonction publique et des dépenses». Or, entre 2012 et 2015, le nombre de fonctionnaires a progressé de 140.000 quand celui des emplois salariés dans le secteur marchand a reculé de plus de 100.000. Si la situation du côté du privé reste encore incertaine en raison de la fragilité de l'économie française, de nouveaux agents devraient venir grossir les rangs de la fonction publique les années suivantes. On sait d'ores et déjà que **8500 postes supplémentaires seront créés dans les missions régaliennes (police, gendarmerie, justice, douanes)**, afin de renforcer la sécurité des Français, après les attentats de Paris. Pour compenser ces dépenses, 82% des collectivités territoriales - dont le nombre d'embauches a progressé le plus des trois fonctions publiques en 2014 - ont prévenu qu'elles ne recruteront pas en 2016. On sait aussi que le ministre de l'Économie, Emmanuel Macron, **envisage très sérieusement de réformer le statut des fonctionnaires qu'il juge «inadapté».** Et qu'une majorité de Français approuvent ce choix.

133,116

Agnès Verdier-Molinié : «Les Français sont prêts à des réformes économiques de fond»

• Par Marie Théobald

Publié le 16/12/2015 à 06:00

Les Rencontres Figaro Agnès Verdier-Molinié

Les **Rencontres**
du **FIGARO**

16
DÉCEMBRE
20h00



Salle Gaveau

LE SCAN ÉCO - La directrice de l'iFRAP est l'invitée des *Rencontres du Figaro* ce mercredi, salle Gaveau, pour présenter les réformes urgentes pour le redressement de notre pays.

Lors d'une rencontre organisée par *Le Figaro*, salle Gaveau, ce mercredi, à 20 heures, Agnès Verdier-Molinié viendra exposer un programme ambitieux pour sortir l'économie française de la crise. Fiscalité, éducation, marché du travail, budget militaire, millefeuille territoriale, déficit... la directrice de l'**iFRAP**, auteur du best-seller *On va dans le mur* (Albin Michel) abordera sans tabou les réformes indispensables pour le redressement du pays.

LE FIGARO. - Quel message comptez-vous faire passer ce soir au public qui vient vous écouter salle Gaveau?

Agnès VERDIER-MOLINIÉ. - C'est maintenant ou jamais! Il faut poser les sujets sur la table et prendre de bonnes décisions. On doit regarder en face les chiffres du chômage qui ne cessent de grossir, la dérive de la dépense publique, notre fiscalité écrasante, le mille-feuille créé partout dans nos territoires, les aides sociales qui creusent encore le déficit, le trou de la Sécu, le surcoût des services publics français, le découragement de nos entrepreneurs et de nos indépendants.

Aujourd'hui, le résultat, ce sont des entreprises qui ne se créent pas, des entrepreneurs qui quittent la France, des chiffres d'affaires en berne... Si l'on refuse d'aller dans le mur (ce que je souhaite), c'est tout cela qu'il faut voir.

Mais ceci est d'autant plus difficile que nos syndicats peu représentatifs et nos politiques sont largement financés par les deniers publics. Pour les uns en fonction du nombre de mandats paritaires notamment, et, pour les autres, en fonction du nombre de mandats électifs. Tandis que nos agents publics, toujours plus nombreux, refusent de renoncer à leurs avantages (temps de travail, RTT). Syndicats, élus et agents refusent de constater les failles de notre système.

Au lendemain des attentats, qui nous incitent à réfléchir au sens de notre État régalien, et des régionales à l'occasion desquelles les Français ont encore exprimé leur colère, il est plus que temps d'affronter ces sujets.

Quels sont, selon vous, les domaines qui exigent les réformes les plus urgentes et pourquoi?

Les réformes les plus urgentes concernent les domaines de la fiscalité des entreprises, du code du travail (voir l'entretien dans [Le Figaro](#)), des retraites (système unique public-privé, allongement de l'âge de départ), de la dépense sociale exorbitante, de la meilleure répartition des missions entre les métropoles, communes, intercommunalités, départements, régions et l'État. En effet, malgré la «réforme» territoriale, les doublons, dans les missions de développement économique, tourisme, éducation et culture, demeurent.

Qu'est-ce qui, pour vous, est gage d'espérance, aujourd'hui en France, d'un point de vue économique?

Nous détenons tous les éléments pour engager de véritables réformes. Et ce, d'autant plus que nous pouvons compter, quand ils auront repris confiance sur les entrepreneurs français de grande qualité.

En outre, les politiques reprennent de plus en plus les constats, propositions et comparaisons avec d'autres pays, réalisés par la Fondation iFRAP. C'est le cas en ce moment sur le temps de travail des fonctionnaires territoriaux par exemple. Jusqu'à maintenant, personne n'en parlait. Il y a une prise de conscience et pas seulement des politiques. Les Français l'ont exprimé dans les urnes, ils attendent un changement de logiciel politique et sont prêts à des réformes économiques de fond. D'ailleurs, les sondages le prouvent. La popularité d'Emmanuel Macron, ministre de l'Économie, ne cesse d'augmenter quand il critique les 35 heures ou le statut des fonctionnaires. Maintenant, il ne suffit plus de parler de réformes, il faut passer à l'action.

Anti-immigrant populism

The march of Europe's little Trumps

Xenophobic parties have long been ostracised by mainstream politicians. That may no longer be possible

Dec 12th 2015 | AMSTERDAM, MALMO AND ROME | [From the print edition](#)

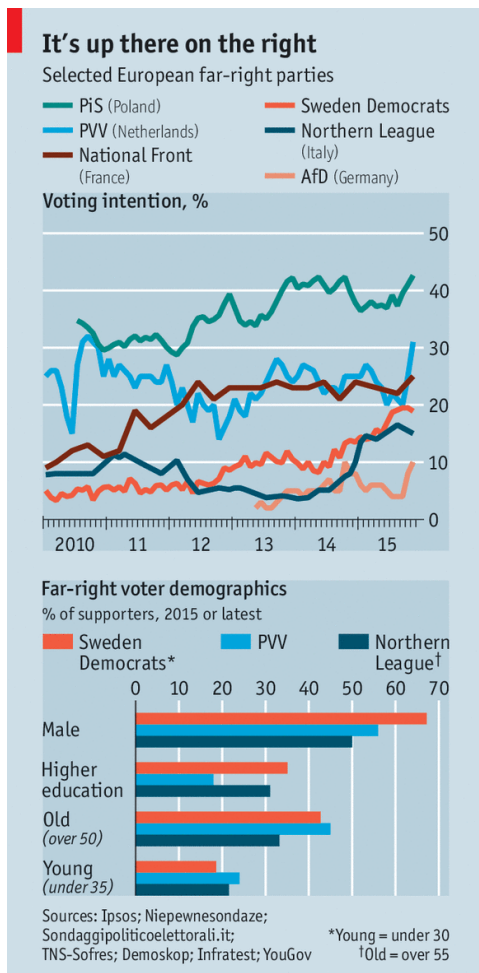
KENT EKEROTH, a 34-year-old member of parliament for the far-right Sweden Democrats (SD) party, has a pithy response to the idea that immigration can be good for a country: “Bullshit.” Mr Ekeroth’s party would like to block any more refugees from coming to Sweden and kick out many of those who have come already. Most migrants, Mr Ekeroth thinks, are in Sweden to take advantage of its welfare system. That money should be spent on Swedes, he feels.

Opinions of this sort used to be marginal in Sweden. For years the country has taken pride in accepting more refugees per person than any other in Europe. In the 2006 election the SD, which once had ties to neo-Nazi groups, drew just 2.9% of the vote. But in last year’s election it won 13%, and recent polls give it 20% or more, making it the country’s biggest or second-biggest party. It is expanding beyond its working-class base, attracting supporters who have been to university. In multicultural Stockholm, *bien-pensant* yuppies anxiously confess that childhood friends now support the SD.

As with Sweden, so with Europe. Across the continent, right-wing populists are gathering steam. This year’s migrant influx has proved a huge boon to politicians hostile to Islam, immigration and the European Union. The attacks in Paris on November 13th have added fear of terrorism to the mix. In France the National Front (FN) took 28% of the vote in the first round of regional elections (see [article](#)). In Poland voters have tossed out a pro-European centrist government in favour of the religious-nationalist Law and Justice (PiS) party. Besides Sweden, anti-immigrant parties are at or near the top of the polls in the Netherlands, and governing or sharing power in Denmark and Hungary. In country after country, fringe movements are entering the mainstream, firing up voters who feel despised by governing elites, and threatening to scramble the European project.

Anti-immigrant populism in Europe is newly powerful, but it is not new. Many of today’s groups date back to the 1990s, when Europe’s debates about Islam and integration began to heat up. By the late 2000s their support had largely stalled. The start of the euro crisis in 2011 re-energised them. The share of the vote won by France’s Eurosceptic FN declined between 2003 and 2011, but began to climb in 2012. In the Netherlands, Geert Wilders switched his main target from Islam to the EU’s bail-out of Greece. By 2013 Germany had its own right-wing populist party, Alternative für Deutschland (AfD), which called for breaking up the euro.

The euro crisis boosted the populist vote because it hit specific groups of voters especially hard. Support for xenophobic populism is strongest among those who are older, non-university-educated, working-class, white and male (see chart). These voters do not think they benefit much from EU membership, but they certainly felt the effects of the crisis: tax hikes, benefit cuts and unemployment. Populists blamed austerity measures on untrustworthy Greeks and Spaniards, or on the EU’s strict budget-deficit limits, or both.



As refugees poured into Europe this year, right-wing populists switched back to denouncing immigration. Television footage of chaos at the border served as perfect campaign propaganda. In Sweden 180,000 asylum-seekers have arrived in 2015; some are being put up in school halls or sleeping outside in tents. In Germany, schools and municipal governments have strained to handle an influx that has reached 1m this year. The AfD had floundered after a split this summer between its anti-euro and anti-Muslim wings. But the refugee crisis saved the party; polls now put its support at between 6% and 11% nationally.

In Italy the migrant crisis has created opportunities for the formerly secessionist Northern League. Under its young leader, Matteo Salvini, the once struggling party has transformed itself into an anti-immigrant group along the lines of the FN, pulling itself back up to 16% in the polls. In June Mr Salvini responded to Pope Francis's calls to welcome refugees by acidly demanding how many migrants the Vatican City has accepted (other than the pope himself, presumably).

Crucially, the populists offer more than just opposition to immigrants and Islam. Most combine cultural conservatism with left-wing economic policies that please their older, less-educated supporters. Poland's PiS is lowering the retirement age and promising state aid for the country's inefficient coalminers. France's FN supports a lower retirement age and more protectionist agricultural policies. Mr Wilders demands that money now spent to house migrants be spent on cancer treatment for Dutch citizens.

Two exceptions are the Swiss People's Party and the AfD, both liberal opponents of large welfare states. (Asked recently whether she would collaborate with Marine Le Pen, the AfD's leader, Frauke Petry, answered with surprise that the FN is "a largely socialist party" whereas her party believes "in freedom and personal responsibility".) But most right-wing populist parties are more like PiS, the FN or Mr Wilders' Party for Freedom (PVV): they "like certain parts of the welfare state, but only for natives," says André Krouwel of the Free University in Amsterdam. Governments that offer benefits to refugees but subject their own citizens to austerity play into the populists' hands.

Grumbling that refugees are treated better than citizens was once frowned upon in Sweden. The Sweden Democrats do not care. “We say what people think,” says Julia Kronlid, an SD deputy. This is another shared trait of Europe’s right-wing populists: the belief that rather than expressing obnoxious prejudices, they are voicing truths which others are too politically correct to admit. Both Ms Le Pen and Mr Wilders faced hate-speech trials this year, one for comparing Muslim street prayers to the Nazi occupation, the other for calling for “fewer Moroccans” in the Netherlands. (“He tells it like it is. Speaks truth to power, you know?” says a PVV-voting construction worker in Amsterdam.) Trying to ban such speech feeds the populists’ persecution complex, confirming their supporters’ sense that the political elite is trying to exclude them.

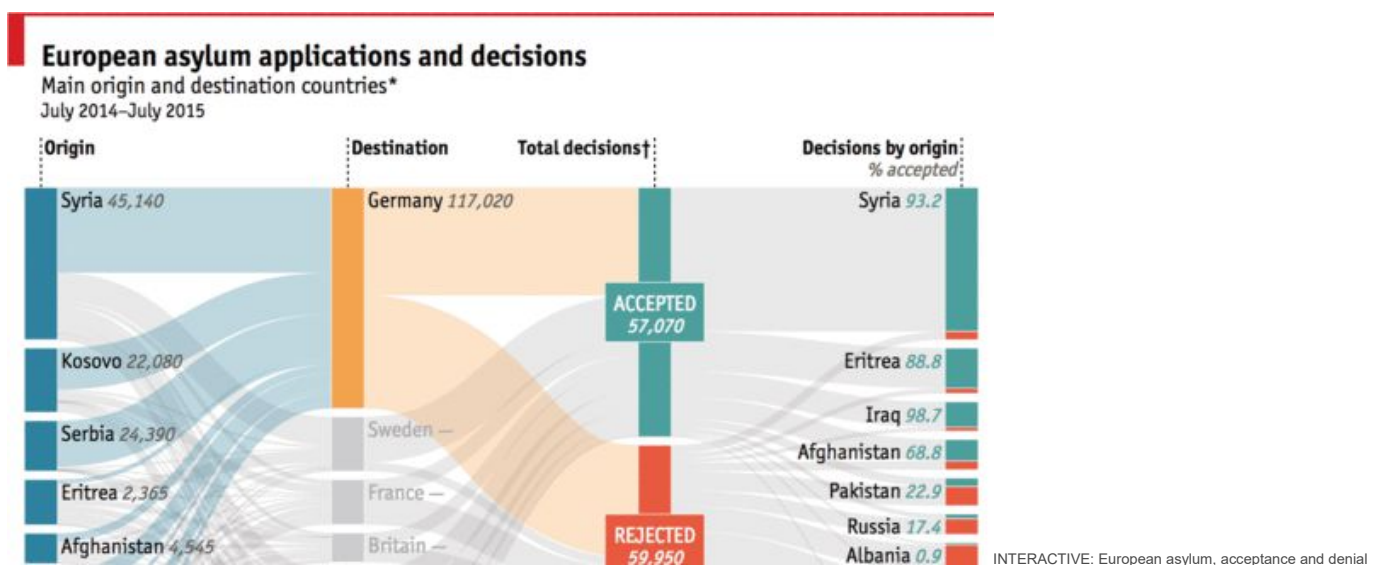
In this, if nothing else, the populists are right. In many countries, the political elite has been excluding them for decades, and still is. In France the Socialists have withdrawn in three regions to give their Republican rivals a better chance of beating the FN in the election’s second round. In Sweden mainstream politicians shun the populists; the right and left blocs made a pact in 2014 that neither would form a coalition with the SD. In a suburb near the city of Malmo, where support for the SD is strong, Madeleine, a 27-year-old electrical-store clerk, finds this disgusting: “This country is not a democracy. More like a dictatorship.”

If populists were included in government instead of shut out, some argue, their approval would fall as they were forced to compromise and take responsibility for failures. The Finns Party has been in government since May; its support has dropped from nearly 18% to about 9%, thanks to Finland’s miserable economy.

Why Serbia and Spain are immune

But including them in government does not necessarily dampen their support, argues Cas Mudde, an expert on European right-wing populists. The Danish People’s Party is supporting its country’s governing coalition; it has never been more powerful or popular. The Swiss People’s Party has been in government since the 1990s, and won 29% of the vote in the most recent election. Fidesz, the party of Hungarian prime minister Viktor Orban, has been in power since 2010. This summer Mr Orban carried out the most radical anti-immigrant policy in Europe: he built a fence to keep them out. His popularity has soared from 28% in April to 43% in October.

The European countries where anti-immigrant populism has failed to take hold are sometimes surprising. The western Balkan states, with their history of nationalist violence, are fertile ground for xenophobia. Yet in 2015 hundreds of thousands of migrants have trooped through Macedonia, Serbia, Croatia and Slovenia with no local political reverberations whatsoever.



The main reason for this is clear: no one expects the migrants to stay. “They are just marching through,” says Ana Petrusseva, editor of *Balkan Insight*, a news website. (But then, the same was true of Hungary.) Memories of refugees suffering during the Yugoslav wars may be relevant; as Ines Sabalic, a columnist, puts it, everyone in Croatia remembers when they too “lived out of plastic bags”.

Another case is Spain, where from 2000 to 2010 the number of immigrants (mainly from Latin America and Africa) multiplied sixfold to nearly 6m people, or 12% of the population. Yet attempts to set up xenophobic parties all flopped. José Ignacio Torreblanca of the European Council on Foreign Relations says Spaniards associate nationalism and racism with the fascist dictatorship of Francisco Franco.

Northern Europe, however, seems stuck in a vicious circle. As populists take up ever more room in parliaments, says Paul Scheffer, a Dutch sociologist, mainstream right- and left-wing parties must form coalitions with each other simply in order to govern. This sucks the energy out of right-left politics, and confirms the populist argument that government is a stitch-up by a clubby elite.

That is not likely to increase voters' willingness to welcome new immigrants. But the immigrants have not stopped coming. Sweden expects over a hundred thousand more next year. They will be arriving in a country where more and more citizens do not want them.

[From the print edition: Europe](#)

133,122

Extreme poverty

Leaving it behind

How to rescue people from deep poverty—and why the best methods work

Dec 12th 2015 | BONABALIA, BANGLADESH | [From the print edition](#)

IN A small hut overlooking a muddy river, a dozen women are trying to explain how they fell into destitution. After a few stories of husbands falling ill or vanishing, of ill-paid work drying up, of children sickening, of resorting to begging, almost all are crying. This is quite usual, says Sagarika Indu. BRAC, the large aid organisation she works for, has chosen these women and about 1.6m others since 2002 precisely because they are among the most desperate, ground-down people in one of the world's poorest places.

But then something unexpected happens: the women invite your correspondent to visit again in a couple of years. Is this mere politeness or confidence in the future? It could be either—because they are very likely to be much better off by then.

Roughly 700m people are thought to live in extreme poverty, defined as getting by on less than \$1.90 a day. That is huge progress: more than 1.9 billion lived on less than the equivalent amount in 1990. Yet the gains are uneven. Poverty has plummeted in China but declined more slowly in sub-Saharan Africa and South Asia. And the poor are diverse. Among them are a particularly desperate bunch: the “ultra-poor”, who routinely go hungry. In Bangladesh, most are landless, illiterate rural women with children.

In the 1990s it became clear that microfinance, then the most exciting tool in development economics, was not reaching the very poorest people, recalls Sir Fazle Abed, BRAC's founder. Microlenders offer small loans at lower interest rates than moneylenders charge. Costs are kept down by assembling small groups of borrowers and encouraging them to exert pressure on each other to repay their loans. One reason the poorest were not borrowing, Sir Fazle says, was that other villagers viewed them as hopeless cases.

BRAC came up with a scheme to help the ultra-poor. It gives them a small stipend for food, followed by an asset such as a cow or a few goats, which they are expected to manage. Field workers visit weekly for the next two years, teaching recipients, for example, how to tell when a cow is in heat and how to get it inseminated. The aim is to help women “graduate” from extreme poverty to the normal kind—as Sir Fazle puts it, “to help them back into the mainstream of poor people”. Then, perhaps, they can start borrowing.

Later research showed that microfinance was not the cure-all that had been thought. But BRAC's graduation programme proved highly effective. Large randomised controlled trials (explained in the next article) show that it makes people wealthier and raises their spending on food and durable goods. It works outside Bangladesh, too. A study published earlier this year in *Science* showed that similar programmes run by other NGOs boosted consumption in Ethiopia, Ghana, India, Pakistan and Peru, with the effects lasting at least a year after they ended. The only failure was in Honduras, where many of the chickens given as assets died.

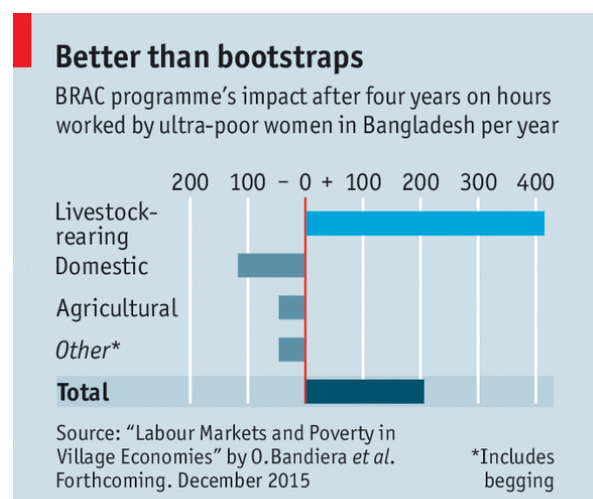
Such programmes are pricey. In India and Bangladesh they cost more than \$1,000 per household at purchasing power parity. In Peru, where field workers are better paid, the cost was \$5,742. If they are to expand—and about 30 countries are mulling or testing them—two questions must be answered. Do the recipients stay out of deep poverty or slip back? And how exactly do they work?

The results of two big research projects, presented at a conference in London on December 9th, provided some powerful hints. Esther Duflo of the Massachusetts Institute of Technology showed that women who were offered cows, goats and intensive training in the Indian state of West Bengal not only did not fall back into indigent poverty but kept climbing out of it. Seven years after the programme began their average monthly consumption was almost one-third higher than it had been after two years. The gap between these women and the untreated control group grew much wider.

Other research explains why. Oriana Bandiera and Robin Burgess, both of the London School of Economics, and four others followed 21,000 people in 1,309 Bangladeshi villages. They tracked ultra-poor women, some of whom were randomly assigned to the graduation programme, and also kept an eye on everyone else. Of the 21,000, only 6,700 were deeply poor at the start. The rest were a mixture of fairly poor, middle class and upper class (by rural Bangladeshi standards, that is: they do not swan around in Hermès).

The poorest women, it turned out, did far more hours of income-generating work: 991 per year on average, compared with 553 for middle-class ones. Yet they packed them into fewer days: the average ultra-poor woman worked for only 252 days a year, compared with 302 for a middle-class woman and 325 for an upper-class one.

The reason is that they toil mostly as domestic servants and in the fields—and casual agricultural work is seasonal. During planting and harvest they work extremely hard; the rest of the year they do little. Better-off women usually rear livestock, which is not only steady work but pays about twice as much per hour. When the poorest women are given cows, they quickly fill their idle time (see chart). They also cut back a little on domestic and field labour.



Economist.com

This is a clue to why microfinance does not reach the poorest. Ms Bandiera and Mr Burgess estimate that the internal rate of return for ultra-poor women going through the graduation programme is between 16% and 23% per year, depending on the assumed opportunity cost of time. That is roughly the interest rate on a microloan. So it ought to be worthwhile for a poor woman to borrow money to buy a cow (and returns would be even higher if they did not require the training BRAC's field workers provide). The problem is that no microlender would lend them that much.

Some questions remain. The big one is whether the schemes would work in cities. Slum-dwellers are seldom as indigent as agricultural labourers, but they can still get trapped in poverty, and cannot be rescued by gifts of cows. Urban populations are growing so much faster than rural ones that this question is becoming urgent. Another is whether the programme can be run more cheaply. BRAC will soon test sending field workers to visit each recipient once a fortnight instead of once a week.

Their words are heard

For all the advances in research, some things defy measurement. Near Bonabalia, another group of women, recent graduates of the ultra-poor programme, have gathered. What is striking is not so much their greater wealth (reflected in their finer saris and mobile phones) but the way they stand straighter, and their direct looks. Their relatives have started talking to them. Asked to explain how their lives have changed, one of the first things they say is that they now get invited to weddings.

133,124

European business and refugees

Getting the new arrivals to work

Businesses could benefit, and refugees integrate faster, if newcomers to Europe were able to start working sooner

Dec 12th 2015 | VIENNA |



DANIEL BAPINGA (pictured) enjoys his job at the Magdas hotel in Vienna, where he works at the bar, serves breakfast and prepares rooms. His family fled Congo for Austria six years ago, when refugee flows to Europe were a fraction of those today. He has settled in well, saying that “when you arrive, it is your own duty to integrate, you have to follow the rules.”

At the 78-room hotel, opened in February by Caritas, a charity, 20 of the 31 staff are refugees, like Mr Bapinga. (Its motto is: “Stay open-minded”.) They are from 16 countries, including Bangladesh, Ghana and Iran, and together speak 27 languages. The restaurant menu is more inventive than at most Viennese hotels.

The hotel’s manager, Sebastiaan de Vos, says that working with refugees is mostly a good thing, but he is also frank about some problems. The hotel is overstaffed. Training takes up to 60% of total working hours. Nervous employees, with few qualifications and little work experience, must be shown countless times how to do simple tasks. A few men who refused to take orders from a female boss had to be turned down for jobs. Some were traumatised, including an Afghan chef with debilitating memories of torture by the Taliban. He did not last in the job.

Nonetheless, the Magdas experiment is worth observing. First, because Europe urgently needs ideas on how to integrate better its huge numbers of newcomers. And second, because as European societies age, many businesses face growing shortages of workers—so for them, Europe’s refugee problem is a potential solution.

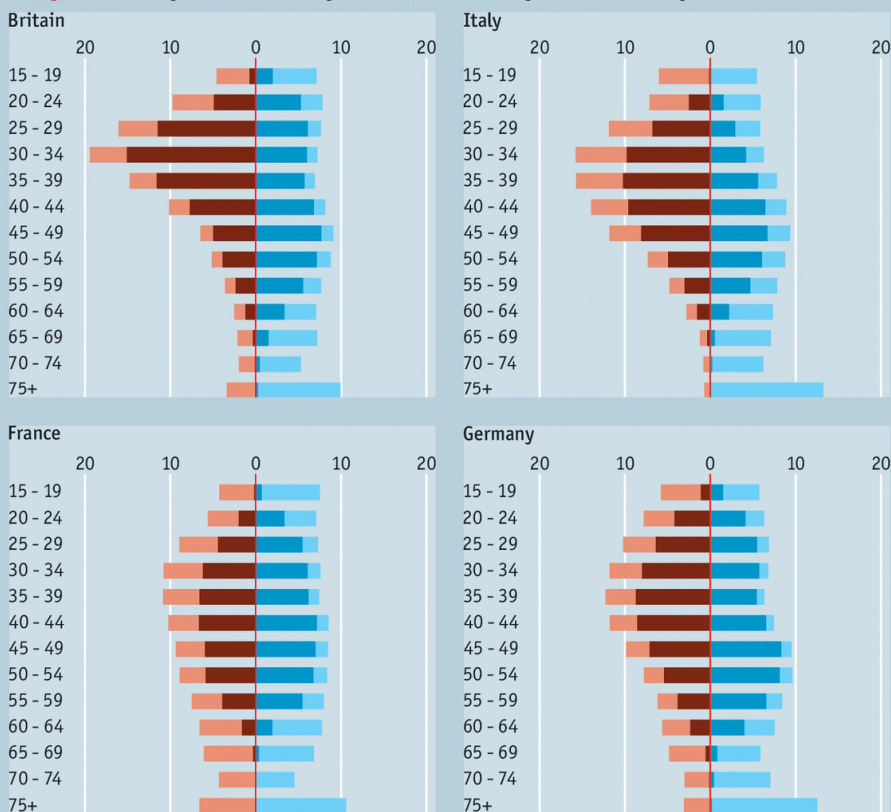
Refugees (those recognised as having a right to stay, having fled persecution) and asylum-seekers (those seeking recognition as refugees) are pouring into the European Union in numbers greater than at any time since the aftermath of the second world war. This week German officials said that 1m refugees had been registered so far this year—half from Syria, and many others from Afghanistan and Iraq. Sweden expects nearly 200,000 arrivals. Next year there could be as many again.

Young arrivals in a greying Europe

1

Europe's population by age, 2014, %

Foreign: working not working Citizen: working not working



Source: Eurostat

Economist.com

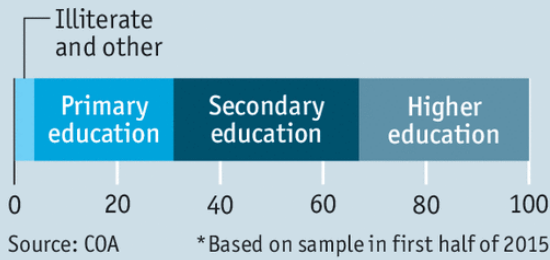
The newcomers are typically a lot younger than the greying populations of the countries they are fleeing to, as is the case with their immigrant populations in general (see chart 1). Eurostat, the EU's statistics agency, says that of 729,000 asylum-seekers registered between May and October, 82% were younger than 34 years. Their median age is around half that of Germans, which is 46. Some of those arriving are poorly educated, but as surveys of refugees arriving in the Netherlands show, many have secondary schooling and even university-level education (see chart 2), especially those fleeing Syria's conflicts. And a significant proportion have skills and experience in various professions and trades.

They are coming at a time when Europeans have become less inclined to do many low-skilled jobs, and sometimes lack the skills for the most demanding ones. Germany alone needs 173,000 workers trained in mathematics, IT, natural sciences and technical subjects (known as MINT jobs) and this shortage could almost quadruple by 2020 without additional measures. Small firms, notably manufacturers in the Mittelstand, crave apprentices. A survey of 3,000 such firms in Germany found that most are anxious about getting and keeping skilled staff. Over 1,000 employers offer work and apprenticeships on worker.de, a website specifically aimed at refugees. A Swedish government website lists 80 trades, from butchery to midwifery, desperate for more skilled workers.

An asset, not a liability

2

Education level of registered refugees*
aged 18-65 in the Netherlands, %



Economist.com

But for most refugees the easiest route to work, as Mr Bapinga shows, will be into lower-skilled professions of the sort Europeans increasingly spurn. Hairdressing is typical: “Finding employees is the number-one problem for salons,” says Kerstin Lehmann, a representative in Düsseldorf of L’Oréal, a maker of hair products and cosmetics. Germany had 40,000 trainee crimpers eight years ago, she says, but has just 25,000 now. Young Germans prefer to study for other careers; recent attempts to recruit hairdressers from southern European countries failed to add much volume.

It is a similar story in the hospitality business, notably in Scandinavia. Henrik Dider of Scandic Hotels, with 7,000 staff across 80 hotels in Sweden, says young Swedes are shunning catering and hotel schools, even as the industry is growing fast. Visita, a hoteliers’ trade body, reports chronic shortages of chefs, waiters, receptionists and porters.

Labour shortages are even more acute in rural and remote areas, such as northern Norway. Salmon farms there need workers to gut fish, a job locals spurn. SalMar, a big farmer, boasts it has workers of 23 nationalities—migrants, rather than refugees—at its main plant near Trondheim. Parts-manufacturers for Norway’s oil and gas industry also cry out for labourers: ManpowerGroup, a recruitment agency, has placed hundreds of refugees from resettlement centres in temporary jobs in the industry since 2000. Where Russian migrants and Sri Lankan Tamil refugees have gone before, Syrian refugees could follow.

Newcomers alone will not fix Europe’s long-term demographic problems. Germany’s overall labour force, for example, will shrink sharply in the next couple of decades, almost irrespective of what happens with migration. Still, the OECD forecasts that refugees will boost Europe’s labour force by up to 1m people by the end of 2016, a rise of 0.4% in just over a year. In Germany, with an extra 430,000 workers, the labour force could grow by 1%.

If you could fix four problems

A series of problems, however, hinder the smooth movement of refugees into European workplaces. The first, and broadest, of these is legal. America generally lets in people it has already screened and recognised as refugees, and allows them to start work almost immediately. There are plenty of low-paid jobs waiting for them, and they typically integrate, and learn English, quickly. Europe mostly gets asylum-seekers, and keeps them waiting, sometimes for years, for refugee status. In this legal limbo they typically get welfare and shelter but are usually barred from work, and even from state-funded language lessons.

Europeans have been too slow to grasp that getting newcomers quickly into the labour market is “the only way” to integrate them, says Demetrios Papademetriou of the Migration Policy Institute in Washington, DC. Leaving asylum-seekers waiting endlessly for a decision makes it much harder to integrate them later. A Guinea-Bissauan now at the Magdas hotel, fluent in seven languages, had to wait a decade before he could seek work.

Germany's chambers of commerce want any asylum-seeker recruited as an apprentice to have an automatic right to stay for two years after completing the apprenticeship. Employers will otherwise be reluctant to take them on. But for asylum-seekers whose chances of gaining refugee status are uncertain, the immigration office has said that their stay could be prolonged only if the apprenticeship started when they were under 21. The German government is adding to the uncertainty for employers by contemplating ending the near-automatic granting of long stays to Syrian refugees, and going back to an earlier system of case-by-case reviews (a decision on this is expected soon). Delays either force asylum-seekers into informal or black-market jobs, or make them less employable later.

A second impediment to getting the new arrivals working is the failure to assess their education and skills systematically. There are a few schemes here and there, such as ones in which German state governments have hired recruitment agencies to identify those with high-level skills among groups of refugees. SAP, a German software firm, wants to build a national database for the federal government, to record and analyse the skills of all asylum-seekers, then share the data with employers. But politicians are nervous of anything that opens them to accusations of encouraging more immigrants of all kinds, so such ideas have not prospered.

A third broad obstacle to getting refugees into work concerns the recognition of foreigners' qualifications—which matters more because of Europe's excessive demands for credentials. Despite a growing need for carers for the elderly in Germany, for example, job applicants need to have completed three years of training and passed a written exam.

Governments could at least find ways to translate paperwork faster. In Sweden getting foreign qualifications recognised typically takes 11 months. Officials in Stockholm hope to cut that time as part of a plan to reduce, from six years to two or less, the average time a well-educated newcomer takes to find a suitable job. Where unions and employers agree there are labour shortages, rules are being eased to let foreigners start working sooner. The idea is to do this for about 20 different occupations in the next few months, says Soledad Grafeuille of Sweden's labour agency.

Sweden has identified 1,700 teachers among its newly arrived refugees. They will be put on a fast-track programme from January, preparing them to work in schools—especially ones in which refugee children are swelling classes.

A Dutch foundation, UAF, helps refugees finish their studies and get into jobs, for example by getting their paperwork certified and languages up to scratch. One of its star pupils is an Iraqi cardiologist who learnt Dutch in six months and now works as a surgeon.

Typically, however, refugees lack the paperwork to verify their training and experience, so what helps most is letting them prove themselves in the workplace. Beginning in January, Scandic Hotels will give about 50 refugees a tryout in its kitchens, and decide by the summer whether to recruit them on a larger scale. Ms Lehmann of L'Oréal says the first five potential trainee hairdressers have been recruited this month among refugees in Düsseldorf. She will try them out first on mannequins.

In the Netherlands, Accenture is recruiting among highly skilled refugees. Manon van Beek of the management consultant says that 60 staff coach newcomers, helping them to prepare their paperwork and get qualifications recognised. The firm has so far signed up five staff and five paid interns, including software engineers, and helped others find jobs with its clients.

Fluent, or functional?

A fourth and final task is overcoming language barriers. Those Swedish trainee teachers, for example, will begin preparing for classes with the help of Arabic interpreters, while learning Swedish simultaneously. That is more flexible than before. In the past applicants had to be fluent in Swedish before any other training began. In

contrast, although Germany is short of doctors, even the best-trained newcomers still cannot practise until proficient in German to a high level known as C1, which can take years to attain.

A number of European firms are looking at ways to help incomers improve their language skills. Berlin's water company is opening a training scheme that includes language instruction. SalMar, the salmon firm, already offers its immigrant fish-gutters lessons in Norwegian. McDonald's in Germany, with an eye on future burger-flippers, is funding 20,000 three-month language courses for refugees.

A lesson from past attempts to integrate immigrants in Europe is that "We shouldn't try to be too perfect," says Heinrich Rentmeister of the Boston Consulting Group. Even in the case of doctors, fluency in non-medical matters is not essential, notes a Swedish official working on the integration of refugees into the labour market. The government is looking for ways to teach refugees "occupationally relevant Swedish", not to write essays on Strindberg.

Many employers in the EU would second the view of Airbus's boss, Tom Enders, who wrote in October that Germany needs "the courage to deregulate" labour markets to integrate foreign workers. But even short of a wholesale reform of labour law, there is clearly more that EU governments can do to help refugees into work, and help employers fill jobs they might otherwise have to leave vacant. As Manpower's boss, Jonas Prising, notes, the huddled masses streaming into Europe represent "a wealth of untapped talent". Businesses are beginning to recognise them as such. Governments should, too.

[From the print edition: Business](#)

133,129

The ECB's medicine

Raising the dose

The treatment is helping but the patient remains weak

Dec 12th 2015 | [From the print edition](#)



Economist.com

THE year started with the belated adoption by the European Central Bank of quantitative easing (QE)—creating money to buy bonds—in the euro area. As the year ends, QE, which loosens monetary policy even when there is little scope to cut interest rates further, is being extended by an extra six months, so that the purchases will last until March 2017. Does this mean that the ECB's monetary medicine is proving less effective than expected?

Mario Draghi, president of the ECB, argues on the contrary that the adoption of QE has been crucial in fostering the recovery in the euro area. QE has driven down long-term interest rates, the bank reckons, just as it did in America and Britain. Like their counterparts in those countries, ECB staff have analysed the effect of announcements about QE on the markets. Their study found that both the prospect of QE in the autumn of 2014 and the formal embrace of it in 2015—the policy was adopted in January and started in March—was responsible for half of the percentage-point fall in the average yield of ten-year government bonds in the euro zone between the start of September 2014 and the end of March 2015. The contribution to declines in countries such as Italy, which had been assailed by the bond markets, was even bigger, at 0.7 percentage points (see chart).

In America, where markets rather than banks dominate finance, such a reduction would in itself provide a direct stimulus, as the fall in government yields spreads to corporate bonds and mortgage finance. In contrast, banks are the main providers of finance in the euro area. However, QE appears to have indirectly eased credit conditions. In particular it helped to reduce lending rates in the stressed economies of southern Europe. These had stayed stubbornly high long after the acute phase of the euro crisis ended in the autumn of 2012. The ECB's study argues that by improving the economic outlook, QE lowered credit risk for banks, enabling them to cut their loan rates.

Another way in which QE has supported the euro-zone economy is by pushing the euro down. That helps exporters, as well as boosting inflation by making imported products more expensive. The ECB's study estimates that QE was in itself responsible for a 12% fall in the euro against the dollar. In fact the euro has dropped by even more than that. It is currently trading around 20% lower than in the spring of 2014. Another ECB policy—the imposition of negative interest rates, which started in June 2014—provides a possible explanation for the extra weakening. The ECB lowered its deposit rate still further this month, to -0.3%.

QE has proved its worth in other economies, so it is hardly surprising that it seems to be working in the euro area too. Yet the pace of recovery, though stronger than before, remains disappointing. Euro-zone GDP is still below the level it reached in early 2008, before the financial and euro crises; America's GDP surpassed its previous peak during 2011. Headline inflation is barely above zero. Core inflation, which excludes volatile items like food and energy, is close to 1%, well below the ECB's goal of nearly 2%. All this suggests the ECB may have to prescribe yet more QE next year.

133,130

Illiberalism

Playing with fear

In America and Europe, right-wing populist politicians are on the march. The threat is real

Dec 12th 2015 | [From the print edition](#)



POPULISTS have a new grievance. For many years, on both sides of the Atlantic, they have thrived on the belief that a selfish elite cannot—or will not—deal with the problems of ordinary working people. Now populists are also feeding on the fear that governments cannot—or will not—keep their citizens safe.

In America this week, after a couple who had pledged allegiance to Islamic State (IS) murdered 14 people in San Bernardino, California (see [article](#)), Donald Trump called for a “total and complete shutdown” of America’s borders to Muslims. Earlier, the front-runner in the race for the Republican presidential nomination had proposed closing mosques and registering American Muslims. “We have no choice,” he said.

In France, the counterpart to Mr Trump is the far-right National Front (FN). In the first round of regional elections on December 6th, after the IS terrorist assault on Paris last month, the FN narrowly gained the largest share of the national vote (see [article](#)). It was ahead in six of the 13 regions. The FN’s leader, Marine Le Pen, and her niece each polled over 40%.

Mr Trump and Ms Le Pen are not alone. Support for the populist right in America and parts of Europe is unparalleled since the second world war. Against the backdrop of terrorism, these fearmongers pose a serious threat to the openness and tolerance that Western societies take for granted.

Angry old men

Even before recent attacks, right-wing populists were making their mark. Since October Mr Trump, and Ted Cruz and Ben Carson—less offensive, but only marginally less extreme—have together consistently won the support of over 50% of Republican voters in polls. In Europe populists are in power in Poland and Hungary, and in the governing coalition in Switzerland and Finland (and that is not counting the left-wing sort like Syriza in Greece). They top the polls in France and the Netherlands, and their support is at record levels in Sweden. Ms Le Pen is likely to reach the second round of France’s presidential election in 2017. Just possibly, she might win.

Populists differ, but the bedrock for them all is economic and cultural insecurity. Unemployment in Europe and stagnant wages in America hurt a cohort of older working-class white men, whose jobs are threatened by globalisation and technology. Beneath them, they complain, are immigrants and scroungers who grab benefits,

commit crimes and flout local customs. Above them, overseeing the financial crisis and Europe's stagnation, are the impotent self-serving elites in Washington and Brussels who never seem to pay for their mistakes.

Jihadist terrorism pours petrol on this resentment—and may even extend populism's appeal. Whenever IS inspires or organises murderous attacks, the fear of immigrants and foreigners grows. When the terrorists get through, as they sometimes inevitably will, it highlights the ruling elite's inadequacy. When leaders, in response, warn against slandering Islam and focus on gun control, as Barack Obama did in a speech from the Oval Office on December 6th, populists dismiss it as yet more political correctness.

Populist ideas need defeating. Mr Trump compares his plan to the treatment of Japanese-Americans during the second world war. Just so: as Ronald Reagan's government later acknowledged, FDR's policy was "race prejudice". A xenophobic revival would do America immense harm—and IS immense service. Ms Le Pen would erect ruinous economic barriers and cause mayhem by proposing to leave the euro. Hungary's prime minister, Viktor Orbán, has vowed to build an "illiberal state" and looks to Vladimir Putin's Russia as a model. Even when they are not in power, populists warp the agenda.

Nobody should underestimate how hard it is to take the populists on. Some mainstream politicians dismiss their arguments by labelling them fascist or extremist. Yet such disdain risks suggesting that the elite is uninterested in the real grievances that populists play on. Others try to borrow the populists' less-offensive clothes by promising, say, to deny benefits to migrants rather than build border fences. Yet such xenophobia-lite often just validates populist prejudices.

The long struggle

Is there a better way? This newspaper stands for pretty much everything the populists despise: open markets, open borders, globalisation and the free movement of people. We do not expect to convince populist leaders of our arguments. But voters are reasonable—and most of them would sooner hear something more optimistic than rage against a dangerous world.

Part of the answer is to draw on the power of liberal ideals. New technology, prosperity and commerce will do more than xenophobia to banish people's insecurities. The way to overcome resentment is economic growth—not to put up walls. The way to defeat Islamist terrorism is to enlist the help of Muslims—not to treat them as hostile. The main parties need to make that case loudly and convincingly.

Politicians also need to deal with the populists' complaint that government often fails its citizens. Take the threat to security. Mr Obama's reluctance to deploy more troops against IS's "caliphate" in Syria and Iraq does not convince most Americans, including many present and former military commanders. Europe's spooks and law-enforcement agencies fail to share information. The EU needs to manage the flow of people at the border, allowing those who qualify as refugees to work and thus help them to absorb Western values (see [article](#)).

To imagine better government across all of economic and security policy is a counsel of perfection. But even small improvements will count if they are allied to a robust defence of the West's Enlightenment values.

The choice ultimately falls to voters, most of whom do not subscribe to right-wing populism. Mr Trump has the backing of just 30% of the 25% or so Americans who say they are Republican. But the turnout for primaries and caucuses in America is less than 20%. The turnout in France was just under 50%. The way to beat the populists is at the ballot box. The moderate majority has a responsibility to show up and put a cross next to candidates who stand for openness and tolerance.

Der Pinocchio-Moment des Notenbankers

Betreibt die EZB monetäre Staatsfinanzierung, die verboten ist? Die Notenbanker bestreiten das. Doch im Fall Irlands hat die EZB nun indirekt bestätigt, dass die Regeln verletzt wurden.

11.12.2015, von PHILIP PLICKERT



© WOLFGANG EILME/EZB-Direktoriumsmitglied Yves Mersch

Es häufen sich die „Kommunikationsmissverständnisse“ zwischen der **Europäischen Zentralbank** (EZB) und der Öffentlichkeit. Vor der Entscheidung über eine Ausweitung der Anleihekäufe vor einer Woche hatte EZB-Präsident Mario Draghi die Erwartungen so angeheizt, dass die Märkte auf viel mehr frisches Geld gehofft hatten. EZB-Direktoriumsmitglied Yves Mersch war nicht beteiligt am Schüren überzogener Erwartungen. Das hat er vor dem Internationalen Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten am Mittwochabend klargestellt. Er dämpfte auch die Erwartung, dass die EZB die Geldpolitik nochmals mehr lockern könne. Nur im Notfall - „wenn uns der Himmel auf den Kopf fällt“ - wäre dies denkbar.

Einen peinlichen Moment erlebte Mersch in der Fragerunde, als er auf das vertrauliche Anfa-Abkommen (Agreement on Net Financial Assets) angesprochen wurde. Der EZB-Rat wisse wohl, welche Papiere die nationalen Notenbanken kauften, betonte Mersch. Darüber würden monatlich genaue Listen mitgeteilt. Dass die Anfa-Portfolios einiger Länder so stark gestiegen sind - von 2006 bis Ende 2012 um rund 500 Milliarden Euro -, liege auch am steigenden Bargeldumlauf, versuchte er zu erklären. Doch warum haben einige Notenbanken ihre Anfa-Anlagen so viel mehr als andere ausgeweitet? Mersch versicherte, dass kein Land jemals die Obergrenzen, die Anfa setze, überschritten habe. Auf Nachfrage, ob das nicht in Irland der Fall gewesen sei, kam er aber ins Stocken und Stottern. „Nicht mehr seit 2014“, sagte er dann. Indirekt musste er eingestehen, dass Irland vor 2014 seine Anfa-Quoten überschritten und damit die Regeln verletzt hatte.

Der Fall Irland verdeutlicht, warum Kritiker von monetärer Staatsfinanzierung sprechen, die verboten ist. In Irland hatte es 2013 einen hochumstrittenen Deal zwischen Zentralbank und Regierung gegeben, nachdem die Abwicklung der Anglo Irish Bank den Staat sehr viel Geld gekostet hatte. Die irische Notenbank übernahm daraufhin einen Schuldschein über 28 Milliarden Euro, der in eine Staatsanleihe mit einer Laufzeit von 40 Jahren umgewandelt wurde. Der zurückgetretene EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark kritisierte dies als klare monetäre Staatsfinanzierung. EZB-Chef **Draghi** sagte, der Rat habe von der Operation „Kenntnis genommen“ - und ließ es geschehen.

Die EZB veröffentlichte am Donnerstag eine Erwiderung auf verschiedene Kritiken an den Wertpapierkäufen der nationalen Euro-Notenbanken über das Anfa-Abkommen. Eine unkontrollierte Geldschöpfung sei nicht möglich, betonte die EZB in der Erklärung: „Außerhalb des Rahmenwerks des Eurosystems wird von nationalen Zentralbanken kein ‚Geld gedruckt‘.“ Die Bilanzsumme des Eurosystems unterliege „voll und ganz der Kontrolle des EZB-Rates“. In jedem Fall stelle der EZB-Rat sicher, dass das Verbot der monetären Finanzierung eingehalten werde, schrieb die EZB.

Quelle: F.A.Z.

Ein Rückblick auf ein halbes Jahrhundert

Welche Bundesregierung hat den Wohlstand gemehrt, welche verzehrt? In seiner Abschiedsvorlesung knöpft sich der bekannteste deutsche Ökonom die Wirtschaftspolitik vor.

16.12.2015



© LAIFDa war die Systemfrage schon lange entschieden: Hans-Werner Sinn 2005 im Trabant

Hans-Werner Sinn blickt auf ein halbes Jahrhundert deutscher Wirtschaftsgeschichte zurück

VIDEO: <https://www.youtube.com/watch?v=wVLY342ANak>

Das Schlüsselerlebnis meines Lebens als Volkswirt hatte ich am Samstag, dem 12. August 1961. Ich war 13 Jahre alt. Meine Eltern fuhren mit mir am Morgen in unserem Lloyd Alexander TS, den mein Vater kurz vorher stolz erstanden hatte, durch das Brandenburger Tor, um Tante Lieschen im Osten zu besuchen. Als wir am Nachmittag zurück wollten, war das Tor durch Militär versperrt. Stacheldraht wurde ausgerollt, und alles wirkte bedrohlich. Über eine andere Straße wurden wir zurück in den Westen geleitet. Am nächsten Tag machte ich mich selbständig noch einmal auf den Weg und lauschte den Protestreden westlicher Politiker. Ich ahnte nun, was Kommunismus ist.

Wie magisch zog es mich später immer mal wieder nach Ost-Berlin, als ich meine Tanten in West-Berlin besuchte. Ich war neugierig, was sich dort tat, nachdem man sich eingeeigelt hatte. Der Vergleich zwischen der DDR und der Bundesrepublik faszinierte mich und veranlasste mich, 1967 in Münster mit dem Studium der Volkswirtschaftslehre zu beginnen. Die Systemfrage war damals für mich interessant, aber nicht entschieden. Auf der einen Seite gab es die Studentenfürer, die von der Anarchie der Märkte und der repressiven Toleranz des Kapitalismus sprachen, auf der anderen Seite meine Lehrer, die die unsichtbare Hand der Marktwirtschaft priesen.

Es war eine bewegte Zeit. Ostermärsche, Vietnam-Demonstration, Dutschke, Nevermann, Salvatore und vieles andere zwangen uns Studenten und unsere Lehrer, sich mit revolutionären Thesen auseinanderzusetzen. Die Suche nach dem dritten Weg

So klar es war, dass der russisch-stalinistische Kommunismus der DDR ins Abseits führen würde, so begeistert waren wir von Alexander Dubček und Ota Šik, die im Prager Frühling den Systemwechsel herbeiführen wollten. Ich war damals auch in Prag, um zu sehen, was da passierte. Als die Suche nach dem Dritten Weg durch russische Panzer abgebrochen und Dubček inhaftiert wurde, haben auch die Linken Protestdemonstrationen organisiert.

Mit einem Mitarbeiter Šiks, Jan Osers, habe ich in der Mitte der siebziger Jahre an der [Universität Mannheim](#) ein Seminar zur Arbeiterselbstverwaltung organisiert. Dabei fuhren wir mit einer Studentengruppe nach Sarajevo, um die Funktionsweise der „jugoslawischen Firma“ zu erkunden. Dass diese Firma nicht funktionieren konnte, weil sie wegen der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer zum Ausschluss neuer Arbeitskräfte neigte, ließ sich nicht übersehen. Schon lange vorher hatte sich freilich die Systemfrage für mich entschieden, nachdem ich die Hauptsätze der Wohlfahrtstheorie der Nobelpreisträger Arrow und Debreu verstanden hatte, die Adam Smiths Metapher von der unsichtbaren Hand der Märkte präzisierten. Ich hatte eingesehen, dass die Marktwirtschaft durch die Kombination erwerbswirtschaftlicher Motive mit dem Preismechanismus grundsätzlich in der Lage ist, ohne Zentralplanung eine effiziente Wirtschaftsordnung herbeizuführen, während die Zentralverwaltungswirtschaft das nicht einmal dann schafft, wenn sie die Arbeiter von der Stasi bewachen lässt. Zwangsherrschaft und Ineffizienz standen gegen Freiheit und Prosperität. Dieser Wahrheit konnte ich mich nicht verschließen.

Gleichwohl blieb das Thema der großen Ungleichheit im marktwirtschaftlichen System ungelöst. Eine Marktwirtschaft ist zwar effizient, aber nicht gerecht, wie immer man die Gerechtigkeit im Einzelnen definieren mag. Sie entlohnt nach Grenzproduktivität, und das impliziert, dass das Einkommen bei gleicher Leistung von der Knappheit dieser Leistung abhängig ist. Tut man etwas Nützliches, das viele andere auch tun, ist das Einkommen klein. Hat man Glück und muss sich nur mit wenigen gleichwertigen Konkurrenten messen, ist es hoch.

Deshalb benötigt eine Marktwirtschaft den Sozialstaat zum Ausgleich, eine Institution, die den überdurchschnittlich Verdienenden Ressourcen wegnimmt und sie den unterdurchschnittlich Verdienenden gibt. Diese Umverteilung ist ein Versicherungsschutz gegen die Unbilden des Lebens, wie sie von einer privaten Versicherung nicht geleistet werden kann, schon weil die private Versicherung nur von Erwachsenen abgeschlossen werden kann und damit erst zu einem Zeitpunkt, zu dem der Schleier des Unwissens über die Fähigkeiten eines Menschen bereits weitgehend gelüftet ist.

Die 70er Jahre haben deutlich gezeigt, dass man es mit dem Umverteilen übertreiben kann

Man darf aber nicht zu viel umverteilen, denn mit der Umverteilung sinkt der Anreiz, sich selbst anzustrengen, um das Einkommen zu erhöhen. Jenseits eines bestimmten Punktes wird der Kuchen, der für alle zur Verfügung steht, umso kleiner, je gleichmäßiger man ihn verteilt. Insofern bedarf es der Abwägung zwischen rivalisierenden Zielen, des Augenmaßes bei der Suche nach einem tragfähigen Kompromiss zwischen der Verteilungsgerechtigkeit und der wirtschaftlichen Prosperität. Eine Gesellschaft, die dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit so nahe kommen möchte, wie es nur irgend geht, vernichtet ihre Wirtschaft und versinkt in Armut.

Die siebziger Jahre haben sehr deutlich demonstriert, dass man es übertreiben kann. Da war die Rede vom Widerspruch zwischen einem privaten Reichtum und einer öffentlichen Armut, der zu überwinden sei. Die Gemeinden erhielten Schlüsselzuweisungen, um die konsumtive Infrastruktur aufzubauen. Viele Straßen, Stadthallen, Frei- und Hallenbäder wurden damals gebaut, nicht immer unter Schonung der alten Bausubstanz. So manches Schwimmbad verrostete mittlerweile und wurde abgerissen. Die Rentenversicherung wurde für weitere Berufsgruppen geöffnet, was dem Staat kurzfristig Einnahmen verschaffte, ihn aber langfristig

schwächte, weil die Beitrittsbedingungen extrem großzügig definiert wurden. Die Tariflohn-Steigerungen gingen damals bis in den zweistelligen Bereich hinein, Sockellohn-Vereinbarungen wurden populär, die Sozialhilfe wuchs schneller als die Nettolöhne, und die Arbeitslosenhilfe, dieses zweite Arbeitslosengeld, das notfalls bis zur Pensionierung geleistet wurde und das es nur in Deutschland gab, wurde mit einem fixen Prozentsatz an den vorherigen Lohn gekoppelt.

Der Sozialstaat entwickelte sich zum Konkurrenten der privaten Wirtschaft, indem er immer mehr Lohnersatzleistungen anbot, die sich als implizite Mindestlöhne entpuppten, weil sie hohe Lohnansprüche aufbauten. Da zumindest die FDP Angst vor dem Belastungstest hatte, den Willy Brandt der Wirtschaft zumuten wollte, wurden viele der üppigen Geschenke auf Pump finanziert. In der Amtszeit von [Helmut Schmidt](#) verdoppelte sich die bis dahin konstante Staatsschuldenquote von 20 Prozent auf 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Kohl hielt den wirtschaftspolitischen Kurswechsel nur bis zur Wiedervereinigung durch

Die Konsequenz der wachsenden Lohnersatzleistungen bei gleichzeitig steigenden Ölpreisen war eine Zunahme der Arbeitslosigkeit im Verein mit einer Zunahme der Inflation. Fünf Prozent Inflation seien besser als fünf Prozent Arbeitslosigkeit, sagte Schmidt damals, um seinen untauglichen Versuch zu begründen, den Angebotsproblemen der Wirtschaft mit einer keynesianischen Nachfragepolitik mittels Verschuldung zu begegnen. Einem linearen Trend folgend schoss die Arbeitslosigkeit von einem Konjunkturzyklus zum anderen immer weiter hoch, bis schließlich [Gerhard Schröder](#) mit seiner Agenda 2010 die Notbremse zog. [Helmut Kohl](#), der Helmut Schmidt 1982 ablöste, hielt den Kurswechsel zu mehr fiskalischer Stabilität nur bis zur deutschen Vereinigung durch. Seine Wahlkampfstrategie, den Deutschen die Kosten der Vereinigung zu verschweigen, sollte sich später bitter rächen, denn weil Deutschland 1996 die für den Eurobeitritt selbstgesetzte Latte der Schuldengrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts riss, konnte es den Beitritt der hochverschuldeten Südländer nicht mehr verhindern. Damit nahm das Unglück seinen Lauf, das im Endeffekt zur Radikalisierung mancher südeuropäischer Staaten und in gewissem Umfang auch Frankreichs führte und Deutschland in eine Haftungsspirale hineinzog, aus der es sich kaum noch befreien kann.

Die deutsche Vereinigung haben Kohl und Genscher gut hingekriegt, was die Außenpolitik betrifft. Die wirtschaftliche Vereinigung hat indes eher nicht funktioniert. Noch immer hängen die neuen Länder am Tropf, und dennoch, oder vielleicht gerade deshalb, hat es die vergangenen zwanzig Jahre keine Konvergenz bei der Wirtschaftsleistung mehr gegeben. Das private Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf dem Gebiet der Ex-DDR liegt heute gerade mal bei 62 Prozent des Westniveaus. Die weitgehende Konvergenz der Lebensstandards wurde vom gemeinsamen Sozialstaat bezahlt.

Die verkorkste Lohnpolitik unter Schmidt und Kohl

Der tiefere Grund für diese Fehlentwicklung liegt im deutschen Korporatismus, der schon 1967 in der Konzierten Aktion von Strauß und Schiller seinen Anfang genommen hatte. Die Treuhand-Firmen wollte man gegen eine Übernahme durch ausländische Investoren verteidigen. Eine Niedriglohnkonkurrenz durch die Japaner und all die anderen, die schon mit den Hufen gescharrt hatten, um beim Wettbewerb um die Treuhand-Unternehmen vorne zu sein, galt es zu verhindern. Deswegen hat man den westdeutschen Gewerkschaften und den westdeutschen Arbeitgebern erlaubt, die Lohnsteigerungen der ostdeutschen Treuhand-Firmen, also ihrer eigenen Konkurrenten, noch vor deren Privatisierung zu diktieren und so deren zukünftige Eigentümer tarifrechtlich zu binden. Man wähle diesen Kurs, auch wenn damit ein Drittel bis 40 Prozent der Treuhand-Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit getrieben würden, sagte IG-Chemie-Chef Hermann Rappe damals.

Die Kehrtwende der verkorksten Lohnpolitik unter Schmidt und Kohl musste die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder vollziehen, indem sie sich zur Agenda 2010 aufraffte. Der Schritt fiel ihr nicht leicht, doch wurde sie von den rechten Parteien, den Medien und der Wissenschaft gedrängt, bis sie nachgab. Noch kurz vor der bahnbrechenden Rede Schröders vom 21. März 2003 war unklar, ob er sich an die Arbeitslosenhilfe heranwagen würde. Man merkte Schröder die Anspannung an, als er die entsprechende Stelle seines Manuskripts verlas.

Im Kern hat die Regierung Schröder den impliziten Mindestlohn gesenkt, den der Sozialstaat mit seinen Lohnersatzleistungen setzte. Sie verschärfte nämlich die Zumutbarkeitsbedingungen für neue Stellen und strich die Arbeitslosenhilfe, was im Westen 1,14 Millionen Arbeitslose und im Osten 0,91 Millionen auf die Sozialhilfe herunterdrückte. Sie fügte dann noch ein Lohnzuschusselement ein. Manche sprechen fälschlicherweise von „Aufstockung“, so als würde auf ein festes Niveau aufgestockt. Davon konnte nicht die Rede sein, denn gerade eine solche Aufstockung, die es vorher bei der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe gegeben hatte, wurde ja abgeschafft. Nein, es war ein echter Lohnzuschuss, der zum Beispiel bei einer Familie mit einem Verdienender und zwei Kindern erst bei einem Lohneinkommen von 2000 Euro versiegt. Die solcherart geänderte Sozialhilfe nannte die Regierung Schröder Arbeitslosengeld II.

Schröders Agenda war ein grandioser Erfolg - auch ein Erfolg der wissenschaftlichen Politikberatung

Auch wenn wir vom Ifo-Institut noch energischere Formen forderten, haben wir sie doch im Kern begrüßt, denn im Prinzip war es ja das, was wir mit der aktivierenden Sozialhilfe schon im Mai 2002 gefordert hatten und was dann im August in die Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Wirtschaftsministerium und im Oktober in das Gutachten des Sachverständigenrates Eingang gefunden hatte, das unter Vorsitz und Federführung von Wolfgang Wiegand entstanden war. Das 20-Punkte-Programm, von dem die Regierung die Hälfte übernahm, war ein Meilenstein in der Geschichte der wissenschaftlichen Politikberatung in Deutschland.

Der Erfolg der Reform war grandios und ehrlicher Weise größer, als wir es zu hoffen gewagt hatten. Die Maßnahmen traten bis zum Beginn des Jahres 2005 in Kraft, doch zeigten sich die Effekte nicht gleich. Bis der volle Effekt der Agenda eintrat, vergingen sieben Jahre. Allein in Westdeutschland dürfte sie 1,2 Millionen zusätzliche Stellen geschaffen haben, wenn man gegen den bis dato ansteigenden Trend der Arbeitslosigkeit rechnet. Das waren zwar keine tollen Stellen, doch waren sie besser als die Arbeitslosigkeit.

Das sollten sich diejenigen klarmachen, die heute behaupten, der gesetzliche Mindestlohn, mit dem die Schrödersche Reform wieder zurückgedreht wurde, würde keine Wirkung zeigen. Im Übrigen zeigt eine empirische Analyse schon heute, dass der neue Mindestlohn Stellen kostet, denn er hat die konjunkturelle Beschäftigungsdynamik in den neuen Bundesländern schon gebrochen, wie Marcel Thum von Ifo-Institut Dresden gezeigt hat, weil dort anteilig doppelt so viele Arbeitnehmer wie im Westen vom Mindestlohn erfasst wurden, nämlich 20 Prozent statt 10 Prozent. Von den Flüchtlingen aus den Krisengebieten ist übrigens die Hälfte vom Mindestlohn betroffen.

Verantwortungsethik versus Gesinnungsethik

Deutschland war bei der Arbeitslosenquote der gering Qualifizierten zur Zeit Schröders mit weitem Abstand OECD-Weltmeister. Heute liegt es auch in dieser Hinsicht im Mittelfeld. Nicht einmal die Ungleichheit der Nettoeinkommen stieg durch die Agenda an. Der Einkommensgewinn der bislang Arbeitslosen wog bezüglich der Einkommensverteilung stärker als die Spreizung der Lohnsätze, die durch die Senkung des Mindestlohns zustande kam.

Die Wirtschaftspolitik Deutschlands folgt, wie diese und andere Betrachtungen zeigen, einer Wellenbewegung. Es gibt investive und konsumtive Phasen, Phasen der Verantwortungsethik und der Gesinnungsethik, um die Sprache Max Webers zu benutzen. Erhards Reformen waren investiv und verantwortungsethisch, denn sie haben den vermeintlichen Schutz der Rationierung beseitigt, die Marktkräfte entfesselt und Massenwohlstand geschaffen. Die Reformen der sozialliberalen Koalition waren konsumtiv und gesinnungsethisch, weil die Regierung einem spontanen Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung und der Medien entsprach,

doch die ökonomischen Konsequenzen übersah oder verdrängte, weil sie erst viel später kamen. Die Maßnahmen der Regierung Kohl wurden durch die historische Sondersituation erklärt und lassen sich nicht eindeutig zuordnen. Außenpolitisch waren sie verantwortungsethisch, innenpolitisch gesinnungsethisch. Klarer ist wieder die Zuordnung der rot-grünen Regierung und der jetzigen großen Koalition, die im Wesentlichen spiegelbildlich zu sehen sind.

Energiepolitik und Flüchtlingspolitik sind nur gesinnungsethisch zu begründen

Verstehen kann man die Europapolitik und die Flüchtlingspolitik der Merkel-Regierung angesichts der Exogenität der Ereignisse, auch wenn man sich sehr gut Politikalternativen vorstellen kann. Der gesetzliche Mindestlohn und die Rente mit 63 sind eindeutig konsumtive Maßnahmen, die nur deshalb proklamiert werden konnten, weil man auf der Welle des wirtschaftlichen Erfolges schwamm, die eine Vorgängerregierung ausgelöst hatte, und weil die negativen Konsequenzen von Nachfolgeregierungen auszubaden sein werden. Bestenfalls ist das Etikett der Gesinnungsethik hierfür angebracht.

Auch die Energiepolitik ist ausschließlich gesinnungsethisch zu begründen, denn sie kann nun einmal keinen Beitrag zur Verringerung der Erderwärmung leisten. Bekanntlich kann das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit seinen Einspeisetarifen den Kohlendioxid-Ausstoß in Europa nicht verändern, weil der schon durch die Menge der von der EU ausgegebenen Emissionszertifikate definiert ist.

Und nicht einmal der europäische Emissionshandel selbst kann weltweit etwas bewirken, weil die Mengen an fossilen Brennstoffen, die Europa nicht verbraucht, anderswo angeliefert und verbrannt werden. Man hätte es [Max Weber](#) gegönnt, dieses Anwendungsbeispiel für seine Unterscheidung erleben zu können.

Für Gesinnungsethik braucht man keinen Sachverstand - für Verantwortungsethik schon

Der Unterschied zwischen der Gesinnungsethik und der Verantwortungsethik liegt darin, dass man für Erstere keinen Sachverstand braucht. Da man bereits die Stellschrauben der Wirtschaftsmaschinerie moralisch bewertet, muss man nicht wissen, wie sie funktioniert. Man kann munter drauflos moralisieren und dann zu einer politisch rationalen, wenn auch ökonomisch unvernünftigen und klimapolitisch wirkungslosen Entscheidung gelangen.

Wer indes verantwortungsethisch handeln möchte, muss ökonomischen Sachverstand haben, weil er wissen muss, wie die Maschinerie auf die Bewegung der Stellschrauben reagiert. Weil er Moral und Ethik nur auf das wirtschaftliche Endergebnis anwendet, braucht er Weitsicht und Durchhaltevermögen. Das gilt heute mehr denn je, weil der öffentliche Diskurs in der Zeit der Internet-Medien kurzatmig, oberflächlich und unkundig geworden ist.

Ökonomen sind gelernte Verantwortungsethiker, denn ihr Fach besteht gerade darin, die Wirtschaftsmaschinerie als solche zu studieren. Sie wollen mit nur schwachen Werturteilen zu möglichst harten und klaren Politikempfehlungen kommen und scheuen die Moralisation auf der Ebene der Politikmaßnahmen wie die Pest. Dass viele das als herzlos empfinden oder den Sachverstand bezweifeln, ohne ihn selbst zu haben, ist in Kauf zu nehmen.

Ökonomen sollten wegen der Komplexität der Materie eigentlich nur die Fachleute in den Ministerien und Parlamenten selbst ansprechen. Das jedoch ist hoffnungslos, weil fachlicher Rat unbeachtet bleibt, wenn seine Handlungsimplicationen in der Öffentlichkeit gesinnungsethisch nicht geschätzt werden. Deswegen bleibt ihnen nur die aktive Beteiligung am öffentlichen Diskurs in der Hoffnung, die aufgeklärte Öffentlichkeit zu erreichen. Erst wenn die Öffentlichkeit selbst überzeugt ist, lassen sich auch die Politiker bewegen.

Auszüge aus der Abschiedsvorlesung von Hans-Werner Sinn am 14. Dezember 2015 in der großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität München.

The End of the Arab Spring Dream

Disorganized urban liberalism couldn't compete with the politics of tribe—or Islamism.

By [SOHRAB AHMARI](#)

Dec. 16, 2015 3:27 p.m. ET

Thursday marks a bitter anniversary in the Arab world. On Dec. 17, 2010, a Tunisian fruit vendor named Mohamed Bouazizi set himself on fire after the authorities confiscated his goods and beat him. The incident sparked an uprising that within weeks would topple Tunisia's venal autocracy. Protests spread to Egypt, Libya, Yemen and Syria. Despots from Morocco to Mesopotamia felt the heat of popular anger. Many couldn't withstand it.

Yet today the Middle East is less stable, and less hopeful, than it was before the Arab Spring. Five years ago, the denim-clad, smartphone-wielding Arab liberal became the region's avatar. Now the knife-wielding jihadist and the refugee have risen to prominence instead.

Each Arab Spring country is unhappy in its own way. Tunisia is the only success story among the bunch, having adopted a secular constitution and completed several peaceful power transfers. As Rached Ghannouchi, the leader of Tunisia's moderate Islamic Ennahda party, recently told me, "We've remained on the bridge of democratic transition while others have fallen off." True, but the birthplace of the Arab Spring is also the world's top exporter of fighters for [Islamic State](#), or ISIS.

The situation in Egypt is similarly mixed. The country is once more ruled by the officer corps and back to its prerevolutionary funk: repressive and paranoid, yes, but also stable and on the path of economic reform.

Things are far worse in Yemen and Libya, which have ceased to exist as unified states. Yemen has disintegrated into its sectarian constituent parts, forcing neighboring Sunni powers led by Saudi Arabia to intervene militarily to prevent the Iranian regime from turning the country into a Shiite satellite. Libya is a lawless playground of smugglers and ISIS. Then there is Syria, with its barrel bombs, 250,000 dead, and four million refugees.

At the height of the movement, I edited an anthology of essays by young Middle East dissidents. The essayists described an Arab world where men and women were equal, blasphemous cartoonists were tolerated and gay people could live openly, among other fantasies. The book's now-tinge-inducing title: "Arab Spring Dreams."

How did dreams turn into nightmares? The standard account has it that by crushing or co-opting opponents, secular autocrats like Egypt's [Hosni Mubarak](#) empowered Islamist outfits that were the only remaining channel for dissent. Once the dictators fell, the liberals were quickly sidelined as Islamists and remnants of the old order battled for dominance.

It's a theory riddled with contradictions. For one thing, it underestimates political Islam. As early as the 19th century, Islamist intellectuals had called for restoring Islam's lost glory and expelling Western pollutants. To say that the movement's grip on the region is a reaction against secular dictatorship is to deny Islamists' agency and inherent ideological drive.

Secular Arab nationalism had already exhausted its energies by the time Mr. Mubarak and colleagues were overthrown. But as the rise of ISIS shows, Islamism represents a longer historical wave only beginning to crest. Many in the West imagined removing the dictators would also diminish Islamism's attraction. Events didn't pan out that way.

Nor could Arab liberals forge a third way. The "Revolution 2.0" model of leaderless, social-media-driven protest was effective against unpopular regimes. But it proved insufficient for winning power, and the liberals

failed to articulate a coherent ideological alternative with broad appeal. Had they spent half as much time learning from Israel how to plant democracy in Middle East soil as they did demonizing the Jewish state, today the liberals might be in a better position.

The biggest Western misstep was to treat the quest for freedom as somehow separate from the contest for geopolitical mastery. In Egypt, the Obama administration was likely powerless to prevent the pro-Western Mr. Mubarak's downfall, but the White House in the subsequent months did little to shape the outcome of the revolution. Washington favored all actors equally, as though Egypt were Luxembourg and the [Muslim Brotherhood](#) just another center-right party.

In Libya, the U.S. removed Moammar Gadhafi under a legal abstraction -- the responsibility to protect -- then swiftly abandoned a country with few viable institutions to its tribal furies. In Syria, President Obama declared that Bashar Assad "must go," and then watched impassively as the Iran-backed tyrant continued to kill and gas his own people, triggering a refugee crisis that has overwhelmed Europe.

The slaughter has continued for nearly five years. In the long term, the most perilous consequence isn't the birth of a terror state stretching across Syria and spilling into Iraq but the destruction of U.S. credibility. The Arabs know you can't impose order without being present and engaged in their world.

As for ordered liberty, five years after Mohamed Bouazizi self-immolated, the freest Arabs still are those who are citizens of Israel. Millions fleeing other parts of the region are rendering their own judgment about the state of Arab civilization. The intellectuals and activists don't dare imagine another uprising because they know that, given an opening, large numbers of Arabs will demand Shariah law, repression of women, and ethnic and sectarian revenge.

Perhaps that's an unfair judgment, but it follows from a political culture that prizes honor, tribe and piety above reason and compromise. Viewed in that light, it isn't just the years since the Arab Spring that the region has wasted, but the whole century since it was freed from the Ottoman yoke.

Mr. Ahmari is a Journal editorial writer based in London.

Fed Raises Rates After Seven Years Near Zero, Expects 'Gradual' Tightening Path

Fed-funds rate moved up to range between 0.25% and 0.50%

By [JON HILSENDRATH](#) and [BEN LEUBSDORF](#)

Updated Dec. 16, 2015 10:44 p.m. ET

The Federal Reserve said it would end a seven-year experiment with near-zero interest rates by raising its benchmark rate and emphasizing a plan to lift it gradually over the next three years.

The move marks a test of the economy's capacity to stand on its own with less central-bank support to spur continued spending and investment by households and businesses.

"The Fed's decision today reflects our confidence in the U.S. economy," Fed Chairwoman Janet Yellen said Wednesday in a press conference after a two-day policy meeting. "We believe we have seen substantial improvement in labor market conditions and while things may be uneven across regions of the country, and different industrial sectors, we see an economy that is on a path of sustainable improvement."

Investors took the upbeat message to heart. The Dow Jones Industrial Average rose 224.18 points, or 1.28%, to 17749.09. The advance continued in Asia early Thursday, with stock markets in Japan, Hong Kong, Australia and South Korea moving higher.

The Fed's move promises to ripple across the globe. The anticipation of higher rates and stronger growth in the U.S. has driven investors to push up the value of the U.S. dollar. That in turn has hit commodities prices and companies in emerging markets that borrowed heavily in dollars during the low-rate period. A stronger currency is making it harder to pay off those debts.

The Fed leader won a unanimous vote, the capstone on a tumultuous year marked by wavering and internal disagreement about when to move.

Fed officials are proceeding with great caution. They said they would raise the benchmark federal-funds rate—an overnight interbank lending rate—from near zero to between 0.25% and 0.5%, and would adjust their strategy as they see how the economy performs.

"We have very low rates and we have made a very small move," Ms. Yellen said to underscore her own caution.

New projections show officials expect the fed-funds rate to creep up to 1.375% by the end of 2016, according to the median projection of 17 officials, to 2.375% by the end of 2017 and 3.25% in three years. That implies four quarter-percentage-point interest rate increases next year, four the next and three or four the following. It depends on whether the Fed's forecasts for the economy—which have frequently been wrong in this expansion—hold up.

The pace of rate increases projected by officials is somewhat slower than what they saw in September and much slower compared with earlier cycles of Fed rate increases. In the 2004-06 period, for example, the Fed raised rates 17 times in succession, a staccato approach Fed officials don't intend to repeat.

"The committee expects that economic conditions will evolve in a manner that will warrant only gradual increases in the federal funds rate," the central bank said in its policy statement.

When the Fed moves next will depend on how inflation evolves. The Fed's preferred measure of inflation has run below its 2% objective for 3½ years, pushed down of late by tumbling oil prices, which fell Wednesday to their lowest level since February 2009.

The central bank focused on the inflation outlook in its policy statement, and Ms. Yellen suggested it might alter its course if its projection of a gradual rise in inflation doesn't materialize as expected. Fed officials don't want inflation to

run below their 2% goal for long periods because they see that as a sign that the broader economy isn't living up to its potential.

"We do need to monitor inflation very carefully," Ms. Yellen said. If it doesn't pick up, "we would need to take further action to reconsider the outlook and to put in place appropriate policy."

For now, officials said they were "reasonably confident" inflation would rise, because the domestic economy is improving.

Any number of factors might throw the Fed off its plans. Persistently low inflation, a shock to the financial system or slowing growth from abroad could force the Fed to delay further rate increases or even reverse course.

"The real economy is still suffering," said William Spriggs, chief economist at the AFL-CIO and an economics professor at Howard University in Washington, D.C. He said the Fed made a mistake by raising rates and committing to raise them further, which he said will slow down the economy and hurt workers as households continue to recover from the recession and sluggish recovery.

On the other hand, an unexpected acceleration in economic growth or inflation, or a new financial boom, could lead officials to lift borrowing costs more quickly than they now expect.

"Frankly, that would be good news" because it would mean the economy was performing better than expected, said Anil Kashyap, an economics professor at the University of Chicago Booth School of Business.

For now, John Bergstrom, chief executive of Bergstrom Automotive, a Neenah, Wis., company with 30 dealerships in the state, said he didn't expect a quarter-percentage-point rate increase to do much of anything to his business.

A rate increase of that size, he estimated, would increase the average cost of a car by \$4 a month. That's offset by the boost households have received from lower gasoline prices, he said, which he estimates saves them \$200 a month.

During the financial crisis, he closed 12 dealerships, he said. Now sales are booming. They have reached \$1 billion this year, compared with \$850 million before the 2007-09 recession. "A little bit of an interest-rate hike is not going to be a big problem," he said. "We are ready to get back to business as usual."

While auto sales have boomed, manufacturers are struggling with the effects of a strong dollar and weak global economy, which is hurting their ability to sell goods overseas. Tumbling oil prices have also hit the energy sector.

Taken altogether, Fed officials see a domestic economy that has made enough progress to warrant a slow retreat from easy money. The jobless rate has fallen to 5% in November from 10% in 2009. Officials believe inflation will rise in 2016 as slack in the job market diminishes and oil prices stabilize.

Officials predicted the economy would expand at an annual pace between 2.4% in 2016 and 2% in 2018, which would take the expansion to a decade in length. They saw their preferred measure of inflation rising from 0.4% in 2015 to 1.6% in 2016 and then to 2% by 2018. The jobless rate is seen stabilizing at 4.7% during the next three years. These projections were largely in line with earlier estimates.

Whether other interest rates—such as on savings accounts, mortgages, car loans and corporate loans—rise as well depends on how investors, businesses and households respond.

U.S. lenders—including J.P. Morgan Chase & Co., Wells Fargo & Co., Bank of America Corp.—said Wednesday that they would raise their so-called prime rate, a key reference rate for a variety of loans including credit-card debt, to 3.5% from 3.25%.

The market doesn't always follow the Fed's lead. Between 2004 and 2006, when the Fed raised its benchmark short-term rate 4.25 percentage points, yields on 10-year U.S. Treasury notes and corporate bonds and mortgage rates barely budged because of strong global appetite for U.S. securities.

Michael Lussier, chief executive of Webster First Federal Credit Union in Worcester, Mass., said banks and credit unions now could be slow to adjust rates on certificates of deposits and other savings accounts, potentially bad news for retirees looking for higher returns on their fixed-income investments.

“You are not going to see an instant change in CDs on Thursday, that's a guarantee," he said in an interview ahead of the Fed's release. A 12-month CD at First Federal yields 0.4%.

The central bank has been telegraphing the rate increase for months. By moving now, the Fed could put new pressure on emerging markets, particularly corporate borrowers in these countries that took out U.S. dollar loans which have gotten more expensive as the dollar rises in value.

The junk bond market is already reeling. Yields on low-rate junk bonds have jumped from 6.61% at the beginning of the year to 8.79%. A retreat from junk bond funds prompted Third Avenue Management LLC last week to suspend withdrawals, which added to investor anxiety about the sector.

“In waiting as long as it has to begin rate normalization; the central bank may have allowed this process to reach a point where domestic growth appears to have potentially crested as we head into the hiking cycle," said Rick Rieder, a portfolio manager at BlackRock Inc.

Der Koranhändler von Bury Park

Im britischen Luton ist eine Parallelgesellschaft entstanden. Muslime, vor allem Pakistaner, leben unter sich - und wenn die falschen kommen, fliegen Eier. Unter der Oberfläche religiöser Sittsamkeit brodelt der Hass. Ein Besuch.

17.12.2015, von JOCHEN BUCHSTEINER, LUTON



© GETTYGut betucht: Muslimische Frauen in der englischen Stadt Luton

Wer das Übel an der Wurzel bekämpfen wolle, schrieb der Kolumnist Rod Liddle kürzlich, sollte nicht den „Islamischen Staat“ in Syrien bombardieren, sondern Luton. Luton, eine Stadt so groß wie Mainz, liegt fünfzig Kilometer nördlich von London. Sie ist zur Chiffre geworden für den islamischen Extremismus im Königreich. In manchen Vierteln sind Parallelgesellschaften entstanden, die abgeschottet in ihrer Welt leben. Von hier ist in den vergangenen Jahren nicht viel Gutes ausgegangen. „Sie wollen nach Bury Park?“, fragt der Busfahrer ungläubig, während er die einsteigenden Schulkinder zählt. Er beschreibt den Weg, es sind nur ein paar Straßen von hier, dann sagt er: „Das ist ein sehr ethnisches Viertel. Wir nennen es auch Blackberry Park – Sie verstehen.“ Mehr als vierzig Kinder sitzen jetzt im Bus. Der Transport sieht aus, als startete er in Dhaka oder Lahore. Der Fahrer lacht: „Manchmal ist auch ein weißes Gesicht dabei, aber dann ist es ein polnisches.“



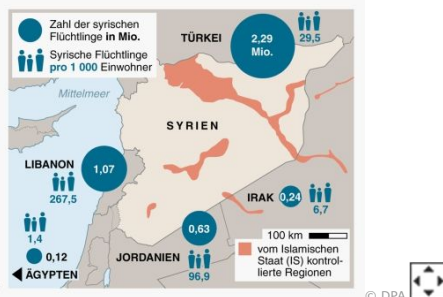
Autor: Jochen Buchsteiner, Politischer Korrespondent in London. Folgen:

Bury Park war einmal ein englisches Arbeiterviertel. Als die ersten Einwanderer in den sechziger Jahren kamen, arbeitete man bei **Vauxhall**, dem Autobauer, und im Viertel, erinnert sich ein alter Kaschmirer, gab es nur ein einziges asiatisches Restaurant. Inzwischen gibt es kein einziges englisches mehr. In den Straßen rechts und links der Dunstable Road ist überhaupt nichts mehr zu finden, was an das alte England erinnert. Weit und breit kein Pub. Kein Wettbüro. Nirgendwo ein Anzug im Schaufenster oder ein Kleid, das nicht bis zur Erde reichen würde. Stattdessen hängen Kaftane auf den Bügeln und Burkas, die bei „Zamzam“ um sechzig Prozent reduziert sind und gerade für zwölf Pfund zu haben sind. Die Fleischer werben damit, dass sie „halal“ sind, also nach muslimischer Art schlachten und kein Schweinefleisch verkaufen. Es sind nur noch wenige Tage bis zum Heiligen Abend, aber nirgendwo ist in Bury Park ein Weihnachtsbaum zu sehen, nicht einmal ein Tannenzweig, kein Schmuck, keine Musik.

Von Bedrohung zunächst keine Spur

Einer der wenigen Berührungspunkte, die die **Muslimen** hier noch mit Großbritannien haben, ist blond, trägt eine adrette Uniform und einen Hut mit kleinen Karos. Die Dame, nennen wir sie Susan, arbeitet für das Ordnungsamt, läuft täglich die Dunstable Road hinunter und schreibt Falschparker auf. Hier, in Bury Park, hat sie besonders viel zu tun, aber das, sagt sie, sei gar nicht ihr Problem. Was dann? Susan wird verlegen, denkt kurz nach und antwortet dann ausweichend: „Ach, wir sind ja immer zu zweit unterwegs.“ Schließlich bricht es doch aus ihr heraus. „Alleine würde ich den Job hier nicht machen, nie! Und schon gar nicht nach Einbruch der Dunkelheit.“ Jim, ihr Schichtkollege, zieht sie weiter. Nur nicht schlecht über Luton sprechen, über die Stadt, die sie ernährt.

Flüchtlinge rund um Syrien



Bury Park wirkt nicht bedrohlich, nicht an der Oberfläche. Wer die Männer im Shalvar Kamiz beobachtet, wie sie plaudernd zur Moschee schlendern und danach Tee bei „Ambala“ trinken, der fühlt sich in ein Dorf im Punjab versetzt. Nur dass es in Bury Park religiöser zugeht. Die Frauen betrachten den Schmuck des Juwelliers „Mirpur“ durch die Schlitze ihrer Burkas. Die Jungs, die am Nachmittag aus der Al-Hikmah-Schule stürmen, tragen blütenweiße Gewänder und Gebetskappen. Es geht sitzsaftig zu in Bury Park. Hässliche Regungen wie Misstrauen und Hass, Missgunst und Gewalt nisten in den Ritzen des Anstands.

Jahangir Ahmad führt sein Leben, als hätte er Bangladesh nie verlassen. Er steht im hinteren Teil seines Ladens, dort, wo „Zamzam“ die Korane verkauft, und will gerade in einem schmalen Gang den Teppich zum Beten auslegen. Es ist schon nach ein Uhr mittags. Jeder, der den Koran lese, sei überwältigt davon, wie „wunderschön“ der **Islam** sei, versichert er.

Im „Islamischen Kaufhaus Zamam“ werden Korane in allen Ausführungen angeboten: goldene, purpurne, dicke, dünne, mit Kommentar und ohne, auf Arabisch, auf Englisch, auf Urdu. Es gibt auch ein Regal für Kinderbücher. Sie heißen „Des Propheten Perlen für Kinder“ oder „Das Buch der Moscheen“. In der Abteilung für politische Bücher findet sich eine Lebenshilfe. „Britische Muslime: Loyalität und Zugehörigkeit“ steht auf dem Einband, und schon auf den ersten Seiten wird

der Leser gewarnt: Integration, heißt es da, habe einen Preis. Wer sich eingliedere, etwa einer britischen Partei beitrete, „der riskiert Teil des Mainstreams zu werden, statt die muslimische Lebensart zu repräsentieren“.

Jahangir sagt, jeder, der einen Menschen töte, töte die ganze Menschheit. Nach westlichen Sprachregeln würde man ihn vermutlich einen moderaten Muslim nennen, einen, der die Friedensbotschaft seiner Religion betont, der sich um die Nachbarn kümmert, gleich, welchen Glaubens sie sind, der angeblich sogar Ungläubige respektiert. Jahanghir versichert, in Bury Park würden das alle Muslime so sehen, weshalb es hier nicht die geringsten Schwierigkeiten gebe.

Hort des Islamismus

Die Sicherheitsbehörden würden das so nicht bestätigen. Seit vergangener Woche stehen vier Lutoner vor Gericht, die in der Stadt für die Unterstützung des „Islamischen Staates“ geworben haben. Ein beachtlicher Anteil der mehr als 750 Briten, die in den „Dschihad“ nach Syrien gezogen sind, kommt von hier. Der Lutoner Abu Rahin Aziz wurde im Juli von einer amerikanischen Drohne in Raqqa getötet. Zuvor soll er mit **Abdelhamid Abaaoud**, dem mutmaßlichen Organisator der Pariser Terroranschläge, das Bombenbauen in Syrien gelernt haben. Im Sommer verschwand auch eine Großfamilie aus Bury Park nach Syrien. Der Älteste der zwölf war 75 Jahre alt, der Jüngste stand vor seinem ersten Geburtstag.

Man kann von einer traurigen Tradition sprechen. Schon die vier Terroristen, die sich im Sommer 2005 in der Londoner U-Bahn in die Luft gesprengt hatten, waren von Luton aus zum Tatort gefahren. Als einige Jahre später ein Regiment aus dem Afghanistan-Krieg zurückkehrte und durch Luton paradierte, kam es zu Tumulten gegen die „Muslimmörder“. Ablehnung und Feindseligkeit kann in Bury Park auch Leute treffen, die dies nicht erwarten. Als die pakistanischstämmige Tory-Politikerin Baroness Warsi das Viertel besuchte, wurde sie mit Eiern beworfen. Warsi repräsentiere nicht den „wahren Islam“, schimpften die aufgebracht jungen Männer. Das könne man schon an ihrer Kleidung erkennen, sagte einer.

Koranhändler Jahangir kam wegen einer Frau nach England, seiner Frau. Die Eltern hatten die Hochzeit arrangiert, und weil die Frau im vergleichsweise reichen Luton lebte, machte sich Jahangir auf den weiten Weg. Als er ankam, arbeitete sie als Anwältin, aber mit dem ersten Kind übernahm sie, wie er sagt, ihre islamische Mutterpflicht. Sie kündigte in der Kanzlei, kümmerte sich um den Haushalt und versteckt sich seither unter einer Burka. „Es ist das, wozu uns der Koran auffordert“, sagt der Ehemann mit feierlichem Ernst.

Das Leben in Bury Park sei auch deshalb so friedlich, sagt Jahangir, weil gute Muslime das Recht der Länder respektierten, in denen sie lebten. Umgekehrt müssten aber auch die Engländer respektieren, dass die Muslime ihre Gepflogenheiten hätten. Als seine Nachbarin Kristin das erste Mal an die Tür klopfte, um sich vorzustellen, habe sie ihm die Hand entgegengestreckt. „Natürlich durfte ich sie nicht berühren“, sagt Jahangir, was Kristin nach einer entsprechenden Einführung in den Koran auch verstanden hätte. Er erzählt die Geschichte, um zu illustrieren, wie konfliktfrei das Verhältnis zwischen Muslimen und christlichen Briten in Luton ist. Kristins Ehemann sei sogar ein „guter Freund“ geworden. Nur an seinen Namen kann sich Jahangir nicht mehr erinnern.

Über Luton will niemand reden

In Luton hört man den Begriff „Parallelgesellschaft“ nicht gern. Man möchte eigentlich überhaupt nicht, dass jemand seine Nase in die Angelegenheiten der Stadt steckt und deren Ruf womöglich weiter schädigt. Journalisten, die um Gespräche bitten, kommen nicht weit. Die Stadtverwaltung stellt ungerne Verbindungen her, etwa zu „PREVENT“, der Organisation, die Jugendliche zu entradikalisieren versucht. Die Pressestelle verspricht vorzufühlen, aber auch nach Tagen ist niemand zu sprechen. Andere Anfragen verlaufen ebenfalls im Sand, und am Ende steht nicht einmal der Pressesprecher der Stadt zur Verfügung.

Es bleibt die Hoffnung auf Safraz Manzoor. Der gebürtige Pakistaner hat ein Buch über seine Kindheit und Jugend in Bury Park veröffentlicht und schreibt gelegentlich für den „Guardian“. Als Autor könnte er zumindest ein kommerzielles Interesse haben, einen Journalisten durch Luton zu führen, der sein Buch erwähnen wird. Aber die Antwort fällt spitz aus: „Ich bin nicht Mr. Luton.“ Vielleicht ein kurzes Gespräch per Skype? „Nein, danke“, lautet die Antwort.

„Ich will hier nur noch weg“

Mehr Glück hatte vor zweieinhalb Jahren die Lutonerin Stacey Dooley. Sie drehte eine Dokumentation über ihren Heimatort, suchte Schulfreunde auf, sprach mit Gläubigen vor den Moscheen und Vertretern der „English Defence League“, die sich in Luton gegründet hat. Der Film, der von der BBC ausgestrahlt wurde, ist ein beklemmendes Dokument. In einer Szene begleitet Dooley Demonstranten, die Scharia-Schilder hochhalten und „UK, go to hell!“ brüllen. Eine Frau in Burka beschimpft sie wegen ihres Kleides. Ein Mann mit Gebetskappe sagt ihr ins Gesicht, auch sie erwarte die Hölle, wenn sie nicht zum Islam konvertiere. Ratlos stand sie vor ihrer Kamera und rang nach Worten.

Bei „Zamam“ hält man das alles für eine Erfindung, so wie die Terroranschläge vom 11. September 2001. Jahangir kennt niemanden, der aus Luton in den „Islamischen Staat“ aufbrechen wolle, schon weil es diesen gar nicht geben könne. „Haben Sie sich nie gefragt, warum diese Leute so plötzlich aufgetaucht sind und woher sie ihre Waffen haben?“ Jahangir hat sogar einen „Beweis“ für seinen Zweifel. Neulich sah er im Fernsehen, wie ein „jüdischer Soldat“ einen verletzten Kämpfer des „Islamischen Staates“ im Krankenhaus besuchte. „Warum wohl?“, fragt Jahangir und kostet seinen argumentativen Triumph aus.

Am Bahnhof von Luton wartet eine Studentin mit zwei Koffern. Sie will zum Flughafen, um nach Bratislava zurückzufliegen. Sie kann es kaum erwarten. „Ich bin hierher gekommen, um mein Englisch zu verbessern und England kennenzulernen“, sagt sie. „Aber das hier ist nicht England.“ Mehr als die Muslime haben ihr in den vergangenen 16 Monaten die Polen zu schaffen gemacht, die sehr viel tranken und dann oft zudringlich würden. Gespräche unter Lutoner Studenten, sagt sie, begannen immer mit dem gleichen Satz: „Ach, so schlecht, wie alle sagen, ist es hier gar nicht.“ Aber nach einigen Minuten sagten dann alle: „Ich will hier nur noch weg.“

Quelle: F.A.Z.

<http://www.nytimes.com/2015/12/18/opinion/i-worry-about-muslims.html?action=click&pgtype=Homepage&clickSource=story-heading&module=opinion-c-col-right-region®ion=opinion-c-col-right-region&WT.nav=opinion-c-col-right-region&r=0>

133,143

The Opinion Pages | OP-ED CONTRIBUTOR

I Worry About Muslims

By MOHAMMED HANIFDEC. 17, 2015

KARACHI, Pakistan — I worry about Muslims. Islam teaches me to care about all human beings, and animals too, but life is short and I can't even find enough time to worry about all the Muslims.

I don't worry too much about the Muslims who face racial slurs in Europe and America, the ones who are suspected of harboring murderous thoughts at their workplaces or those who are picked out of immigration queues and asked awkward questions about their luggage and their ancestors. I tell myself that at the end of their humiliating journeys they can expect privileges like running water, electricity and tainted promises of equality.

I do worry about the Muslims who face extinction at the hands of other Muslims in their own homelands, usually in places where they are in a huge majority. My friend Sabeen Mahmud was murdered earlier this year, probably for not being a good enough Muslim, and it happened in this country, a country so Muslim that you can live your entire life here without shaking hands with a non-Muslim.

But mostly I worry about my kind of Muslims, those who are expected to explain to the world what real Islam is like. We so-called moderate Muslims are urged to take control of the narrative and wrest it away from the radicals — as though we were MFA students in a creative writing class struggling with midterm submissions, rather than 1.6 billion people of maddening diversity.

I worry about the pundits who end up on TV within hours of an atrocity and are required to condemn or defend and explain on our behalf. I worry about those nice folk who are supposed to remind the world that Islam is a religion of peace.

Yes, the word Islam does mean peace. The dictionary says so. But it takes gumption to wave a dictionary in front of someone who has lost a daughter, a son or a partner, and say: "Here, I have something for you. Look. 'Islam.' It means peace."

Saying that Islam is a religion of peace is like saying that Hinduism is about respecting cows and Buddhism is about the lotus position. Is Judaism basically a property dispute? And are Christians always looking for that other cheek?

Whenever I hear someone say Islam is a religion of peace I want to yell at them and say, "Hey, look behind you."

It's an impossible job, explaining Islam, whether you're an observing Muslim (no alcohol, no bacon, no jihad) or an accidental Muslim (a bit of everything, and surely no jihad) or somewhere in between. But if we can't do the explaining, we're told, the least we can do is some condemning. Muslims don't condemn enough, apparently.

Yet if as a good Muslim I started to condemn everything bad that is done by Muslims, I wouldn't have any time left to say my five daily prayers, let alone make macaroni and cheese for my kids or take them to the park. And I'd become a worse kind of Muslim.

We are often told that only a few Muslims are bringing a bad name to all of us. I feel that those few also include our representatives in the media who pretend they can save Islam's reputation by going on TV and writing op-eds to reassure the world that we come in peace.

They tell the world that though the mass murderer was quoting from the Quran, he got the Quran wrong. Some of the gutsy ones don't forget to add: What about your own secular mass murderers? They are suggesting that Muslim mass murderers should be treated like non-Muslim mass murderers, like those shooters on American college campuses or the invaders of Iraq. Should we thank them for striving for parity among mass killers? Did someone say peace?

They say that Islam teaches us to respect all religions. They again point to the Holy Book: Look, here's Jesus; he is our prophet, too. But they don't explain the point of having a religion if its god and its prophet are no bigger or better or faster than yours.

We are encouraged to look at Sufi Islam as a model of moderation. Yet Sufi Muslims, brandishing Rumi and whirling like couplets in a bad poem, don't even pretend to offer any solution. When asked about Islam they say, let's listen to some music. At least they are more honest than our spokesmen.

And thank you, our spokesmen, for reminding the world that Muslims are not a race. Some of us speak Chinese, others Swahili. Some of us are gay, painters, lawyers, prostitutes, pimps or drummers, and of course mass murderers. Muslims disagree over most things, about this life and the afterlife as well. I have a household of six and can never get us to agree on anything, even though one is an infant and two are dogs.

Who is a good Muslim? The kind who prays and leaves it to Allah? The kind who doesn't pray and leaves it to Allah? The kind who thinks Allah is too busy and so takes matters into his own hands and takes a shortcut to the hereafter? Well, no, maybe not that kind, because as we told you, Islam is a religion of peace.

The most poetic bit Muslim pundits tell the world is that Islam says if you murder one human being you murder the whole human race. So how come Sabeen Mahmud is gone and the whole bloody human race, including her killers, is still alive?

Mohammed Hanif is the author of the novels "A Case of Exploding Mangoes" and "Our Lady of Alice Bhatti."

IMF Chief Lagarde Ordered to Stand Trial in France

Christine Lagarde referred for trial for alleged negligence over a decision she made as finance minister

By [WILLIAM HOROBIN](#)

Dec. 17, 2015 12:23 p.m. ET

PARIS--A French judicial commission has ordered International Monetary Fund chief [Christine Lagarde](#) to stand trial for alleged negligence over a decision she made as finance minister of France.

Ms. Lagarde is charged with negligence for her role settling a long-running legal dispute known as "L'Affaire Tapie" between French entrepreneur and former politician Bernard Tapie and the state. **As finance minister, Ms. Lagarde decided to refer the dispute to an arbitration panel in 2007 that ultimately awarded Mr. Tapie more than EUR400 million (\$437.4 million) in compensation. This month a court ordered Mr. Tapie to reimburse the sum.**

The ruling by the judicial commission of France's Cour de Justice de la République--a court that decides on alleged wrongdoings by government ministers while in office--**came as a surprise Thursday because prosecutors had recommended in September the investigation of Ms. Lagarde be dropped.**

Ms. Lagarde has asked her lawyers to appeal the order for her to stand trial.

"Ms. Lagarde would like to reaffirm that she acted in the best interest of the French State and in full compliance with the law," Ms. Lagarde's legal team said in a statement.

Ms. Lagarde won't appear before the Cour de Justice de la République until the appeals process concludes, which could take many months.

Ms. Lagarde will inform the [IMF](#) board of developments, her lawyers said.

"The Executive Board continues to express its confidence in the Managing Director's ability to effectively carry out her duties," said IMF communications director [Gerry Rice](#).

• [WORLD](#)
• [EUROPE](#)

Syrian Accused of Islamic State Links Arrested in German Refugee Camp

Man is suspected of running money-transfer operation for terror group
By [ANDREA THOMAS](#) and [MOHAMMAD NOUR ALAKRAA](#)

Updated Dec. 17, 2015 6:55 p.m. ET

BERLIN—German police on Thursday arrested a Syrian refugee suspected of links to [Islamic State](#), a German prosecutor said, highlighting the potential security risks posed by Berlin's open-door refugee policy.

The state prosecutor in the city of Dortmund, Sonja Frodermann, said a man who had registered as Leith Abdalhmeed and was born in 1984 had been detained at the refugee shelter in Unna-Massen on Thursday afternoon on suspicion of having links to the Sunni terror organization.

The arrest will heighten concerns among opponents of Chancellor [Angela Merkel](#)'s [open-door refugee policy](#) that Islamist terrorists might be hiding among the roughly one million refugees who entered Germany this year, half of them coming from war-torn Syria.

At least two members of the terrorist cell that killed [130 people in a series of attacks in Paris](#) on Nov. 13 are known to have entered Europe via Greece as refugees using fake Syrian passports.

This week, Austrian police arrested [two people at a Salzburg refugee shelter](#) they suspect of being involved in the Paris attacks.

"We mustn't regard refugees with a general suspicion. But it's also true that concerns aren't unfounded that some potential threats might be among refugees," said Wolfgang Bosbach, lawmaker with Chancellor [Angela Merkel](#)'s Christian Democratic Union party. **"We must specifically emphasize the issue of [refugees'] valid identification to avert threats."**

For much of this year, overwhelmed German authorities stopped holding individual hearings for Syrians in a bid to speed up their asylum applications—a far cry from the exacting background checks conducted on Syrians who seek asylum in the U.S.

Interior Minister Thomas de Maizière said this month that asylum requests for Syrians would again be handled on a case-by-case basis rather than being granted by default to people who claim to be Syrian.

The [German government](#) didn't reply to requests for comments on the arrest on Thursday.

Ms. Frodermann, the prosecutor, said German authorities were alerted by a Syrian national who had seen an article on a website connecting Mr. Abdalhmeed with [Islamic State](#).

A Syrian opposition activist and two people contacted via the website where the report on Mr. Abdalhmeed first appeared said they knew Mr. Abdalhmeed as Leith Abdul Hamid, describing him as a midranking [Islamic State](#) official in the oil-rich province bordering Iraq since the militia became active there.

They said he ran a money-transfer operation for the terror group and was responsible for smuggling medicine and ammunition from Turkey.

They added that relatives of Mr. Abdalhmeed were also involved in [Islamic State](#) activities.

Those relatives couldn't be contacted by the Journal.

One of the people approached by the Journal, Mohammad Alalaw, who said he was from Deir Ezzour in Syria but was now in Turkey, said Mr. Abdalhmeed was among the first Syrians who pledged loyalty to [Islamic State](#) even before the militia became the dominant force in the region.

He also said Mr. Abdalhmeed was a fighter with the Free Syrian Army until 2013, when he switched sides and pledged loyalty to the extremist group.

Ms. Frodermann said she had no information beyond what was on the website and that it remained to be seen whether the assertions were true.

Mr. Abdalhmeed arrived at the shelter in Unna-Massen on Dec. 2 and was registered first as Leeth Alrjab, said Bettina Jendrusz, deputy head of the Unna-Massen shelter, which is operated by the [German Red Cross](#).

She said it wasn't unusual for migrants to change their names in the course of registering with the authorities and applying for asylum, adding that Mr. Abdalhmeed had yet to give his fingerprints or undergo police checks with the local authorities.

Mr. Abdalhmeed stayed at the refugee center with four family members, Ms. Jendrusz said.

It wasn't immediately clear which of his relatives had traveled with him to Germany. The prosecutor's office said no other arrests were made on Thursday.